



Hochschule
Zittau/Görlitz
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Hochschule Zittau/ Görlitz (FH) - University of Applied Sciences

Fakultät Sozialwissenschaften

Abschlussarbeit zur Erlangung des Titels

Bachelor of Arts (B.A.)

im Fachbereich Kommunikationspsychologie

Metaphorische Konzepte deutscher Populisten in der öffentlichen Kommunikation

Vorgelegt am 10.09.2018

Verfasser: Luca Schmieder

Matrikelnummer: 209135

Gutachter: Prof. Dr. phil. habil. Rudolf Schmitt

Zweitgutachter: Prof. Dr. rer. nat. Matthias Schmidt

Abstract

Diese Untersuchung beschäftigt sich in erster Linie mit der Frage, welche metaphorischen Muster in der öffentlichen Kommunikation deutscher Populisten zu finden sind. Hierfür wurden Presstexte der Partei Alternative für Deutschland (AfD) auf der Basis der systematischen Metaphernanalyse nach Lakoff & Johnson untersucht. Den wissenschaftlichen Arbeitsrahmen hierfür bietet ein qualitativ-sozialwissenschaftliches Forschungsdesign. Die Analyse ergab 24 signifikante metaphorische Konzepte, die in Kapitel 9 dargestellt und anhand interpretativer Ansätze diskutiert werden. Außerdem wird anlässlich der abschließenden Diskussion erörtert, inwiefern das Wissen über metaphorischen Sprachgebrauch zur Verbesserung des politischen Dialogs beitragen kann. Die Untersuchung ergab u.a. die Metaphorisierung von Migration als (Flut-)katastrophe, Chaos, Krise, kriegerische Bedrohung sowie als unredlicher ökonomischer Tausch. Regierung und Altparteien wurden dagegen u.a. als kriminelle Organisation, Feinde der Demokratie sowie Protagonisten in einem Theaterstück konzeptualisiert. Der deutsche Staat wird als baufälliges Objekt und Opfer, der deutsche Bürger als Lastenträger sowie Europa als Festung metaphorisiert. Die Partei AfD wird u.a. als Gesetzeshüter sowie als Partei der Inneren Sicherheit konzeptualisiert. Hervorzuheben ist, dass im Zuge der erhobenen Konzepte tendenziell eine Viktimisierung von Staat und Bürgern stattfindet, während Regierung und Altparteien einseitig-negatives Handeln zugeschrieben wird. In Hinblick auf Migration wird ein Bedrohungsszenario aufgebaut. Demgegenüber steht die Metaphorisierung Europas als Festung um diese "Bedrohung" abzuwehren. Der AfD wird tendenziell einseitig-positives Handeln zugeschrieben, was der Partei im Rahmen des gesamten Szenarios ein heldenhaftes Auftreten verleiht. Die Nutzung der metaphorischen Konzepte ermöglicht letztlich auch eine positive Selbstdarstellung des Parteikörpers als Gegenantwort zu den etablierten Parteien. Allerdings fehlen solche Metaphern, die ein Licht auf das Schicksal und die Umstände von Geflüchteten werfen, sodass Krieg, Terror und menschliches Leid in den Hintergrund geraten. Auch fehlen solche Konzepte, welche den Regierungsparteien differenziertes sowie lösungsorientiertes politisches Handeln zuschreiben.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	6
2	Forschungsfrage und Forschungsinteresse	8
3	Definitorisches Vorverständnis von Populismus	9
3.1.	Merkmale von Populismus.....	9
3.2.	Populismus und (Rechts-)populismus	10
3.3.	Populismus - Ursachen für einen Trend	10
3.4.	(Rechts-)populismus und Rechtsextremismus	11
3.5.	(Rechts-)populismus im Web 2.0.....	12
3.6.	Umgang mit Populismus.....	13
4	Forschungsrelevante Studien	14
4.1.	Metaphern des Staates.....	14
4.2.	Metaphern der Migration und Fremdenfeindlichkeit	15
4.3.	Metaphern der US-Außenpolitik - Held, Unhold und Opfer	16
4.4.	Alltagsmetaphern im politischen Kontext.....	16
5	(Sozial-)psychologische Vorüberlegungen	17
5.1.	Die Rolle der Metapher in der politischen Sprache	17
5.2.	Politisches Framing	18
5.3.	Konfliktforschung	19
5.4.	Soziale Kategorisierung und Stereotypisierung.....	20
5.5.	Die Sündenbocktheorie	21
5.6.	Gruppenprozesse und Identität	21
6	Theoretischer Hintergrund der systematischen Metaphernanalyse	22
6.1.	Doppelte Verortung der systematischen Metaphernanalyse	22
6.2.	Allgemeines zu Metaphern	23
6.3.	Metaphorisches Konzept	23
6.4.	Metaphern generierende Schemata	24
6.5.	Metapher und kulturelle Kohärenz.....	25
6.6.	Hiding und Highlighting.....	25

6.7.	Kritische Auseinandersetzung	26
7	Stichprobenbeschreibung und Forschungsdesign.....	26
7.1.	Forschungsdesign	26
7.2.	Alternative für Deutschland (AfD) - Gegenstand der Untersuchung	27
7.3.	Auswahl der Stichprobe.....	27
8	Systematische Metaphernanalyse als Erhebungs- und Auswertungsmethode	28
8.1.	Identifizierung des Zielbereichs der Metaphernanalyse	29
8.2.	Unsystematische Sammlung von Hintergrundmetaphern	29
8.3.	Systematische Analyse einer Subgruppe	29
8.4.	Interpretationen der Ergebnisse	29
8.5.	Methoden-Triangulation.....	30
8.6.	Darstellung der Ergebnisse	30
9	Darstellung der Ergebnisse	30
9.1.	Zur Darstellung der Ergebnisse	30
9.2.	Metaphern der Flut	31
9.3.	Metaphern von Chaos und Ordnung	33
9.4.	Metaphern der Kriminalität.....	35
9.5.	Metaphern der Klarheit	37
9.6.	Metaphern der Architektur	39
9.7.	Metaphern der Last.....	42
9.8.	Metaphern des Theaters.....	45
9.9.	Metaphern des Weges.....	48
9.10.	Metaphern des Behälters.....	51
9.11.	Metaphern der Krankheit	52
9.12.	Metaphern des Krieges.....	55
9.13.	Metaphern der Ökonomie	59
9.14.	Metaphern der Personifikation.....	62
10	Diskussion und Zusammenfassung.....	63
10.1.	Gütekriterien	63

10.2.	Zusammenfassung der Ergebnisse	65
10.3.	Einbettung in den Forschungskontext	67
10.4.	(Sozial-)psychologische Diskussion	69
10.5.	Grenzen dieser Analyse	71
10.6.	Bilanz und empirischer Ausblick	71
11	Literaturverzeichnis.....	74
12	Abkürzungsverzeichnis	80
13	Eidesstattliche Erklärung	82
Anhang	83

1 Einleitung

Laut Definition stellt die Metapher ein rhetorisches Stilmittel dar, bei dem ein Wort oder eine Wortgruppe aus seinem eigentlichen Kontext in einen anderen übertragen wird (Duden 2017). Ein aktuelles Beispiel bietet der Begriff der *"Flüchtlingswelle"*. Geflüchtete werden hier als *"Welle"* charakterisiert, obwohl Wasserbewegungen auf den ersten Blick wenig mit der Flüchtlingsthematik zu tun haben. Wellen hingegen können als mächtig, aufbrausend oder unberechenbar beschrieben werden und ebendiese Charakteristika der *"Welle"* werden anhand dieses Beispiels mit Geflüchteten in Verbindung gebracht. Solche Sprachbilder finden sich überall in der Alltagssprache. Sie helfen uns, komplexe Erfahrungen zu strukturieren und können andererseits einen Einblick in die individuelle Strukturierung der Welt geben.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit metaphorischen Konzepten deutscher Populisten in der öffentlichen Kommunikation. Gegenstand der Untersuchung ist die Partei Alternative für Deutschland (AfD), die sich seit 2013 als Aushängeschild von Umbruch und nationaler Rückbesinnung in der deutschen Parteienlandschaft etabliert hat. Die Begriffsdefinition der *Öffentlichen Kommunikation* soll von Günter Bentele übernommen werden. Demzufolge verstehen sich unter Öffentlicher Kommunikation „Kommunikationsprozesse und -strukturen, die öffentlich stattfinden und häufig – aber nicht zwingend – durch Massenmedien vermittelt sind“ (2003, S. 7). Gemäß diesem Credo bilden Presetexte populistischer Redner aus den Reihen der AfD den Korpus dieser Analyse. Die theoretische Basis der Bachelorarbeit geht auf die systematische Metaphernanalyse nach Lakoff und Johnson zurück, die Theorie bietet gleichermaßen einen Leitfaden zur Erhebung und Auswertung der Arbeit. Die vorliegende metaphernanalytische Untersuchung soll letzten Endes Aufschluss über rhetorische Muster populistischer Redner geben und eine Antwort auf die Fragen generieren, inwiefern sich diese Muster deuten lassen und wie das Wissen über Metaphern zum politischen Dialog beitragen kann.

In Kapitel 2 sollen zunächst Forschungsfrage sowie Forschungsmotivation der Bachelorarbeit umrissen werden. Kapitel 3 beschäftigt sich mit der definatorischen Aufarbeitung des Begriffs *Populismus*. Kapitel 5 umfasst eine Sammlung forschungsrelevanter Studien mit metaphernanalytischem Bezug. Besagte Studien sollen einerseits einen Ausschnitt der aktuellen Forschung im Feld abzeichnen und andererseits für den Gegenstand dieser Arbeit sensibilisieren. In Kapitel 6 werden sozialpsychologische Vorüberlegungen angestellt, die für den analytischen Teil dieser Arbeit relevant sind, Bezüge zu den hier vorgestellten Theorien sollen auch in der Diskussion aufgegriffen werden. Kapitel 7 behandelt den theoretischen Hintergrund der systematischen Metaphernanalyse nach Lakoff & Johnson und verordnet die Theorie im wissenschaftlichen

Kontext. Die Theorie wird ebenso im Rahmen von Kapitel 9 hinsichtlich der Erhebungsmethodik herangezogen. Kapitel 8 befasst sich mit der Stichprobenbeschreibung sowie dem Forschungsdesign der Abschlussarbeit. Im Zuge von Kapitel 10 werden die Ergebnisse der Untersuchung dargestellt, jeder konzeptuellen Darstellung schließt sich dabei eine inhaltliche Analyse an. Die inhaltliche Diskussion wird schließlich in Kapitel 11 aufgegriffen und fortgesetzt. Gleichsam umfasst Kapitel 11 die Reflexion der Gütekriterien in dieser Arbeit, die Einbettung der Ergebnisse in den Forschungskontext sowie eine kurze sozialpsychologische Diskussion. Zuletzt sollen die Grenzen dieser Analyse diskutiert und ein empirischer Ausblick für anschließende Forschungen gegeben werden.

2 Forschungsfrage und Forschungsinteresse

Der (Rechts-)populismus in Deutschland und der gesamten westlichen Welt nimmt nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Migrationsdebatte an Bedeutung zu. Auslöser sind maßgeblich die seit 2015 stark angestiegenen Zahlen der Geflüchteten aus Nahost, Afrika und den Balkanstaaten. Dabei wirft diese Debatte besonders Fragen der Sicherheit, der Vermischung von Kulturen sowie Unsicherheiten und Ängste vor der Zukunft auf. Es werden gedankliche Grenzen gezogen zwischen "wir" und "die", wer "im" Staat lebt gehört dazu und wer dagegen "draußen" lebt ist nicht Teil der Gemeinschaft. Weil unter diesem Gesichtspunkt Tendenzen zu nationaler Rückbesinnung erkennbar sind und sich Gesellschaft, Politik sowie Wissenschaft mit diesem Thema auseinandersetzen müssen, ist es wichtig eine gemeinsame Sprache zu finden. Bleibt der Dialog hingegen aus, besteht die Gefahr einer Verhärtung der Fronten zwischen den Interessensparteien. Gemäß der Psychologin Ruth Cohn haben Störungen stets Vorrang und in diesem Sinne gilt es zu erforschen, welche Störungen im Fall der jüngsten (rechts-)populistischen Strömungen in Europa, der westlichen Welt und Deutschland im Raum stehen. Die vorliegende Abschlussarbeit soll metaphorische Muster sowie auffällige Strukturen deutscher populistischer Redner untersuchen und mit den erhobenen Daten die wissenschaftliche Basis auf diesem Gebiet erweitern. Gleichsam soll diese Arbeit als Grundlage für weiterführende Forschungen auf dem Feld der Politikwissenschaften sowie den Sozialwissenschaften dienen. Die Forschungsfrage(n) lauten demnach:

- Welche signifikanten metaphorischen Konzepte finden sich in der Kommunikation deutscher Populisten in der öffentlichen Kommunikation?
- Wie lassen sich diese Muster deuten?
- Inwiefern kann dieses Wissen zum politischen Dialog beitragen?

Das Feld um Populismus ist gut beforscht und es lassen sich metaphorentheoretische sowie inhaltsanalytische Untersuchungen zur Stützung des Forschungsbereichs Populismus finden. Derzeit bestehen allerdings keine metaphernanalytischen Untersuchungen zur Partei Alternative für Deutschland (AfD). An diese Lücke soll die bevorstehende Bachelorarbeit anknüpfen.

3 Definitorisches Vorverständnis von Populismus

3.1. Merkmale von Populismus

Lewandowsky (2012, S. 390) verweist bei der Begriffsdefinition von Populismus auf programmatische Unterschiede, die nationaler und politischer Natur sein können. Seiner Meinung nach kann das Konzept Populismus aber grundsätzlich in drei Bedeutungsebenen unterteilt werden. Die erste Ebene umfasst Selbstverständnis und Ideologie populistischer Bewegungen. Deutsche Populisten fordern hiernach eine Rückbesinnung auf das "Volk", womit vermutlich die "Deutschen" gemeint sind, während sich die Ansprache zumeist an die "kleinen Leute" richtet (Lewandowsky 2012, S. 391). Die zweite Ebene bezieht sich auf das Auftreten und die Organisation populistischer Gruppen. Laut Lewandowsky (2012, S. 393) zeichnen sich diese Gruppen in erster Linie durch die Ablehnung der "Altparteien" aus. Des Weiteren organisieren sich populistische Bewegungen als Vertreter des "wahren Volkswillens", an deren Spitze als Gesicht der Organisation meist eine charismatische Führungsfigur steht (Lewandowsky 2012, S. 393). Ebene drei beleuchtet Gesellschaftliche Entstehungshintergründe. Demnach entstehen solche Bewegungen oft in Abhängigkeit von Modernisierungsprozessen und speziell dort, wo ökologische, kulturelle oder politische Unsicherheiten auftreten (Lewandowsky 2012, S. 393).

Wolf (2017, S. 7) zufolge besteht bis heute Uneinigkeit darüber, wie sich Populismus definieren lässt und wie entsprechende Merkmale in den politischen Kontext einzuordnen sind. Als Folge dessen wird der Begriff Populismus heute im allgemeinen Sprachgebrauch, den Medien und der Wissenschaft inflationär verwendet und simplifiziert, so Wolf (2017, S. 7). Grundlegend besteht laut Wolf (2017, S. 7) die Debatte, ob es sich bei dem Begriff Populismus um einen Politikstil, eine Ideologie oder eine Kombination aus beidem handelt. Ihr zufolge "ist Populismus in seiner einfachsten Form zunächst nichts weiter als ein rhetorisches Stilmittel, welches mit Komplexitätsreduktion, Schwarz-Weiß-Malerei und Vereinfachungen arbeitet" (Wolf 2017, S. 8). Klassische Merkmale dieses Stils zeichnen sich durch Abgrenzung zu anderen Parteien, Anpassung von Sprache und Inhalten am Publikum und die Verwendung von Common-Sense Argumenten sowie starken Vereinfachungen aus, so Wolf (2017, S. 8 ff). Laut Wolf (2017, S. 7 f) entsteht dagegen eine "dünne" populistische Ideologie, sobald dieser Stil auf der gezielten oder provokativen Konfrontation zwischen Volk und Eliten basiert.

3.2. Populismus und (Rechts-)populismus

Wie in Kapitel 3.1 bereits beschrieben wurde, gibt es keine einheitliche wissenschaftliche Definition darüber, was Populismus ist. Wolf (2017, S. 7) beschreibt Populismus als ursprünglich rein rhetorisches Mittel, woraus in Kombination mit gezielter oder provokativer Konfrontation zwischen Volk und Eliten eine "dünne" Ideologie entsteht. Von (Rechts-)populismus kann gemäß Wolf gesprochen werden, "sobald zusätzlich das eigene Volk, die eigene Nation von den Fremden, den Anderen bzw. den Ausländern abgegrenzt wird" (2017, S. 7). Darüber hinaus kann dem (Rechts-)populismus eine konkretere Volksdefinition zugeschrieben werden, so Wolf (2017, S. 13). Dahingehend ist hier mit *Volk* nicht die Bevölkerung eines Staates gemeint, sondern Personen mit gemeinsamem kulturellen Hintergrund und einem gemeinsamen Werteverständnis (Wolf 2017, S. 13). Auch geht in Anbetracht des (Rechts-)populismus die Abgrenzung über die Eliten hinaus, auch "die Anderen"/ "die Fremden", zumeist Ausländer, Migranten und andere Minderheiten stellen eine Bedrohung dar, so Wolf (2017, S. 13).

Die Begriffe Populismus und (Rechts-)populismus werden dementsprechend bei einigen anderen Autoren (vgl. Lewandowsky 2012; Meyer 2006; Häusler 2008) simultan verwendet. Angelehnt an deren Beispiel sowie auf der Basis eines ohnehin nicht eindeutig zu definierenden Populismus-Begriffs (vgl. Lewandowsky 2012), sollen die Begriffe im Rahmen dieser Bachelorarbeit als *Populismus* zusammengefasst werden. Wenn dagegen explizit von Populismus mit rechten Ausprägungen die Rede ist, findet die Begrifflichkeit *(Rechts-)populismus* Verwendung.

3.3. Populismus - Ursachen für einen Trend

Statt den Populismus als politische oder gesellschaftliche Bewegung zu vereinfachen, unternimmt Spier (2006, S. 33) den Versuch, das Konstrukt Populismus anhand von Gemeinsamkeiten in der Entstehung alter und neuer populistischer Bewegungen zusammenzufassen. Er stellt dabei fest, dass populistische Bewegungen und Regime der Vergangenheit unter ähnlichen Bedingungen entstanden, unter denen die derzeit überall in Europa aufstrebenden populistischen Parteien an Zuspruch gewinnen (Spier 2006, S. 33). Demnach liegt die Gemeinsamkeit dieser Bewegungen darin, "dass sie jeweils eine Reaktion auf Krisen im Gefolge von gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen darstellen" (2006, S. 33). Die Missstände, die aus ökonomischen, kulturellen und politischen Umbrüchen hervorgehen, rufen bei weiten Bevölkerungsteilen Verunsicherung hervor, was zu angstgetriebenen Protestbewegungen führen kann, die wiederum Nährboden für eine populistische Mobilisierung bieten, so Spier (2006, S. 33 f).

Laut Priester (2008, S. 20) muss man sich die zerrüttete Beziehung zwischen den Wählern und den repräsentativen Vertretern ansehen, um dem Ursprung populistischer Bewegungen auf die Spur zu kommen. Dieser Bruch ist Priester (2008, S. 20) zufolge darauf zurückzuführen, dass die regierenden Parteien in ihrer Funktion immer mehr Eigeninitiative übernehmen und sich von ihrer Funktion als Vertreter des Volkers immer mehr entfernen. Populistische Strömungen sind hiernach "als Reaktion auf Defizite im Modus der Repräsentation des politischen Willens zu verstehen und berühren das in den westlichen Verfassungsstaaten vorherrschende Verständnis von Demokratie als repräsentative Demokratie" (Priester, S. 19).

Der Sozialpolitik-Forscher Norbert Berthold (2017, S. 5) findet mehrere Ursachen für das derzeitige Aufstreben populistischer Bewegungen. Seiner Meinung nach liegt der Grund dieser Entwicklung am technischen Fortschritt, der Globalisierung sowie der damit einhergehenden Benachteiligung der "einfachen" Arbeiter (Berthold 2017, S. 5). Die einfachen Stellen werden hiernach im Inland durch Automatismen ersetzt oder preiswert ins Ausland verlegt, wo unter günstigeren Konditionen produziert wird. Laut Berthold (2017, S. 5) ist der entscheidende Auslöser zum Protest jedoch die stark ansteigende Zahl von Migranten in reichen Ländern, wodurch ökonomisch bedingte Unsicherheiten, als auch Ängste um den Verbleib der eigenen Kultur entfacht werden. Weil aber nicht nur die "Abgehängten" auf die Straße gehen, sondern breite Schichten der Bevölkerung, können die Spannungen nicht nur auf die Auswirkungen der Globalisierung reduziert werden, so Berthold (2017, S. 5). Seiner Meinung nach ist es auch ein wenig transparentes politisches System, das die Verunsicherungen einer breiten Masse nicht wirklich ernst nimmt (Berthold 2017, S. 5).

3.4. (Rechts-)populismus und Rechtsextremismus

Gemäß Häusler (2008, S. 41) gehen die Begriffe (Rechts-)populismus und Rechtsextremismus oftmals einher, der Unterschied besteht allerdings darin, dass sich (Rechts-)populisten in der Regel selbst als rechtskonservativ beschreiben, so Häusler (2008, S. 41). Des Weiteren sind aber bei jeder (Rechts-)populistischen Partei "inhaltliche Überschneidungen von extrem rechten, rassistischen und autoritären Gesellschaftsvorstellungen mit populistischen Inszenierungsformen" (Häusler 2008, S. 41) festzustellen. Nach Benno Hafener (2007) sind dem Begriff Rechtsextremismus alle politischen Aktivitäten am äußeren rechten Rand mit völkisch-nationalistischen Ausprägungen zuzuordnen, welche rassistische und antisemitische Gedanken, autoritäre Politikvorstellungen, Ablehnung des gesellschaftlichen Gleichheitsprinzips, Diskriminierung von

Minderheiten und Ethnisierung/ Nationalisierung sozialer und ökonomischer Problemlagen in sich tragen (Häusler, S. 43).

Grumke (2012, S. 377) zufolge dreht es sich bei (Rechts-)populismus und Rechtsextremismus letztendlich um zwei unterschiedliche Gefährdungen der Demokratie, die differenziert betrachtet und bewertet werden sollten, obwohl die Übergänge beider Phänomene oft fließend sind, so Grumke (2012, S. 377). Prinzipiell lassen sich laut Grumke (2012, S. 377) einige Unterscheidungen in beiden Positionen feststellen, demnach streben Rechtsextremisten mehrheitlich die Abschaffung der heutigen Demokratie an, während (Rechts-)populisten einschneidende Veränderungen im aktuellen System fordern. (Rechts-)populisten verstehen sich dabei als Vertreter des "Volkes", einer homogenen Masse, die sich ihrer Identität beraubt sieht, Rechtsextremisten demgegenüber vertreten eine revolutionäre Position, so Grumke (2012, S. 377).

3.5. (Rechts-)populismus im Web 2.0

Laut Beyme (2018, S. 83) kommen den Medien in einer Zeit, in der sich Populismus zu einem neuen Trend entwickelt und Populisten an Einfluss gewinnen, immer mehr Bedeutung zu. Dabei funktionieren die Medien nach wie vor nach ihrer eigenen Logik der Ereignisorientierung, so Beyme (2018, S. 83) und können somit für populistische Strömungen nicht allein verantwortlich gemacht werden. Weil sie aber gleichzeitig das medienorientierte Verhalten der Populisten verstärken, tragen die Medien, wenn auch unbeabsichtigt zur Förderung von Populismus bei (Beyme 2018, S. 83). Neben medialer Berichterstattung bieten auch die Sozialen Netzwerke eine Bühne für Selbstinszenierung und Provokation (Beyme 2018, S. 84). Nach Meyer (2006) haben die Medien mittlerweile sogar die Vermittlerrolle zwischen Politik und Wählern übernommen.

Laut Meyer (2006, S. 82) verfolgen die modernen Massenmedien fast ausnahmslos zwei Prinzipien, um ein möglichst hohes Publikumsinteresse zu erreichen. Das erste Prinzip gilt einem hohen Nachrichtenwert von Berichten, der sich Schulz (1976) zufolge u.a. an den Kriterien Prägnanz, Überraschungswert, Konflikthaftigkeit, Schaden sowie Kriminalität festmacht (Meyer 2006, S. 83). Das zweite Prinzip gilt der Präsentations- und Inszenierungsform von ausgewählten Nachrichteninhalten, wobei Meyer (2006, S. 83) zufolge grundsätzlich zwischen Qualitätsmedien und den Boulevardmedien zu unterscheiden ist. Bei allen Darstellungsformen stehen aber die Erzeugung von Aufmerksamkeit, Neugier, Spannung sowie die Ansprache eines möglichst breiten Publikums im Zentrum, so Meyer (2006, S. 83).

3.6. Umgang mit Populismus

Wie in Kapitel 3.3 ersichtlich wurde, liegt den aktuellen populistischen Strömungen ein Trend zugrunde, wobei dieser auf Ursachen wie Globalisierung, Modernisierung oder nachlassende politische Repräsentanz zurückgeführt werden kann. Weiter wurde auch aufgezeigt, dass der Begriff Populismus zwar schwer zu definieren ist, der aktuelle Trend hingegen anhand einiger Merkmale charakterisiert werden kann. In diesem Kapitel sollen nun einige Strategien für den Umgang mit (Rechts-)populismus beleuchtet werden.

Nach Meinung von Frank Decker (2017) wäre die Einführung von Plebisziten eine Möglichkeit, (rechts-)populistische Stimmen zu mäßigen. Laut Guggenberger (2007) könnten somit politische Entscheidungen transparent gemacht werden, die eigentlich nicht an die Öffentlichkeit gelangen würden (Decker 2017, S. 57). So kann Kommunikation im Sinne von Decker (2017, S. 58) nur stattfinden, wenn aufkommende populistische Stimmen nicht im Keim erstickt, sondern der oppositionelle Protest ins politische System integriert wird.

Thomas Grumke (2012, S. 282) sieht in der aufkommenden populistischen Strömung gleichermaßen eine Verschiebung des politischen Grundverständnisses nach rechts sowie eine Legitimationsbasis für rechtsextremistische Elemente. Weil (rechts-)populistische Formationen unter dem Deckmantel rechtskonservativer Gesinnung den Zugang zur gesellschaftlichen Mitte als "Anwälte der kleinen Leute", finden, so Grumke (2012, S. 283) und sie langfristig immer mehr Wähler gewinnen, stellt das Phänomen nach Grumke eine Gefährdung der liberalen Demokratie dar. Grumke (2012, S. 283) verweist dahingehend auf eine bessere politische Grundbildung sowie die Versachlichung von Argumenten als Strategien gegen (Rechts-)populismus und Rechtsextremismus.

Timo Tonassi (2016) befragte für den *Mediendienst Integration* vier Experten zum Umgang mit (rechts-)populistischer Rhetorik im Angesicht der jüngsten Wahlerfolge und dem Einzug in den Bundestag der Alternative für Deutschland (AfD). Laut Tonassi (2016) beschränkten sich die bisherigen Strategien der etablierten Parteien bezüglich des Umgangs mit der AfD auf Konfrontation, Imitation und Verweigerung. Dabei stellten die Experten fest, dass nicht jeder Konfrontationskurs der Richtige ist (Tonassi 2016). Nico Lange sowie Orkan Kösemen von der Bertelsmann Stiftung sind dahingehend der Meinung, dass politische Inhalte in den Fokus gerückt werden sollten, statt die (rechts-)populistische Debatte ausschließlich zu moralisieren (Tonassi 2016). Alexander Häusler zufolge ist Konfrontation prinzipiell wichtig, seiner Meinung nach muss allerdings zwischen Rechtsradikalen, Nationalkonservativen und Wirtschaftsliberalen im Umfeld der AfD unterschieden werden, so Tonassi (2016). Frank Decker betont darüber hinaus,

dass sich auch andere Parteien, trotz teils verweigernder Rhetorik, inhaltlich auf die AfD zubewegen und darin ein internationaler Trend nach rechts zu beobachten sei (Tonassi 2016). Darüber, dass die Verweigerung von Gesprächen mit (Rechts-)populisten der schlechtere Weg ist, sind sich die Experten Tonassi (2016) zufolge einig. Laut Kösemen spiegelt diese Auffassung zwar das Vorgehen gegen Rechtsextremisten wieder, bei (Rechts-)populisten bewirkt diese Haltung hingegen lediglich eine Bestätigung ihrer "Außenseiterrolle", was laut Lange den Frust und die Aktionsbereitschaft der (Rechts-)populisten noch weiter vorantreibt (Tonassi 2016).

4 Forschungsrelevante Studien

Das folgende Kapitel soll eine Übersicht über den aktuellen Stand der Forschung im Gebiet der Metaphernanalyse im politikwissenschaftlichen Kontext mit dem Schwerpunkt (Rechts-)populismus geben. Die Auswahl der folgenden Studien bezieht sich auf die, in Kapitel 3 erörterten Merkmale von Populismus. Hier werden u.a. Metaphern des Staates sowie der Migration und Fremdenfeindlichkeit besprochen. Zudem sollen metaphorische Redewendungen in der US-Außenpolitik und deren Auswirkungen auf politische Denkprozesse zur Sprache kommen.

4.1. Metaphern des Staates

Die folgenden Studien zu den Metaphern des Staates von Peil, Rigotti und Musloff sowie die Studien zu Migration und Fremdenfeindlichkeit von Charteris-Black, Refaie, Böke und Pörksen, die in Kapitel 4.3 zur Sprache kommen, wurden von Schmitt (2017) zusammengetragen. Sie bieten einen Einblick in linguistische Untersuchungen zur Verwendung metaphorischer Konzepte aus dem Feld der Politikwissenschaften. Peil (1983) gibt mit seinen umfangreichen Untersuchungen einen Überblick über Metaphern zum Staat (Schmitt 2017, S. 334), dieser wird demzufolge als Hirte, Maschine, Gebäude oder Schiff metaphorisiert.

Rigotti (1994) bezieht sich auf Peil (1983), richtet den Fokus laut Schmitt (2017, S. 335) dahingegen weniger auf Metaphern des Staates als auf Politik im globalen Sinn. In ihrer Arbeit spielen dabei Schmitt (2017, S. 335) zufolge besonders kriegerisch-militärische Rhetorik sowie Metaphern von Macht eine übergeordnete Rolle. Rigottis (1994) metaphorische Konstrukte gehen indes auf Familien als auch Tiermetaphern (Staatsun-geheuer) sowie im Kontext Macht auf Körperhaftes sowie Besitz (Machthaber) zurück (Schmitt 2017, S. 336).

Musolff (2000) befasste sich in umfangreichen Untersuchungen mit Metaphern zu Europa. Diese ergaben, dass Europa in erster Linie in Wegmetaphern (Geschwindigkeiten, Fahrzeuge), Konstruktionsmetaphern (Maschinen, Geometrie), als Gruppe (in Form eines Behälters), als Familie (Körper mit Geburt, Leben, Tod, Stärke, Schwäche, Größe), als innerer Wett- und äußerer kriegerischer Kampf sowie als Theater (Tragödie, Komödie) (Schmitt 2017, S. 327) abgebildet wird.

4.2. Metaphern der Migration und Fremdenfeindlichkeit

Für den den britischen Wahlkampf untersuchte Charteris-Black (2006) metaphorische Konzepte konservativer und rechtspopulistischer Zeitschriften im Umgang mit dem Thema Migration und Fremdenfeindlichkeit. Dabei fiel ihm auf, dass in konservativen Zeitschriften besonders oft die Behältermetapher (der Staat als Behälter) und dessen Bedrohung von Einflüssen außerhalb des Behälters verwendet wurde. In (rechts-)populistischen Zeitschriften hingegen wurde Einwanderung oft mit Wasser und Naturkatastrophen (Flut, Überschwemmung) in Verbindung gebracht. (Schmitt 2017, S. 324)

Der Linguist Santa Ana (1999) dokumentierte in Kalifornien vier gängige, entwertende metaphorische Konzepte für Einwanderer. Hiernach wurden solche als Tiere, falsche Menschen, Gebrauchsartikel oder Unkraut bezeichnet. Ferner tauchten metaphorische Konzepte auf, die Immigranten mit Schmutz oder Krankheit verglichen. (Schmitt 2017, S. 324)

Refaie (2001) findet in einer Studie in Österreich weitere abwertende Metaphern, die Migranten mit Wasser und Flut sowie einer kriegerischen Bedrohung vergleichen. Im Fall beider metaphorischer Konzepte stellen Migranten eine Bedrohung dar, die von außen auf den Staat einwirkt und vor der man sich schützen muss. Weiter gedacht legitimiert die Stigmatisierung als Bedrohung neben der Verteidigung natürlich auch Gegenangriff und Prävention. (Schmitt 2017, S. 325)

Für metaphorische Konzepte zum Thema Migration und Flüchtlinge in Deutschland untersuchte Böke (1997) Reportagen der Zeitschrift *Spiegel* und kam dabei u.a. auf die Quellbereiche "Wasser" (Zustrom, Eindämmung), "Militär" (Invasion, Reservearmee) und "Waren" (Menschenhandel, Nachschub). In der Stigmatisierung sieht Böke (2000) die Gefahr, das Menschliche aus dem Blick zu verlieren und vermutet hier eine metaphorisch unterstützte Entindividualisierung der Zuwanderer. (Schmitt 2017, S. 325)

Zu ähnlichen Schlüssen kommt der deutsche Sprachwissenschaftler Pörksen (2003). Er beschreibt die pragmatische Funktion solcher Metaphern als Dehumanisierung und Aberkennung des menschlichen Status des Gegenübers. Außerdem können

solche Metaphern laut Pörksen für die Konstruktion von Notwehrsituationen zur Legitimierung von Gewalt und zur Fokussierung auf einen zentralen Gegner verwendet werden. (Schmitt 2017, S. 326)

4.3. Metaphern der US-Außenpolitik - Held, Unhold und Opfer

George Lakoff (2002) beschäftigte sich in seiner Publikation *Moral Politics* mit der Rhetorik der US-Außenpolitik vor dem Hintergrund der Irakkriege sowie dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 (Schmitt 2017, S. 297). Im Rahmen der Studie untersuchte Lakoff (1991) metaphorische Muster konservativer sowie liberaler Politiker, um Rückschlüsse auf metaphorische Denkmuster ziehen zu können, was ihm laut Schmitt (Schmitt 2017, S. 297) aufgrund mangelnder sozialwissenschaftlicher Grundlagen nur teilweise gelang. Grundlage dieser Studie waren u.a. Ausarbeitungen Lakoffs in Zusammenhang mit dem anstehenden ersten Irakkrieg infolge von militärischen Interventionen des Irak in Kuwait (Schmitt 2017, S. 297). Im Zentrum der Untersuchung standen Äußerungen der Bush-Administration, so Schmitt (2017, S. 297), die für eine "Verschleierung" der Ereignisse sorgten. Hiernach stehen sich Nationen "als Einzelpersonen in einem Märchen vom gerechten Krieg mit Held, Unhold und Opfer gegenüber" (Schmitt 2017, S. 297). Gemäß Lakoff handle der "Held" (USA) allerdings auf Basis von eigenen Interessen in Hinblick auf Ölförderung, der "Unhold" (Irak) agiere hinsichtlich der Wahrung eigener Interessen rational und das "Opfer" (Kuwait) sei in der Vergangenheit selbst als Aggressor gegenüber dem Irak aufgetreten (Schmitt 2017, S. 297). Darüber hinaus überschattete diese Konstellation von Held, Unhold und Opfer laut Lakoff die Dramatik des Krieges und des menschlichen Leids, das mit Krieg prinzipiell einhergehe (Schmitt 2017, S. 297). Hier kann Schmitt zufolge vom Verbergen ("hiding") der Folgen des Krieges gesprochen werden.

4.4. Alltagsmetaphern im politischen Kontext

Christa Baldauf (1997) bietet des Weiteren eine umfangreiche Sammlung metaphorischer Konzepte anlässlich ihrer Studie zur Alltagsmetaphorik. Die Korpusanalyse umfasst dabei allgemeinsprachliche, stilistisch nicht herausragende Presstexte, die sich auf Alltagserfahrungen stützen (Baldauf 1997, S. 93). Hinsichtlich der Begriffsdefinition von *Alltag* bezieht sich Baldauf auf Hammerich und Klein (1978), die Alltag als "Komplex des Normalmenschlichen im Gegensatz zum Außergewöhnlich-Menschlichen" (Baldauf 1997, S. 93) auffassen. Laut Schmitt (2017, S. 26) greift Baldauf in ihrer Forschung ein breites Spektrum deutscher Alltagsmetaphorik auf und hebt sich damit von bisherigen, überwiegend Einzelfall- und Gruppenanalysen ab. Viele, der bei Baldauf

(1997) gefundenen Konzepte lassen sich zudem dem politischen Kontext zuordnen. Ihre Studie bildet damit einen soliden Bezugsrahmen für die vorliegende Arbeit. Schmitt (2017) bringt indes den mangelnden Bezug Baldaufs in Hinblick auf die sozialwissenschaftlichen Aspekte zur Sprache. Hier anknüpfend bietet Schmitt (2017) neben einer breiten metapherntheoretischen Aufarbeitung eine umfassende Reflexion sozialwissenschaftlicher Disziplinen ein und stellt damit ebenfalls eine wichtige Bezugsquelle für diese Arbeit dar.

5 (Sozial-)psychologische Vorüberlegungen

Die hier dargestellten Vorüberlegungen sollen den Leser für die Wirkung politischer Sprache, die Auswirkungen von Gruppenprozessen sowie einiger konflikttheoretischer Aspekte in Bezug auf die vorliegende Metaphernanalyse sensibilisieren. Diese Gedanken werden schließlich im Zuge von Kapitel 10.4 aufgegriffen und am Gegenstand der Ergebnisse dieser Analyse diskutiert.

5.1. Die Rolle der Metapher in der politischen Sprache

Laut Lakoff & Wehling (2014, S. 30) hat die Verwendung von Sprachbildern einen großen Einfluss auf die Wahrnehmung des Gegenübers. Die wiederholte Verwendung einer Metapher, so Lakoff & Wehling (2014, S. 30), verändert demnach die Funktionsweise des Gehirns des Zuhörers auf physischer Ebene, indem entsprechende Synapsen verstärkt Reize aussenden. Solchen Sprachbildern, die in der politischen Kommunikation häufig verwendet und über die Medien verbreitet werden, kann somit ein immenser Einfluss zugesprochen werden (Lakoff & Wehling 2014, S. 31). Wird eine Metapher im politischen Kontext darüber hinaus über einen längeren Zeitraum hinweg häufig verwendet, kann diese zum "Common Sense, also zum allgemeinen Verständnis der Situation" (Lakoff & Wehling 2014, S. 31) werden. Ein solches Verständnis hat auch den Charakter, einige Details in den Vordergrund zu rücken und andere zu verbergen, so Lakoff & Wehling (2014, S. 31). Schmitt (2017) spricht in diesem Zusammenhang von "hiding" und "highlighting", so kann einer Metapher immer eine "hervorhebende" sowie eine "verbergende" Funktion zugesprochen werden. Lakoff & Wehling (2014, S. 31) zufolge ist dahingehend ausschlaggebend, welche Metaphern im politischen Kontext verwendet werden und welche nicht.

5.2. Politisches Framing

Die New York Times veröffentlichte im Januar 2006 einen Artikel anlässlich eines Experiments zu parteilichem Denken (Lakoff & Wehling 2014, S.S.73). Demzufolge wurden 30 Männern aus dem republikanischen sowie demokratischen Lager Äußerungen der Politiker George W. Bush sowie John Kerry vorgelegt. Obwohl beide Äußerungen Widersprüche beinhalteten, stellten die Versuchspersonen fest, dass der Gegenkandidat die Unwahrheit sagt, so Lakoff & Wehling (2014, S.S.73), die Probanden erkannten allerdings nicht, dass auch der eigene Kandidat log (Lakoff & Wehling). Dieses Phänomen ist nach Lakoff & Wehling (2014, S.S.73) auf das Denken in *Frames* bzw. Deutungsrahmen zurückzuführen, durch welche Informationen strukturiert und diesen ein Sinn gegeben wird. Von *Deep Seated Frames* kann obendrein in Gegenwart von manifesten *Frames* gesprochen werden, die das grundlegende Verständnis der Welt wie etwa moralische oder politische Grundeinstellungen strukturieren, so Lakoff & Wehling (2014, S.S.73). Informationen, welche diesem Bild entsprechen, werden laut Lakoff & Wehling (2014, S.S.73) ohne weiteres aufgenommen, abweichende Informationen dagegen finden weniger leicht Zugang oder werden schlicht ignoriert. Bestehende *Frames* werden so aufrechterhalten und das Weltbild bleibt konsistent. Diesem Phänomen liegt Lakoff & Wehling (2014, S.S.73) zufolge ein physischer Automatismus zugrunde, so ist der Einfluss auf derartige Prozesse begrenzt und die Strukturierung neuer Informationen entzieht sich weitestgehend der bewussten Entscheidung. Somit werden bei häufiger Wiederholung von Worten oder Sätzen diejenigen neuronalen Schaltkreise stimuliert, welche für die Verarbeitung der Information zuständig sind (Lakoff & Wehling 2014, S.S.74). Durch die verstärkte Stimulierung entsprechender Neuronen gewinnen die Synapsen letztlich an Intensität und die Schaltkreise stabilisieren sich (Lakoff & Wehling 2014, S. 74).

Lakoff & Wehling (2014, S. 176) greifen diesbezüglich einen Effekt der politischen Berichterstattung in den USA auf. So finden häufig konservative Sprachelemente Verwendung, die wiederum von den Medien aufgegriffen und mit großer Reichweite verbreitet werden (Lakoff & Wehling 2014, S. 176). Dahingehend werden laut Lakoff und Wehling nicht nur Wortlaute, sondern auch konservative Ansichten in großem Stil vermittelt. Das Wissen über politisches Framing sollte nach Lakoff & Wehling (2014, S. 176) daher Bestandteil journalistischer Arbeit sein, sowie der Sprachgebrauch im politischen Kontext regelmäßig überprüft bzw. reflektiert werden.

An dieser Stelle soll der Zusammenhang zwischen der Metapher in der politischen Sprache und populistischer Rhetorik hergestellt werden. Indem spezifische politische oder gesellschaftliche Aspekte über die Sprache hervorgehoben und andere verborgen

werden, findet eine "Verzerrung" der Wirklichkeit statt. Sind die Rezipienten darüber hinaus nicht in der Lage, die eingehenden Informationen zu differenzieren bzw. Informationen aus alternativen Quellen zu beziehen, können sich die vermittelten Inhalte schnell als "Wahrheit" manifestieren. Die Metapher kann folglich auch als rhetorische Strategie zum Erreichen politischer Ziele instrumentalisiert werden, indem bspw. Feindbilder oder Archetypen erschaffen werden. Hier schließt die Definition von Populismus nach Wolf (2017, S. 8) an. Sie beschreibt das Abstraktum Populismus in diesem Sinne als rhetorisches Mittel, das sich in erster Linie durch "Komplexitätsreduktion", "Schwarz-Weiß-Malerei" sowie "Vereinfachungen" auszeichnet. Der instrumentale Aspekt der Metapher sollte unter diesen Gesichtspunkten gedanklich in die Ausführungen dieser Arbeit integriert, nicht aber überinterpretiert werden.

5.3. Konfliktforschung

Laut Glasl (2013) ist der *Soziale Konflikt* eine Interaktion "zwischen Aktoren [...], wobei wenigstens ein Akteur Unvereinbarkeiten im Denken/ Vorstellen/ Wahrnehmen und/ oder Fühlen und/ oder wollen mit dem anderen Akteur [...] in der Art erlebt, dass im Realisierbaren eine Beeinträchtigung durch einen anderen Akteur [...] erfolge" (S. 14). Glasls Konflikt-Definition stellt eine Synthese aus älteren Definitionen dar (vgl. Glasl 2013), sein Anspruch liegt dabei auf einer grundlegenden Determination des Konflikts, wobei er einige Konflikt-Arten ausklammert. Folglich schließt die Definition nicht solche Konflikte ein, die auf Unvereinbarkeiten im kognitiven Bereich, im Fühlen, im Wollen oder auf unvereinbares Verhalten zurückzuschließen sind (Glasl 2013). Glasl (2013, S. 14) weist auch darauf hin, dass an einem sozialen Konflikt mindestens zwei Personen bzw. Parteien beteiligt sind. Ein Konflikt kann demzufolge neben Individuen auch zwischen Gruppen, Organisationen oder anderen Interessensgemeinschaften ausgetragen werden.

Meyer (1997, S. 32) bringt darüber hinaus eine Differenzierung des Konflikts in Interessens- und Verteilungskonflikte sowie Werte- und Identitätskonflikte nach dem Vorbild von Wilhelm Aubert zur Sprache, wobei im Kontext dieser Arbeit der Fokus auf den Interessens- und Verteilungskonflikten liegen soll. Hierbei handelt es sich um Kontroversen angesichts knapper Ressourcen wie Geld oder anderen materiellen Gütern, so Meyer (1997, S. 32), aber auch gesellschaftliche und berufliche Positionen, Macht und Ansehen können eine Rolle spielen (Meyer 1997, S. 32).

Der Politikwissenschaftler Franz Nuscheler (2010, S. 273) überträgt den Begriff von Interessens- und Verteilungskonflikten schließlich auf die Migrationsdebatte. Dem-

zufolge führt Migration in den Zielländern oft zu zwischenstaatlichen Konflikten, so Nuscheler (2010, S. 273), indem Auseinandersetzungen in Hinblick auf die Verteilung von Geflüchteten aufkommen oder die Aufnahme von Geflüchteten zu Propagandazwecken gegen politische Gegner verwendet wird (Nuscheler 2010, S. 273). Am häufigsten treten laut Nuscheler (2010, S. 281-282) aber Konflikte innerhalb der Zufluchtsländer auf, wo das Thema Migration gerne für politische Zwecke instrumentalisiert wird. Hier wird mit Bedrohungsgefühlen oder Überfremdungsängsten gearbeitet, um politische Ziele zu erreichen, so Nuscheler (2010, S. 281-282). Hier spielen auch fiktive oder initiierte Verteilungskonflikte zwischen der Bevölkerung in den Zufluchtsländern und bei Geflüchteten eine tragende Rolle. Bezüglich Meyers Konfliktdefinition (1997) können auf diese Weise Konflikte um "knappe Ressourcen" wie Arbeitsplätze, Kitaplätze, Wohnraum oder Sozialleistungen entstehen.

5.4. Soziale Kategorisierung und Stereotypisierung

Der Sozial- und Kognitionspsychologe Christoph Klauer fasst *soziale Kategorien* u.a. auf der Basis von Allport (1954) und Lippmann (1922) als "hilfreich wahrgenommene Ordnungsrahmen für das Strukturieren und Vereinfachen einer sozialen Situation dar, insbesondere wenn die wahrgenommenen Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Situation gut gruppieren" (Klauer 2008, S. 23). Der Prozess der Kategorisierung kann dabei auf äußerliche Unterschiede wie Kleidung, Geschlecht oder Haarfarbe zurückgeführt werden, so Klauer (2008, S. 23), oder aber auf ähnliche Überzeugungen wie etwa die Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft oder Partei. Laut Klauer (2008, S. 23) können auch Persönlichkeitsmerkmale die Basis von sozialer Kategorisierung sein, so kann bspw. der Typ "Familienmensch" auf der Grundlage ähnlicher Verhaltensaspekte als Kategorie repräsentiert werden. Klauer (2008, S. 23) zufolge besteht die sozialpsychologische Relevanz sozialer Kategorisierung einerseits in der Wahrnehmung und Beurteilung kategorisierter Personen und andererseits in den kategoriespezifischen Erwartungen, die oft an spezifische Verhaltensweisen von Personen einer Kategorie gekoppelt sind. Diese Erwartungen werden als *Stereotype* bezeichnet, so Klauer (2008, S. 23). Auf kognitiver Ebene dienen Stereotype laut Klauer (2008, S. 23) dazu, Lücken in der Erinnerung zu füllen. So werden stereotype Gehalte dazu verwendet, die nichtvorhandenen Informationen treffend zu rekonstruieren und somit das Bild der Kategorie zu vervollständigen (Klauer 2008, S. 23). Diese Funktion bietet gleichwohl Raum für Urteilsfehler, so Klauer (2008, S. 23), wenn die verwendeten Stereotype etwa nicht mit der "Realität" übereinstimmen. Des Weiteren wird dem Kategorisierungsprozess ein bewertender Charakter zugrunde gelegt (Klauer 2008, S. 23). So kann nach Klauer (2008, S. 23) von

Vorurteilen gesprochen werden, wenn positive oder negative Bewertungen auf ein Mitglied einer Kategorie projiziert werden, ohne dass die Richtigkeit dieser Einordnung im Vorfeld überprüft wurde. Von *Diskriminierung* ist letztlich die Rede, so Klauer (2008, S. 23), wenn sich die negative Bewertung einer Person im Umgang mit dieser bemerkbar macht.

5.5. Die Sündenbocktheorie

Die *Sündenbocktheorie*, die von dem französischen Historiker und Philosophen René Girard begründet wurde besagt, dass aus Frustration entstandene Aggression auf andere verschoben wird, indem ein *Sündenbock* bestimmt wird (Spektrum.de). Der Begriff *Sündenbock* entstammt nach Allport (1971, S. 251) einem hebräischen Ritual, das den Zweck hatte, das hebräische Volk von seinen Sünden reinzuwaschen. Im Rahmen des Ritus wurden durch einen Hohepriester sämtliche Vergehen des Volkes symbolisch auf eine Ziege übertragen (1971, S. 251). Das Tier wurde anschließend in die Wüste entlassen und das Volk fühlte sich frei von Schuld (Allport 1971, S. 251).

Der Sündenbocktheorie liegt die *Frustrations-Aggressions-Theorie* zugrunde, die 1939 von einer Forschungsgruppe um John S. Dollard aufgestellt wurde. Die Theorie beinhaltet die Thesen, Aggression ist "a) immer eine Folge von Frustration und b) Frustration führt immer zu einer Form von Aggression" (Selg et al. 1997, S. 23), wobei Frustration in diesem Zusammenhang als Störung einer zielorientierten Handlung und Aggression als Verhalten mit der Absicht, eine Person zu verletzen zu verstehen ist (Selg et al. 1997, S. 23). Obwohl sich die Thesen laut Selg et al. (1997, S. 23) nicht bestätigen ließen, soll hier kurz auf eine Untersuchung von Dollard et al. (1971, S. 53) eingegangen werden, nach welcher Politiker zum Sündenbock transmutieren. Demzufolge konnte festgestellt werden, dass während langer Trockenperioden und infolgedessen schlechter Ernten häufiger öffentliche Amtsträger ihrer Position enthoben wurden, als während niederschlagsreichen Jahren (Dollard et al. 1971, S. 53). Laut Dollard et al. (1971, S. 53) ist dieses Phänomen ein treffendes Beispiel zur Untermauerung der Frustrations-Aggressions-Theorie, wobei die Verschiebung von Aggression in Abhängigkeit von wirtschaftlichen Depressionen Dollard et al. (1971, S. 53) zufolge ein allgemein bekanntes Phänomen darstellt.

5.6. Gruppenprozesse und Identität

Gemäß der *Theorie der Sozialen Identität* nach Tajfel & Turner (1986) wird das Selbstkonzept einer Person über die Mitgliedschaft in einer sozialen Gruppe sowie dem Vergleich mit anderen Gruppen definiert. Dieser Vergleich hat wiederum Einfluss auf die

Bewertung der eigenen Gruppe und somit auf das Selbstkonzept seiner Mitglieder. Laut Viertmann (2015, S. 60) kann auch zwischen *Ingroup* und *Outgroup* unterschieden werden. Die *Ingroup* oder "Eigengruppe" zeichnet sich durch einen starken Zusammenhalt aus, neigt allerdings zu Selbstüberschätzung, so Viertmann (2015, S. 61). Bezüglich der *Outgroup* oder "Fremdgruppe" hingegen können Viertmann (2015, S. 61) zufolge schnell abwertende Haltungen sowie Feindbildung entstehen.

6 Theoretischer Hintergrund der systematischen Metaphernanalyse

Für die Textanalyse der Bachelorarbeit soll die systematische Metaphernanalyse nach Lakoff und Johnson herangezogen werden. Lakoff und Johnson prägten den Metaphernbegriff weitreichend und tragen mit ihrer Methodik wesentlich zur Schärfung metaphernanalytischer Untersuchungen bei. Eine Reflexion älterer metaphernanalytischer Vorgehensweisen findet sich obendrein bei Schmitt (2017). Anhand dieses Kapitels soll zunächst auf die doppelte Verortung der systematischen Metaphernanalyse in der kognitiven Metapherntheorie sowie der Hermeneutik gemäß Schmitt (2017) eingegangen werden. Das übrige Kapitel widmet sich dem Begriff der systematischen Metaphernanalyse nach Lakoff & Johnson.

6.1. Doppelte Verortung der systematischen Metaphernanalyse

Die systematische Metaphernanalyse lässt sich nach Schmitt (2017, S. 37) sowohl in der kognitiven Linguistik, als auch der Hermeneutik verorten. Die kognitive Verortung geht auf die synonyme Verwendung der Metapherntheorie durch Lakoff & Johnson als "kognitive Linguistik" zurück, wobei dieser Begriff laut Schmitt & Köhler (2006) Missverständnisse aufwirft (Schmitt 2017, S. 37). So bezieht sich diese Theorie nicht auf Kognitionen hinsichtlich "bewusster" Prozesse, so Schmitt (2017, S. 37), sondern auf nicht bewusste Prozesse, die sich in der mentalen Verarbeitung von Schemata auszeichnen.

Laut Schmitt (2017 S. 81) wurde die Theorie darüber hinaus nicht für den Rahmen der qualitativen Sozialforschung entwickelt, was einige Defizite der "kognitiven Linguistik" in Hinblick auf die Verwendung im sozialwissenschaftlichen Kontext aufwirft. So stellen Lakoff & Johnson bspw. einschlägige metaphorische Konzepte dar, weisen indes aber keinen fundierten Handlungsrahmen bei der Rekonstruktion der Konzepte auf, so Schmitt (2017 S. 81). Die mangelnde Reflexion handwerklicher Vorgehensweisen sowie hermeneutischer Grundsätze, so Schmitt (2017 S. 81), führt letzten Endes zur Verwendung "vorformulierter" Konzepte, die für den sozialwissenschaftlichen Gebrauch un-

scharf sind. Schmitt empfiehlt daher die Verortung der systematischen Metaphernanalyse in der hermeneutischen Methodik, was wiederum die Rekonstruktion von Konzepten in sozialen, kulturellen und psychologischen Kontexten ermöglicht (Schmitt 2017 S. 81).

6.2. Allgemeines zu Metaphern

Wie eingangs erwähnt, stellt die Metapher nach allgemeiner Definition ein Stilmittel dar, bei dem ein Wort oder eine Wortgruppe aus seinem eigentlichen Kontext in einen anderen übertragen wird (Duden 2017). Man kann auch von Sprachbildern sprechen, mit denen Zusammenhänge und Bedeutungen auf einer kreativen Ebene zusammengeführt werden. Ein aktuelles Beispiel bietet der Begriff "Flüchtlingswelle". Die seit 2015 stark ansteigende Zahl von geflüchteten Menschen in Europa und Deutschland wird hier als Welle charakterisiert, obwohl Wasserbewegungen auf den ersten Blick wenig mit Fliehenden zu tun haben. Wellen hingegen können als mächtig, aufbrausend oder unberechenbar beschrieben werden und eben diese Charakteristika der Welle werden in diesem Beispiel mit Geflüchteten in Verbindung gebracht. Ob man Sprachbilder bewusst einsetzt oder ob sie einfach "mitschwingen", die alltägliche Kommunikation ist regelrecht durchsetzt von Metaphern und Bezügen zwischen den Begriffswelten.

Die US-amerikanischen Linguisten George Lakoff und Mark Johnson setzen sich in ihrem Buch *Leben in Metaphern* differenziert mit Metaphern auseinander. Sie führen aus, dass Metaphern nicht nur rhetorische Mittel oder auffällige Sprachbilder darstellen, sondern ein fester Bestandteil unserer alltäglichen Sprache sind, deren metaphorischer Gehalt in der Regel nicht wahrgenommen wird. Lakoff und Johnson zufolge bestimmen Metaphern unsere Wahrnehmung, unser Denken und Handeln und somit unsere Wirklichkeit (Schmitt 2004, S. 1). Ob ein Wort allerdings eine Metapher ist oder nicht, hängt laut Schmitt (2013, S. 1) davon ab, ob dieses im übertragenen Sinn gebraucht, oder wortwörtlich verwendet wird. Wenn man jemanden im übertragenen Sinn als "kopfflos" bezeichnet, drückt man aus, dass er vergesslich ist oder mit den Gedanken nicht bei sich. Ist dagegen von jemandem die Rede, der gerade enthauptet wurde, hat das wenig mit Bedeutungsübertragung zu tun und von einer Metapher kann nicht die Rede sein. Besonders wichtig bei der Identifikation von Metaphern ist also der Bezugsrahmen, in dem sie verwendet werden. Laut Schmitt (2013, S. 1) ist dabei ohne Kontext oft nicht zu entscheiden, ob überhaupt eine Metapher vorliegt.

6.3. Metaphorisches Konzept

Aus Kapitel 6.2 geht hervor, dass eine Metapher im verwendeten Kontext mehr als eine wörtliche Bedeutung hat, sie überträgt ein Wort oder eine Wortgruppe aus dem

einen Kontext in einen anderen und die Verwendung von Metaphern findet oft unbewusst statt. Lakoff und Johnson fassen einzelne Metaphern, die sich auf denselben Geltungsbereich beziehen, als Konzept zusammen. Von einem metaphorischen Konzept kann man demnach sprechen, "wenn mehrere einzelne Metaphern den gleichen Quellbereich [...] und den gleichen Zielbereich [...] vorweisen" (Schmitt 2007, S. 140). Durch das Herausarbeiten metaphorischer Konzepte kann der Interpretationsspielraum einzelner Metaphern stark eingegrenzt werden, metaphorische Konzepte eignen sich in Bezug auf die Metaphernanalyse damit viel eher als Einzelmetaphern (Schmitt 2007, S. 140). Mit dem metaphorischen Konzept *Argumentieren ist Krieg* bringen Lakoff und Johnson ein aussagekräftiges und im westlichen Kulturkreis sehr häufig verwendetes Konzeptbeispiel ein. In *Wortgefechten* werden gerne *"hieb-und stichfeste"* Argumente verwendet, diese können *"durchschlagend"* sein, aber auch *"zerschlagen"* werden und während manch einer seine *"Stellung"* hält, geraten andere zu sehr unter *"Beschuss"* und müssen ihre *"Stellung"* aufgeben (Schmitt 2000, S. 24). Dieses Beispiel zeigt, wie sich anhand verschiedener und anfangs zusammenhangsloser Metaphern ein System erschließen lässt. Lakoff und Johnson (2014, S. 11) legen nahe, dass die Metapher unser Alltagsleben gänzlich durchdringt, "und zwar nicht nur unsere Sprache, sondern auch unser Denken und Handeln. Unser alltägliches Konzeptsystem, nach dem wir sowohl denken als auch handeln, ist im Kern und grundsätzlich metaphorisch" (Lakoff & Johnson 2014, S. 11).

6.4. Metaphern generierende Schemata

Zur weiteren Differenzierung unterscheiden Lakoff und Johnson in ihrem Buch von 1980 zwischen Struktur- und Orientierungsmetaphern, sowie ontologischen Metaphern. Obwohl diese Differenzierung mittlerweile veraltet ist, soll um der Vollständigkeit Willen kurz darauf eingegangen werden: *Strukturmetaphern* beschreiben folglich metaphorische Redewendungen, "die aus einem gemeinsamen (meistens sinnlich-konkreten) Bereich von Erfahrung auf einen unscharfen Bereich übertragen werden" (Schmitt 2013, S. 2). Zu den *Orientierungsmetaphern* zählen nach Schmitt (2013) alle metaphorischen Redewendungen, "die auf eine räumliche Strukturierung von Kognitionen und Emotionen schließen lassen" (S. 2). Neben Strukturmetaphern und Orientierungsmetaphern bringen Lakoff und Johnson die *Ontologische Metapher* ein, worunter sich die "Fähigkeit, komplexe Erfahrungen und Begriffe als Ding [...] zu behandeln" (Schmitt 2013, S. 3), versteht. Jene Metaphern, die laut Lakoff und Johnson am offensichtlichsten zu den ontologischen Metaphern zählen, sind die *Personifikationen*. Hier werden abstrakten Erfahrungen menschliche Eigenschaften zugeschrieben (Lakoff & Johnson 2014, S. 44).

In der überarbeiteten Version von 1987 sprechen Lakoff & Johnson anstelle einer Klassifikation schließlich von bezugsübergreifenden *Metaphern generierenden Schemata*. Somit ergibt sich neben der Metapher und dem metaphorischen Konzept eine dritte Strukturierungsebene (Schmitt 2017, S. 51). Metaphorische *Schemata* sind demzufolge gegenstandsunabhängige, sehr allgemeine Muster der Wahrnehmung, so Schmitt (Schmitt 2017, S. 51), die einfachen oder komplexen Erfahrungen wie etwa räumlichen Mustern oder komplexen bildlichen Erfahrungsbereichen zugrunde liegen. *Schemata* stellen die Grundlage zur Bildung metaphorischer Konzepte dar, so Schmitt (2017, S. 51) und dienen im Rahmen metaphernanalytischer Untersuchungen ebenso zur Strukturierung der erhobenen metaphorischen Redewendungen. Hinzuzufügen ist, dass die Zuordnung metaphorischer Redewendungen zu metaphorischen Schemata eine sinnbildende Form der Strukturierung darstellt, dabei können Überschneidungen bezüglich verschiedener Schemata durchaus vorkommen.

6.5. Metapher und kulturelle Kohärenz

Um alternative oder unscharfe Interpretationen gering zu halten, sollte neben den metaphorischen Konzepten auch der kulturelle Bezug, in dem die Metaphern Verwendung finden, beachtet werden. Laut Lakoff und Johnson (2014, S. 31) sind "die elementarsten Werte einer Kultur [...] mit der metaphorischen Struktur der elementarsten Konzepte dieser Kultur kohärent". Das metaphorische Konzept "Argumentieren ist Krieg" bspw. ist nach Lakoff und Johnson (2014, S. 12 f) in unserem Kulturkreis besonders verbreitet. Obwohl es bei diesem Konzept nicht um physische Gewalt geht, kann man sagen, dass eine Argumentation gewonnen oder verloren werden kann. Argumentation ist allerdings auch anders denkbar, Lakoff und Johnson schlagen diesbezüglich eine Kultur vor, in der Argumentation mit Tanz verbunden ist. Statt hartem "Schlagabtausch" bspw. "tänzeln" die Diskussionspartner um sich herum und nach einer "schweißtreibenden" Verhandlung werden "feierlich" die Hände geschüttelt.

6.6. Hiding und Highlighting

Einige Metaphern haben einen größeren Einfluss auf die Bildung von Konzepten als andere, man kann dahingehend von einer Bewertung der Metaphern sprechen (Schmitt 2017, S. 29). Dabei können Metaphern eine organisierende Rolle bei der Bildung von Konzepten einnehmen, oder aber wenig dazu beitragen, wodurch ihr Einfluss reduziert ist (Schmitt 2017, S. 29). Schmitt (2017, S. 29) spricht von der *central metaphor* als Metapher, die im Zentrum eines Konzepts steht, sie wird durch die organisierenden Me-

taphern bekräftigt und gewinnt so an Bedeutung. Mitschwingende oder periphere Metaphern hingegen tragen nur wenig zur Konzeptbildung bei. Lakoff und Johnson (1980) implizieren jeder Metapher zudem eine hervorhebende und eine hemmende Charakteristik und sprechen in diesem Zusammenhang von „highlighting“ und „hiding“ (Schmitt 2017, S. 30). So beanspruchen "zentrale" Metaphern viel Aufmerksamkeit, während andere Metaphern in den Schatten gestellt werden (Schmitt 2017, S. 29). Dieser Effekt betrifft aber nicht nur zentrale Metaphern, so Schmitt (2017, S. 29), sondern jede Metapher in ihrem individuellen Wirkungsfeld.

6.7. Kritische Auseinandersetzung

Laut Schmitt (2007, S. 138) stellt die Generalisierung und das vorzeitige Schlussfolgern ein generelles Problem hinsichtlich der qualitativen Sozialforschung dar. Hiernach werden Metaphern in Abhängigkeit der Metaphernanalyse zu früh bewertet und den Konzepten im frühen Stadium der Forschung übermäßig viel Bedeutung beigemessen. Dadurch kann es nach Schmitt (2007, S. 138) bei verschiedenen Untersuchungen zu widersprüchlichen Ergebnissen kommen. Dabei stehen Schmitt (2007, S. 138) zufolge im Kontext des Metaphernbegriffs aber noch einige weitere Schwierigkeiten im Raum. So gehen schon die Definitionen von dem, was Metaphern sind und welchen Stellenwert sie in der Gedankenwelt der Menschen einnehmen, auseinander. Darüber hinaus sind diese Definitionen oft unpräzise, was zu einer unsauberen Arbeitsweise führt, so Schmitt (2007, S. 138). Zusätzlich werden im Zuge metaphernanalytischer Forschung oft kulturelle, gesellschaftliche, kognitive sowie emotionale Einflüsse der zu untersuchenden Person unterschätzt oder außer Acht gelassen, wodurch Objektivität verloren geht (Schmitt 2007, S. 138).

7 Stichprobenbeschreibung und Forschungsdesign

7.1. Forschungsdesign

Diese Arbeit verfolgt den Anspruch, metaphorische Muster sowie auffällige sprachliche Strukturen deutscher populistischer Redner in der öffentlichen Kommunikation aufzudecken, sowie die gewonnenen Ergebnisse in Anbetracht des Forschungsfeldes sowie sozialpsychologischer Aspekte zu diskutieren. Als zentrale Methodik dieser Arbeit wurde die Metaphernanalyse aufgrund ihrer basisorientierten Analyseebene gewählt. Der Erhebung liegt qualitatives Forschungsdesign zugrunde, der metapherntheoretische Hintergrund sowie die verwendete Erhebungs- und Auswertungsmethodik geht im We-

sentlichen auf die systematische Metaphernanalyse nach Lakoff & Johnson zurück. Lakoff & Johnson (1997) haben mit ihrem Werk den Begriff der Metaphernanalyse geprägt und angesichts zahlreicher Ideen auf ein neues Level gebracht. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit sollen Lakoff & Johnson daher als primäre Bezugsquelle dienen. Gegenstand der Untersuchung soll die Alternative für Deutschland (AfD) sein, zur Datengewinnung wurde eine Vollerhebung anhand des Pressearchivs der AfD durchgeführt, die sämtliche Presstexte von März bis September 2017 beinhaltet.

7.2. Alternative für Deutschland (AfD) - Gegenstand der Untersuchung

Untersuchungsgegenstand der Bachelorarbeit soll die rechtspopulistische Strömung des 21. Jahrhunderts in Deutschland sein, wobei die Partei Alternative für Deutschland (AfD) im Fokus steht.

Die Partei wurde im Februar 2013 durch Bernd Lucke gegründet und zählt laut Decker (2016) zu den (rechts-)populistischen Parteien in Deutschland. Nach Häusler (2017, S. 69) entstand die AfD aus der Euro-Krise wobei sie als "Anti-Euro-Partei" viele Wähler gewinnen konnte. Mit den steigenden Zahlen Geflüchteter erweiterte die AfD Korsch (2016) zufolge ihr Programm schließlich um das Einwanderungsthema. Laut Decker (2017, S. 55) schwappte mit der Partei im Jahr 2013 der populistische Trend, der in anderen europäischen Staaten wie den Niederlanden, Österreich, Frankreich oder Großbritannien schon lange Einzug gehalten hatte, nach Deutschland.

Die AfD konnte sich letztendlich in der deutschen Parteienlandschaft etablieren und wurde gleichzeitig zum Aushängeschild rechts-konservativer Einstellungen und nationaler Rückbesinnung. Die Partei ist aber nicht nur Aushängeschild einer rechtspopulistischen Bewegung, sondern bietet mit über 12% der Wählerstimmen bei den Bundestagswahlen 2017 eine Projektionsfläche der Gesellschaft.

7.3. Auswahl der Stichprobe

Es wurde bereits ersichtlich, dass die wissenschaftliche Definition von (Rechts-)populismus nicht eindeutig abzugrenzen ist. Die AfD erfüllt allerdings die wesentlichen Kriterien zur Typisierung einer (rechts-)populistischen Partei, wie sie bspw. von Lewandowsky (2012) vorgeschlagen wird (vgl. Kapitel 3.1). Auf dieser Grundlage soll sich das Sampling dieser Analyse metaphorischen Konzepten in der öffentlichen Kommunikation von AfD-Politikern widmen. Zur Datengewinnung diente das Pressearchiv der AfD (<https://www.afd.de/pressearchiv/>), wobei sämtliche Presstexte von März bis September 2017 analysiert wurden. Folgende Redner kommen zur Sprache (Stand vom 24. August 2018):

-
- Albrecht Glaser: Parteisprecher/ Bundestagsabgeordneter
 - Alexander Gauland: Co-Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion
 - Alice Weidel: Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion
 - André Poggenburg: Bis 03.2018 Vorsitz der Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt
 - Beatrix von Storch: Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion
 - Dirk Driesang: Bis 12.2017 Beisitzer des Bundesvorstandes
 - Georg Pazderski: Vorsitz der Landtagsfraktion Berlin/ Bundesvorsitzender
 - Jörg Meuthen: Vorsitz der Landtagsfraktion Baden-Württemberg
 - Paul Hampel: Bis 01.2018 Vorsitz der Landtagsfraktion Niedersachsen

Die Auswahl des Erhebungszeitraums geht einerseits auf den Anspruch zurück, ein chronologisch vollständiges Sampling von Presstexten einzuschließen und dabei den kapazitiven Rahmen der Bachelor-Thesis nicht zu sprengen. Darüber hinaus wurde der September 2017 bewusst als letzter zu untersuchender Kalendermonat gewählt. Der Untersuchungszeitraum endet auf diese Weise mit den Bundestagswahlen 2017 und es bietet sich dahingehend an, vergleichende metaphernanalytische Untersuchungen anhand der Kommunikation populistischer Redner nach Einzug der AfD in den Bundestag anzustellen.

8 Systematische Metaphernanalyse als Erhebungs- und Auswertungsmethode

Die vorliegende Arbeit orientiert sich an dem typischen Ablauf der systematischen Metaphernanalyse nach Lakoff und Johnson sowie Schmitt (2011). Die Besonderheit dieser Analyseform liegt darin, dass die gesamte Quelle vorerst systematisch in ihre Einzelteile zerlegt wird. Aus allen gefundenen Metaphern werden anschließend erst metaphorische Konzepte rekonstruiert.

Laut Schmitt (2003) können im Zuge einer systematischen Metaphernanalyse weder allgemeingültige Muster, noch Befunde, die frei von subjektiven Einflüssen sind, erhoben werden. Vielmehr ist der Anspruch einer solchen Analyse die Annäherung an ein möglichst objektives analytisches Vorgehen durch die Einhaltung gewisser Richtlinien. Dadurch erfordert die Arbeit im Feld der Metaphernanalyse viel theoretisches Wissen, praktische Erfahrung sowie die Fähigkeit zur Reflexion der eigenen Subjektivität. Schmitt (2003) schlägt den Ablauf einer qualitativen Metaphernanalyse entsprechend mehrerer Phasen vor, die im Folgenden kurz beschrieben werden sollen.

8.1. Identifizierung des Zielbereichs der Metaphernanalyse

Die Identifizierung des Zielbereichs erfordert laut Schmitt (2003) im Wesentlichen die Einhaltung aller Richtlinien der qualitativen Sozialforschung, das beinhaltet die Bestimmung des Themas, die Präzisierung der Fragestellung und eine erste Planung von Erhebung und Auswertung. Die Arbeit an den Metaphern setzt außerdem die Formulierung eines konkreten Zielbereichs voraus. Schmitt (2003) verweist als Beispiel hierfür auf eine Untersuchung mit dem Zielbereich "Abstinenz", ergo wird ein Datensatz in Hinblick auf metaphorische Konzeptualisierungen für diesen konkreten Zielbereich untersucht. Ausgehend von diesem Zielbereich können dann Fragen zu metaphorischen Konzepten der Abstinenz gestellt werden.

8.2. Unsystematische Sammlung von Hintergrundmetaphern

Im nächsten Schritt folgt die unsystematische Sammlung von sogenannten Hintergrundmetaphern (Schmitt 2003). Demzufolge sammelt der Forschende Metaphern rund um den zu untersuchenden Zielbereich. Schmitt (2003) zufolge können hierfür Lexika, Zeitschriften, populärwissenschaftliche Darstellungen sowie Forschungsliteratur verwendet werden. Dieses Vorgehen soll dem Forschenden einerseits die Möglichkeit geben, vorab metaphorische Konzepte zu notieren und die Funde auf mögliche kulturelle Einflüsse zu untersuchen. Andererseits sensibilisiert die unsystematische Sammlung den Forschenden und regt die Selbstreflexion im Rahmen des Zielgebiets an (Schmitt 2003).

8.3. Systematische Analyse einer Subgruppe

Hier werden sprachliche Äußerungen einer Subgruppe auf die Verwendung von Metaphern im Zielbereich untersucht (Schmitt 2003). Laut Schmitt (2003) sollen hierfür zwei Durchgänge vorgenommen werden, wobei Metaphern in Durchgang 1 gesammelt und in Durchgang 2 zu metaphorischen Konzepten zusammengesetzt bzw. rekonstruiert werden. Hierfür sind Texte als Erhebungsgrundlage vorausgesetzt, wobei bezüglich der Stichprobenauswahl über die Anforderungen an qualitative Sozialforschung hinaus nicht zwangsläufig Einschränkungen bestehen (Schmitt 2003).

8.4. Interpretationen der Ergebnisse

Zur Interpretation der gefundenen metaphorischen Konzepte dienen Heuristiken, die vom Ausgangspunkt naheliegender Interpretationsansätze verwendet werden (Schmitt 2003). So können verschiedene, in Frage kommenden Interpretationen differenziert behandelt und untersucht werden. Ansätze im Vorgehen bestehen nach Schmitt (2003)

bspw. im Vergleich von metaphorischen Konzepten untereinander, der Rekonstruktion von abzuleitenden Handlungen, der Gegenüberstellung von Konzepten mit Einstellungen und Emotionen, dem Fehlen von Konzepten oder Konflikten zwischen verschiedenen Konzepten.

8.5. Methoden-Triangulation

Laut Schmitt (2003) ist die systematische Metaphernanalyse nur in Gegenwart bestimmter Fragestellungen das Mittel der Wahl, somit sollte die Triangulation mit anderen qualitativen Auswertungsmethoden nicht ausgeschlossen und in manchen Fällen sogar unbedingt in Betracht gezogen werden. Mit der Frage nach der Verwendung weiterer Auswertungsmethoden geht auch die Frage zu den Gütekriterien einher. Hier soll sich der Forschende an den allgemeinen Richtlinien der qualitativen Sozialforschung orientieren und folglich eine Entscheidung über ergänzende Methoden treffen (Schmitt 2003). Anlässlich dieser Untersuchung ist die Notwendigkeit einer Methoden-Triangulation nicht gegeben, wird aber der Vollständigkeit halber erwähnt.

8.6. Darstellung der Ergebnisse

Schmitt (2003) schlägt für die Darstellung der Ergebnisse eine tabellarische und visuell gut wahrnehmbare Anordnung der einschlägigen metaphorischen Konzepte vor. Für die Untermalung der gefundenen Konzepte sowie zur Übersicht ist es sinnvoll, organisierende Metaphern mit aufzuführen. Des Weiteren sollen auffällige, harmonisierende, fehlende oder konkurrierende Konzepte diskutiert werden (Schmitt 2003).

9 Darstellung der Ergebnisse

9.1. Zur Darstellung der Ergebnisse

Im Folgenden sollen einige der wesentlichen Ergebnisse der metaphernanalytischen Korpusanalyse zu Presstexten der Partei Alternative für Deutschland (AfD) von März bis September 2017 dargestellt werden.

Die Strukturierung der Ergebnisse orientiert sich an dem, von Lakoff & Johnson (1987) etablierten Begriff metaphorischer *Schemata* (Schmitt 2017, S. 51). Metaphorische *Schemata* liegen demzufolge einfachen oder komplexen Erfahrungen wie etwa räumlichen Mustern oder komplexen bildlichen Erfahrungsbereichen zugrunde und stellen die Grundlage zur Bildung metaphorischer Konzepte dar (Schmitt 2017, S. 51). Baldwin (1997) bietet auf Basis der Forschung von Lakoff & Johnson außerdem eine gute Übersicht metaphorischer Muster in der Alltagssprache und bildet somit einen soliden

Bezugsrahmen für die vorliegende Arbeit. Laut Schmitt (2017, S. 26) greift Baldauf in ihrer Forschung ein breites Spektrum deutscher Alltagsmetaphorik auf und hebt sich damit von den bisherigen, überwiegend Einzelfall- und Gruppenanalysen ab. Schmitt (2017) dagegen bietet neben einer breiten metapherntheoretischen Aufarbeitung eine umfassende Reflexion sozialwissenschaftlicher Disziplinen und stellt damit ebenfalls eine wichtige Bezugsquelle für diese Arbeit dar.

Aus rund 1.400 Metaphern, die im Rahmen der Erhebung gefunden wurden, soll hier eine Auswahl von 22 aussagekräftigen Konzepten dargestellt werden. Organisiert werden diese Konzepte durch die Quellbereiche *Flut*, *Chaos und Ordnung*, *Kriminalität*, *Klarheit*, *Architektur*, *Last*, *Theater*, *Weg*, *Behälter*, *Krankheit*, *Krieg*, *Ökonomie* sowie Metaphern der *Personifikation*. Jede der genannten Übersichten umfasst bis zu drei Konzepte, die am Gegenstand der jeweiligen metaphorischen Einzelnachweise diskutiert werden. Konzeptuelle Überschneidungen von metaphorischen Gehalten sind dabei unbedingt vorauszusetzen. Jeder konzeptuellen Darstellung folgt zusätzlich ein interpretativer Ansatz, der sich mit möglichen Deutungsmustern sowie dem Aspekt von hiding/highlighting gezielt (vgl. Kapitel 7.7) auseinandersetzt. In Kapitel 11 soll das erhobene Material schließlich zusammengefasst und in Hinblick auf den Forschungskontext sowie unter sozialpsychologischen Aspekten diskutiert werden.

9.2. Metaphern der Flut

Das folgende Konzept beschreibt Einwanderung als Flut(katastrophe). Ähnliche Befunde finden sich u.a. bei Charteris-Black (2006), der für den britischen Wahlkampf metaphorische Konzepte konservativer und rechtspopulistischer Zeitschriften zum Umgang mit dem Thema Migration und Fremdenfeindlichkeit untersuchte. So wurde Einwanderung in rechtspopulistischen Zeitschriften oft mit Wasser und Naturkatastrophen (Flut, Überschwemmung) in Verbindung gebracht (Schmitt 2017, S. 324). Nach Baldauf (1997, S. 200-201) findet sich die Wasser- oder Flutmetapher als Strukturprinzip für verschiedene Zielbereiche wieder und geht aus den direkten Erfahrungen mit dem Element hervor. Demzufolge unterstützt die Metaphorik laut Baldauf (1997, S. 203) u.a. die Vorstellung von Masse mit Hilfe von Wasser oder Flut, wobei im Zentrum die Bedrohlichkeit und Unaufhaltsamkeit von "*Wassermassen*" stehen.

EINWANDERUNG IST EINE FLUT(KATASTROPHE)

Im Rahmen dieses Konzepts ist von "*Migrationswellen*" oder "*Migrantenwellen*", die nach Deutschland "*strömen*" die Rede. Dieser "*Migrantenstrom*" bzw. "*Flüchtlingsstrom*" geht laut Gauland und Weidel unvermindert weiter und bringt eine "*Flut*" von kriminellen Flüchtlingen sowie eine "*Flut*" von Asylklagen mit sich. Es wird von der Legende

des "Abflauens" der Migrationskrise sowie dem "Rückgang" der illegalen Einwanderung in den USA gesprochen und davon, dass die Geflüchteten eine "Sogwirkung" für weitere Zuwanderung auslösen. Nach Pazderski gilt es, diese "katastrophale" Situation [wie einen Wasserhahn] "abzustellen", um die Folgen einer "ungebremsten" Zuwanderung "einzudämmen". Das ganze "Ausmaß" der "Asylkatastrophe" würde Weidel zufolge erst sichtbar, wenn dieser "verheerende" Weg weitergegangen wird und die "Dämme" letztendlich "brechen". Laut Gauland wird Deutschland von den "Zuwanderermassen" bzw. "Menschenmassen" in nie gekannter Anzahl "überschwemmt" werden, die nachfolgenden Asylanträge ließen die Behörden in "überbordender" Bürokratie "versinken", während die "massenhafte" Aufnahme von Flüchtlingen nach Weidel die "Aufweichung" des Rechtsstaates zur Folge hätte. Die Gesellschaft würde Gauland zufolge schließlich nachhaltig verändert und deren Strukturen "aufgelöst".

Durch die Verwendung von katastrophenähnlichen Bildern für die Thematik der Einwanderung wird einerseits ein Szenario erschaffen, in welchem Einwanderung als Bedrohung und Deutschland als Katastrophengebiet und dessen Einwohner als Opfer eingestuft werden. Die unzähligen menschlichen Schicksale, die einen festen Bestandteil der "Massenmigration" darstellen, werden nicht thematisiert, hier kann also von einer einseitigen Darstellung der Ereignisse gesprochen werden. Die Katastrophe bezieht sich hier paradoxerweise nicht auf die Schicksale der Geflüchteten oder die Situation in deren Herkunftsländern, sondern auf ökonomische Schwierigkeiten in den Gastländern. Durch die Metaphorik des Wassers oder der Flut kann hier außerdem von einer Depersonalisation der Geflüchteten gesprochen werden. Dieser Umstand hat einen weitreichenden Einfluss auf den Umgang mit der gesamten Flüchtlingsthematik. Denn es macht einen Unterschied, ob man "Dämme" errichtet um sich vor einer "Welle" zu schützen, oder um Anderen Schutz zu verwehren.

- Merkel provoziert die nächste "Migrationswelle" [Weidel 29. Aug]
- die von der "Migrationswelle" ungefragt "überrollt" wurden [Gauland 19. Sep]
- durch die anstehenden "Migrationswellen" verschließen [Gauland 29. Mär]
- Wenn die nächste "Migrationswelle" kommt [Glaser 18. Mai]
- "Migrantenwellen" nach Deutschland bringen viele Probleme [Pazderski 25. Apr]
- täglich 10.000 illegale Migranten [...] nach Deutschland "strömen" [Hampel 14. Sep]
- dass der "Migrantenstrom" unvermindert weitergeht [Weidel 12. Sep]
- dass der "Migrantenstrom" über das Mittelmeer mitnichten abgerissen ist [Gauland 5. Jul]
- Wir setzen uns für eine Begrenzung des "Migrantenstroms" ein [Pazderski 25. Apr]
- Der "Flüchtlingsstrom" geht unvermindert weiter [Gauland 5. Jul]
- mit der "Flut" von kriminellen Flüchtlingen völlig überfordert [Weidel 6. Jun]

-
- unsere Gerichte gegen die "Flut" von Asylklagen schützen [Gauland 15. Aug]
 - die Legende vom "Abflauen" der Migrationskrise [Weidel 24. Aug]
 - illegale Einwanderung in die USA [...] "zurückgegangen" ist [Pazderski 8. Aug]
 - und erzeugen so eine "Sogwirkung" [Hampel 18. Jul]
 - um diese "katastrophale" Situation "abzustellen" [Pazderski 21. Jul]
 - die "katastrophale Situation" in Deutschland und Europa [Gauland 24. Jul]
 - dass ungesicherte Grenzen in die "Katastrophe" führen [Hampel 20. Sep]
 - endlich als Folge einer "ungebremsten" Zuwanderung [Weidel 24. Aug]
 - und die Asylkrise "einzudämmen" [Poggenburg 29. Aug]
 - offenbart ganzes "Ausmaß" der Massenzuwanderung [Weidel 24. Aug]
 - die "Asylkatastrophe" erst herbeigeführt hat [Hampel 14. Sep]
 - mit der jetzigen Migrationspolitik auf eine "Katastrophe" zusteuern [Gauland 4. Jul]
 - wird dieser "verheerende" Weg weitergegangen [Weidel 20. Mär]
 - dass alle "Dämme brechen" [Poggenburg 24. Jul]
 - die von der Migrationswelle ungefragt "überrollt" wurden [Gauland 19. Sep]
 - Wirtschaftsmigranten in nie gekannter Anzahl "überschwemmt" werden [Gauland 29. Mär]
 - auch das "versinken" in "überbordender" [...] Bürokratie [Gauland 7. Jul]
 - die vor allem eine "Aufweichung" des Rechtsstaates bedeutet [Weidel 29. Jun]
 - Charakter ihrer Gesellschaft verändern und deren Strukturen "auflösen" [Gauland 15. Sep]
 - Die unregulierte "Masseneinwanderung" [Pazderski 18. Jul]
 - sind weitere "Zuwanderermassen" in Millionenhöhe zu erwarten [Hampel 31. Aug]
 - Denn die "Menschenmassen" würden nicht nur die Sozialsysteme [Gauland 15. Aug]

9.3. Metaphern von Chaos und Ordnung

Die Metaphern von Chaos und Ordnung gehen in erster Instanz auf das Verständnis einer impliziten Ordnung zurück, die sich im Gleichgewicht befindet oder ins Ungleichgewicht gebracht werden kann. So steht einer imaginären Ordnung bspw. Chaos gegenüber. Anhand der vorliegenden Konzeptualisierung kann dabei auf den Gegenstand einer (imaginären) Ordnung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sowie Europa geschlossen werden. Eine ähnliche Gegenüberstellung findet sich bei Baldauf (1997, S. 174), die sich auf den komplexen Erfahrungsbereich des körperlichen Gleichgewichts bezieht. So wird die Erfahrung, dass Gleichgewicht durch Kräfteausgleich beeinflusst und durch Ungleichgewicht zerstört wird, auf andere komplexe Erfahrungsbereiche übertragen. Laut Baldauf (1997, S. 174) ist das Gleichgewichtsschema elementarer Bestandteil bei der Strukturierung der Welt, indem abstrakte Erfahrungen strukturiert und bewertet werden können.

EINWANDERUNG IST CHAOS

Die Innere Sicherheit weist Pazderski nach *"chaotische"* Zustände auf, es ist vom *"Migrationschaos"* und der *"chaotischen"* Asylpolitik in Brüssel die Rede, wohingegen die Regierungsspitze laut Weidel daran ist, den Staat und dessen Bürger ins soziale *"Chaos"* zu stürzen. Gauland spricht auch von *"Merksels Asylchaos"*, womit er den Verantwortungsbereich für das *"Asylchaos"* deutlich auf die Merkel-Regierung eingrenzt.

Das metaphorische Bild von einem Staat bzw. der Eurozone im *"Chaos"* oder eines Katastrophenszenarios (siehe Metaphern der Flut) impliziert das Bild einer, zur Krisenbewältigung unfähigen Regierung. Darüber hinaus wird durch die Darstellung destabilisierter staatlicher Strukturen und den damit einhergehenden Einschränkungen das, laut Epsteins Persönlichkeitstheorie grundlegende Bedürfnis des Menschen nach Orientierung und Kontrolle empfindlich verletzt (Grawe, 2000, S. 385). Nicht zuletzt wirft das Bild von Chaos bzw. Unordnung die Frage nach einer Alternative zur Wiederherstellung der Ordnung auf. An dieser Stelle richten sich die Augen auf eine Partei wie die AfD, die den Begriff *Alternative* bereits im Namen trägt. Währenddessen gerät in den Hintergrund, dass Asylpolitik in Anbetracht der *"Masseneinwanderung"* in jeder Hinsicht eine neue Herausforderung für die Politik darstellt und eine *"geordnete"* Bewältigung der Umstände nicht realistisch ist. Es wird außer Acht gelassen, welchem *"Chaos"* Geflüchtete ausgesetzt sind, die Familie und Heimat zurücklassen, um Schutz vor Krieg und Terror zu finden. Auch bleibt die Frage nach einem idealtypischen Umgang in der Migrationspolitik offen, der ethische sowie asylrechtliche Grundlagen mit dem "Erhalt" von ökonomischen sowie gesellschaftlichen Standards vereint.

- *etwas am "Asylchaos" zu ändern [Gauland 21. Sep]*
- *Das bedeutet nichts Anderes, als dass das "Asylchaos" zunehmen wird [Weidel 12. Sep]*
- *Bei all den Skandalen rund um das Asylchaos in Deutschland [Pazderski 28. Mär]*
- *die offenen Grenzen und das Asyl-Chaos [Weidel 1. Sep]*
- *die "chaotischen" Zustände der Inneren Sicherheit in Deutschland [Pazderski 1. Mär]*
- *um diesen chaotischen Zustand endlich zu beenden [Hampel 16. Aug]*
- *unter Merkel uns alle ins endgültige soziale "Chaos" stürzt [Weidel 29. Aug]*
- *die Schuld für das ganze "Chaos" weit von sich zu weisen [Gauland 29. Sep]*
- *und das Chaos perfekt machen will [Meuthen 29. Aug]*
- *Das "Migrationschaos" scheint bei der SPD angekommen zu sein [Glaser 18. Mai]*
- *der "chaotischen" Asylpolitik von Brüssel nicht folgen [Gauland 6. Sep]*
- *war die "chaotische" Asylpolitik der EU einer der Hauptgründe [Gauland 15. Aug]*
- *Sogar der EU geht "Merksels Asylchaos" zu weit [Gauland 30. Aug]*

9.4. Metaphern der Kriminalität

Die beiden folgenden Konzeptualisierungen liegen dem komplexen Erfahrungsreich von Kriminalität zugrunde. Gemäß Definition (Uni Hamburg 2018) verstehen sich unter Kriminalität sämtliche, in einer Gesellschaft auftretenden Zuwiderhandlungen gegen die Vorlagen des geltenden Strafrechts. Wenn hier also von Kriminalität die Rede ist, wird die Kenntnis der aktuellen Gesetzeslage vorausgesetzt. Auch liegt dem Konzept der Kriminalität das prinzipielle Verständnis von *Recht* bzw. *Unrecht* zugrunde. Hier kann auf Baldauf (1997, S. 174) verwiesen werden, wonach das abstrakte Konzept von *Recht* auf einem impliziten Gleichgewicht basiert, das oppositionelle Handlungen ins Ungleichgewicht bringen kann.

REGIERUNG IST EINE KRIMINELLE ORGANISATION

Es ist von *"Zechprellern"*, *"Falschbehauptungen"*, *"Rechtsbeugung"*, millionenfachem *"Rechtsbruch"*, *"Steuerraub"* und himmelschreiendem *"Unrecht"* die Rede. Regierungspolitiker handeln Hampel zufolge mit *"verbrecherischer"* Nachlässigkeit und Minister machen sich laut Poggenburg *"strafbar"*, Verträge und Gesetze werden nach Lust und Laune *"gebrochen"*, so Gauland und Recht und Gesetz laut Pazderski *"mit Füßen getreten"*. Es ist die Rede von *"Verbrechen"*, *"rechtswidrigem"* Verhalten und der *"Untergrabung"*, *"Verletzung"* sowie *"Missachtung"* der Gesetzgebung sowie der *"Aushebelung"* des Rechtsstaats.

Einige der hier aufgeführten Metaphern setzen die Strukturierung von *Recht* als Behälter voraus, der bspw. zerbrochen werden kann (*"Rechtsbruch"*), andere dagegen legen die Strukturierung von *Recht* als Gebäude zugrunde, das *"untergraben"* werden kann. Im Kollektiv erzeugen die vorliegenden Metaphern *"rechtswidriges"* Verhalten von Seiten der Regierung, was in starkem Widerspruch zu der Verantwortung einer Regierung gegenüber Staat und Bürgern steht. Beispielhaftes politisches Handeln von Seiten der Regierung gerät in den Hintergrund, und es findet eine Stigmatisierung als *"Kriminelle Organisation"* statt. Auch rechtlich fragwürdiges Handeln aus den Reihen der Opposition, hier der AfD, entzieht sich dieser Debatte. Zuletzt bleibt auch ungewiss, inwiefern sich Äußerungen wie *"Unrecht"* oder *"Verbrechen"* mit der tatsächlichen Gesetzgebung vereinen lassen.

- *"Zechpreller" aber gehören nicht in den Bundestag [Pazderski 12. Sep]*
- *nachweisliche "Falschbehauptungen" äußert [Hampel 4. Aug]*
- *ständige "Rechtsbeugung" und die Vernachlässigung von Regeln [Pazderski 3. Mär]*
- *der "Rechtsbeugung" und "Rechtsbruch" die Prinzipien [Poggenburg 29. Aug]*
- *und ermöglicht so millionenfachen "Rechtsbruch" [Gauland 21. Jun]*

- diesen größten "Steuerraub" der deutschen Geschichte [Hampel 1. Aug]
- Das ist nicht nur ein himmelschreiendes "Unrecht" [Weidel 19. Jul]
- einer Demokratie vollkommen unwürdig und zudem "Unrecht" [Poggenburg 19. Sep]
- mit "verbrecherischer" Nachlässigkeit [Hampel 22. Sept]
- dass sich der Minister damit "strafbar" gemacht hat [Poggenburg 19. Sep]
- Verträge und "Gesetze" nach Lust und Laune "gebrochen" [Gauland 27. Jun]
- in der Recht und Gesetz "mit Füßen getreten" werden [Pazderski 19. Sept]
- das Recht dermaßen "mit Füßen tritt" [Poggenburg 19. Sep]
- was die Kanzlerin "verbrochen" hat [Weidel 17. Sept]
- aus ihrem "rechtswidrigen" Verhalten [Gauland 14. Sept]
- Merkel "untergräbt" die Prinzipien unseres Rechtsstaats [Poggenburg 29. Aug]
- Alles andere ist gegen das Gesetz und "untergräbt" den Rechtsstaat [Hampel 22. Aug]
- ist "gegen" das Gesetz und "untergräbt" den Rechtsstaat [Hampel 22. Aug]
- Regierung Merkel "verletzt" konstant das Grundgesetz [Meuthen 13. Aug]
- Grundrecht, das immer wieder [...] "verletzt" wird [Weidel 4. Jul]
- Dabei "missachtet" sie nicht nur Recht und Gesetz [Meuthen 13. Aug]
- Merkel hat den deutschen Rechtsstaat schleichend "ausgehebelt" [Meuthen 13. Aug]
- die "Aushebelung" europäischer Verträge [...] vorangetrieben [Gauland 26. Jun]

AFD IST GESETZESHÜTER

Poggenburg spricht davon, "rechtliche Schritte einzuleiten, um das Grundgesetz zu stärken und Hampel von "juristischem Vorgehen" gegen Verdi-Handlungsweisen. Es ist davon die Rede, antidemokratischem Gebaren "einen Riegel vorzuschieben" oder Beamte "zur Rechenschaft zu ziehen". Laut Gauland "setzt sich" die AfD obendrein für die "Einhaltung" des Grundgesetzes "ein" und fordert, Recht und Ordnung rigoros "durchzusetzen", so Weidel.

Anhand der Ankündigung, sich für das Recht "einzusetzen" und dieses rigoros "durchsetzen" zu wollen, wird die AfD als Gesetzeshüter profiliert. Wenn hingegen eine Notwendigkeit besteht, sich für das Recht "einzusetzen", setzt das den Gegenstand zentraler "rechtswidriger" Handlungen voraus. An dieser Stelle soll an das Konzept "Regierung ist eine kriminelle Organisation" angeknüpft und das Verhältnis von *Recht* bzw. *Unrecht* aufgegriffen werden. Bildlich kann hier von einer Gegenüberstellung der Regierung als Repräsentant von *Unrecht*- und der AfD als Repräsentant von *Recht* gesprochen werden. Gauland kündigt an, antidemokratischem Verhalten "einen Riegel vorzuschieben" zu wollen. Diese Metapher grenzt *Unrecht* räumlich ein und positioniert die AfD somit "außerhalb" antidemokratischen Handelns. Das gegenständliche Konzept unterstützt letztendlich das Bild einer Regierung, die das Gesetz "verletzt", und von einer

AfD, die sich für die *"Einhaltung"* des Gesetzes *"einsetzt"*. Rechtliche Fehlritte von Seiten der AfD kommen dahingegen nicht zur Sprache und treten somit in den Hintergrund. Auch bleibt die Frage nach der Realisierbarkeit der *"geforderten"* *"rechtlichen Schritte"* offen.

- *und wir werden nötigenfalls "rechtliche Schritte einleiten" [Poggenburg 15. Sep]*
- *Wir prüfen derzeit, [...] um dagegen "juristisch vorzugehen" [Hampel 31. Mär]*
- *"schiebt" diesem antidemokratischen Gebaren [...] "einen Riegel vor" [Gauland 14. Sep]*
- *Die verantwortlichen Beamten müssen "zur Rechenschaft gezogen" werden [Weidel 6. Jun]*
- *die diesem unsäglichen Treiben "einen Riegel vorschieben" will [Weidel 31. Mär]*
- *die sich besonders für die "Einhaltung" des Grundgesetzes "einsetzt" [Gauland 6. Sep]*
- *"Recht und Ordnung" auch rigoros "durchzusetzen" [Weidel 8. Jul]*

9.5. Metaphern der Klarheit

Die Metaphorik der Klarheit lässt sich den Attributmetaphern zuordnen, diese gehen nach Baldauf (1997, S. 98-99) auf grundlegende physische Wahrnehmungen des Menschen wie etwa von *hell* und *dunkel* zurück und sind bezüglich ihrer spezifischen Ausprägung stark mit Wertungen verbunden. Die Metapher der Klarheit leitet sich in diesem Fall von der Metaphorik der Helligkeit ab, die metaphorische Opposition stellt statt Dunkelheit folglich Unklarheit dar. Orientierung und Handeln des Menschen, so Baldauf (1997, S. 100) sind an die Fähigkeit zu sehen und somit an Helligkeit gekoppelt, was aus evolutionärer Sicht eng in Zusammenhang mit dem Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit steht, so Baldauf (1997, S. 100).

AFD STEHT FÜR KLARE VERHÄLTNISSE

Die AfD steht laut Gauland für *"klare"* Verhältnisse. Es ist von Forderungen nach *"klaren"* Regeln und *"klaren"* Bekenntnissen zum Grundgesetz die Rede, es wird *"klare Kante"* gegen den Terrorismus und eine *"klare"* Distanzierung zum Zentralrat der Muslime gefordert. Des Weiteren wird die Forderung ausgesprochen, Erdogan gegenüber endlich *"klar"* Stellung zu beziehen und die türkische Regierung *"klar"* in ihre Schranken zu verweisen. Politiker werden aufgefordert, *"klare"* Ansagen zu machen, und da die Bundesregierung für *"klare"* Ansagen laut Gauland zu feige ist, die Wähler laut Weidel lieber im *"Unklaren"* lässt, will die AfD dieser Politik eine *"klare"* Absage erteilen. Poggenburg zufolge ist die AfD die einzige Partei, die sich traut, *"klare"* Forderungen in der Politik zu stellen.

Durch die enge Verbindung von AfD-Vorgehensweisen und der Metaphorik der Klarheit wird das Bild einer Partei geprägt, die für Orientierung und Sicherheit sorgen

kann. Das Attribut der Klarheit scheint allerdings der AfD vorbehalten zu sein. Gemäß Weidel lassen andere Parteien die Wähler im *"Unklaren"*, diese Negation der Metaphorik impliziert dabei ein Bild von Orientierungslosigkeit sowie mangelnder Fürsorge auf Seiten der Opposition, denn wenn *"Klarheit"* gefordert wird, setzt das den Gegenstand von *"Unklarheiten"* voraus. Hier soll noch einmal auf Baldauf (1997 S. 100) verwiesen werden, sie hebt die Eindeutigkeit der Wertung durch das Gegensatzpaar *hell/ dunkel*, hier *klar/ unklar* hervor und verweist auf den metaphorischen Nutzen zur Konstruktion von positiven sowie negativen Eigenschaften in komplexen Kontexten. Angesichts der vorliegenden Metaphern wird hingegen nicht erklärt, welche Konsequenzen bedingungslose *"Klarheit"* in der politischen Kommunikation mit sich führen kann. *"Klare"* Ansagen beinhalten auch die Konnotation aggressiver Durchsetzung und können anlässlich diplomatischen Austauschs etwa als Angriff gewertet werden kann. Überdies wird nicht geklärt, wie sich *"klare"* Kommunikation konkret gestaltet oder wie der Spagat zwischen *"klaren"* Ansagen und diplomatischer Zurückhaltung geschafft werden kann.

- *um "klare" Verhältnisse und Loyalitäten herbeizuführen [Gauland 13. Mär]*
- *Wir fordern deshalb "klare" Regeln zur Begrenzung [Hampel 15. Aug]*
- *und allerorten auf ein "klares" Bekenntnis zum Grundgesetz [Poggenburg 22. Jun]*
- *"Klare Kante" gegen den Terror im In- und Ausland zeigen [Weidel 4. Jun]*
- *sich "klar" vom Zentralrat der Muslime zu distanzieren [von Storch 17. Jun]*
- *muss [...] endlich "klar" gegenüber Erdogan Stellung beziehen [Pazderski 12. Apr]*
- *an der Zeit, die türkische Regierung ganz "klar" in ihre Schranken zu verweisen [Gauland 3. Mär]*
- *fordere Frau Hendricks und Herrn Dobrindt auf [...] "klare" Ansagen zu machen [Poggenburg 23. Aug]*
- *Bundesregierung für eine solche "klare" Ansage schlicht zu feige ist [Gauland 3. Mär]*
- *die Wähler im "Unklaren" lässt [Weidel 17. Jun]*
- *dieser Katastrophenpolitik eine "klare" Absage zu erteilen [Pazderski 19. Sep]*
- *AfD die einzige Partei, die sich traut, diese "klaren" Forderungen zu stellen [Poggenburg 24. Jul]*

REGIERUNG IST SICHTBEHINDERUNG

Nach Hampel werden die Worte der Kanzlerin als *"Nebelkerzen"* entlarvt, die EU-Politik dagegen folgt laut Glaser dem gezielten Versuch, durch Aktivismus Probleme zu *"verschleiern"*. Weidel und Pazderski zufolge wird den Wählern *"Sand in die Augen gestreut"* und die CSU betreibt laut Pazderski *"Blenderei"*. Die FDP letztlich stellt sich, so Hampel, als *"Blenderpartei"* heraus.

Hier soll noch einmal explizit auf den Erfahrungsbereich der physischen Wahrnehmung von *hell* und *dunkel* verwiesen werden. Nach Baldauf (1997, S. 100) ist die Fähigkeit zu sehen an Helligkeit gekoppelt und steht aus evolutionärer Sicht in Zusammenhang mit dem Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit. Nicht zu sehen ist indessen mit eingeschränkter Handlungsfähigkeit, Orientierungslosigkeit und Verletzbarkeit verbunden, so Baldauf. Wenn hier von *"Nebelkerzen"*, *"Blendern"* und Politikern, die *"verschleiern"* oder *"Sand in die Augen streuen"* die Rede ist, liegt dem eine sichtbehindernde Tendenz zugrunde. Das bedeutet auch, dem Empfänger am Sehen zu hindern, womit dieser im Grunde genommen im *Unklaren* gelassen wird. Gepaart mit der Unterstellung des Vorsatzes, kann von aggressivem Verhalten auf visueller Basis gesprochen werden. Der Wähler bzw. der *"Geblendete"* nimmt hier die Rolle des *"Leidtragenden"* ein, ihm fällt es folglich schwer, sich zu orientieren und er macht sich verletzbar. Begriffe wie *"verschleiern"* oder *"Blenderei"* stehen dabei in Konkurrenz zu Forderungen der AfD nach *"klaren"* Verhältnissen, *"klaren"* Regeln oder *"klaren"* Bekenntnissen (siehe oben). Hier zeichnet sich die Tendenz einer Rollenverteilung ab, ganz als wolle die AfD *"Licht ins Dunkel bringen"* [Weidel 3. Aug]. Die vorliegenden Metaphern thematisieren allerdings nicht, welche Absichten sich hinter der *"Blenderei"* durch die Regierung verbergen bzw. bieten keinen Ansatz, der solche Handlungsabsichten rechtfertigen würde. Auch geben die Metaphern keinen Aufschluss darüber, ob *"Nebelkerzen"* einzig das Produkt der Opposition bleiben, oder auch *"Blenderei"* in den eigenen Reihen zu suchen ist. Kollektiv bilden diese Metaphern eine einseitig-negative Perspektive der Regierung ab und verdrängen abweichende Interpretationsmöglichkeiten.

- *von der Kanzlerin selbst als hohle Worthülsen und "Nebelkerzen" entlarvt* [Hampel 4. Mai]
- *gezielten Versuch, durch Aktivismus die Probleme zu "verschleiern"* [Glaser 18. Mai]
- *den Wählern weiterhin "Sand in die Augen zu streuen"* [Pazderski 1. Mär]
- *den Menschen hierzulande "Sand in die Augen zu streuen"* [Weidel 14. Jun]
- *CSU [...] betreibt "Blenderei" und täuscht bewusst ihre Wähler* [Pazderski 18. Jul]
- *FDP ist immer noch dieselbe inhaltsleere "Blenderpartei"* [Hampel 17. Jun]

9.6. Metaphern der Architektur

Die Metapher der Architektur bzw. Bauwerk-Metapher kann dem komplexen Erfahrungsbereich der räumlichen Wahrnehmung zugeordnet werden. Die Bauwerk-Metapher stellt dabei die Projektion einer idealisierten Bauwerk-Konstellation auf einen bestimmten Zielbereich dar (Baldauf 1997, S. 196). Laut Baldauf ist die evolutionsbedingte Assoziation von Stabilität, Sicherheit und Geborgenheit zu einem Gebäude Teil dieses

Konstrukts. Ein kaputtes oder zerfallendes Bauwerk weckt im Umkehrschluss die Assoziation von mangelndem Schutz oder Instabilität. Die Grundlage der wesentlich abstrakteren Bauwerk-Metapher bildet das Behälter-Schema, darauf soll aber in Kapitel 10.10 separat eingegangen werden.

DER DEUTSCHE STAAT IST EIN BAUFÄLLIGES OBJEKT

Die deutsche Rechtsstaatlichkeit steht laut Pazderski vor dem "Verfall", Standards der deutschen Gesellschaft werden Weidel zufolge unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit "eingerissen" und die Finanz-, Sozial- und kulturellen Strukturen Deutschlands laut Glaser "zerstört". Nach Gauland hat die Massenzuwanderung zu einer "Erosion" der Inneren Sicherheit geführt. Es ist vom "Zusammenbruch" des Sozialsystems und des Sozialstaates die Rede und davon, dass die Funktionsfähigkeit elementarer staatlicher Aufgabenbereiche "zusammenbrechen" wird. Nicht zuletzt birgt die Öffnung der Grenzen Weidel zufolge enormen sozialen "Sprengstoff", durch den laut Gauland der deutsche Sozialstaat letzten Endes "gesprengt" würde.

Baldauf (1997, S. 192-200) führt anhand ihrer Untersuchungen bereits politische und wirtschaftliche Zusammenschlüsse sowie Gesellschaft und Gesellschaftsformen als Bauwerke auf, diese können bspw. "aufgebaut" oder zum "Einsturz" gebracht werden. Das gegenständliche Konzept unterstützt das Bild eines desolaten Staates bzw. einer desolaten Gesellschaft, was laut Baldauf wiederum eng mit Assoziationen der Instabilität, mangelnder Sicherheit oder mangelnder Geborgenheit in Zusammenhang steht. Gemäß dieser Assoziation wird hier das, nach Epsteins Persönlichkeitstheorie grundlegende Bedürfnis des Menschen nach Orientierung und Kontrolle empfindlich verletzt (Grawe, 2000, S. 385), wodurch latente Ängste beim Empfänger geweckt werden können. Auch werfen die Metaphern ein zweifelhaftes Licht auf solche Institutionen, deren Aufgabe es ist, Staat und Gesellschaft "aufrechtzuerhalten" oder zu "sanieren". Die Regierung steht daher implizit in der Kritik. Jedoch bleibt offen, inwiefern sich dieser "Verfall" tatsächlich äußert, da keine konkreten Beispiele genannt werden. Die vorliegenden Metaphern geben außerdem keine Auskunft über funktionierende staatliche Organe und drängen positive Aspekte deutscher Politik somit in den Hintergrund. Es wird hier ein Szenario vermittelt, das vom "Zusammenbruch" des Staates und der Gesellschaft erzählt, so aber nicht der Wirklichkeit entspricht.

- *Symbol für den "Verfall" von Rechtsstaatlichkeit in Deutschland [Pazderski 22. Sep]*
- *unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit "eingerissen" werden [Weidel 13. Jun]*
- *Finanz-, Sozial- und kulturellen Strukturen Deutschlands werden [...] "zerstört" [Glaser 14. Sep]*

- *Massenzuwanderung hat zu einer eklatanten "Erosion" der Inneren Sicherheit geführt [Gauland 25. Apr]*
- *"Zusammenbruch" unseres Sozialsystems [Gauland 29. Mär]*
- *und der Sozialstaat in den "Zusammenbruch" gesteuert [Gauland 5. April]*
- *wird der deutsche Sozialstaat zwangsläufig "zusammenbrechen" [Poggenburg 29. Aug]*
- *Funktionsfähigkeit elementarer staatlicher Aufgabenbereiche "bricht zusammen" [Pazderski 21. Jul]*
- *Das birgt enormen sozialen "Sprengstoff" [Weidel 29. Aug]*
- *es "sprengt" unsere Sozialsysteme [Gauland 21. Sep]*
- *die immer weiter auseinanderdriftende EU endgültig zu "sprengen" [Hampel 7. Mär]*

AFD IST EIN BLAUES DORF

Im Zuge dieses kurzen aber prägnanten Konzepts wird die AfD als *"blaues Dorf"* metaphorisiert. Dieses Dorf steht laut Poggenburg *"fest auf dem Boden"* der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zeichnet sich Hampel nach durch *"Sturmfestigkeit"* sowie *"Bodenhaftung"* aus.

Im Gegensatz zum Konzept "Der Staat ist ein baufälliges Objekt" wird hier das Bild eines intakten Gebäudes bzw. Dorfes unterstützt, das durch die Farbe Blau (blau=AfD) charakterisiert ist. Die Attribute der Sturmfestigkeit sowie Bodenständigkeit untermauern die, laut Baldauf (1997, S. 196) implementierten Assoziationen von Stabilität, Sicherheit und Geborgenheit. Um auf Epsteins Persönlichkeitstheorie zurückzukommen, findet das Bedürfnis nach Orientierung und Kontrolle in diesem Fall tendenziell Befriedigung (Grawe, 2000, S. 385). Gehen wir davon aus, dass ein "blaues Dorf" für Stabilität, Sicherheit und Geborgenheit steht, verknüpfen die hier aufgeführten Metaphern ein einseitig positives Bild mit dem Konzept der AfD. Hierbei gerät in den Hintergrund, wofür ein *"Dorf"* noch stehen kann. Gemäß Etymologie (dwds.de 2018) handelt es sich um einen eingegrenzten Bereich. Weitere Assoziationen gehen demzufolge auf einen friedlichen, stillen und verträumten Ort zurück. Dieses Konzept von *"Dorf"* befriedigt zwar "besorgte" Gemüter, gestaltet sich in Anbetracht der unumgänglichen Migrationsdebatte sowie dem Trend Globalisierung jedoch als problematisch bzw. unvereinbar.

- *Am Horizont entsteht längst ein "blaues Dorf" [Hampel 4. Aug]*
- *dafür "sturmfest" und unter Beibehaltung der "Bodenhaftung" [Hampel 4. Aug]*
- *"fest auf dem Boden" unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung" [Poggenburg 22. Jun]*

FESTUNG EUROPA

Laut Gauland braucht es zur Abschirmung von Einwanderung eine echte *"Festung Europa"*, was nach Pazderski nicht nur bedeutet, die Balkanroute oder die Mittelmeerroute zu *"schließen"*. Vielmehr bedeutet es, sämtliche Außengrenzen Europas zu *"schließen"* oder *"dichtzumachen"*, so Weidel und Gauland.

Die Konzeptualisierung einer *"Festung Europa"* taucht bereits bei Musolff (2002) auf, der anlässlich einer umfangreichen Korpusanalyse metaphorische Strukturen für Europa untersuchte (Schmitt 2017, S. 327-328). Eine *"Festung Europa"* setzt dabei die Metaphorisierung Europas als Behälter voraus. Baldauf (1997, S. 126) beschreibt geographische Bereiche wie Länder, Regionen oder Städte demzufolge als Räume unterschiedlicher Größe, in denen man sich aufhalten und die man betreten oder verlassen kann. Zugänge zur Region Europa stellen hier die Mittelmeer- und Balkanroute sowie sämtliche europäische Grenzen dar, diese können letztlich zur Außenwelt *"geöffnet"* oder *"geschlossen"* werden. Durch die Forderungen nach *"Schließung"* sämtlicher Zugänge zur *"Festung Europa"* wird das Bild eines kriegerischen Rückzugs unterstützt, was wiederum eine Bedrohung von Außen zugrunde legen würde. Einwanderung kann folglich als Bedrohung metaphorisiert werden, hierauf wird in Kapitel 10.12 genauer eingegangen. Am Gegenstand der vorliegenden Metaphern gerät in den Hintergrund, was *"dichte"* Grenzen für den Welthandel sowie den Handel innerhalb Europas bedeuten. So würden *"geschlossene"* Grenzen etwa die Bewegungsfreiheit sowie die Handelsfreiheit innerhalb Europa massiv einschränken. Nicht zuletzt lässt die Metapher einer *"Festung Europa"* die Frage nach dem Schicksal jener Geflüchteten offen, die vor verschlossenen Toren zum stehen kommen.

- *Wir brauchen leider eine echte "Festung Europa" [Poggenburg 23. Mär]*
- *Wir müssen endlich unsere Grenzen "schließen" [Weidel 18. Aug]*
- *Wir müssen endlich die Grenzen "dichtmachen" [Gauland 5. Jul]*
- *Grenzen "schließen", Gefährder sofort ausweisen [Gauland 27. Apr]*
- *Mittelmeerroute "schließen" [Hampel 18. Jul]*
- *müssen nicht nur die Balkanroute und die Mittelmeerroute "schließen" [Pazderski 23. Mär]*

9.7. Metaphern der Last

Die folgenden metaphorischen Konzepte gehen auf die Attributmetaphorik des Gegensatzpaares *schwer/ leicht* zurück. Die Metapher basiert, wie auch das Gegensatzpaar *hell/ dunkel*, auf grundlegende Erfahrungen des Menschen. *Schwer* steht für mühevolleres Tragen und Anstrengung, *leicht* dagegen für einfacher zu bewältigende Aufgaben (Baldauf 1997, S. 109). Dem kognitiven Modell der Erfahrung *schwer* werden laut

Baldauf in der Regel negative Wertungen wie *mühevoll* oder *unangenehm* zugesprochen. Die Attribution *schwer* setzt darüber hinaus die Konzeptualisierung der *"Belastung"* als Ontologie voraus (Baldauf 1997, S. 110), so wird der abstrakte Erfahrungsbereich einer *"Belastung"* als *Objekt* metaphorisiert, was es ermöglicht dieses greifbarer zu machen (Baldauf 1997, S. 119). Am Gegenstand der nachfolgenden Konzeptualisierungen *"Der Bürger ist ein Lastenträger"* und *"AfD steht für Entlastung"* fallen demzufolge *Steuern* bzw. *Einwanderung* unter die Metaphorisierung einer *"Last"*.

DER BÜRGER IST EIN LASTENTRÄGER

Der Bürger erfährt *"Belastung"* angesichts der folgenden Metaphern auf unterschiedliche Art und Weise. So wird der Bürger auf der einen Seite durch Migration *"belastet"*, Gauland zufolge nützt Migration der Gesellschaft nicht etwa, sondern *"belastet"* sie dauerhaft. Nach Weidel *"belastet"* Migration den Staatshaushalt in nie gekannten Dimensionen, Hampel zufolge wird Migration auf Jahrzehnte lang eine *"Belastung"* darstellen und laut Weidel wird Migration dem deutschen Sozialsystem ein Leben lang *"zur Last fallen"*. Auf der Anderen Seite wird der Bürger monetär *"belastet"*, demnach ist mehrfach von *"Zinslast"* oder *"Abgabenlast"* die Rede. Diverse politische Entscheidungen werden dem Steuerzahler gemäß Weidel *"aufgebürdet"* und gehen *"zu Lasten"* der Bürger. Diese Umstände sind laut Gauland für die Mehrheit der Deutschen aber nicht *"tragbar"*, gemäß Weidel ist der Bürger daher sowohl der *"Leistungsträger"* der Gesellschaft, als auch der *"Leidtragende"*. Pazderski metaphorisiert den deutschen Steuerzahler als *"Dukatenesel"*, was hier eine bildliche Übertragung in mehrfacher Hinsicht darstellt.

Die Ontologisierung von *Migration* bzw. *Steuern* als *"Belastung"* wurde bereits diskutiert, diese *"Last"* wird dem Bürger hier nun bildlich *"aufgebürdet"*. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Bürger nicht gebeten wurde, diese *"Last"* auf sich zu nehmen, wonach er in Bezug auf dieses Szenario eine passive Opferrolle einnimmt. Der Ursprung der *"Belastungen"* ist hier einerseits im Gegenstand der Migration und andererseits in der Politik der regierenden Parteien zu suchen. Indes steht im Raum, ob jene *"Belastungen"* überhaupt als solche bezeichnet werden können, oder ob hier nicht von konventionellen Parametern eines Sozialstaates gesprochen werden muss. Obendrein entzieht sich den hier verwendeten Metaphern der Gegenstand solcher *"Belastungen"*, die Geflüchtete auf sich nehmen, wenn sie ihre Heimat verlassen, um an einem anderen Ort Fuß zu fassen. Schließlich gerät auch außer Acht, dass Migration unter dem Gesichtspunkt der demografischen Schrumpfung für *"Entlastung"* zukünftiger Steuerzahler sorgen könnte.

-
- sehen eine "Belastung" besonders der Leistungsträger [Weidel 20. Jun]
 - Diese Migranten sind eine dauerhafte "Belastung" für unsere Gesellschaft [Hampel 22. Aug]
 - Massenzuwanderung in die deutschen Sozialsysteme "belastet" [Weidel 27. Jun]
 - nützt unserer Gesellschaft nicht, sie "belastet" sie dauerhaft [Gauland 21. Sep]
 - und "belastet" den Staathaushalt in nie gekannten Dimensionen [Weidel 29. Aug]
 - wird Deutschland noch auf Jahrzehnte "belasten" [Hampel 9. Mai]
 - werden lebenslang unserem Sozialsystem "zur Last fallen" [Hampel 22. Aug]
 - Sie "belastet" und überfordert unser deutsches Volk [Poggenburg 29. Aug]
 - Mehrwertsteuer "belastet" vor allem kleine und mittlere Einkommen [Weidel 4. Aug]
 - Somit steigt die "Abgabenlast" [Gauland 16. Aug]
 - Schäuble steht [...] für hohe "Abgabenlast" [Weidel 1. Jun]
 - von der normalerweise enormen "Zinslast" befreien [Weidel 25. Jul]
 - dem deutschen Steuerzahler "aufgebürdet" werden [Weidel 15. Aug]
 - und geht eindeutig "zu Lasten" der Leistung deutscher Schüler [Gauland 27. Apr]
 - dass zu "Lasten" der arbeitenden und steuerzahlenden Bürger geht [Hampel 15. Aug]
 - ist sie für die Mehrheit der Deutschen nicht mehr "tragbar" [Gauland 12. Jun]
 - Die "Leistungsträger" der Gesellschaft [Weidel 16. Mai]
 - "Leidtragende" sind die deutschen Sparer [Weidel 25. Jul]
 - dürfen nicht weiter als "Dukatenesel" missbraucht werden [Pazderski 28. Mär]

AFD STEHT FÜR ENTLASTUNG

Die AfD fordert den "belastenden" Einflüssen entgegen "Entlastung" auf zahlreichen Ebenen. Meuthen bspw. fordert die "Entlastung" des kleinen Steuerzahlers, Gauland in diesem Sinne die "Entlastung" der deutschen Bürger, Hampel die "Entlastung" der Bürger sowie des Mittelstandes und Weidel fordert, Familien und einkommensschwache Haushalte zu "entlasten". Poggenburg fordert weiter explizit "Steuerentlastungen" bei einem Mehr an staatlichen Zuschüssen.

Laut Lakoff (2014, S. 80) erzeugt das Wort "Erleichterung" einen Frame, "in dem es eine unschuldige Person gibt, die eine Last tragen muss und dadurch in Bedrängnis gerät" (2014, S. 80). Diese Person kann Lakoff nach von der "Belastung" befreit und somit erlöst werden. Folglich erscheint derjenige, der für "Erleichterung" sorgt, als Wohltäter. Wer dieser Person dagegen die "Last" "auferlegt", schadet ihm, so Lakoff. Die AfD bietet dem Bürger mit der Metapher der "Entlastung" also bildlich eine Alternative zur "Belastung" und profiliert sich dabei gleichzeitig als Wohltäter. Den oppositionellen Part bilden hierbei Regierung und Migration (siehe oben), dahingehend leidet der Bürger unter einer hohen "Abgabenlast" sowie der "Belastung" durch die "Massenzuwanderung". Angesichts der aufgeführten Metaphern wird jedoch nicht geklärt, in welcher Form sich

eine finanzielle *"Entlastung"* etwa konkret auszeichnen könnte. In Hinblick auf eine finanzielle *"Entlastung"* bleibt zusätzlich unklar, wie das so entstandene finanzielle Defizit kompensiert werden könnte.

- die AfD-Forderungen nach *"Entlastung"* sind [Meuthen 14. Mär]
- die *"Entlastung"* des kleinen Steuerzahlers [Meuthen 14. Mär]
- *"eine Entlastung"* der deutschen Bürger [Gauland 11. Mai]
- Die AfD fordert zur Entlastung der Bürger und des Mittelstandes auf [Hampel 17. Aug]
- fordert die AfD hier eine spürbare *"Entlastung"* [Weidel 4. Aug]
- die *"Abgabenlast"* für Familien [...] damit steuerlich *"entlasten"* [Weidel 4. Jul]
- über ein Modell des Familiensplittings zu *"entlasten"* [Weidel 20. Jun]
- einkommensschwache Haushalte könnten [...] spürbar *"entlastet"* werden [Weidel 27. Jun]
- Die Bürger endlich *"entlasten"* [Weidel 16. Sep]
- Weniger Mehrwertsteuer [...] *"entlastet"* die Menschen [Weidel 16. Sep]
- mehr Kindergeld und gleichzeitig *"Steuerentlastungen"* [Poggenburg 3. Jul]

9.8. Metaphern des Theaters

Die Theater-Metapher liegt dem komplexen Erfahrungsbereich des Theaters oder Schauspiels zugrunde. Baldauf (Baldauf 1997, S. 178) ordnet derart komplexe Strukturierungen den Konstellationsmetaphern zu, somit handelt es hierbei im Wesentlichen um Elemente von Handlungssequenzen, die auf komplexen Wissensstrukturen basieren und repräsentativ für diverse Alltagssituationen stehen. Der Begriff der Konstellationsmetaphorik konnte sich laut Schmitt (2017) aber nicht durchsetzen. Lakoff & Johnson dagegen nehmen ein Kontinuum von einfachen bis komplexen Quellbereichen an, die Theater-Metapher ist hier einem komplexeren Quellbereich zuzuordnen (Schmitt 2017). Die prototypische Wissensstruktur von *"Theater"* beruht gemäß Baldauf (1997, S. 187) auf einem Schauspiel auf erhöhter Bühne, in welches das Publikum in der Regel nicht eingreifen kann. Für den Betrachter nicht sichtbare Prozesse hinter den Kulissen sorgen indes für ein störungsfreies Spiel (Baldauf 1997, S. 187).

ALTPARTEIEN SIND PROTAGONISTEN IN EINEM THEATERSTÜCK

Durch die *"Protagonisten"* der Altparteien, so Hampel, wird den Wählern ein Wahlkampf *"vorgespielt"*, der laut Gauland an *"Showkämpfe"* à la amerikanischem Wrestling erinnert. Es ist von *"Possen"*, *"Schauspielern"*, *"Schaustellern"* oder der *"Komparsentruppe"* die Rede und Poggenburg spricht im Zusammenhang von Wahlkampfauftritten von der *"Schulz-Show"*, während Weidel von einer *"inszenierten Kanzlerinnenshow"* berichtet. Begleitet wird das Ganze laut Glaser durch *"Theaterdonner"* und *"Getöse"*. Auf

EU-Ebene schließlich wird die *"Schmierenskomödie"* gemäß Weidel hinsichtlich des *"Euro-Rettungstheaters"* oder der griechischen *"Tragödie"* ausgetragen.

Die Theater-Metapher zeichnet sich durch einige wenige *"Akteure"*, hier die Politiker der Regierungsparteien aus, die den Verlauf sowie den Ausgang der *"Vorstellung"* maßgeblich bestimmen. Unterhalb der Bühne stehen die *"Zuschauer"*, hier die Bürger, die nur bedingt in das Geschehen auf der *"Bühne"*, geschweige denn in das Geschehen *"hinter den Kulissen"* eingreifen können. Deren einzige Möglichkeit der Einflussnahme besteht nach Baldauf (1997, S. 187) in Zurufen oder Applaus. Ein nicht unwesentlicher Bestandteil der Metapher ist laut Baldauf die Höhe der Bühne. Sie repräsentiert anhand des Skalen-Schemas das Kräfteverhältnis zwischen Politik und Bürgern. Dabei gerät in den Hintergrund, dass in Anbetracht demokratischer Verhältnisse durchaus aktives Eingreifen von Seiten der *"Zuschauer"* möglich ist. Nach dem Prinzip der erlernten Hilflosigkeit von Seligman (1995) hat sich beim *"Zuschauer"* folglich die Erwartung manifestiert, sein Leben nicht mehr kontrollieren zu können (Spektrum 2018). Wenn in Bezug auf Politik darüber hinaus von einem *"Schauspiel"* die Rede ist, steht im Raum welcher Zweck dieser *"Show"* zugrunde liegt.

- Für ihre *"Protagonisten"* ist die Regierungsbeteiligung [Hampel 27. Jun]
- dem Wähler einen Wahlkampf *"vorzuspielen"* [Hampel 14. Aug]
- Der *"gespielte"* Sturm der Entrüstung, der sich nun austobt [Gauland 31. Aug]
- etwas von den *"Showkämpfen"* à la amerikanischem Wrestling [Gauland 26. Jun]
- Es ist nur ein farbenfroher *"Schaukampf"* [Hampel 10. Aug]
- ist es eine *"Narrenposse"* [Weidel 1. Jun]
- wenn ich an dieser *"Lammert-Posse"* erkennen kann [Gauland 23. Mär]
- noch ein *"Schauspieler"* wie Schulz [Weidel 19. Aug]
- Mit solchen *"Schaustellern"* ist dieses Duell-Format [Poggenburg 4. Sep]
- ihre gefügige *"Komparsentruppe"* wagen ja nicht einmal im Traum [Meuthen 29. Mär]
- *"Schulz-Show"* ohne Inhalt [Poggenburg 20. Mär]
- eine peinlich *"inszenierte Kanzlerinnenshow"* [Weidel 12. Sep]
- alles ist *"Theaterdonner"* und leeres *"Getöse"* [Glaser 18. Mai]
- mutet eher einer zynischen *"Schmierenskomödie"* [Weidel 4. Mai]
- ein leicht durchschaubares *"Schmierentheater"* [Hampel 10. Aug]
- *"Nächster Akt"* im *"inszenierten"* *"Euro-Rettungstheater"* [Weidel 14. Jun]
- Der *"nächste Akt"* in der griechischen *"Tragödie"* beginnt [Weidel 29. Mär]
- Der *"Politzirkus"*, den CDU und SPD liefern [Gauland 26. Jun]

POLITIK IST EINE ZAUBERSHOW

Mit einfachen *"Tricks"* werden laut Gauland die Wähler *"an der Nase herumgeführt"*, die Wahrheit wird *"verschleiert"*, so Glaser und Pazderski, um die Wähler von der Realität *"abzulenken"*. Es ist von *"Wählertäuschung"*, *"Täuschungsmanövern"*, *"Scheindebatten"* und *"Augenwischerei"* die Rede, Szenarien bei denen dem Wähler etwas *"vorgegaukelt"* wird, so Hampel oder die regierenden Parteien dem Wähler einen *"Bären aufbinden"* wollen, so Glaser. Wähler werden laut Weidel *"getäuscht"*, bekommen *"Sand in die Augen gestreut"*, und werden vor der Realität *"geblendet"*, so Gauland.

Im Sinne der Metaphorik des Theaters wird hier das Setting der *"Bühne"*, der *"Künstler"* bzw. Politiker sowie der *"Zuschauer"* bzw. Wähler aufgegriffen. Der Unterschied besteht in der Art der Darbietung, hier einer Zaubershow. Die Zaubershow lebt gemäß *"Common Sense"* im Wesentlichen von Illusion und Ablenkung, während dem Publikum eine Illusion der Realität vorgeführt wird, bereitet der Mentalist im Verborgenen seine Pointe vor und verblüfft das Publikum am Ende seines Tricks mit einer alternativen Realität. Da Politik neben dem *"Bühnengeschehen"* auch *"hinter den Kulissen"* stattfindet, trägt die Metapher von Politik als Theaterspiel ohnehin einen negativen Subtext. Was beim Theater allerdings im Verborgenen geschieht, ist hier fester Bestandteil des Programms. In beiden Fällen findet sich der *"Zuschauer"* aber in einer eher passiven Rolle wieder. Baldauf (1997, S. 188) spricht in diesem Zusammenhang vom *toten Winkel* der Theater-Metapher. Der *tote Winkel* zeigt demnach nicht, wie sich die Regierungsgeschäfte en detail ausdifferenzieren. Am Gegenstand der hier aufgeführten Metapher wird folglich mangelnde Transparenz in der Regierungsarbeit bemängelt. Inwiefern sich eine transparentere Politik unter Berücksichtigung eines politischen Systems, das durch Delegation geprägt ist, umsetzen lässt, bleibt dahingegen offen. Zudem wird nicht darauf eingegangen, welche Motivation der politischen *"Inszenierung"* zugrunde liegen könnte.

- mit den einfachsten *"Tricks"* *"an der Nase herumführen"* kann [Gauland 5. Mai]
- mit *"billigen Tricks"* völlig grundlos verhindern [Gauland 23. Mär]
- Die Angst treibt Lammert zu *"Tricksereien"* [Gauland 23. Mai]
- ist in Wahrheit die Partei der besseren *"Trickser"* [Pazderski 12. Sep]
- durch Aktivismus die Probleme zu *"verschleiern"* [Glaser 18. Mai]
- der eigenen Partei [...] *"abzulenken"* [Pazderski 15. Sep]
- *"Wählertäuschung"* beim Thema Familiennachzug [Hampel 31. Aug]
- Mehrheit bekommt, ist eine reine *"Scheindebatte"* [Hampel 10. Aug]
- Stichwort war schon immer eine *"Wählertäuschung"* [Glaser 14. Sep]
- ist *"Wählertäuschung"*, wie wir es seit Jahren kennen [Glaser 14. Sep]
- ein durchschaubares *"Täuschungsmanöver"* in der heißen Phase [Weidel 16. Sep]
- von dieser dreisten *"Augenwischerei"* nicht *"täuschen"* [Weidel 1. Jun]

- *betreibt bewusste "Augenwischerei" [Gauland 5. Apr]*
- *Schaukampf, der den Wählern "vorgegaukelt" wird [Hampel 10. Aug]*
- *wollen jetzt dem Wähler den "Bären aufbinden" [Glaser 14. Sep]*
- *Wähler werden sich davon nicht "täuschen" lassen [Weidel 16. Sep]*
- *Kluge Wähler lassen sich davon nicht "täuschen" [Weidel 12. Jun]*
- *wie damit konservative Wähler "getäuscht" [Gauland 21. Aug]*
- *Sie betreibt "Blenderei" und "täuscht" bewusst ihre Wähler [Gauland 18. Jul]*
- *FDP – die "Blenderpartei" wie eh und je [Hampel 27. Jun]*
- *den Wählern weiterhin "Sand in die Augen zu streuen" [Pazderski 1. Mär]*
- *den Menschen hierzulande "Sand in die Augen zu streuen" [Weidel 14. Jun]*

9.9. Metaphern des Weges

Wie auch bei der Behälter-, Skalen- und Gleichgewichtsmetapher handelt es sich bei der konzeptuellen Struktur des Weges um eine bildschematische Metapher, die an menschliche Raumerfahrungen, hier an Erfahrungen des Weges gekoppelt ist. Eine Bewegung von einem Ausgangspunkt zu einem Endpunkt liegt dabei laut Baldauf "einer Reise nach Afrika ebenso zugrunde wie dem Weg einer Tasse von der Untertasse zum Mund" (1997, S. 139). Weil Baldauf zufolge das menschliche Handeln ohnehin zielorientiert und daher mit Bewegung verknüpft ist, baut menschliches Handeln prinzipiell auf dem Weg-Schema auf (1997, S. 140). Ein Handlungsziel entspricht im metaphorischen Sinn somit einem räumlichen Ziel, das erreicht oder nicht erreicht werden kann, wobei auch "Umwege" und "Hindernisse" nicht ausgeschlossen sind. Eng in Verbindung mit der Weg-Metapher steht die spezifischere Fahrzeug-Metapher, sie legt wie auch die Gleichgewichts-Metapher einen komplexen Handlungskontext zugrunde, hier die Bewegung in einem Fahrzeug auf einem Weg von einem Ausgangspunkt zu einem Endpunkt. Die folgenden Konzepte zeichnen sich durch eine starke Nähe beider genannter Schemata aus.

POLITIK AUF ABWEGEN

Hampel nach "*schlingert*" die Union ihrem finalen Verfallsdatum entgegen, Pazderski zufolge befindet sich die Regierung auf dem komplett falschen "*Dampfer*" und "*steuert*" laut Gauland "*ohne inneren Kompass*" auf eine Katastrophe zu. Auf dem "eingeschlagenen "*Irrweg*", so Hampel und Gauland wird der Sozialstaat "*in den Zusammenbruch gesteuert*" und die Wirtschaft laut Poggenburg gleichzeitig stark "*ausgebremst*". Es ist außerdem vom "*verheerende Weg*", dem "*Katastrophenkurs*" oder dem "*Sinkflug*" der Kanzlerin die Rede. Wer mit "*in den Abgrund fahren*" will, so Meuthen der,

muss Merkel wählen. Das Ganze geht laut Meuthen mit *"Vollgas"* in die *"verkehrte Richtung"*. Hampel spricht vom *"entgleisenden" "Schulz-Zug"* und vom *"Crash"* des *"CDU-ICE"*. Während die *"Weichen"* laut Gauland auf Kasse *"gestellt"* werden, fordert Weidel die Offenlegung des weiteren *"Fahrplans"*.

Obwohl sich mit den gegenständlichen Nachweisen zu Weg- sowie Fahrzeugmetaphern einige Subkonzepte bilden lassen, erzeugt deren Gesamtbild allemal das Frame einer misslungenen Fahrt. Die Charakterisierung des Weges als *"Irrweg"* bspw. setzt einen (imaginären) Idealweg voraus, der von den *"Fahrern"*, hier den regierenden Parteien aber nicht *"gefahren"* wird. Am Beispiel der Zug-Metapher hingegen wird das Verhältnis zwischen *"Fahrer"* und *"Mitfahrer"*, hier dem Bürger verdeutlicht. So sind die Elemente *"Gleise"*, *"Zug"*, *"Weiche"* und *"Fahrplan"* zu finden, eine ähnliche Belegung der Zug-Metapher beschreibt Schäffner (1990) anhand der Berichterstattung zum deutschen Einigungsprozess (Baldauf 1997, S. 210). Die Lage der *"Gleise"*, die Stellung der *"Weiche"* sowie die Beschaffenheit des *"Fahrplans"* sind hierbei Elemente, die der Bahngesellschaft, hier der Politik, vorbehalten bleiben und auf die der *"Fahrgast"*, hier der Bürger, nur bedingt bis gar keinen Einfluss hat. Hinzu kommen die Elemente des Tempos und der Richtung, der Begriff *"Vollgas"* lässt dabei auf ein rücksichtsloses und überhasstetes Fahrverhalten der Politiker schließen. Die Metaphern geben jedoch keine Auskunft über den zu befahrenden Untergrund. Übertragen auf den politischen Kontext vor dem Hintergrund der Migrationsdebatte bleibt unausgeführt, inwiefern es einer Regierung überhaupt möglich ist, einen geradlinigen oder sicheren Weg einzuschlagen. Auch steht die Frage im Raum, ob es sich bei dem *"eingeschlagenen Weg"* tatsächlich um einen *"Irrweg"* handelt, da ein Ausgang der *"Fahrt"* noch nicht feststeht.

- *"schlingert" die Union ebenfalls ihrem finalen Verfallsdatum entgegen [Hampel 4. Aug]*
- *Merkel [...] auf dem komplett falschen "Dampfer" [Pazderski 14. Mär]*
- *wieder einmal beliebig und "ohne inneren Kompass" [Gauland 28. Jun]*
- *mit der [...] Migrationspolitik auf eine Katastrophe "zusteuern" [Gauland 4. Jul]*
- *Die Merkel-CDU wird auf dem "eingeschlagenen Irrweg" [Hampel 4. Mai]*
- *und der Sozialstaat "in den Zusammenbruch gesteuert" [Gauland 5. Apr]*
- *Wirtschaft [...] der Altparteien stark "ausgebremst" [Poggenburg 28. Jul]*
- *wird dieser "verheerende Weg" weitergegangen [Weidel 20. Mär]*
- *nicht von ihrem "Katastrophenkurs" abbringen lassen [Gauland 30. Aug]*
- *Merkel im "Sinkflug" [Weidel 1. Sep]*
- *weiter "in den Abgrund fahren" will, muss Merkel wählen [Meuthen 29. Mär]*
- *Schulz' Pläne mit "Vollgas" weiter in die "verkehrte Richtung" [Hampel 17. Jul]*
- *"in die verkehrte Richtung fahren", dann aber auch mit "Vollgas" [Meuthen 29. Mär]*
- *geht gänzlich in die "falsche Richtung" [Gauland 24. Jul]*

- bringt zwar den "Schulz-Zug" endgültig "aus dem Gleis" [Hampel 4. Aug]
- im Vergleich zum kommenden "Crash" des "CDU-ICE" [Hampel 4. Aug]
- die "Weichen" aufs Kasse machen nach dem Amt zu "stellen" [Hampel 15. Aug]
- Schäuble muss sobald wie möglich den weiteren "Fahrplan" [...] offenlegen [Weidel 17. Jun]

KURSWECHSEL RICHTUNG AFD

Weidel fordert eine nachhaltige "Kursänderung" der Politik, wohingegen die Altparteien laut von Storch bereits eine vollständige "Kurskorrektur" hin zur AfD vollziehen. Weidel und Pazderski benennen diese "Kurskorrektur" als "Wahlkampfmanöver", Poggendorf zufolge "schwenken" die Politiker den "Kurs" allerdings nicht zum ersten Mal, seiner Meinung nach ist diese "Kehrtwende" unglaubwürdig. Laut Weidel ist es das ernannte Ziel der AfD, das Ruder in diesem Land noch einmal "herumzureißen".

Im Rahmen dieses Konzepts wird die Schiff-Metapher aufgegriffen, die angesichts einiger Elemente bereits im Konzept "Politik auf Abwegen" angeschnitten wurde. Diese Metapher soll hier ausführlicher diskutiert werden, wobei der Fokus auf dem Charakter des Begriffs "Kehrtwende" liegen soll. Die Schiff-Metapher ist neben der Zug-Metapher eine der verbreitetsten Fahrzeug-Metaphern, so Baldauf (1997, S. 210) und taucht im Kontext der Politik häufig in Form des "Staatsschiffs" oder "Kriegsschiffs" auf. Dabei zeichnet sich der Charakter des Schiffs besonders durch die Aspekte eines gemeinsamen Ziels sowie der Akzeptanz des gemeinsam eingeschlagenen Kurses aus (Baldauf 1997, S. 211). Durch die Forderung nach einer "Kursänderung", hier des "Staatsschiffs", zeigt sich, dass die Akzeptanz für den in der Politik eingeschlagenen "Kurs" nicht vorhanden ist. Entsprechend der Charakterisierung der "Kurskorrektur" als "Wahlkampfmanöver" werden den Regierungsparteien im Zuge der neuen "Kursausrichtung" wahltaktische Absichten unterstellt, folglich wird auch die Glaubwürdigkeit des gesamten Vorhabens in Frage gestellt. Die AfD wird demgegenüber als letzte Instanz profiliert, die den "Katastrophenkurs" in der Politik abwenden kann, indem Weidel erklärt, das "Ruder" in letzter Sekunde noch einmal "herumreißen" zu wollen. Die Metaphern geben aber keinen Hinweis auf den Gegenstand von alternativen "Wegen" jenseits des eingeschlagenen "Kurses" der Politik oder dem der AfD. Zudem gerät in den Hintergrund, ob der von der AfD komplimentierte Weg zielführend ist oder nicht.

- nachhaltige "Kursänderung" in der Asyl- und Einwanderungspolitik [Weidel 24. Aug]
- eine vollständige "Kurskorrektur" hin zur AfD vollzogen [Von Storch 29. Apr]
- Dabei ist eine drastische "Kurskorrektur" unbedingt erforderlich [Weidel 9. Mär]
- dieses neuerliche "Wahlkampfmanöver" [Weidel 12. Jun]
- Dieses "Wahlkampfmanöver" von de Maizière [Pazderski 11. Sep]

- *jetzt "schwenken" sie wieder einmal auf den "Kurs" der AfD um [Poggenburg 19. Apr]*
- *Niemand glaubt doch diese totale "Kehrtwende" [Poggenburg 18. Aug]*
- *"das Ruder" in diesem Land in letzter Sekunde noch einmal "herumzureißen" [Weidel 1. Sep]*

9.10. Metaphern des Behälters

Die Behälter-Metapher ist eines der am umfangreichsten belegten Metaphernsysteme, so Baldauf (1997, S. 124), was auf eine Vielzahl alltäglicher Erfahrungen des Menschen mit räumlicher Eingrenzung zurückzuführen ist. Das Denken in Behältern beginnt Lakoff & Johnson (2014, S. 39) zufolge schon mit der Wahrnehmung des eigenen Körpers, demzufolge ist der Mensch ein Gefäß mit begrenzter Oberfläche sowie einer Innen-Außen-Orientierung. Die Erfahrung mit Behältern zieht sich durch den gesamten Alltag, von Gebäuden ("*in*" Haus) über Alltagsgegenstände ("*in*" der Tasse), abgesteckte Gebiete wie Staaten oder Grundstücke ("*in*" Deutschland) bis hin zu abstrakteren Zielbereichen wie Zeitabstände ("*in*" Zukunft), Lebensumstände ("*in*" Armut) oder Gefühlszustände ("*in*" Trauer). Die Behälter-Metapher bildet letztlich den Bedeutungsrahmen alltäglicher Erfahrungen mit Behältern, so Baldauf (1997, S. 139), die in den Bereich des Abstrakten projiziert werden. So legen bspw. die in Kapitel 10.6 besprochenen Architektur-Metaphern ("*Festung Europa*") die Verknüpfung der Staatengemeinschaft mit der konkreten Erfahrung des Behälters zugrunde.

POLITIK IST EIN LEERES GEFÄSS

Im Zuge der erhobenen Metaphern ist von "*hohlen*" oder "*leeren*" "*Worthülsen*", einem "*inhaltsleeren*" Personenwahlkampf sowie abgedroschenen und immer gleichen "*Worthülsen*" die Rede. Hampel spricht in Bezug auf die FDP von einer "*inhaltsleeren*" Blenderpartei und Weidel von der "*Inhaltsleere*" Lindners. Pazderski bezeichnet die FDP darüber hinaus als "*Partei ohne Profil*" und Hampel als "*parlamentarische Füllmasse*".

Anlässlich von Untersuchungen psychischer Zustände im Alkoholkontext greift Schmitt (2000, S. 8) die Behälter-Metapher auf. Demnach wird der Mensch u.a. als Behälter ohne Inhalt ("*leer*"; "*ausgelaugt*") oder als Behälter voller Unrat ("*Stroh im Kopf*") beschrieben (Schmitt 2000, S. 8). Wenn dagegen von "*leeren Worthülsen*", "*inhaltsleerem*" Personenwahlkampf oder einer "*inhaltsleeren*" Partei die Rede ist, setzt das die Vorstellung von politischem Handeln bzw. politischen "*Inhalten*" als Behälter voraus. Der metaphorische Gehalt geht dabei vermutlich auf das Bild von leeren Getreidehülsen zurück, denen man ihre "*Inhaltsleere*" auf den ersten Blick nicht ansieht. Übertragen auf den politischen Kontext vermittelt diese Metaphorik das Bild einer Politik, die nach "*Au-*

ßen" den Schein wahr, "inhaltlich" aber keine Substanz aufweisen kann. Wenn von "parlamentarischer Füllmasse" die Rede ist, wird das Bild des Parlaments als Behälter vorausgesetzt, der zu Teilen unbesetzt oder "unvollständig" ist. Der metaphorische Gehalt von "Füllmasse" geht dabei eher auf den handwerklichen Kontext zurück, hier dient Füllmasse u.a. zur Ausbesserung fehlerhafter Stellen, was dieser Metapher einen abwertenden Charakter verleiht. Der Wortlaut "Partei ohne Profil" schließlich beschreibt die Behälter-Metapher aus einer anderen Perspektive, hier liegt der Fokus nicht auf dem Inhalt, sondern auf der Oberfläche. Ein Behälter ohne klare Konturen macht es dem Betrachter schwer, dessen Beschaffenheit und Form zu erkennen, was im politischen Kontext mit unklaren Positionen zu deuten sein könnte. Metaphern von "leeren Worthülsen" oder "inhaltsleerem" Wahlkampf geben hingegen keine Antwort auf die Frage nach idealtypischen Inhalten, wie sie von Seiten der Verfasser offenbar gefordert werden.

- als "hohle Worthülsen" und Nebelkerzen entlarvt [Hampel 4. Mai]
- Die FDP ist das Sinnbild von "leeren Worthülsen" im Wahlkampf [Pazderski 26. Apr]
- und abgedroschene "Worthülsen" bekundet [Pazderski 23. Mär]
- mit den immer gleichen "Worthülsen" hinweggeht [Weidel 19. Aug]
- offenbart Lindner seine wahre "Inhaltsleere" [Weidel 17. Sep]
- peinlichen und "inhaltsleeren" Personenwahlkampf [Pazderski 12. Sep]
- immer noch dieselbe "inhaltsleere" Blenderpartei [Hampel 27. Jun]
- willfährig als "parlamentarische Füllmasse" [Hampel 27. Jun]
- was von dieser "Partei ohne Profil" zu erwarten ist [Pazderski 26. Apr]
- Altparteien sind ein uniformer Parteienblock ohne "inhaltliche Konturen" [Hampel 4. Aug]

9.11. Metaphern der Krankheit

Die Krankheits-Metapher geht auf eine der elementarsten negativen menschlichen Erfahrungen zurück, so Baldauf (1997, S. 206), wobei sich diese Erfahrung in der Regel auf einige strukturelle Faktoren zurückführen lässt. So ist *Krankheit* in erster Linie von auftretenden Symptomen sowie der ärztlichen Diagnose geprägt. Hinzu kommen Aspekte wie Leid, Furcht und Ansteckung, unangenehme Merkmale, deren metaphorischer Gehalt letzten Endes zur Darstellung von Missständen und Problemen dient (Baldauf 1997, S. 206). *Krankheit* wirft außerdem die Frage nach *Gesundheit* bzw. einem (impliziten) Idealzustand auf. Diesbezüglich stehen mit der strukturellen Übertragung von *Krankheit* auf einen komplexen Kontext auch Erwartungen hinsichtlich Veränderungen oder hier "Heilung" im Raum.

POLITISCHES HANDELN IST EINE PSYCHISCHE KRANKHEIT

Es ist vom *"Wahnsinn"* der deutschen Bundesregierung, vom *"Wahnsinn"* der Grünen oder vom *"Euro-Wahnsinn"* die Rede. Gauland spricht von *"Wahnsinn"* im Umgang mit der Flüchtlingsfrage und Poggenburg vom *"Multikulti-Wahn"* der deutschen Bundesregierung. Gauland berichtet weiter vom *"Irrsinn"* der gegenwärtigen Gesetzeslage, Pazderski wiederum vom *"Irrsinn"* in der Flüchtlingspolitik. Von Leyens hat laut Gauland den *"Verstand verloren"*, ihre Äußerungen sind seiner Meinung nach *"symptomatisch"* für die deutsche Regierung. Politisches Handeln wird obendrein als *"hysterisch"* bezeichnet.

Gemäß Sontag (1978) hat die Metaphorisierung unangenehmer Sachverhalte als Krankheit eine lange Tradition, wobei eine Nutzung spezifischer Krankheiten für spezifische Probleme kaum belegt ist (Baldauf 1997, S. 206). Schmitt (2017) bietet dahingehend eine umfassende Übersicht metaphorischer Forschung in den Bereichen Psychotherapie, Beratung sowie weiteren psychologischen Disziplinen. Auf eine Ausdifferenzierung spezifischer Krankheitsbilder soll an dieser Stelle aber aus kapazitiven Gründen verzichtet werden. Wenn hier vom *"Wahnsinn"* und *"Irrsinn"* der Bundesregierung die Rede ist oder Regierungspolitiker den *"Verstand verlieren"*, lassen die vorliegenden Metaphern global auf die Konzeptualisierung politischen Handelns als psychische Krankheit schließen. Hinweise auf die konzeptuelle Übertragung von körperlichen Krankheiten ergab der Korpus aber nicht. Befunde hierzu finden sich u.a. bei Sonntag (1978) (Baldauf 1997, S. 207). Durch die Pathologisierung politischen Handelns wird das Frame von Problemen, Defiziten, Schwächen etc. hervorgerufen. Funktionierende politische Prozesse finden anhand dieser Konzeptualisierung dagegen keine Beachtung, sodass ein einseitiges, defizitäres Bild politischen Handelns unterstützt wird. Wie bereits angemerkt, lässt *Krankheit* die Frage nach *Gesundheit* bzw. einem (impliziten) Idealzustand offen. Es bleibt auch offen, wie sich ein solcher Idealzustand definieren lässt bzw. mit welchen Mitteln dieser Zustand erreicht werden könnte.

- an den *"Wahnsinn"* der deutschen Bundesregierung [Hampel 19. Sep]
- die unsinnige Mühe macht, sich in den *"Wahnsinn"* der Grünen hineinzudenken [Gauland 19. Jun]
- Diesem *"Euro-Wahnsinn"* muss endlich ein Ende gesetzt werden [Weidel 29. Mär]
- Und sie werden bleiben. Es ist der helle *"Wahnsinn"* [Gauland 5. Apr]
- gegen Masseneinwanderung und *"Multikulti-Wahn"* umsetzen würde [Poggenburg 24. Jul]
- zeigt das den ganzen *"Irrsinn"* der gegenwärtigen Gesetzeslage [Gauland 29. Jul]
- Alles andere ist nicht nur *"Irrsinn"*, sondern auch rechtswidrig [Gauland 21. Sep]
- Das ist ein *"Irrsinn"* [Pazderski 26. Jul]
- Das ist *"Irrsinn"* [Hampel 29. Jul]

- *Jetzt hat von der Leyen den "Verstand verloren" [Gauland 12. Jun]*
- *[Von der Leyens Wortwahl] ist "symptomatisch" für die gesamte Regierung Merkel [Gauland 21 Jul]*
- *Der Fall Toll Collect ist "symptomatisch" für den Umgang der Politik [Pazderski 11. Mai]*
- *Der "hysterische" und undifferenzierte Aktionismus [Weidel 2. Aug]*
- *"Endstadium" dieser Islamisierung lässt sich in Saudi-Arabien [Pazderski 6. Sep]*

EINWANDERUNG IST EINE KRISE

Vielfach ist von der *"Migrationskrise"*, der *"Asylkrise"* oder der *"Flüchtlingskrise"* die Rede. Poggenburg spricht sogar von der *"Merkel-Asylkrise"*, womit er den Verantwortungsrahmen deutlich auf die Bundesregierung eingrenzt und Merkel als Initiator der *"Krise"* plakatiert.

Laut Definition (Dorsch 2018) beschreibt eine Krise den entscheidenden bzw. problematischen Abschnitt im Verlauf einer Entwicklung oder Krankheit. Auch etymologisch (dwds.de 2018) geht der Begriff *Krise* auf den medizinischen Kontext zurück und beschreibt den entscheidenden Wendepunkt im Verlauf einer Krankheit. Folglich lässt sich das Konzept *"Einwanderung ist eine Krise"* dem Erfahrungsbereich *Krankheit* zuordnen, alternative Anwendungen sind aber durchaus möglich. Wenn hier von der *"Migrationskrise"* oder der *"Asylkrise"* gesprochen wird, liegt dem die Konzeptualisierung der Migrationsthematik als Krankheit zugrunde. Die aktuelle Situation in der Flüchtlingsdebatte bildet sich demnach als entscheidender problematischer Abschnitt der *"Krankheit"* ab. Baldauf (1997, S. 206) zufolge wird die Metapher der Krankheit jedoch nicht nur auf unangenehme oder einschränkende Sachverhalte projiziert (siehe oben), sondern gibt auch Auskunft darüber, dass ein Defizit vorliegt, welches behoben werden muss. An dieser Stelle soll betont werden, dass die gegenständliche Konzeptualisierung keinen *"Therapieansatz"* zur *"Behandlung"* der *"Asylkrise"* aufweist. Wenn demgegenüber von der europäischen oder deutschen *"Asylkrise"* gesprochen wird, stellt sich heraus, dass hier bestenfalls von einer ökonomischen *"Krise"* die Rede sein kann. Sämtliche Auswirkungen dieser *"Krise"* auf Seiten der Geflüchteten sowie in deren Herkunftsländern geraten dabei in den Hintergrund. Legt man der Krankheits-Metapher die Definition von *Krankheit* zugrunde, handelt es sich hier lediglich um den entscheidenden Wendepunkt in der *"Migrationskrise"* jedoch nicht um das *"Endstadium"*. Die Ordnung der politischen Verhältnisse in Anbetracht der Migrationsdebatte steht damit ebenfalls vor einem Wendepunkt. Dabei wird unberücksichtigt gelassen, dass sich dieser Verlauf ebenfalls zum Positiven entwickeln könnte.

- die Legende vom Abflauen der "Migrationskrise" als Wahlkampf-Propaganda [Weidel 24. Aug]
- Kontrollverlust im Rahmen der "Migrationskrise" [Pazderski 19. Sep]
- wird sich die "Migrationskrise" immer weiter verschärfen [Gauland 4. Jul]
- für ihre standhafte Haltung in der europäischen "Asylkrise" [Hampel 14. Sep]
- Masseneinwanderung zu kontrollieren und die "Asylkrise" einzudämmen [Poggenburg 29. Aug]
- schwärzeste Jahr in der deutschen "Asylkrise" [Weidel 29. Aug]
- doch seit Anfang der "Asylkrise" alles mitgetragen [Weidel 17. Sep]
- SPD hat sich die letzten Jahre als "Asylkrisen-Katalysator" erwiesen [Poggenburg 24. Jul]
- Schulz-SPD war Katalysator der "Merkel-Asylkrise" [Poggenburg 24. Jul]
- Das sind die Voraussetzungen, um der "Krise" Herr zu werden [Gauland 24. Jul]
- Schulz jetzt ernsthaft vor einer neuen "Flüchtlingskrise" warnen will [Poggenburg 24. Jul]
- geschieht nun hinsichtlich der sogenannten "Flüchtlingskrise" [Poggenburg 24. Jul]
- die sogenannte "Flüchtlingskrise" zum Wahlkampfthema machen will [Gauland 24. Jul]

9.12. Metaphern des Krieges

Die Kriegs-Metapher stellt eine der, bei Lakoff & Johnson meist diskutierten und vielfach exemplarisch für das metaphorische Konzeptsystem verwendeten Metapher dar und wird anhand der Konzeptualisierung "Argumentieren ist Krieg" immer wieder aufgegriffen (vgl. u.a. Lakoff & Johnson 2008, Schmitt 2002, Schmitt 2017). Die Kriegs-Metapher stellt dabei ein, nach Lakoff & Johnson (1982) klassisches Beispiel für Metaphern mit Basis auf indirekten Erfahrungen dar (Baldauf 1997, S. 213). Das Konzept des Krieges wird demzufolge von einer Person repräsentiert, obwohl diese bisher keine direkten Erfahrungen mit Krieg gemacht hat. Die dennoch häufige Nutzung dieser Metapher kann dabei auf zahlreiche Ausdrücke in der Alltagskommunikation zurückgeführt werden, die auf Kriegserfahrungen basieren und sich über die Jahre durchgesetzt haben, so Baldauf (1997, S. 213).

FEINDE DER DEMOKRATIE

Es ist von "antidemokratischen" Aufrufen, "antidemokratischem" Gebaren und "demokratiefeindlichen" Äußerungen die Rede. Das Wahlprogramm der CDU richtet sich "gegen" das Grundgesetz und Regierungspolitiker stellen sich "gegen" die Verfassung, so Weidel. Laut Poggenburg versucht die Regierung die "deutschfeindliche" Politik der letzten Jahre zu kaschieren, Gauland spricht von den "deutschfeindlichen" Grünen und Weidel bezeichnet das SPD-Steuerkonzept als "familien- und wirtschaftsfeindlich". Von

Storch spricht von einem *"Anschlag"* auf die Verfassung und Gauland von einem eklatanten *"Angriff"* auf das Grundrecht im Vorgehen der Regierung in der Einwanderungspolitik.

Wenn von *"antidemokratischem"* politischen Handeln und *"deutschfeindlicher"* Politik die Rede ist, die das eigene Land *"verrät"* und *"gegen"* das Grundgesetz agiert, entsteht das Bild einer Regierung, die sich implizit auch gegen das Volk wendet. Baldauf (1997, S. 215) warnt vor den Gefahren, die eine häufige Verwendung der Kriegs-Metapher im politischen aber auch anderen Kontexten mit sich bringen kann. Folglich befürchtet Baldauf eine kriegsvorbereitende Wirkung der Metapher, die kriegerische Gegenmaßnahmen legitimieren würden. Projiziert auf die hier aufgeführte Metaphorik können Begriffe wie *"Antidemokratie"* oder *"Deutschlandfeindlichkeit"* als *"Angriff"* gewertet werden und entsprechende Gegenreaktionen in der Bevölkerung hervorrufen. Die Metaphern erklären dagegen nicht das Motiv, auf dessen Basis sich eine Regierung gegen Demokratie, Verfassung oder die Bevölkerung richten sollte. Die Konzeptualisierung *"Regierung ist Feind der Demokratie"* rückt alternative Konzeptsysteme, welche sich etwa mit der *"Verteidigung"* demokratischer Werte durch die Regierung befassen, in den Hintergrund, wodurch ein einseitig-negatives Bild der Regierung erzeugt wird.

- *Dieser "anti-demokratische" Aufruf [Gauland 19. Sept]*
- *schiebt diesem "antidemokratischen" Gebaren nun endlich einen Riegel vor [Gauland 14. Sep]*
- *mit dieser zutiefst "demokratiefeindlichen" Äußerung [Gauland 19. Sept]*
- *die sich in ihrem Wahlprogramm "gegen" das Grundgesetz [Weidel 4. Jul]*
- *Er stellt sich damit "gegen" unsere Verfassung [Von Storch 3. Mär]*
- *"deutschfeindliche" Politik der letzten Jahre zu kaschieren [Poggenburg 29. Aug]*
- *mit ihren "deutschlandfeindlichen" Bestrebungen [Gauland 16. Mär]*
- *Die "deutschfeindlichen" Grünen wollen ihn noch beschleunigen [Gauland 5. Apr]*
- *SPD-Steuerkonzept ist "familien- und wirtschaftsfeindlich" [Weidel 20. Jun]*
- *Interessen des eigenen Landes "verrät" [Hampel 14. Mär]*
- *Mittäter an dem "Anschlag" von Maas auf unsere Verfassung [Von Storch 13. Jun]*
- *einen eklatanten "Angriff" auf das Grundrecht [Gauland 11. Sept]*

EINWANDERUNG IST EINE KRIEGERISCHE BEDROHUNG

Im Zusammenhang mit Einwanderung wird von *"Gefahren"* für die freiheitliche Gesellschaft, die freiheitlich-demokratischen Grundordnung, das Grundgesetz sowie *"Gefahren"* für die Gesellschaft gesprochen. Nicht zuletzt ist die steigende *"Terrorgefahr"* auf Zuwanderung zurückzuführen, so Weidel. Pazderski fordert, Deutschland und Eu-

ropa sollen sich "gegen" den Terror mit allen Mitteln "wehren", Poggenburg fordert, aufkommende "Gefahren" konsequent "abzuwehren", Gauland und Poggenburg geht es hingegen darum, Wirtschaftsinteressen sowie Freiheit und Sicherheit in Europa zu "verteidigen". Das bedeutet, endlich selbstbewusst dem Islam "entgegentreten", so Driesang und "gegen" die Gefahren der Islamisierung [...] "vorzugehen", so Poggenburg. Zuletzt ist die Rede davon, die "Terrorgefahr" um der Freiheit Willen zu "bekämpfen", was für Pazderski auch bedeutet, den "importierten Antisemitismus" zu "bekämpfen".

Entsprechend der aufgeführten Nachweise wird Einwanderung ähnlich dem Konzept "Einwanderung ist eine Flut(katastrophe)" als "Bedrohung" konzeptualisiert. Vergleichbare Befunde weist Refaie (2001) auf, demzufolge werden Migranten in Österreich u.a. als Flut oder kriegerische Bedrohung konzeptualisiert, um kriegsähnliche Gegenreaktionen zu rechtfertigen (Schmitt 2017, S. 325). Dieser Prozess der Legitimation kann anhand der vorliegenden Metaphern gut nachvollzogen werden: Wenn eine "Gefahr" für Gesellschaft und Demokratie bevorsteht, gilt es sich gegen diese zu "verteidigen", gegen diese "Gefahr" "vorzugehen" und diese zu "bekämpfen". An dieser Stelle soll auch noch einmal Baldaufs Befürchtung bezüglich der häufigen Verwendung der Kriegs-Metapher im politischen Kontext aufgegriffen werden. Hiernach kann die Metapher eine kriegsvorbereitende Wirkung haben, die kriegerische Gegenmaßnahmen legitimieren würde (Baldauf 1997, S. 215). Wird Einwanderung als "Bedrohung" metaphorisiert, geht damit auch Feindbildung einher, was neben dem politischen auch dem gesellschaftlichen Dialog zum Thema Migration zu Lasten fällt und dehumanisierende Tendenzen gegenüber der Opposition zur Folge haben kann. Das Konzept der "Bedrohung" drängt darüber hinaus positive Assoziationen mit dem Thema Migration wie bspw. kulturelle Vielfalt, interkulturellen Austausch, Beispiele gelungener Integration oder demografischer Zuwachs in den Hintergrund. Die gegenständlichen Metaphern entziehen sich zuletzt gänzlich einer pazifistischen Perspektive dieser Debatte.

- Die "Terrorgefahr", die erhöhte Kriminalität und die illegale Zuwanderung [Weidel 18. Jun]
- die steigende "Terrorgefahr" durch Zuwanderung [Weidel 1. Sep]
- steinzeitliche Religion eine "Gefahr" für unsere freiheitliche Gesellschaft [Gauland 6. Jun]
- eine "Gefährdung" unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung [Poggenburg 15. Sep]
- und "Gefahren" für unser Grundgesetz [Poggenburg 23. Mai]
- vor der akuten "Gefahr" für unsere Gesellschaft [Gauland 29. Mär]
- und auf deren "Gefahren" für die deutsche Gesellschaft [Hampel 22. Mär]
- Einwanderung nach Europa und Deutschland birgt große "Gefahren" [Gauland 6. Jun]

- *Die AfD wird sich [...] "gegen" diesen dreisten Ausverkauf [...] "zur Wehr setzen" [Driesang 28. Sep]*
- *uns endlich "gegen" den Terror mit allen Mitteln "wehren" [Pazderski 23. Mär]*
- *und Gefahren [...] gemeinsam konsequent "abzuwehren" [Poggenburg 23. Mai]*
- *Wirtschaftsinteressen "verteidigen" [Gauland 23. Aug]*
- *unsere Freiheit und unsere Sicherheit in Europa "verteidigen" [Poggenburg 23. Mär]*
- *endlich selbstbewusst dem Islam "entgegentreten" [Driesang 3. Mär]*
- *mit allen Möglichkeiten "gegen" die Gefahren der Islamisierung [...] "vorgehen" [Poggenburg 23. Mär]*
- *Jeder Angreifer muss wissen, dass wir "zurückschlagen" [Poggenburg 23. Mär]*
- *Wir müssen sie um unserer Freiheit Willen "bekämpfen" [Gauland 6. Jun]*
- *die sich immer wieder neu auftun, sofort zu "bekämpfen" sind [Gauland 5. Jun]*
- *und "bekämpfen" damit auch den importierten Antisemitismus [Pazderski 25. Apr]*

PARTEI DER INNEREN SICHERHEIT

Die Grenzen zu Europa müssen laut Weidel, Pazderski und Hampel vor Einwanderung "geschützt" werden, Gauland fordert des Weiteren, die Gerichte "gegen" eine Flut von Asylklagen zu "schützen". Weidel und Gauland fordern weiter, die Grenzen umgehend zu "sichern", Hampel fordert, die Seegrenze zu "sichern" und nach Driesang muss Europa seine Außengrenzen konsequenter "sichern". Poggenburg spricht schließlich von der AfD als "Partei der Inneren Sicherheit".

Die Forderung, Europa vor Zuwanderung zu "schützen" oder die Grenzen zu "sichern", setzt den Gegenstand einer unmittelbaren "Bedrohung" voraus. Die Struktur der Kriegs-Metapher findet hier also implizit Eingang. Durch die häufige Verwendung von Begriffen wie "Sicherheit", "sichern" oder "schützen" wird außerdem das Frame einer Sicherheitslücke in Bezug auf außereuropäische Grenzübergänge unterstützt. An dieser Stelle soll abermals auf Epsteins Persönlichkeitstheorie verwiesen werden: das Bild einer Sicherheitslücke nagt demnach an dem, laut Epstein grundlegenden Bedürfnis des Menschen nach Orientierung und Kontrolle (Grawe, 2000, S. 385). In Folge können hierbei latente Ängste beim Empfänger geweckt bzw. verstärkt werden. Indem Poggenburg dagegen von der AfD als "Partei der Inneren Sicherheit" spricht, profiliert er seine Partei als jene Instanz die imstande ist, eine Sicherheitslücke zu schließen und damit für Kontrolle und Sicherheit zu sorgen. Auch wird im Zuge dieser Metaphern ein Bedrohungsszenario konstruiert, das mit mangelnden Sicherheitsvorkehrungen einhergeht und damit implizite Mängel am Gegenstand der Inneren Sicherheit veräußert. Dabei wird allerdings außer Acht gelassen, dass dem Bundeskriminalamt (BKA) zufolge in den Jahren 2000 bis 2013 allein in Deutschland 11 islamistisch geprägte Anschläge vereitelt

werden konnten (dw.de 2018). Auch bleibt unberücksichtigt, welche wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Konsequenzen mit der hier proklamierten Abschottungspolitik einhergehen würden. Nicht zuletzt drängt die vorliegende Metaphorik die Folgen "sicherer" Grenzen für Geflüchtete in den Hintergrund, für sie würden "gesicherte" Grenzen erschwertes Weiterkommen auf der Suche nach "Sicherheit" bedeuten.

- *Unsere Grenzen müssen "geschützt" werden [Weidel 8. Jun]*
- *müssen zuallererst die Grenzen wirksam "geschützt" werden [Pazderski 8. Mär]*
- *vor einer völlig unkontrollierten Zuwanderung mit "schützen" [Hampel 18. Aug]*
- *Gerichte "gegen" die Flut von Asylklagen "schützen" [Gauland 15. Aug]*
- *Die deutschen Grenzen sind umgehend zu "sichern" [Weidel 9. Mär]*
- *müssen wir noch fordern, die Grenzen zu "sichern" [Gauland 29. Jul]*
- *Dabei wäre es möglich die Seegrenze effektiv zu "sichern" [Hampel 18. Jul]*
- *Europa muss seine Außengrenzen konsequent selbst "sichern" [Driesang 7. Sep]*
- *Als "Partei der Inneren Sicherheit" [Poggenburg 11. Jul]*

9.13. Metaphern der Ökonomie

Die ökonomische Metapher ist auf die Konstellation zweier Handelspartner zurückzuführen, so Baldauf (1997, S. 190), die Waren über einen zuvor festgelegten Wert tauschen, wobei jede Partei bestrebt ist, die eigenen Interessen zu wahren. Lakoff (1996) führt anlässlich der Studie "moral politics" die ökonomische Metaphorik global auf das Denken in Gewinnen, Schuld(en) und Verlusten zurück (Schmitt 2017, S. 299).

EINWANDERUNG IST UNREDLICHER ÖKONOMISCHER TAUSCH

Im Rahmen der Einwanderungsdebatte spricht Gauland von "ergaunerten" und "erschlichenen" Identitäten. Laut Pazderski werden deutsche Steuerzahler durch Asylbetrüger "abgezockt", die sich nach Hampel am Sozialstaat "bedienen" und staatliche Hilfen "kassieren". Zudem werde europäische Toleranz gegenüber Muslimen zum Schaden der Europäer "ausgenutzt", so Pazderski.

Im politischen Kontext wird die ökonomische Metapher besonders durch die Erwartung von Leistung und Gegenleistung getragen, so Baldauf (1997, S. 190). Angesichts dieser Konzeptualisierung kann von einem ökonomischen Ungleichgewicht gesprochen werden, das sich auf staatliche Hilfen für Geflüchtete einerseits und mangelnder Wertschätzung bzw. Wille zur Integration andererseits begründet. Wenn eine Partei ihre Situation dagegen "ausnutzt", um sich zu bereichern bzw. zu "kassieren", kann von unredlichem ökonomischen Tausch gesprochen werden. Die hier aufgeführte Metapher beleuchtet die Thematik der Einwanderung demzufolge als unredlich, negative

Ausprägungen werden dementsprechend hervorgehoben. Dabei geraten positive Aspekte von Einwanderung und Integration kategorisch in den Hintergrund.

- *eine zweite Identität als Flüchtling dort "erschleichen" kann [Gauland 5. Mai]*
- *mit solchen "ergaunerten" falschen Identitäten noch in Deutschland [Gauland 5. Mai]*
- *und der deutsche Steuerzahler wird weiter durch Asylbetrüger "abgezockt" [Pazderski 19. Sep]*
- *sondern "bedienen sich" an unserem Sozialstaat [Hampel 22. Aug]*
- *Warum denn pro Person nur einmal "kassieren" [Pazderski 19. Sep]*
- *seit Jahren von Muslimen zu unserem Schaden "ausgenutzt" [Gauland 6. Jun]*

MERKELS GÄSTE

Merkel und die Bundesregierung bemühen sich Poggenburg zufolge *"um jeden Preis"* um ihre *"Gäste"* und *"reißen die Tore nach Deutschland weit auf"*, so Weidel, um Millionen von Migranten *"willkommen zu heißen"*. Pazderski zufolge wird so aber auch dem Terrorismus *"Tür und Tor geöffnet"*. Die Bundesregierung setzt dabei hohe *"Anreize"*, so Pazderski, um Migranten nach Deutschland und Europa zu *"locken"*. Die *"Willkommenspolitik"* der Altparteien und deren *"Anreizsystem"* *"animiert"* schließlich immer mehr Migranten, sich auf die Reise zu machen, so Poggenburg und Pazderski. Deutschland fungiert laut Hampel als *"Einwanderungsmagnet"*, begleitet wird dieses Szenario nach Poggenburg von *"Willkommensrufen"*. Eine *"Willkommenskultur"*, so Poggenburg nach dem Motto: *"Multikulti-um-jeden-Preis"*.

Im Rahmen dieser Konzeptualisierung findet sich das Thema *Einwanderung* im komplexen Erfahrungsbereich des Tourismus wieder. Geflüchtete stellen sich dabei als *"Gäste"*, Angela Merkel bzw. die deutsche Bundesregierung hingegen als *"Gastgeber"* heraus. Unter Betrachtung des ökonomischen Aspektes wird jedoch schnell klar, dass hier eine Gegenleistung ausbleibt. Es kann also von einem ökonomischen Ungleichgewicht gesprochen werden. Weil vor dem Hintergrund der Dramatik, die mit der Massmigration einhergeht von *"Willkommensrufen"* oder *"Migrationsanreizen"* gesprochen wird, ist der vorliegenden Metapher ein ironischer Charakter nicht abzuerkennen. Daher an dieser Stelle ein kleiner Exkurs vom Verhältnis von Metapher und Ironie: Gemäß Duden (2018) handelt es sich bei Ironie um indirekten Spott, indem ein Sachverhalt durch scheinbare Billigung lächerlich gemacht wird. Groeben und Scheele (1986), die sich anhand umfassender Analysen mit dem Gehalt von Ironie auseinandergesetzt haben, fassen Ironie als uneigentlich-contrastives Sprechen auf (Christmann & Scheele 2001, S. 275). *Uneigentlich* ist in Anbetracht dieser Definition auf die Abhebung des Gegenstandes vom eigentlichen Wortlaut zurückzuführen. Der Kontrastbegriff indessen geht auf die laut Christmann und Scheele (1986) am häufigsten zu beobachtende Unterkategorie

von ironischen Äußerungen *Tadel durch Lob* zurück (Christmann & Scheele 2001, S. 275). *Kontrastives* Sprechen kann dahingehend als *Etwas-Anderes Sagen* begriffen werden - und hier macht sich der wesentliche Unterschied zur Metapher bemerkbar, so Christmann & Scheele (2001, S. 276), bei der die Ähnlichkeitsbeziehung im Mittelpunkt steht.

Die Ironie der Metapher liegt also in der Kontrastierung einer offensichtlich nicht gebilligten Politik bezüglich der Migrationsproblematik, die hier als Akt der Gastfreundschaft ohne Gegenleistung kontrastiert wird. Der metaphorische Gehalt dagegen liegt in der Übertragung der ironischen Handlung auf den touristischen Kontext. Diese Ironie überschattet allerdings ein alternatives Szenario, indem es möglich ist, Migranten ohne ökonomische Hintergedanken aufzunehmen und zu versorgen. Folglich überschattet die gegenständliche Metaphorik auch die Dramatik, die mit der Migrationsproblematik einhergeht. Fluchtursachen und menschliche Schicksale finden dabei keine Beachtung. Dass in Zusammenhang mit Geflüchteten von "Gästen" [auf einer vermeintlichen Urlaubsreise] gesprochen wird, grenzt darüber hinaus an Zynismus.

- "Merkels Gäste" bei sich aufzunehmen [Hampel 14. Sep]
- nicht einmal mehr Volksfeste vor "Merkels Gästen" sicher [Weidel 17. Jul]
- denn dies sind "Frau Merkels Flüchtlinge" [Gauland 13. Jun]
- "reißt" Angela Merkel die "Tore nach Deutschland noch weiter auf" [Weidel 29. Aug]
- dem islamistischen Terrorismus "Tür und Tor geöffnet" [Pazderski 19. Sep]
- "öffnet" nicht nur sexuellen Übergriffen "Tür und Tor" [Weidel 17. Jul]
- Sie sind auch Teil des "Anreizsystems" [Pazderski 21. Jul]
- kritisiert die AfD die massiven "Migrationsanreize" [Pazderski 11. Sep]
- Teufelskreis der "Migrationsanreize" [Weidel 30. Aug]
- Die "Anreize" für Armutsmigranten müssen [Pazderski 11. Sep]
- hohen "Anreize" nach Deutschland und Europa zu kommen [Gauland 5. Jul]
- Das liegt vor allem an den großzügigen "Anreizen" [Hampel 28. Jun]
- immer noch hohen "Anreize" nach Deutschland und Europa zu kommen [Gauland 5. Jul]
- "lockt" Deutschland mit diversen "Anreizen" [...] Migranten [Gauland 30. Aug]
- das immer mehr illegale Migranten nach Deutschland "lockt" [Pazderski 21. Jul]
- nach Europa und somit aufs Meer zu "locken" [Von Storch 25. Jul]
- Alles andere "animiert" nur immer mehr Armutsmigranten [Hampel 30. Aug]
- Deutschland der mit Abstand größte "Einwanderungsmagnet" [Hampel 28. Jun]
- von Deutschland "angezogenen" Massenzuwanderung [Weidel 24. Aug]
- Probleme der "Willkommenspolitik" der Altparteien [Poggenburg 18. Aug]
- über die Kanzlerin und die "Willkommenskultur" [Weidel 20. Jul]
- Die naive "Willkommenskultur" [Weidel 18. Aug]

- *sich gegenseitig bei "Willkommensrufen" förmlich überboten [Poggenburg 24. Jul]*
- *Millionen von Migranten "willkommen zu heißen" [Gauland 19. Sep]*
- *und "Multikulti-um-jeden-Preis" vorgehen [Poggenburg 23. Mär]*

9.14. Metaphern der Personifikation

Die Personifikation stellt, wie in Kapitel 6.4 bereits angerissen, die Übertragung menschlicher Eigenschaften auf abstrakte Erfahrungen oder Gegenstände dar. Baldauf (1997, S. 192) nach kann auf diese Weise jedes denkbare "Abstraktum" personifiziert und zum Leben erweckt werden, so kann einem bspw. das Leben *"übel zuspieren"*. Die Personifikation von Abstrakta spielt sich aber nicht nach einem bestimmten Muster ab, so Lakoff & Johnson (2008, S. 44), vielmehr werden je nach Metapher bestimmte Eigenschaften der "Person" hervorgehoben und andere in den Hintergrund gedrängt. So bilden sich "Persönlichkeiten" ab, die den zu metaphorisierenden Gegenstand charakterisieren.

DEUTSCHLAND IST EINE PERSON

Deutschland wird laut Pazderski *"Schaden zugefügt"*, wonach sich für ihn die Frage ergibt, wie viele *"Ohrfeigen"* Deutschland sich noch *"gefallen lassen"* muss. Hampel spricht des Weiteren vom *"Diplomatie-Amateur Gabriel"*, der Deutschland *"blamiert"* und *"demütigt"*. Weidel bringt zum Ausdruck, dass Deutschland im Rahmen der Euro-Rettungspakete *"zur Ader gelassen"* wird und Hampel ordnet die uneingeschränkte Aufnahme von Flüchtlingen als *"Todesstoß"* für Deutschland ein.

Im Zuge dieses Konzepts wird Deutschland als Person metaphorisiert, die *"blamiert"* oder *"gedemütigt"* werden kann. Zur Metaphorisierung von "Nationen als Personen" bezieht sich Andreas Musolff (2018) in seiner Untersuchung "Nations as persons - Collective Identities in conflict" auf eine Rede Netanyahus anlässlich der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 23. September 2011 in New York zur Position Israels. Demzufolge beschreibt Netanyahu Israel u.a. als *"verlängerten Arm des Friedens"*, wodurch Israel menschliche Eigenschaften im Sinne von Handlungen zugesprochen werden. Hinzu kommt der bildliche Aspekt des *"Arms"*, was auf eine menschliche Gestalt Israels schließen lässt. Angesichts der Konzepts "Deutschland ist eine Person" werden dem Staat ebenfalls menschliche Eigenschaften zugesprochen, Deutschlands nimmt in diesem Szenario indes eine passive Opferrolle ein. Der Viktimisierung Deutschlands als Person können weiterhin identitäre Tendenzen zum Staat zugrunde gelegt werden.

Hier kann an die Theorie der Sozialen Identität nach Tajfel & Turner (1986) angeknüpft werden, wonach das Selbstkonzept einer Person über die Mitgliedschaft in einer

sozialen Gruppe sowie dem Vergleich mit anderen Gruppen definiert wird. Dieser Vergleich hat letztlich Einfluss auf die Bewertung der eigenen Gruppe und somit auf das Selbstkonzept seiner Mitglieder. Wird die eigene Gruppe, hier die "Deutschen" als Opfer charakterisiert, hat das negative Auswirkungen auf das Selbstkonzept der Gruppenmitglieder. Überdies kann vom Gegenstand einer oder mehrerer konkurrierender Gruppen ausgegangen werden, die sich durch aggressives Verhalten auszeichnen. Nach dem Credo der "Selbstverteidigung" bildet die vorliegende Metapher letztendlich eine Basis zur Rechtfertigung aggressiver Gegenmaßnahmen durch die Opfergruppe.

Die Metapher bildet aber eine einseitige Perspektive ab und gibt somit keine Antwort auf die Frage, ob konkurrierende Gruppen das dargestellte Konzept von Täter und Opfer teilen. Darüber hinaus beinhaltet die Metapher keine Definition des Konstrukts *Deutschland*. Ausgehend von der Theorie von Tajfel & Turner stellt sich also die Frage, wie sich eine Mitgliedschaft in der Gruppe "Deutschland" definieren lässt. Nicht zuletzt verzerrt die Metapher das Bild des Opferstatus vor dem Hintergrund der Migrationsdebatte. Folglich wird auch nicht thematisiert, welche Entbehrungen mit Flucht oder der Integration in ein fremdes System einhergehen.

- *Deutschland einen "Schaden zugefügt" [Pazderski 11. Sep]*
- *Wie viele "Ohrfeigen" muss sich Deutschland [...] noch "gefallen lassen" [Pazderski 16. Mai]*
- *Diplomatie-Amateur Gabriel "blamiert" Deutschland [Hampel 22. Sep]*
- *Sie "blamieren" Deutschland [Hampel 9. Mär]*
- *dass Deutschland immer wieder "gedemütigt" wird [Hampel 9. Mär]*
- *Deutschland [...] weiter "zur Ader gelassen" wird [Weidel 29. Mär]*
- *wäre das ein "Todesstoß" für Deutschland gewesen [Hampel 7. Mär]*

10 Diskussion und Zusammenfassung

10.1. Gütekriterien

Flick (2007) stellt klar, dass die qualitative Sozialforschung den herkömmlichen Gütekriterien der quantitativen Forschung kaum beikommen kann, so Schmitt (2017, S. 519), da in der Regel keine standardisierten Verfahren verwendet werden. Stattdessen rät Flick dazu, Gütestandards durch den gezielten Einsatz forschungsrelevanter Methoden, durch ausführliche Forschungsplanung sowie differenzierte Dokumentation der Forschungsprozesse gerecht zu werden (Schmitt 2017, S. 519). Steinke (2000) macht ebenfalls deutlich, dass die Formulierung allgemeingültiger Gütekriterien in Bezug auf qualitative Forschung widersprüchlich ist, sie formuliert stattdessen vier *Kernkriterien*

qualitativer Forschung um der Qualitätssicherung im Rahmen qualitativer Forschung gerecht zu werden. Steinke (2000) diskutiert dahingehend die Kriterien *Intersubjektive Nachvollziehbarkeit*, *Indikation des Forschungsprozesses*, *Empirische Verankerung* sowie *Reflektierte Subjektivität*. Dieser Leitfaden wird von Schmitt (2017) durch den Aspekt *Vollständigkeit* von Erhebung, Interpretation und Präsentation ergänzt.

Das Kriterium der *intersubjektiven Nachvollziehbarkeit* legt im Wesentlichen eine Dokumentation des Forschungsprozesses für Leser und Kritiker zugrunde, um den Forschungsprozess nachvollziehbar zu machen, so Steinke (2000). Das beinhaltet Steinke zufolge ein Vorverständnis hinsichtlich der zu beforschenden Thematik. Um ein möglichst breites Spektrum an Sprachbildern im Zuge der Populismus- sowie Einwanderungsdebatte zu erlangen, wurden nach dem Beispiel von Schmitt (2001) vor Beginn der Arbeit Hintergrundinformationen zur Thematik gesammelt. Das schließt intensive Gespräche mit Freunden, Verwandten und Kollegen, aufmerksames Verfolgen unterschiedlicher Nachrichtenjournale sowie die Selbstreflexion der eigenen Position zur Populismus- und Migrationsdebatte ein. Steinke (2000) setzt außerdem eine Dokumentation der Erhebungs- und Auswertungsmethoden voraus, diese wurden anlässlich von Kapitel 6 sowie Kapitel 8 dargelegt. Des Weiteren nennt Steinke (2000) die Darstellung und Dokumentation der erhobenen Daten. Der gesamte Korpus der vorliegenden Analyse kann dementsprechend dem Anhang entnommen werden. Im Rahmen von Kapitel 9 wird weiterhin zu allen verwendeten Metaphern durch eine Kurzdarstellung sowie einen Verweis zum Quelltext Bezug genommen. Steinke (2000) nennt als weiteres Kriterium der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit eine Darstellung von Entscheidungen und Problemen im Forschungsprozess. Entscheidungen bezüglich des Forschungsprozesses werden sowohl in Kapitel 2, als auch in Kapitel 7 hergeleitet, Verbesserungsmöglichkeiten im Prozess der Analyse werden in Kapitel 10.5 diskutiert.

Das Kriterium der *Indikation des Forschungsprozesses* fragt nach der Angemessenheit der wissenschaftlichen Vorgehensweise, wobei laut Steinke (2000) der ganze Forschungsprozess herangezogen werden sollte. Die Indikation des Forschungsansatzes beleuchtet die Frage, ob qualitatives Vorgehen anlässlich der Forschung angemessen ist, was Schmitt (2017, S. 521) zufolge hauptsächlich von der Forschungsfrage abzuleiten ist. Diese Arbeit beschäftigt sich mit metaphorischen Konzepten deutscher Populisten. Dahingehend wird nach unspezifischen metaphorischen Mustern in einem weit ausgelegten Zielgebiet gefragt, was eine reine Hypothesenprüfung ausschließt und ein qualitatives Vorgehen rechtfertigt. Nicht zuletzt thematisiert Steinke (2000) den Aspekt der Samplingstrategie, womit die Auswahl der Stichprobe sowie der Kriterien, unter

denen die Stichprobe erhoben wurde, gemeint ist. Hierzu wird im Zuge von Kapitel 7.2 sowie Kapitel 7.3 die Auswahl des Samplings dokumentiert.

Steinke (2000) stellt auch das Kriterium der *empirischen Verankerung* auf. Hiernach soll vergleichbares empirisches Material zur Überprüfung der Arbeit hinzugezogen werden, um aufgestellte Thesen zu bestätigen oder zu falsifizieren. In Kapitel 4 wird dahingehend eine Auswahl metaphernanalytischer Forschung in Bezug auf Populismus aufgezeigt, in Kapitel 10.3 werden dann entsprechende Vergleiche zur gegenständlichen Untersuchung gezogen. Darüber hinaus werden in Kapitel 9 forschungsrelevante Theorien hinzugezogen, um die Befunde dieser Analyse wissenschaftlich zu festigen. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden auch hinsichtlich einiger psychologischer Theorien diskutiert. Diese Theorien werden in Kapitel 5 dargelegt und im Rahmen von Kapitel 10.3 angesichts der erhobenen Ergebnisse diskutiert.

Steinke (2000) bringt als viertes Kriterium zur Qualitätssicherung qualitativer Forschung den Aspekt der *reflektierten Subjektivität* ein. Hierbei wird nach der reflexiven Vorarbeit des Forschenden gefragt, so stehen etwa die eigene Positionierung in Zusammenhang mit dem Forschungsthema oder die Nähe des Forschenden zum Gegenstand der Untersuchung zur Debatte. Im Rahmen der Bachelorarbeit wurde eine Selbstreflexion der eigenen Position zur Populismus- und Einwanderungsdebatte unternommen. Diese Reflexion wurde allerdings nicht schriftlich festgehalten.

Abschließend soll die Diskussion von Qualitätskriterien in der qualitativen Forschung durch den Aspekt der *Vollständigkeit* von Erhebung, Interpretation sowie Präsentation nach Schmitt (2017, S. 526) ergänzt werden. Schmitt (2017, S. 526) bezieht sich dabei auf drei Versionen von einschneidenden "Verzerrungen" metaphernanalytischer Forschung. Demzufolge sorgt einerseits eine nicht vollständige metaphernanalytische Forschungsbasis für die lückenhafte Erhebung von metaphorischen Redewendungen. Als zweite "Verzerrung" nennt Schmitt (2017, S. 526) die mangelnde Darstellung konträrer metaphorischer Konzepte und zum Schluss die fehlende Darstellung des hervorhebenden bzw. verbergenden Charakters jeder Metapher. In Kapitel 8 werden die erhobenen Metaphern in Hinblick auf den Aspekt von "hiding/ highlighting" diskutiert. Die Darstellung konkurrierender Metaphern stellte sich dagegen als schwierig heraus, hierauf soll aber in Kapitel 10.5 "Grenzen dieser Analyse" gesondert eingegangen werden.

10.2. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Analyse konnte bspw. zeigen, dass Einwanderung im Rahmen des Korpus als (Flut-)katastrophe (Kapitel 9.1), Chaos (Kapitel 9.3), Krise (Kapitel 9.11), kriegerische Bedrohung (Kapitel 9.12) oder unredlicher ökonomischer Tausch (Kapitel 9.13) metaphorisiert wird. In Anbetracht der negativen Bewertung dieser Konzepte, wird hier ein

Bedrohungsszenario bezüglich der Einwanderungsthematik geschaffen. So erzeugen Metaphern wie *"Migrationsmassen"* oder *"Asylchaos"* Ängste und Unsicherheiten im Einwanderungsland, was wiederum irrationale Abwehrhaltungen gegenüber Migranten zur Folge haben kann. Im Zuge dieser metaphorischen Konzepte bleibt aber unausgesprochen, welches Leid Flüchtende auf ihrem beschwerlichen Weg erleben. Auch rücken Beispiele gelungener Integration sowie sämtliche Benefite kulturellen Austauschs in den Hintergrund.

Regierung und Altparteien werden u.a. als kriminelle Organisation (Kapitel 9.4), Sichtbehinderung (Kapitel 9.5), Protagonisten in einem Theaterstück (Kapitel 9.8) sowie Feinde der Demokratie (Kapitel 9.12) metaphorisiert. Politisches Handeln wird dahingehend als Zaubershow (Kapitel 9.8), Abweg (Kapitel 9.9), leeres Gefäß (Kapitel 9.10) sowie als psychische Krankheit (Kapitel 9.11) metaphorisiert. So ist etwa von *"Rechtsbruch"*, *"Nebelkerzen"*, *"Irrwegen"*, *"Wahnsinn"*, *"Deutschlandfeindlichkeit"* sowie einer Politik *"hinter den Kulissen"* die Rede. Zusammengefasst liegt diesen Konzepten eine negative Wertung zugrunde, was einen Einfluss auf das Framing in Hinblick auf die Regierungsarbeit sowie die regierenden Parteien beim Empfänger unterstützen kann. Zudem kann das Zusprechen krimineller sowie aggressiver Tendenzen auf Seiten der Regierung als Rechtfertigung für Gegenreaktionen und somit auch für präventive Gegenmaßnahmen dienen. Anlässlich dieser Metaphern geraten nachhaltige und positiv belegte politische Entscheidungen in den Hintergrund. Die Implementierung eines einseitig-negativen Bildes der Regierungsaufstellung wirft schließlich auch die Frage nach einer Alternative auf.

Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) stellt sich als Antwort auf diese Frage heraus, dahingehend wird die Partei u.a. als Gesetzeshüter (Kapitel 9.4), Partei der Inneren Sicherheit (Kapitel 9.12) sowie als Partei, die für klare Verhältnisse (Kapitel 9.5) sowie Entlastung (Kapitel 9.7) steht, metaphorisiert. So ist von der *"Einhaltung"* des Gesetzes, *"klaren"* Regeln und *"klaren"* Linien, *"Entlastung"* sowie *"Sicherheit"*, *"Schutz"* und *"Bodenständigkeit"* die Rede. Diese Metaphern unterstützen das Bild einer Partei, die für Struktur und Ordnung sorgen kann, und somit auch die Tendenz mitbringt, Sorgen und Ängste aus der Bevölkerungen aufgreifen zu können. Diesem Bild liegt eine einseitig-positive Darstellung zugrunde, sodass etwaige Ungereimtheiten von Seiten der AfD unberücksichtigt bleiben. Des Weiteren steht die Umsetzung der proklamierten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in Deutschland im Raum.

Der deutsche Staat wird im Korpus u.a. als baufälliges Objekt (Kapitel 9.6) sowie als Person bzw. als Opfer (Kapitel 9.14) metaphorisiert. So ist von *"Verfall"*, *"Einsturz"*, *"Blamage"* und *"Demütigung"* die Rede. Hinsichtlich der Bauwerk-Metapher entsteht das

Bild eines maroden Staates, der seiner Funktion auf kurz oder lang nicht gerecht wird und somit auch dessen Bevölkerung nicht weiter ernähren und schützen kann. Bezüglich der Personifikation findet eine Viktimisierung des deutschen Staates und somit auch seiner Bürger statt. Durch das Hervorheben des Opferstatus wird allerdings außer Acht gelassen, welcher Personengruppe tatsächliche Entbehrungen abverlangt werden. Dahingehend werden Verfolgung, Flucht und menschliches Leid der Geflüchteten nicht thematisiert. Auch das Bild eines maroden Staates verzerrt unter dem Gesichtspunkt von Krieg und Terror die Relationen von Sicherheit und die Bedeutung eines "funktionierenden" Systems.

Europa wird als Festung (Kapitel 9.6) metaphorisiert, so ist wortwörtlich von einer "Festung" die Rede deren Tore "geöffnet" oder "geschlossen" werden können. Hier entsteht das Bild einer Staatengemeinschaft, die in sich geschlossen ist und nach außen verteidigt werden muss. Das setzt auch den Gegenstand einer "Bedrohung" voraus, hier kann wiederum an die Konzepte von Einwanderung als (Flut-)katastrophe (Kapitel 9.2) oder als kriegerische Bedrohung (Kapitel 9.12) angeknüpft werden. Vor dem Hintergrund des Einwanderungsdiskurses verzerrt diese Metapher der "Festung" das Verständnis von "Sicherheit", demzufolge steht hier der Schutz einer privilegierten Staatengemeinschaft im Vordergrund, während Menschen, die vor Krieg und Terror fliehen, der räumliche Schutz verwehrt wird.

Der "deutsche Bürger" wird als Lastenträger (Kapitel 9.7) metaphorisiert, so ist etwa vom "Dukatenesel", "Be- und Entlastung" sowie dem "Leidtragenden" die Rede. Hier findet eine Viktimisierung der Bevölkerung statt, die "Belastung" scheint in diesem Deutungsrahmen von der zunehmenden Migration Geflüchteter einerseits und einer "belastenden" Steuerpolitik von Seiten der Regierung andererseits auszugehen. Erneut findet in Anbetracht der Migrationsdebatte eine begriffliche Verzerrung statt. Dahingehend stellen Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Terror ihr Hab und Gut zurücklassen mussten, eine finanzielle sowie gesellschaftliche "Belastung" für die Bürger eines privilegierten Staates dar, der wiederum von Krieg und Terror nicht direkt betroffen ist.

Zusätzlich konnten weitere metaphorische Konzepte erarbeitet werden, die aus kapazitiven Gründen jedoch nicht den Eingang zu dieser Abschlussarbeit fanden.

10.3. Einbettung in den Forschungskontext

In Kapitel 4 wurden metaphorentheoretische Studien zu Staat (Kapitel 4.2), Migration und Fremdenfeindlichkeit (Kapitel 4.3), Metaphern in der US-Außenpolitik (Kapitel 4.2) sowie Alltagsmetaphern im politischen Kontext (Kapitel 4.5) dargelegt. Zu einigen dieser Ergebnisse soll hier Bezug genommen werden.

Musolff (2000) befasste sich in umfangreichen Erhebungen mit Metaphern zu Europa. Diese ergaben u.a. die Konstruktion Europas als Wegmetaphern (Geschwindigkeiten, Fahrzeuge), als innerer Wett- und äußerer kriegerischer Kampf sowie als Theater (Tragödie, Komödie) (Schmitt 2017, S. 327). In der vorliegenden Untersuchung konnten ebenfalls Metaphern des Weges (Kapitel 9.9) synthetisiert werden, so ist etwa vom *"Crash" des "CDU-ICE"* [Hampel 4. Aug] die Rede, davon, dass der Sozialstaat *"in den Zusammenbruch gesteuert"* [Gauland 30. Aug] wird oder dass Schulz' Pläne mit *"Vollgas in die verkehrte Richtung"* [Hampel 17. Jul] gehen. Auch ergab die Analyse einige Metaphern aus dem komplexen Erfahrungsbereich des Theaters (Kapitel 9.8). So ist etwa vom *"nächsten Akt in der griechischen Tragödie"* [Weidel 29. Aug] oder dem *"nächsten Akt im Euro-Rettungstheater"* [Weidel 14. Jun] die Rede.

Refaie (2001) findet in einer Studie abwertende Metaphern, die Migranten mit Wasser und Flut sowie einer kriegerischen Bedrohung vergleichen (Schmitt 2017, S. 325). Somit stellen Migranten im Fall beider metaphorischer Konzepte eine Bedrohung dar, die von außen auf den Staat einwirkt und vor der man sich schützen muss (Schmitt 2017, S. 325). Für metaphorische Konzepte zum Thema Migration und Flüchtlinge in Deutschland untersuchte Böke (1997) darüber hinaus Reportagen der Zeitschrift *Spiegel* und kam dabei u.a. auf die Quellbereiche "Wasser" (Zustrom, Eindämmung), "Militär" (Invasion, Reservearmee) und "Waren" (Menschenhandel, Nachschub). Im Zuge dieser Arbeit konnten ähnliche metaphorische Konzepte bezüglich Migration gefunden werden, so wird Migration als (Flut-)katastrophe (Kapitel 9.2), Chaos (Kapitel 9.3), Last (Kapitel 9.7), Krise (Kapitel 9.11), kriegerische Bedrohung (Kapitel 9.12) sowie als unredlicher ökonomischer Tausch (Kapitel 9.12) konzeptualisiert.

George Lakoff (2002) beschäftigte sich in seiner Publikation "moral politics" mit der Rhetorik der US-Außenpolitik vor dem Hintergrund der Irakkriege sowie dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 (Schmitt 2017, S. 297). Im Zentrum der Untersuchung standen Äußerungen der Bush-Administration, die für eine "Verschleierung" der Ereignisse sorgte (Schmitt 2017, S. 297). Folglich stehen sich Nationen "als Einzelpersonen in einem Märchen vom gerechten Krieg mit Held, Unhold und Opfer gegenüber", so Schmitt (2017, S. 297). Die Konstellation von Held, Unhold und Opfer lässt sich auch anhand der gegenständlichen Erhebung in Hinblick auf das Verhältnis von AfD, Regierung und Staat bzw. Bürger wiedererkennen. Regierung und Altparteien nehmen dahingehend die Rolle des Aggressors ein, was sich von den Konzeptualisierungen derselben als kriminelle Organisation (Kapitel 9.3), Sichtbehinderung (Kapitel 9.5) sowie Feind der Demokratie (Kapitel 9.12) ableiten lässt. Die AfD nimmt demgegenüber die Heldenrolle ein. Demzufolge steht die Partei für klare Verhältnisse (Kapitel 9.5) und wird

als Gesetzeshüter (Kapitel 9.3) sowie Partei der Inneren Sicherheit (Kapitel Kapitel 9.12) stilisiert. Der deutsche Staat und dessen Bürger werden als Opfer dargestellt, was sich von der Konzeptualisierung Deutschlands als baufälliges Objekt (Kapitel 9.6) sowie am Gegenstand der Personifikation des Staates als Opfer (Kapitel 9.14) ableiten lässt. Der deutsche Bürger wird dahingehend als Lastenträger (Kapitel 9.7) metaphorisiert.

10.4. (Sozial-)psychologische Diskussion

Lakoff & Wehling (2014) diskutieren die Rolle der Metapher in der Politischen Sprache (vgl. Kapitel 5.1), wonach die wiederholte Verwendung einer Metapher das Gehirn des Zuhörers auf physischer Ebene verändert, indem entsprechende Synapsen verstärkt Reize aussenden (Lakoff & Wehling 2014, S. 30). Solchen Sprachbilder, die in der politischen Kommunikation häufig verwendet und über die Medien verbreitet werden, kann somit ein immenser Einfluss zugesprochen werden (Lakoff & Wehling 2014, S. 31). Wenn dahingehend häufig von Migration als Flut bzw. Katastrophe (Kapitel 9.2), Chaos (Kapitel 9.2), Last (Kapitel 9.7) oder kriegerischer Bedrohung (Kapitel 9.12) gesprochen wird, kann das nachhaltige Auswirkungen auf die Perspektive auf die Migrationsdebatte beim Empfänger haben. Auch das Bild einer Regierung als kriminelle Organisation (Kapitel 9.4), Sichtbehinderung (Kapitel 9.5), Krankheit (Kapitel 9.11) oder Feind der Demokratie (Kapitel 9.12) kann sich auf diese Weise verfestigen und beim Empfänger negative Assoziationen hervorrufen.

An dieser Stelle kommt auch der Aspekt sozialer Kategorisierung (vgl. Kapitel 5.4) zum Tragen. Klauer (2008, S. 23) fasst den Begriff als Mechanismus zur Ordnung und Simplifizierung komplexer sozialer Situationen zusammen. Dabei spielen laut Klauer (2008, S. 23) besonders erlebte Unterschiede und Gemeinsamkeiten wie etwa Kleidungsstil, Hautfarbe oder auch politische Überzeugungen eine Rolle bei der Strukturierung der Informationen. Von *Vorurteilen* kann laut Klauer (2008, S. 23) gesprochen werden, wenn obendrein positive oder negative Bewertungen auf ein Mitglied einer Kategorie projiziert werden, ohne dass die Richtigkeit dieser Einordnung im Vorfeld überprüft wurde. Übertragen auf die Rolle der Metapher in der politischen Sprache muss dahingehend auch mit der Bildung sowie Festigung von Stereotypen und Vorurteilen gerechnet werden. Besteht darüber hinaus kein realer Bezug zur kategorisierten Gruppe, wie etwa zu "Politikern" oder "Migranten" und bleiben konträre Informationen bezüglich dieser Gruppe aus, wird die Bildung bzw. Aufrechterhaltung von Stereotypen und Vorurteilen zudem begünstigt.

Auch Gruppenprozesse und das Prinzip der sozialen Identität (vgl. Kapitel 5.6) können bei der sozialen Kategorisierung eine Rolle spielen. Gemäß Tajfel & Turner

(1986) wird das Selbstkonzept einer Person über die Mitgliedschaft in einer sozialen Gruppe sowie dem Vergleich mit anderen Gruppen definiert. Dieser Vergleich hat wiederum Einfluss auf die Bewertung der eigenen Gruppe und somit auf das Selbstkonzept seiner Mitglieder. Überdies kann zwischen *Ingroup* und *Outgroup* unterschieden werden, so Viertmann (2015, S. 60-61), wobei sich die Ingroup durch einen starken Zusammenhalt in der eigenen Gruppe auszeichnet. Gegenüber der Outgroup oder "Fremdgruppe" können dagegen schnell abwertende Haltungen sowie Feindbilder entstehen, so Viertmann (2015, S. 61). Übertragen auf den Kontext dieser Untersuchung können solche Prozesse zudem Einfluss auf gewertete Kategorisierungsprozesse nehmen. Liegt etwa eine starke Identifikation mit dem deutschen Staat (vgl. Kapitel 9.14) zugrunde, kann bspw. die deutsche Staatsbürgerschaft als Ingroup definiert werden. Dahingehend würden alle "nicht-deutschen" Gruppen als Outgroup definiert, was sich wiederum im Umgang mit der Migrationsthematik äußern kann.

Eine Ursache für negativ bewertetes Framing kann in der Konfliktforschung (vgl. Kapitel 5.3) gefunden werden. Meyer (1997, S. 32) bringt den Gegenstand von Verteilungskonflikten zur Sprache, demzufolge handelt es sich hierbei um Kontroversen hinsichtlich knapper Ressourcen wie Geld oder anderen materiellen Gütern aber auch gesellschaftliche und berufliche Positionen, Macht und Ansehen können eine Rolle spielen (Meyer 1997, S. 32). Nuscheler (2010) überträgt den Begriff des Verteilungskonflikts auf die Einwanderungsdebatte. Dahingehend treten Konflikte vor dem Hintergrund von Bedrohungsgefühlen oder Überfremdungsängsten besonders innerhalb der Zufluchtsländer auf (Nuscheler 2010, S. 281-282). In Hinblick auf Meyers (1997) Definition von Verteilungskonflikten, können auf diese Weise Konflikte um "knappe Ressourcen" wie Arbeitsplätze, Kitaplätze, Wohnraum oder Sozialleistungen entstehen. Wird Einwanderung als unredlicher ökonomischer Tausch (Kapitel 9.13) metaphorisiert, kann ein solcher Verteilungskonflikt begünstigt werden.

Die (sozial-)psychologische Diskussion soll schließlich mit der *Theorie des Sündenbocks* (Kapitel 5.5) nach Girard (1988) zum Abschluss gebracht werden. Die Theorie besagt im Wesentlichen, dass aus Frustration entstandene Aggression auf Andere verschoben wird, indem ein *Sündenbock* bestimmt wird (Spektrum.de). Ausgehend von dem Wissen um Verteilungskonflikte, kann die Wahl eines Sündenbocks im Zuge dieser Analyse als Akt der Kompensation von bspw. ökonomischen Ängsten gewertet werden. Dollard et al. (1971, S. 53) fanden in einer Studie heraus, dass während langer Trockenperioden und damit einhergehender schlechter Ernten häufiger öffentliche Amtsträger ihrer Position enthoben wurden, als während niederschlagsreichen Jahren (Dollard et al. 1971, S. 53). Die Ergebnisse der Studie von Dollard et al. lassen sich auf Basis der

Wetter-Metapher und vor dem Hintergrund der aktuellen Migrationsdebatte hervorragend auf die Ergebnisse dieser Untersuchung übertragen. So ist von einer "*Migrationsflut*" die Rede, während zeitgleich zahlreiche Konzepte auf eine negative Bewertung politischen Handelns von Seiten der Regierungsparteien schließen lassen.

10.5. Grenzen dieser Analyse

Neben dem hervorhebenden bzw. verbergenden Charakter der Metapher (hiding/highlighting) nennt Schmitt (2017, S. 526) auch die mangelnde Darstellung konträrer metaphorischer Konzepte als "Verzerrung" in Bezug auf eine vollständige Metapheranalyse. Konträre metaphorische Konzepte konnten in Anbetracht der vorliegenden Arbeit nicht gefunden werden. Die Untersuchung wurde nach bestem methodischen Wissen durchgeführt, trotzdem kann nicht ausgeschlossen werden, dass Metaphern übersehen wurden. Ein Erklärungsversuch für das Fehlen konträrer Konzepte kann auch auf die überwiegend homogenen Metaphern zurückgeführt werden.

Wie in Kapitel 10.1 angeschnitten, wurde im Vorfeld eine Reflexion der eigenen Positionen zur Populismus- und Einwanderungsdebatte unternommen, nicht aber schriftlich festgehalten. Ebendiese schriftliche Fixierung soll an dieser Stelle als Ziel für weitere Forschung formuliert werden. Auch sollte die Selbstreflexion während des Forschungsprozesses laufend aufgearbeitet werden, weil sich durch den Eingang neuer Informationen auch die Perspektive des Forschenden verändern kann.

10.6. Bilanz und empirischer Ausblick

Diese Abschlussarbeit beschäftigt sich in erster Linie mit der Frage, welche metaphorischen Muster in der öffentlichen Kommunikation deutscher Populisten zu finden sind. Hierfür wurden Presstexte der AfD auf der Basis der systematischen Metapheranalyse nach Lakoff & Johnson untersucht, den wissenschaftlichen Arbeitsrahmen bietet ein qualitatives Forschungsdesign. Die Analyse ergab dahingehend zahlreiche signifikante metaphorische Konzepte, die in Kapitel 9 dargestellt und anhand interpretativer Ansätzen diskutiert wurden. Die inhaltliche Analyse der metaphorischen Konzepte sowie die theoretische und (sozial-)psychologische Einbettung der Ergebnisse gaben darüber hinaus Antwort auf die zweite Forschungsfrage, inwiefern sich diese metaphorischen Muster deuten lassen. Auf die dritte Frage, wie dieses Wissen zur Verbesserung des politischen Dialogs beitragen kann, soll an dieser Stelle eingegangen werden.

Lakoff & Wehling (2014, S. 176) diskutieren die Rolle der Metapher in der politischen Sprache (vgl. Kapitel 5.2) und gehen dabei besonders auf den Aspekt der medialen Verbreitung metaphorischen Sprachgebrauchs ein. Dahingehend sollte das Wissen über politisches Framing Bestandteil journalistischer Arbeit sein, so Lakoff & Wehling

(2014, S. 176) und der Sprachgebrauch im politischen Kontext regelmäßig überprüft bzw. reflektiert werden. Nach Meinung des Autors sollte der Vorschlag von Lakoff & Wehling aufgegriffen werden und eine sensiblere Umgangsweise mit dem Sprachgebrauch in der öffentlichen Kommunikation etabliert werden. Hierbei kann, wie bei Lakoff und Wehling vorgeschlagen, journalistische Bildung ein zielführender Ansatz sein. Dieser Ansatz könnte beispielweise anlässlich politischer Bildungsprojekte in Schulen realisiert werden. Frank Decker (2017, S. 58) schlägt für einen besseren politischen Dialog u.a. die Integration des oppositionellen Protests populistischer Bewegungen vor (vgl. Kapitel 3.8), anstatt sich der Debatte zu entziehen oder solche Stimmen im Keim zu ersticken. Hinzufügend haben laut der Psychologin Ruth Cohn Störungen stets Vorrang. Entsprechend diesem Credo sollte auch nach persönlicher Meinung des Autors in der Populismus-Debatte Verfahren und Störungen aufgegriffen sowie integriert werden. Denn letztendlich führen weder Stigmata noch Exklusion von Positionen zum Konsens. Dementsprechend können die Ergebnisse dieser Arbeit zum Erkennen von politischen Positionen, Ängsten sowie gesellschaftlichen Anliegen beitragen und damit eine strategische sowie argumentative Basis im politischen Diskurs bilden.

Im Zuge dieser Überlegungen sollte die Funktion der Metapher als rhetorische Strategie (vgl. Kapitel 5.2) nicht in Vergessenheit geraten. Durch strategische Platzierung bzw. Nichtintegration von Sprachbildern findet eine "Verzerrung" der Wirklichkeit statt, wodurch in der Metapher auch ein Werkzeug zur Instrumentalisierung von politischen oder gesellschaftlichen Zielen zu finden ist. Nach Meinung des Autors gilt es, solche "Informationslücken" zu erkennen und durch ein Angebot von Alternativinformationen zu füllen.

Abschließend sollen einige Vorschläge für zukünftige Forschung auf dem Gebiet der systematischen Metaphernanalyse gemacht werden. Einerseits wird vom Autor empfohlen, den Korpus der Analyse im Rahmen einer umfassenden Studie zu erweitern. Wie bereits in Kapitel 10.4 erwähnt, bedient sich diese Arbeit der AfD-Presstexte von März bis September 2017. Besonders solche Presstexte ab September 2017 sollten in einer weiterführenden Untersuchung einbezogen werden, um Veränderungen im Sprachgebrauch bezüglich der, für die AfD erfolgreichen Bundestagswahlen im September 2017, aufzudecken. Weiter gedacht könnte hierzu eine Datenbank metaphorischer Konzepte von AfD-Politikern angelegt werden, die sich mit neu erscheinenden Presstexten laufend erweitern lässt. Es sollten aber auch vergleichende Studien in Hinblick auf andere, als populistisch eingestufte Parteien angelegt werden.

Auch bieten sich Vergleichsstudien hinsichtlich Parteien anderer politischer Orientierungen an. Folglich gilt es, Unterschiede im metaphorischen Sprachgebrauch zu bspw.

Politikern der Unionsparteien oder der Linken zu erforschen. Dahingehend können auch Schlussfolgerungen über den Transfer metaphorischer Bilder unter dem Gesichtspunkt der öffentlichen Kommunikation angelegt werden. Hierzu soll noch einmal auf Lakoff & Wehling (2014, S.S.176) (vgl. Kapitel 5.2) verwiesen werden, die auf einen Effekt der politischen Berichterstattung am Beispiel der USA zu sprechen kommen. Demzufolge werden in der politischen Berichterstattung nicht nur Wortlaute, sondern auch politische Ansichten vermittelt (Lakoff & Wehling 2014, S. 176).

Nicht zuletzt wird eine umfangreiche wissenschaftliche Einbettung in den psychologischen Kontext dieser oder vergleichbarer Untersuchungen empfohlen. Besonders weitergehende Aspekte in Zusammenhang mit Gruppenprozessen und sozialer Identität, aber auch zu Persönlichkeitstheorien, sollten dahingehend vertieft werden.

11 Literaturverzeichnis

- afd.de. (2018). *Alternative für Deutschland (AfD) - Archiv Pressemitteilungen*. Zugriff am 03.05.2018, von <https://www.afd.de/pressearchiv/>.
- Alemann, U. v. (2017). *Krisenphänomen AfD: Volkspartei, Fokuspartei oder Protestpartei?* In: Bieber, C., Blättle, A., Korte, K.-R. & Switek, N. (Hrsg.). *Regierungen in einer Einwanderungsgesellschaft - Impulse zur Integrationsdebatte aus Sicht der Regierungsforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 63-68.
- Allport, G. W. (1971). *Die Natur des Vorurteils. Ein Überblick über die Vorurteilsforschung*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Baldauf, C. (1997). *Metapher und Kognition. Grundlage einer neuen Theorie der Alltagsmetapher*. Frankfurt am Main: Peter Lang GmbH.
- Bentele, G. (2003). *Öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaften*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Beyme, K. v. (2018). *Rechtspopulismus. Ein Element der Neodemokratie?* Wiesbaden: Springer VS.
- Beyme, K. v. (2013). *Von der Postdemokratie zur Neodemokratie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Christmann, U. & Scheele, B. (2001). *Kognitive Konstruktion am Beispiel von Ironie und Metapher*. In: Groeben, N. (Hrsg.). *Zur Programmatik einer sozialwissenschaftlichen Psychologie. Band II: Objekttheoretische Perspektiven. 1. Halbband: Sozialität, Geschichtlichkeit, Erlebnisqualitäten, Kognitive Konstruktion*. Münster: Aschendorf, S. 261-326.
- Chung, C & Susen, A.-S. (2016). *Argumentative Handlungsfähigkeit trainieren*. In: Braun, S., Geisler, A. & Gerster, M. (Hrsg.). *Strategien der extremen Rechten - Hintergründe - Analysen - Antworten*. Wiesbaden: Springer VS, S. 675-690.
- Decker, F. (2017). *Populismus und Extremismus in Europa. Eine Gefahr für die Demokratie?* In: Brömmel, W., König, H. & Sicking, M. (Hrsg.). *Populismus und Extremismus in Europa. Gesellschaftliche und sozialpsychologische Perspektiven*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 43-62.
- Decker, F. (2017). *Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus im Parteiensystem*. In: Bieber, C., Blättle, A., Korte, K.-R. & Switek, N. (Hrsg.). *Regierungen in einer Einwanderungsgesellschaft. Impulse zur Integrationsdebatte aus Sicht der Regierungsforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 55-62.

- Decker, F. (2006). *Die Populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven*. In: Decker, F. (Hrsg.). *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: VS Verlag. S. 9-32.
- Dollard, J., Doob, L. W., Miller, N. E., Howrer, O. H. & Sears, R. S. (1971). *Frustration und Aggression*. Weinheim, Berlin, Basel: Beltz.
- Dorsch. (2018). *Definition: Krise*. In: Dorsch - Lexikon der Psychologie. Zugriff am 06.07.2018, von https://portal.hogrefe.com/dorsch/suche/krise/?tx_solr%5Bq%5D=krise.
- Duden (2017). *Definition: Metapher*. Zugriff am 25.09.2017, von <http://www.duden.de/rechtschreibung/Metapher>.
- Duden (2018). *Definition: Ironie*. Zugriff am 26.06.2018, von <https://www.duden.de/rechtschreibung/Ironie>.
- DWDS (2018). *Etymologie: Krise; Dorf; Pazifismus*. In: DWDS - Etymologisches Lexikon. Zugriff am 26.06.2018, von <https://dwds.de/wb>.
- dw.com (2018). *BKA: Elf Anschläge in Deutschland vereitelt*. Zugriff am 26.06.2018, von <https://www.dw.com/de/bka-elf-anschläge-in-deutschland-vereitelt/a-19147877>.
- Gahleitner, S., Schmitt, R. & Gerlich, K. (Hrsg.). (2014). *Qualitative und quantitative Forschungsmethoden aus den Arbeitsfeldern Beratung, Psychotherapie und Supervision*. Coburg: ZKS-Verlag.
- Glasl, F. (2013). *Konfliktmanagement. Ein Handbuch für Führungskräfte, Beraterinnen und Berater*. Bern: Verlag Freies Geistesleben.
- Grawe, K. (2000). *Psychologische Therapie. 2. Korrigierte Auflage*. Göttingen: Hogrefe.
- Grumke, T. (2012). *Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Herausforderung für die Demokratie*. In: Mörschel, T. & Krell, C. (Hrsg.). *Demokratie in Deutschland. Zustand - Herausforderungen - Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, S. 363-388.
- Häusler, A. (2017). *AfD, Pegida & Co. Die Formierung einer muslimfeindlichen rechten Bewegung*. In: Antes, P. & Ceylan, R. (Hrsg.). *Muslime in Deutschland. Historische Bestandaufnahme, aktuelle Entwicklungen und zukünftige Forschungsfragen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 59-76.

-
- Häusler, A. & Roser, R. (2016). *Die "Alternative für Deutschland". Eine Antwort auf die rechtspopulistische Lücke?* In: Braun, S., Geisler, A. & Gerster, M. (Hrsg.). *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten*. Wiesbaden: Springer VS, S. 101-128.
- Häusler, A. (2008). *Rechtspopulismus als Stilmittel zur Modernisierung der extremen Rechten*. In: Häusler, A. (Hrsg.). *Rechtspopulismus als "Bürgerbewegung"*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 37-54.
- Häusler, A. (2006). *"Multikulti" als Bedrohungsszenario in Medien der extremen Rechten*. In: Butterwegge, C. & Hentges, G. (Hrsg.). *Massenmedien, Migration und Integration*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 111-130.
- Helmig, J. (2008). *Metaphern in geopolitischen Diskursen. Raumrepräsentationen in der Debatte um die amerikanische Raketenabwehr*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hilmer, R., Kohlrausch, B., Müller-Hilmer, R. & Gagné, J. (2017). Via Hans-Böckler-Stiftung. *Wer wählt Rechtspopulisten?* Zugriff am 26. Januar 2018, von <https://www.boeckler.de/106575110284.htm>.
- Klauer, K.C. (2008). *Soziale Kategorisierung und Stereotypisierung*. In: Petersen, L. E. & Six, B. (Hrsg.). *Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung. Theorien, Befunde und Interventionen*. Basel: Beltz PVU, S. 23-32.
- Lakoff, G., & Johnson, M. (2014). *Leben in Metaphern: Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern* (7. Auflage). Heidelberg: Carl-Auer-Verlag.
- Lakoff, G. & Wehling, E. (2014). *Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht*. Heidelberg: Carl-Auer.
- Lange, N. (2016). *Strategien gegen Populismus*. In: *Analysen & Argumente*, Ausgabe 199 vom 02.2016. Zugriff am 27. November 2017, von <http://www.kas.de/wf/de/33.44144/>.
- Lanzke, A. (2016). *Viraler Hass: Rechtsextreme Wortergreifungsstrategien im Web 2.0*. In: Braun, S., Geisler, A. & Gerster, M. (Hrsg.). *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten*. Wiesbaden: Springer VS, S. 623-630.
- Lewandowsky, M. (2012). In: Mörschel, T. & Krell, C. (Hrsg.). *Demokratie in Deutschland. Zustand - Herausforderungen - Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS.

- Lewandowsky, M. (2012). *Rechtspopulismus als Herausforderung für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland*. In: Mörschel, T. & Krell, C. (Hrsg.). *Demokratie in Deutschland. Zustand - Herausforderungen - Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, S. 389-412.
- Meyer, T. (2006). *Populismus und Medien*. In: Decker, F. (Hrsg.). *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: VS Verlag.
- Meyer, B. (1997). *Formen der Konfliktregelung. Eine Einführung mit Quellen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Musolff, A. (2018). *Nations as Persons. Collective identities in conflict*. In: Bös, B, Mollin, S. & Hernández, N. *The Discursive Construction of Identities on- and Offline*. John Benjamins Publishing Company, S. 249-266.
- Nuscheler, F. (2010). *Migration als Konfliktquelle und internationales Ordnungsproblem*. In: Imbusch, P. & Zoll, R. (Hrsg.). *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 273-286.
- Pallaver, G. & Gärtner, R. (2006). *Populistische Parteien an der Regierung. Zum Scheitern verurteilt?* In: Decker, F. (Hrsg.). *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: VS Verlag.
- Petzelt, W. (2015). *Jeder dritte Pegida-Anhänger ist fremdenfeindlich*. In: WirtschaftsWoche online, Ausgabe vom 03.02.2015. Zugriff am 27. November 2017, von https://www.wiso-net.de/document/WWON__WW%2011322738.
- Priester, K. (2008). *Populismus als Protestbewegung*. In: Häusler, A. (Hrsg.). *Rechtspopulismus als "Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 19-36.
- Schmitt, R. (2017). *Systematische Metaphernanalyse als Methode der qualitativen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schmitt, R. (2013). *Metaphernanalyse: Zentrale Definitionen und Überlegungen*. Fassung vom 30.12.2013. Zugriff am 23.09.2013, von https://www.researchgate.net/publication/279973892_Einfuehrung_Zweitagiger_Workshop_zur_Metaphernanalyse_als_qualitative_Forschungsmethode_Berlin_8-942016_verschoben_von_10102015.
- Schmitt, R. (2011). *Systematische Metaphernanalyse als qualitative sozialwissenschaftliche Forschungsmethode*. Zugriff am 07.10.2017, von http://www.metaphorik.de/sites/www.metaphorik.de/files/journal-pdf/21_2011_schmitt.pdf.

-
- Schmitt, R., (2007). *Versuch, die Ergebnisse von Metaphernanalysen nicht unzulässig zu generalisieren*. In: Zeitschrift für Qualitative Forschung 8. Zugriff am 18.09.2017, von <http://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/27786>.
- Schmitt, R. (2004). *Diskussion ist Krieg, Liebe ist eine Reise, und die qualitative Forschung braucht eine Brille*. Review Essay: George Lakoff & Mark Johnson (2003). *Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern*. In: Forum Qualitative Social Research 5, No. 2. Zugriff am 23.09.2017, von <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/621>.
- Schmitt, R. (2003). *Methode und Subjektivität in der Systematischen Metaphernanalyse*. In: Forum: Qualitative Social Research 4, No. 2. Zugriff am 18.09.2017, von <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/714>.
- Schmitt, R. (2000). *Fragmente eines kommentierten Lexikons der Alltagspsychologie: Von lichten Momenten, langen Leitungen, lockeren Schrauben und anderen Metaphern für psychische Extremzustände*. Zugriff am 18.09.2017, von <http://www.qualitative-forschung.de/fqs-supplement/members/Schmitt/schmitt-1-d.pdf>.
- Schnaas, Dieter (2016). *Was ist Populismus?* In: WirtschaftsWoche online vom 29.05.2016. Zugriff am 30.09.2017, von https://www.wiso-net.de/document/WWON__WW%2013652826.
- Selg, H., Mees, U. & Berg, D. (1997). *Psychologie der Aggressivität. Zweite überarbeitete Auflage*. Göttingen: Hogrefe-Verlag.
- Spier, T. (2006). *Populismus und Modernisierung*. In: Decker, F. (Hrsg.). *Populismus - Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: VS Verlag, S. 33-58.
- Spektrum.de. (2018). *Lexikon der Psychologie: Erlernte Hilflosigkeit*. Zugriff am 14.07.2018, von <https://www.spektrum.de/lexikon/psychologie/hilflosigkeit-erlern-te/6552>.
- Spektrum.de. (2018). *Lexikon der Psychologie: Sündenbocktheorie*. Zugriff am 04.08.2018, von <https://www.spektrum.de/lexikon/psychologie/suendenbocktheorie/15116>.
- Statista.de (2017). *Stimmenanteile der AfD in den Bundesländern bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 (Zweitstimmen)*. Zugriff am 24.01.2017, von <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/754391/umfrage/stimmenanteile-der-afd-in-den-bundeslaendern-bei-der-bundestagswahl/>.

-
- Steinke, I. (2000). *Gütekriterien qualitativer Sozialforschung*. In: Flick, U., von Kardorff, E., & Steinke, I. (Hrsg.). *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch. Zugriff am 07.08.2018, von http://www.geffers.info/psychologie/zus/Steinke_2000_Guetekriterien_qualitativer_Forschung.pdf.
- Tonassi, T. *Wie umgehen mit rechtspopulistischer Rhetorik?* Zugriff am 27. November 2017, von <https://mediendienst-integration.de/artikel/nach-landtagswahlen-wie-umgehen-mit-afd-und-rechtspopulismus.html>.
- Tajfel, H. & Turner J. C. (1986). *The social identity theorie of intergroup behavior*. In: Worchel, S. & Austin, W. G. (Hrsg.). *Psychologie of intergroup relations*. Chicago: Nelso-Hall.
- Uni Hamburg. (2018). *Definition: Kriminalität*. Zugriff am 09.07.2018, von <https://www.sign-lang.uni-hamburg.de/projekte/slex/seitendvd/konzepte/l52/l5271.htm>.
- Viertmann, C. (2015). *Der Sündenbock in der öffentlichen Kommunikation. Schuldzuweisungsrituale in der Medienberichterstattung*. Wiesbaden: Springer.
- Wehling, E. (2013). *Denken in Worten*. In: Eckert, Novy & Schwickert (Hrsg.). *Zwischen Macht und Ohnmacht. Facetten erfolgreicher Politik*. (2013). Wiesbaden: Springer VS.
- Wolf, T. (2017). *Rechtspopulismus. Überblick über Theorie und Praxis*. Wiesbaden: Springer VS.
- Zick, A. (2017). *Rechtspopulistische Orientierungen in der Bevölkerung*. In: Brömmel, W., König, H. & Sicking, M. (Hrsg.). (2017). *Populismus und Extremismus in Europa. Gesellschaftliche und sozialpsychologische Perspektiven*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 119-148.

12 Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
BA	Bundesagentur für Arbeit
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BER	Flughafen Berlin Brandenburg
BFB	Bund freier Bürger
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BMVg	Bundesministerium für Verteidigung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Brexit	Great <u>Britain</u> / <u>exit</u>
CETA	EU-Canada Comprehensive Economic and Trade Agreement
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union
DIE LINKE	Linkspartei Deutschland
DITIP	Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.
DUH	Deutsche Umwelthilfe e.V.
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EZB	Europäische Zentralbank
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung

FBI	Federal Bureau of Investigation
FDP	Freie demokratische Partei
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
G20	Group of Twenty
IS	Islamischer Staat
IWF	Internationaler Währungsfonds
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NetzDG	Netzwerkdurchsetzungsgesetz
NGO	Nicht-Regierungsorganisation
NRW	Nordrhein-Westfalen
ODIHR	Office for Democratic Institutions and Human Rights
OLAF	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Soli	Solidaritätszuschlag
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership
UN	United Nations
USA	United States of America
ZES	Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter
ZDH	Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V.

13 Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich diese Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Die Arbeit wurde bisher keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Dresden, 10.09.2018

Luca Schmieder

Anhang

Anhang 1: Presstexte der Partei Alternative für Deutschland (AfD)

September 2017

Magdeburg, 29. September 2017. André Poggenburg: Schmutzkampagne der CDU – AfD wird nicht von fremden Mächten gesponsert

„Offenbar befindet sich die CDU auch im Plenum noch im Nach-Wahlkampf- und Nachtrete-Modus. Frau Feußner ist sich auch im Hohen Hause nicht zu schade, krude Unwahrheiten zu verbreiten. die AfD erhalte finanzielle Unterstützung aus dem Kreml. Für eine solche Behauptung gibt es schlicht keine Grundlage. Der einzige Grund, warum Frau Feußner etwas Derartiges verbreitet, liegt darin, dass sie die AfD diffamieren muss, um über den Schmerz durch gewaltigen Zuspruchsverlust bei der Bundestagswahl hinwegzukommen. Mit Spendenaffären kennt sich das Altparteienkartell, insbesondere die CDU, weit besser aus und die AfD wird sich durch solche hilflosen Hetztiraden nicht beschmutzen lassen.“

Berlin, 22. September 2017. Paul Hampel: Diplomatie-Amateur Gabriel blamiert Deutschland

„Sigmar Gabriel hat Deutschland bei der UN-Generalversammlung blamiert und eindrucksvoll bewiesen, dass er als Außenminister eine glatte Fehlbesetzung ist. Auf die Worte von Donald Trump reagierte er mit plumpen Nationalismus-Vorwürfen. Trump hatte gesagt, er habe als amerikanischer Präsident zuerst die Interessen seines Landes zu vertreten. Und an die Versammlung gewandt: ‚Genau wie Sie auch als erstes ihr Land vertreten.‘ Gabriel behauptete dazu, diese Haltung vernichte Wohlstand und man müsse sich ihr in den Weg stellen. Anstatt Substantielles beizutragen, hat er versucht die UN als billige Wahlkampf Bühne zu nutzen. Ohne Erfolg. Denn ganz offensichtlich hat er noch nicht mal die ersten drei Seiten im Handbuch der Diplomatie gelesen oder gar verstanden. Mit polemischen und pathetischen Reden werden weder Probleme gelöst noch diplomatische Fortschritte erzielt. Das hat Diplomatie-Amateur Gabriel aber noch nicht gelernt. Gütiger Gott, wäre er doch besser Pop-Beauftragter der SPD geblieben.“

Berlin, 22. September 2017. Gauland: Tageszeitung DIE WELT lehnt Stellenanzeigen der AfD „aus grundsätzlichen Erwägungen“ ab

„Wir sind ja schon einiges an Störungen gewohnt. Neu ist, dass ein Medienunternehmen wie Axel Springer den Wettbewerb zwischen politischen Parteien dadurch behindert, dass es einer mittlerweile in 13 Landesparlamenten vertretenen Partei vorsätzlich erschwert, qualifizierte Mitarbeiter zu finden. Das ist schon ein starkes Stück. Dass ausgerechnet die Axel Springer SE ein solches Verhalten an den Tag legt, hat uns besonders erstaunt. Schließlich verweist dieser international operierende Medienkonzern in den eigenen Unternehmensgrundsätzen („Essentials“) ausdrücklich darauf, dass Medienunternehmen ... in einer Demokratie gesellschaftliche Verantwortung (tragen), weil sie die Meinungsbildung ihrer Leser, Hörer, Zuschauer, ihrer Nutzer prägen. Wie es mit dieser Verantwortung vereinbar sein soll, dass DIE WELT der AfD als demokratischer Partei das Schalten von Stellenanzeigen verweigert, kann vielleicht nur der Vorstandsvorsitzende und Kanzlervertraute Dr. Mathias Döpfner erklären; ich kann es mit Sicherheit nicht. Eine besondere Ironie des nach demokratischen Gesichtspunkten sehr bedenklichen Vorgangs besteht für mich darin, dass der Marketing-Text, der auf der Ablehnungs-E-Mail als Abbinde zu lesen ist, wie folgt lautet: DIE WELT gehört denen, die mutig sind und neue Dinge ausprobieren. Denn als frisch in den Landtag gewählte AfD-Fraktion kann ich nur sagen, dass gerade wir es sind, die den Mut aufbringen, in der Politik neues auszuprobieren, weshalb uns DIE WELT eigentlich gerne behilflich sein müsste, geeignete Mitarbeiter für unsere Arbeit hier zu finden.“

Berlin, 22. September 2017. Georg Pazderski: Illegale Einwanderer abschieben – Rechtsstaatlichkeit wiederherstellen

„Der groteske Fall wird immer mehr zum Symbol für den Verfall von Rechtsstaatlichkeit in Deutschland. Es ist ein Skandal, dass illegale Einwanderer einfach spurlos verschwinden, obwohl sie bereits einmal aufgegriffen wurden. Jetzt gilt es, alle schnellstmöglich wieder zu finden und dann umgehend nach Rumänien und Bulgarien abzuschicken, wo sie bereits Asylanträge gestellt haben. Es ist nicht hinnehmbar, dass illegale Einwanderer dem deutschen Rechts- und Sozialstaat derart auf der Nase herumtanzen und Schleuser durch die Untätigkeit der Politik so noch belohnt werden. Deutschland entfernt sich unter Kanzlerin Merkel immer weiter von rechtsstaatlichen Grundsätzen. Das belegt auch das jüngste Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags, worin ein Rechtsbruch bereits in Bezug auf die Merkel'sche Grenzöffnung von 2015 nahegelegt wird. Die AfD kritisiert das bereits seit Jahren und wird sich künftig auch im Bundestag für die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland starkmachen.“

Berlin, 21. September 2017. Dirk Driesang: AfD gegen Ceta

„Als gemischtes Abkommen muss Ceta noch von den nationalen Parlamenten genehmigt werden. Die AfD wendet sich gegen Ceta, weil mittels dieses Abkommens eine neue Schiedsgerichtsbarkeit etabliert werden soll wodurch u.a. hohe Prozesskosten drohen. Zudem können laut Ceta zwar finanzkräftige Unternehmen Staaten verklagen, der umgekehrte Weg ist jedoch nicht vorgesehen. Das neu geschaffene ‚CETA joint committee‘ stellt einen ganz neuen supranationalen Rahmen dar, der den gesamten Ablauf, von der Interpretation des Abkommens bis hin zu Sanktionen gegenüber Staaten, für CETA vorgibt. Europäische Verbraucherschutzkriterien etwa bei Gen- oder Klonverbot werden aufgeweicht oder gar ganz abgeschafft. Zudem ist umstritten, ob US-Firmen über ihre 42000 Niederlassungen in Kanada mit Ceta ein ‚TTIP-light‘ durch die Hintertür bekommen. Die AfD wird sich im neu zusammengesetzten Bundestag gegen diesen dreisten Ausverkauf europäischer Standards zur Wehr setzen.“

Berlin, 21. September 2017. Alexander Gauland: Die Union hat nicht vor, etwas am Asylchaos zu ändern

„Wer in Europa einen Asylantrag stellt, hat nach wie vor sehr gute Chancen auch zu bleiben. Ganz egal, ob er legal oder illegal eingereist ist. Die jüngste Pew-Studie will herausgefunden haben, dass in den letzten zwei Jahren lediglich 3 Prozent der Asylbewerber zurückgeführt wurden. Das beweist, dass sich trotz aller vollmundigen Forderungen und Vorhaben vor allen Dingen aus den Reihen der Union, das Asyl-Chaos zu beenden, rein gar nichts geändert hat. De Maizière, Gabriel, Lindner und Seehofer – sie alle haben sich AfD-Forderungen neuerdings zu eigen gemacht, ohne tatsächlich etwas an der Situation zu ändern. Die Studie entlarvt die Tatenlosigkeit und den Unwillen der etablierten Parteien, etwas am Asylchaos und der illegalen Einwanderung in unsere Sozialsysteme zu ändern. Mittlerweile geben wir fast ein Fünftel unseres Gesamthaushaltes für Flüchtlinge aus, Tendenz steigend. Das kann und darf nicht so weitergehen, es sprengt unsere Sozialsysteme und die vielbeschworene Integration funktioniert trotzdem nicht. Die große Mehrheit dieser Menschen nützt unserer Gesellschaft nicht, sie belastet sie dauerhaft. Sie müssen schnellst möglich auf ihre Rückkehr vorbereitet und abgeschoben werden. Alles andere ist nicht nur Irrsinn, sondern auch rechtswidrig.“

Berlin, 21. September 2017. Georg Pazderski: Gute Beziehungen zu Russland im deutschen Interesse

„Ex-Kanzler Schröder hat mit seiner Kritik an der deutschen Politik gegenüber Russland vollkommen Recht. Provokationen, wie die Stationierung von Bundeswehrsoldaten im Baltikum, sind nicht nur geschichtsvergessene Symbolpolitik, sie laufen auch deutschen Interessen zuwider. Deutschland muss ein elementares Interesse an guten

und partnerschaftlichen Beziehungen zu Russland haben. Das heißt nicht, dass das Vorgehen des russischen Präsidenten nicht kritisiert werden darf. Nur muss der deutschen Außenpolitik klar sein, dass Kritik von Freunden eher aufgenommen wird, als von erklärten Gegnern. Es ist bedauerlich, dass der ehemalige Kanzler dem Noch-Außenminister und Parteifreund Gabriel erklären muss, wie erfolgreiche Außenpolitik im Interesse Deutschlands gestaltet werden sollte. Russland ist sowohl wirtschafts- wie auch sicherheitspolitisch als Partner von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Es muss daher ein Umdenken stattfinden und wieder auf Ausgleich und Verhandlungen statt auf Drohgebärden gesetzt werden.“

Berlin, 20. September 2017. Paul Hampel: Österreich handelt immerhin

„In Österreich haben offenbar selbst die Altparteien eingesehen, dass ungesicherte Grenzen in die Katastrophe führen. Der Sozialdemokrat Doskozil warnt zu Recht: Die Balkanroute ist nicht völlig geschlossen und auch über andere Routen erreichen täglich weitere illegale Einwanderer die Grenzen. Auch erkennt man, dass Frontex die EU-Außengrenzen nicht ausreichend schützen kann. Im Gegensatz zur deutschen Bundesregierung, die sich auf das Beschimpfen der AfD und ihrer Wähler beschränkt, handelt die Regierung in Österreich und verstärkt die eigenen Anstrengungen beim Grenzschutz. Etwas, dass in Deutschland schon vor Jahren hätte passieren müssen, aber bis heute mit verbrecherischer Nachlässigkeit nicht getan wird. Auch wenn die Aktionen der österreichischen Regierung natürlich dem auch dort stattfindenden Wahlkampf geschuldet sind und ohne den Druck der FPÖ wenig passieren würde, so muss man doch sagen: Österreich handelt immerhin.“

Berlin, 20. September 2017. Alice Weidel: Der Ehrenmord in Wien beweist das Scheitern von Integration

„Der brutale Ehrenmord einer 14jährigen in Wien zeigt zwei Tatsachen überdeutlich: Die stetig voranschreitende Islamisierung unserer Gesellschaft und das Scheitern der Integration von muslimischen Flüchtlingen. Die afghanische Familie lebt seit vielen Jahren in Österreich und ist über die Jahre keinen Millimeter von ihrer Steinzeit-Kultur abgewichen – und das mitten in Wien. Die Eltern waren nicht bereit, ihre jüngste Tochter ausgehen zu lassen, um selbstständig Freundinnen zu treffen. Schlimmer noch: Der 18jährige Bruder, der seine Schwester auf brutalste Weise erstach, freut sich nach eigenen Angaben, dass sie tot sei, da sie den Eltern nur Kummer bereitet habe. Dieser brutale Mord beweist, dass wir diese Menschen – egal mit wie viel Geld und Mühen – nicht in unsere freiheitliche Gesellschaft integrieren können. Im Gegenteil: Sie wollen es nicht,

denn sie verachten uns und unsere freiheitliche Kultur. Diese Menschen haben in Europa nichts verloren.“

Berlin, 19. September 2017. Alexander Gauland: Altmaier hat sich als Demokrat disqualifiziert

„Das sind schöne Demokraten! Jetzt ruft ein Mitglied der Bundesregierung zum Wahlboykott auf. Frei nach dem Motto: Wahlbeteiligung ist egal, Hauptsache die AfD nimmt Schaden. Dabei ist eine hohe Wahlbeteiligung der lebenswichtige Pulsschlag der Demokratie. Mancher Wähler mag uns vielleicht nicht mögen, aber jeder, der seine demokratische Bürgerpflicht ernst nimmt, sollte sich zumindest mit uns auseinandersetzen und dann anschließend wählen, was er will. Dieser anti-demokratische Aufruf von Altmaier zeigt nur, wie ernst es manch einem Politiker der etablierten Parteien mit der Basisdemokratie ist. Nämlich überhaupt nicht. Altmaier sollte zur Wahl aufrufen, anstatt Boykott zu fordern. Altmaier hat sich mit dieser zutiefst demokratiefeindlichen Äußerung zum Schandfleck der freien Wahlen in Deutschland gemacht, auf die wir so stolz sein sollten. Wir sagen: Wählt, was ihr wollt, aber wählt!“

Berlin, 19. September 2017. Georg Pazderski: Haarsträubender Kontrollverlust

„Dieser sehr bedenkliche Vorfall offenbart das ganze Ausmaß an haarsträubendem Kontrollverlust im Rahmen der Migrationskrise und die gedankenlose Gleichgültigkeit der Verantwortlichen. Es klingt wie ein schlechter Witz: Da werden 50 illegale Migranten aufgegriffen, die keine Pässe haben und in einem türkischen LKW eingeschleust wurden. Angeblich haben sie bereits in zwei weiteren EU-Ländern Asylanträge gestellt. Anstatt sie wegen illegaler Einreise festzunehmen, die Identität festzustellen und sie dann unverzüglich nach Rumänien und Bulgarien abzuschicken, wo sie zuerst Asyl beantragt haben, werden sie in eine Erstaufnahme-Einrichtung verbracht. Dort sind 48 von ihnen am nächsten Morgen spurlos verschwunden. Brandenburgs Innenminister von der SPD erklärt – ohne auch nur den Anflug eines schlechten Gewissens für sein Totalversagen – man werde erst einmal abwarten, ob sie sich vielleicht in einer anderen Erstaufnahmestelle melden. Toll. Warum denn nur in einer? Wie wäre es denn, wenn sie sich gleich in zehn anderen Stellen, jeweils unter anderem Namen melden? Warum denn pro Person nur einmal kassieren? Anstatt die deutschen Bürger zu schützen und alles dafür zu tun, sie vor Unheil zu bewahren, wird dem islamistischen Terrorismus Tür und Tor geöffnet und der deutsche Steuerzahler wird weiter durch Asylbetrüger abgezockt. Die Behörden versagen, weil die Politik versagt hat. Deutschland wird unter Merkel vom

Rechtsstaat immer mehr zur Bananenrepublik, in der Recht und Gesetz mit Füßen getreten werden. Am kommenden Sonntag haben die Wähler endlich die Chance, mit ihrer Stimme für die AfD, dieser Katastrophenpolitik eine klare Absage zu erteilen.“

Berlin, 19. September 2017. Alexander Gauland: Gabriels Taktiererei offenbart die Verzweiflung der SPD

„Erst sitzt Gabriel mit einem ‚refugees welcome‘ – Button im Bundestag, jetzt distanziert er sich von der Asylpolitik der Kanzlerin. Es grenzt schon an Hohn, zunächst Millionen von Migranten willkommen zu heißen und knapp zwei Jahre später sich urplötzlich um die Sorgen der Deutschen kümmern zu wollen, die von der Migrationswelle ungefragt überrollt wurden. Natürlich fehlt Geld für Schulen, Infrastruktur und Rente. Und natürlich werden auf der anderen Seite Milliarden für illegale Migranten verschleudert, die kaum integrierbar sind. Dass jedoch jemand, der diese verfehlte Politik aktiv vorangetrieben hat, jetzt versucht, die Schuld für das ganze Chaos weit von sich zu weisen, ist blanker Hohn. Gabriels Taktiererei offenbart lediglich die Verzweiflung der SPD angesichts katastrophaler Umfragewerte und dem Totalausfall ihres Spitzenkandidaten Schulz. Die SPD ist schon lange nicht mehr die Partei des sozialen Gewissens und des kleinen Mannes. Allerspätestens durch das Mittragen der offenen Grenzen und der illegalen Zuwanderung hat sich die SPD vom kleinen Mann, der seit Jahrzehnten in die Sozialkassen einzahlt, abgewandt. Gabriels billiger Versuch, dies nun wieder zu relativieren, ist durchschaubar und wird die SPD nicht mehr retten.“

Berlin, 19. September 2017. Paul Hampel: Zweifelhafte Visa-Praxis der Zyprioten – Deutschland macht es aber noch schlimmer

„Der Verkauf von Staatsbürgerschaften gegen Geld ist eine Praxis, die in einem EU-Staat nicht zulässig sein darf. Zypern muss aufgefordert werden diese Geschäftemacherei mit EU-Staatsbürgerschaften umgehend einzustellen. Allerdings ist gerade Deutschland hier zurzeit kein Vorbild. In Zypern können sich eine solche Staatsbürgerschaft immerhin nur Superreiche leisten, die nicht im Verdacht stehen dem Sozialsystem nennenswerte Kosten zu verursachen und dem Staatshaushalt des Landes überdies eine hübsche Einnahme bescheren. In Deutschland kann jeder ohne Geld und ohne Pass einreisen, bekommt gratis Wohnraum, Verpflegung und ärztliche Versorgung sowie natürlich noch Geld und das am besten gleich mehrfach unter verschiedenen Namen. Und gehen muss man mit über 90prozentiger Wahrscheinlichkeit nie wieder, außer man will mal eben Urlaub im Heimatland machen. Das kostet unzählige Milliarden an Euro. Bezahlen müssen die deutschen Steuerzahler. So verwerflich die zypriotische Praxis ist, an den Wahnsinn der deutschen Bundesregierung kommt sie nicht heran.“

Magdeburg, 19. September 2017. André Poggenburg: Altmaier steht kein Platz mehr in der Regierung zu!

„Erst vor wenigen Tagen ist ein Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig ergangen, das die Rechtswidrigkeit von Boykottaufrufen von Amtsträgern gegenüber anderen politischen Parteien festgehalten hat. Dies muss selbstverständlich auch für einen Kanzleramtschef und dessen Neutralitätspflicht gelten! Ganz abgesehen davon, dass ein Mitglied der Bundesregierung, das den Bürgern empfiehlt nicht wählen zu gehen, unser Verständnis von Demokratie und Parlamentarismus dermaßen mit Füßen tritt, dass ihm kein Platz mehr in unserer Regierung zusteht. Ein großes Verdienst der AfD ist es, dass wir zur Belebung des politischen Diskurses maßgeblich beigetragen haben. Dadurch hat sich auch die Wahlbeteiligung deutlich erhöht, weil die Menschen endlich wieder eine echte Wahlalternative haben. Das, was Peter Altmaier mit seinem Boykottaufruf gegen eine demokratisch legitimierte Partei getan hat, ist einer Demokratie vollkommen unwürdig und zudem Unrecht. In der nächsten Bundesvorstandssitzung werden wir eine Klage gegen den Kanzleramtschef besprechen und juristisch prüfen lassen. Ich gehe davon aus, dass sich der Minister damit strafbar gemacht hat.“

Berlin, 19. September 2017. Albrecht Glaser: Die letzten Hemmungen fallen

„Vor wenigen Tagen wurden im Bayrischen Rundfunk aktuelle Umfragewerte der Parteien zur Bundestagswahl bekannt gegeben. Dabei wurde die AfD gar nicht erwähnt, obwohl oder vielleicht, weil sie derzeit als drittstärkste politische Kraft gesehen wird und damit ihr die Rolle als Oppositionsführerin zufallen würde. In SAT 1 wurde an prominenter Stelle über die Parteitage von FDP und Grünen berichtet. Die Kernaussage des Berichts gipfelte in der These, dass die FDP und die Grünen derzeit einen Wettbewerb um die Rolle als Oppositionsführerin führen würden. In Wahrheit liegen die Grünen seit Monaten an letzter Stelle aller sechs Parteien, die mutmaßlich in den Bundestag einziehen werden. Dies ist auch nach der neuesten Umfrage von Infratest/dimap vom 14. September so. Und die FDP liegt an vorletzter Stelle hinter der AfD und der LINKEN. Wieso also zwischen Grünen und FDP dieser Wettbewerb stattfinden soll, bleibt das Geheimnis von SAT 1. Die derzeitige demoskopische Besonderheit, wonach so kurz vor der Wahl die Zahl der unentschlossenen Wähler noch nie so hoch war wie diesmal, bereitet der BILD-Zeitung große Sorge. Viele Protestwähler könnten auf Grund der negativen Schlagzeilen über die Rechtspopulisten ihre Wahlabsicht verhüllen, wenn ein Meinungsforscher bei ihnen anruft. Die Annahme der BILD-Zeitung erscheint nicht unbegründet. Da sie selber unablässige Produzentin von ‚negativen Schlagzeilen‘ ist und hetzerische Stimmung ge-

gen die AfD verbreitet, handelt es sich bei dem vermuteten Phänomen um einen Kollateralschaden des eigenen Verhaltens. In der Union steige auf Grund dieser Beobachtung ‚die Nervosität‘. Denn niemand wisse, wie groß die Dunkelziffer des ‚Wut-Lagers‘ sei. Die Hinterfragung der Regierungspolitik kann sonach nur aus ‚Wut‘ erfolgen, nicht etwa auf Grund der besseren Einsicht der Wähler oder wegen der Torheit der Regierenden. So einfach ist die Welt der echten Demokraten. Und neben der Produktion von ‚negativen Schlagzeilen‘ gibt es für Journalisten auch noch die Möglichkeit des Populismus. Der ‚Chefredakteur‘ eines regionalen Anzeigenblattes macht davon mit Macht Gebrauch. Er fragt in seiner Kolumne vom 16. September rhetorisch: ‚Hat wirklich jemand Angst vor dem halbdementen Gauland?‘. Wo also sitzt der Pöbel, fragt man sich. Wohl eher in den Redaktionsstuben als bei den Alternativen. Der Redakteur unterschreibt sein Pamphlet ‚mit wahltaktischen Grüßen‘. Wenn diese ‚Taktik‘ mal nicht in die Hose geht?“

Berlin, 17. September 2017. Alice Weidel: Lindner – der Trittbrettfahrer

„Verschärfte Zuwanderungsregeln, Untersuchungsausschuss – was will FDP-Chef Lindner noch alles von der AfD übernehmen? Bei Anne Will vor einigen Wochen sagte er noch das Gegenteil und tat die AfD-Forderung als Rechtspopulismus ab. Wenn Liberalismus bedeutet, alles zu kopieren, was gerade in Mode zu sein scheint, dann ist Lindner der perfekte Liberale. Mit diesem Plagiat offenbart Lindner seine wahre Inhaltsleere und politische Beliebigkeit. Hat er doch seit Anfang der Asylkrise alles mitgetragen, was die Kanzlerin verbochen hat: offene Grenzen, die sogenannte Willkommenskultur, der Türkei-Beitritt zur EU und nicht zuletzt die verfehlte Eurorettungspolitik. Er hat eine der wenigen vernünftigen Stimmen in der FDP gegen den Euro, Frank Schäffler, mundtot gemacht. Lindner geht es einzig und allein um die Macht, nicht um Inhalte. Wer Lindner wählt, wählt organisierte politische Beliebigkeit mit einem Wendehals an der Spitze, der seine gestohlenen Forderungen ganz schnell wieder vergessen wird, sobald die Machtbeteiligung winkt. Doch die Wähler sind nicht so dumm wie der FDP-Chef sie wohl gerne hätte. Die große Mehrheit wird nicht auf die copy-paste-Politik hereinfallen.“

Berlin, 16. September 2017. Alice Weidel: Özdemir ist unglaubwürdig

„Urplötzlich scheinen die Grünen ihre wirtschaftsliberale Seite entdeckt zu haben. Leider fehlt es an Glaubwürdigkeit, denn erstens fordert die AfD eine Senkung der Mehrwertsteuer um sieben Prozentpunkte als erste und schon seit langem und zweitens fällt diese den Grünen natürlich nur im Wahlkampf und bei sinkenden Umfragewerten ein. Nach der Wahl wird Özdemir die Senkung ganz schnell wieder vergessen. Weniger Mehrwertsteuer fördert den Konsum und entlastet die Menschen, denn eine Steuersenkung ist besser als jede Sozialversicherung. Darüber hinaus gibt es den Menschen mehr

finanziellen Spielraum für ihre Altersvorsorge, es ist ein guter Beitrag zur Rentenpolitik. Die Forderung von Özdemir ist zwar richtig, allerdings passt sie nicht zu den Grünen und ist ein durchschaubares Täuschungsmanöver in der heißen Phase des Wahlkampfes. Auf der einen Seite wollen die Moralapostel von den Grünen den Menschen einen Veggie-Day aufzwingen und Plastiktüten verbieten, dann wiederum Steuern senken. Das passt nicht zusammen und ist ein reiner opportunistischer Verzweiflungsakt bei dramatisch sinkenden Umfragewerten. Die Wähler werden sich davon nicht täuschen lassen.“

Magdeburg, 15. September 2017. André Poggenburg: Leipziger Grundsatzurteil stärkt die Demokratie!

„Wir begrüßen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes sehr, denn es stärkt die Demokratie und setzt ein Zeichen für einen fairen Umgang miteinander. Es ist höchste Zeit, dass es hierfür eine richterliche Grundsatzentscheidung gibt. Entsprechende Aufrufe von Politikern der Altparteien haben zu oft in unzulässiger Weise in den demokratischen Meinungsbildungsprozess der Bürger eingegriffen und stellten damit eine Gefährdung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung dar. Gleichzeitig fordern wir alle Amtsträger dazu auf, bereits begangene Verletzungen ihrer Neutralitätspflicht zu überdenken und sie künftig zu unterlassen. Denn als gewählte Bürgermeister, Dezernenten oder Minister sind sie weniger ihren Parteifreunden und den eigenen Wählern verpflichtet, als vielmehr allen Bürgern unseres Landes. Wir hoffen, dass durch dieses Urteil unser Land wieder zu einem Diskurs zurückfindet, der den Namen ‚demokratisch‘ verdient. Wir werden als AfD besonders darüber wachen und wir werden nötigenfalls rechtliche Schritte einleiten, damit sich die politischen Folgen dieses Urteils auch in der Praxis durchsetzen.“

Berlin, 15. September 2017. Alexander Gauland: Die Industrie war noch nie ein guter Politikberater

„Wirtschaftsbosse haben in der Vergangenheit in Deutschland noch nie kluge politische Prognosen abgegeben, schon allein deshalb nicht, weil sie ureigene Interessen verfolgen und nicht auf die Wähler hören. Es ist ein Unding wie Herr Fuest und sein Institut sich in den Wahlkampf in eigener Sache einmischen. Wer in den Bundestag einzieht, bestimmen einzig und allein die Wähler. Die großen Wirtschaftskonzerne standen noch nie im Verdacht, für den kleinen Mann zu stehen. Sie sollten sich mit ihren verzerrten Prognosen aus dem Wahlkampf strikt heraushalten. Wenn Sie glauben, sie müssten die Situation in unserem Land verbessern, dann bitte mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen und weniger Schummelei gegenüber den Bürgern.“

Berlin, 15. September 2017. Georg Pazderski: Kritik des Wehrbeauftragten – zu wenig, zu spät

„Die Probleme der Bundeswehr sind seit vielen Jahren bekannt und haben unter Verteidigungsministerin von der Leyen immer dramatischer Züge angenommen. Dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags, SPD-Mann Hans-Peter Bartels, fällt aber erst kurz vor der Wahl ein, dass es vielleicht ein paar Dinge an der Führung des Verteidigungsministeriums zu kritisieren gibt. Längst hätte den Missständen in den Bereichen Personal und Ausrüstung vehement entgegengewirkt werden müssen. Hier wäre gerade auch der Wehrbeauftragte in der Pflicht gewesen, erheblich mehr Druck zu machen. Das hat er versäumt und auch jetzt erfolgt keine Kritik an Frau von der Leyen ohne Relativierung. Eines der Kernprobleme, die von den Altparteien politisch gewollte Abschaffung der Wehrpflicht, wird überhaupt nicht angesprochen. Wir brauchen einen grundlegenden Wandel in der Verteidigungspolitik. Weniger Schönrederei und deutlich mehr Expertise in den verantwortlichen Positionen. Die jetzigen Äußerungen des Wehrbeauftragten sind daher nicht mehr als ein halbherziger Versuch, vom Versagen der eigenen Partei, die Teil der Bundesregierung ist, abzulenken. Um es kurz zu machen, Herr Bartels: zu wenig, zu spät.“

Magdeburg, 14. September 2017. André Poggenburg: Keine öffentlichen Zwangsgebühren für „geheime Gehälter“

„Dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk regelmäßig Programme ausstrahlt, die leider allzu oft den journalistischen Kriterien von Objektivität und Ausgewogenheit widersprechen und unseren Bürgern genau dafür noch Zwangsgebühren auferlegt, ist äußerst bedenklich aber allgemein bekannt. Dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk aber dann doch weit weniger ‚öffentlich‘ sein und noch nicht einmal veröffentlichen will, wieviel Geld namhafte Funktionsträger der Anstalten überhaupt aus diesen Zwangsgeldern erhalten, ist einfach nicht hinnehmbar. Durch diese dreiste Verweigerungshaltung wird der Anspruch auf mehr Transparenz im öffentlich-rechtlichen Rundfunk hintertrieben. Das ist eine weitere klare Bestätigung der AfD-Position, die Zwangsgebühren abzuschaffen und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk grundlegend zu reformieren. Wir müssen so schnell wie möglich Schluss machen mit dieser medialen Krake, deren Vertreter mauscheln und klüngeln, unsere Bürger manipulieren und sie dafür auch noch zur Kasse bitten!“

Berlin, 14. September 2017. Alexander Gauland: Bundesverwaltungsrichter haben sich am Grundgesetz orientiert

„Das Urteil der Bundesverwaltungsrichter ist sehr zu begrüßen und betont eigentlich nur das, was in einer funktionierenden Demokratie selbstverständlich sein sollte. Ein Bürgermeister muss nicht die Meinung von Demonstranten teilen. Dennoch haben friedliche Demonstranten das Recht, eine angemeldete Versammlung ohne Beeinträchtigungen durch Staatsorgane abzuhalten. Das ist ein Grundrecht, das immer wieder durch Politiker der Altparteien verletzt wird. Das Grundsatzurteil aus Leipzig schiebt diesem antidemokratischen Gebaren nun endlich einen Riegel vor. Es gilt die Neutralitätspflicht für Amtsträger. Es macht Mut, dass sich die Richter am Grundgesetz orientiert haben. Bei den Altparteien ist das offenbar nicht mehr der Fall. Und auch die mediale Rezeption zu dem Urteil offenbart ein sehr fragwürdiges Demokratieverständnis mancher Kommentatoren. Nicht nur der Düsseldorfer OB, sondern auch viele seiner Amtskollegen in anderen Städten – Köln, Nürnberg – und auch manch ein Bundespolitiker, sollten aus ihrem rechtswidrigen Verhalten nun endlich die Konsequenzen ziehen.“

Berlin, 14. September 2017. Paul Hampel: Karlspreis für Viktor Orbán

„Die Regierungen von Ungarn und der Tschechischen Republik verdienen für ihre standhafte Haltung in der europäischen Asylkrise allerhöchste Anerkennung. Besonders der ungarische Staatschef Viktor Orbán hat sich von Beginn an vehement für die Sicherung der ungarischen EU-Außengrenze eingesetzt und den Staaten Europas damit einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Wären nicht die übrigen Staaten des Balkan gegen Merkels Widerstand dem ungarischen Beispiel gefolgt, würden auch heute noch täglich 10.000 illegale Migranten über die Balkanroute nach Deutschland strömen. Zum Dank erhielt Ungarn Hass und Anfeindungen aus Berlin und soll nun in grenzloser Dreistigkeit auch noch gezwungen werden, Merkels Gäste bei sich aufzunehmen. Wenn jetzt ausgerechnet Vertreter der Bundesregierung auf die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit pochen, ist das schon mehr als grotesk. War es doch gerade diese deutsche Bundesregierung, die unter Missachtung von rechtsstaatlichen Prinzipien und europäischen Verträgen, die Asylkatastrophe erst herbeigeführt hat. Viktor Orbán und sein tschechischer Kollege Zeman erfüllen den Willen ihrer Wähler und handeln im Interesse ihrer Völker. Statt ihn zu schmähen, verleiht Orbán lieber den höchsten Preis, den Deutschland für einen verdienten Europäer zu vergeben hat: den Karlspreis der Stadt Aachen!“

Berlin, 14. September 2017. Albrecht Glaser: Die Obergrenzenlüge

„Dieses Ergebnis neuester Wählerbefragungen zerstört die Taktik der Berliner Blockparteien, den Wahlkampf klinisch rein zu halten von den Schicksalsproblemen des Landes. Der Befund erzeugt Panik, insbesondere bei der CSU. Seit Monaten Feiert

Seehofer mit der ‚Obergrenze‘ herum. Das Stichwort war schon immer eine Wählertäuschung. Denn ob man jährlich 200.000 Migranten ins Land lässt oder dann und wann eine Million, kommt auf dasselbe heraus. Die Finanz-, Sozial- und kulturellen Strukturen Deutschlands werden in beiden Fällen zerstört. Jetzt treibt der Populismus grelle Blüten. CSU-General Scheuer ‚tritt Spekulationen entgegen, wonach die CSU auf die Durchsetzung einer Obergrenze für den Zuzug von Asylbewerbern verzichten könnte‘, wird vermeldet. Ob es mit der CSU keine Regierung ohne Obergrenze geben werde, bejahte Scheuer. Seehofer, der Unberechenbare, setzt noch einen drauf. Eine solche Obergrenze gelte unter Einschluss von Familiennachzug. Der gleiche Seehofer und die gleiche CSU, die ein gemeinsames Wahlprogramm mit der CDU verabschiedet haben, in dem nirgendwo von ‚Obergrenze‘ die Rede ist, wollen jetzt dem Wähler den Bären aufbinden, dieses Wahlprogramm gelte für sie plötzlich nicht mehr. Und das, wo Merkel erneut öffentlich erklärt: ‚Ich möchte die Obergrenze nicht. Ich halte sie auch nicht für praktikabel. Garantiert.‘ Wer sich bei der Regierungsbildung durchsetzen wird, ist klar. Dies Alles ist Wählertäuschung, wie wir seit Jahren kennen.“

Magdeburg, 13. September 2017. Bundestagswahlkampf – Poggenburg attackiert Plakatzerstörer

„Die AfD als die demokratische Rechtsstaatspartei spricht sich aufs Schärfste und in aller Form gegen die Zerstörung jedes Wahlplakates aus. Selbst wenn darauf anti-deutsche Hetze oder erneut ein schon zimal gebrochenes Wahlversprechen stehen, selbst wenn einige der Plakate eine Zumutung für jeden deutschen Bürger darstellen, gibt es keinen Grund diese Plakate zu zerstören, zu beschmieren oder sogar abzureißen. Eine solche Tat ist ganz klar eine Straftat und zudem von einem undemokratischen, gewaltbereiten Geist geleitet. Wir von der AfD rühren kein Plakat einer anderen Partei an. Gleiches erwarte ich auch von unseren Wählern und Sympathisanten. Am 24.09. wird auch so jeder Bürger, dem die Bewahrung unseres Deutschlands am Herzen liegt, wissen, dass es nur eine politische Alternative zum bisherigen Politikversagen zu wählen gibt.“

Berlin, 13. September 2017. Alice Weidel: Junckers Realitätsverlust

„Der EU-Kommissionspräsident Juncker demonstriert erneut den völligen Realitätsverlust der Brüsseler EU-Funktionäre. Wenn man nicht wolle, dass der Euro Europa spaltet, müssten alle EU-Staaten die Gemeinschaftswährung einführen. Immerhin gibt er damit zu, dass der Euro Europa spaltet. Die Lösung aber kann nicht heißen: More of the same. Der Euro ruiniert Europa. In den südeuropäischen Ländern blockiert er

Wachstum und schafft Massenarbeitslosigkeit. Für Deutschland bedeutet er Wohlstandsvernichtung und Haftungsrisiken, welche in die Billionen gehen. Aus gutem Grund bleiben daher die Länder, die den Euro noch nicht eingeführt haben, bei ihren nationalen Währungen, obwohl sie die Bedingungen für die Euroeinführung mitunter weit besser erfüllen als manch ein maroder Eurostaat. Der Vertrag von Maastricht sah einmal so etwas wie Verschuldungsobergrenzen vor, die schon lange Geschichte sind. Die Antwort muss lauten: Das Europrojekt ist auf ganzer Linie gescheitert. Das Eurosystem ist geordnet aufzulösen.“

Berlin, 12. September 2017. Georg Pazderski: Merkel vertauscht Ursache und Wirkung

„Es ist schon ein starkes Stück, dass ausgerechnet Bundeskanzlerin Merkel Ungarn für dessen Haltung gegenüber der Zwangsverteilung von Flüchtlingen maßregeln will. Denn sie ist diejenige, die die Asylkatastrophe in Europa maßgeblich mit herbeigeführt hat. Die Versuche aus Brüssel, Ungarn zur Aufnahme von Flüchtlingen zu zwingen, sind niederträchtig und ein Eingriff in die Souveränität eines freien Landes. Ungarn und andere osteuropäische Staaten für die verheerende Politik der deutschen Kanzlerin in Haftung zu nehmen, ist nicht akzeptabel. Dass Ungarn hier standhaft bleibt, ist aller Ehren wert. Die ungarische Regierung handelt im Interesse ihres Volkes, wie es die Aufgabe einer demokratisch gewählten Regierung ist. Damit unterscheidet sie sich grundlegend von der deutschen Regierung.“

Berlin, 12. September 2017. Alexander Gauland: Gabriel verharmlost den Holocaust

„Gabriel ist Regierungsmitglied und damit als Minister im Amt zur politischen Neutralität und zur Gleichbehandlung aller demokratischen Parteien in Deutschland verpflichtet. Einmal abgesehen davon, dass er mit dieser absurden Äußerung seine Neutralitätspflicht im Amt verletzt hat, verharmlost er damit vor allen Dingen den Holocaust. Wenn man demokratisch gewählte Vertreter einer Partei, die sich zum Grundgesetz bekennt, als Nazis bezeichnet, ist das eine eklatante Verharmlosung der grausamen Verbrechen der Nazis und eine Beleidigung der Millionen von Opfern und deren Nachkommen. Gabriel reagiert auf den enormen Erfolg der AfD genauso ideologieverblendet und plump parteiisch wie sein Parteifreund Steinmeier zuvor. Aus den Genossen spricht die pure Angst vor dem eigenen Abstieg und davor, dass eine Partei rechts der CDU in den Bundestag einziehen könnte. Heiko Maas hatte ausnahmsweise vollkommen recht, als er sagte, es werde sehr unangenehm werden, wenn die AfD in den Bundestag einzöge. Ja, Herr Gabriel und Herr Maas, ich sage Ihnen, es wird sehr unangenehm werden! Aber

nur für Sie als ideologieverblendetes, unfreies Meinungskartell! Für die freie politische Debatte ohne Tabus hingegen wird es sehr gut sein.“

*Berlin, 12. September 2017. Alice Weidel: Merkel garantiert keine Obergrenze –
Peinliche Kanzlerinnenshow*

„Die ARD-Wahlarena mit Angela Merkel war eine peinlich inszenierte Kanzlerinnenshow. Mit Plattitüden und Allgemeinplätzen reagierte sie auf die Fragen des zuvor sorgfältig ausgewählten Publikums. Eines aber wurde erneut ganz deutlich: Merkel hat nicht vor, die begangenen großen Fehler ihrer Politik zu korrigieren. Eine Obergrenze für die Zuwanderung nach Deutschland lehnt sie weiter ab. Das bedeutet nichts anderes, als dass das Asylchaos zunehmen wird. Denn: keine Obergrenze bedeutet nicht nur, dass der Migrantstrom unvermindert weitergeht. Es bedeutet auch Familiennachzug in einer nie dagewesenen Größenordnung. Da sollten vor allem die Wähler in Bayern genau hinhören. Denn wer dort CSU wählt, muss sich darüber im Klaren sein, dass er Angela Merkel wählt. Eine Stimme für die CSU ist eine Stimme für die Fortsetzung der unkontrollierten illegalen Einwanderung nach Deutschland. Denn genau das beabsichtigt Merkel und dabei ist ihr egal, ob der Koalitionspartner grün, rot oder auch gelb ist. Die einzige Alternative zur katastrophalen Merkel-Politik ist die Alternative für Deutschland.“

Berlin, 12. September 2017. Georg Pazderski: Das wahre Gesicht der FDP

„Zum Ende ihrer Zeit im Bundestag hatte die FDP-Fraktion 2013 rund sechs Millionen Euro an Verbindlichkeiten gegenüber einer Rentenkasse aufgebaut. Bis heute hat sie diese Schuld nicht beglichen. Es offenbart sich erneut das wahre Gesicht dieser Partei. Sie verschleudert Unsummen für ihren peinlichen und inhaltsleeren Personenwahlkampf und spart auf der anderen Seite auf Kosten der Allgemeinheit. Das hat nichts mit einer echten Wirtschaftspartei zu tun. Das zeugt auch nicht von der bei den angeblich Liberalen so oft proklamierten Eigenverantwortung. Das ist einfach nur schlechtes Geschäftsgebaren. Von der Allgemeinheit kassieren und nur den persönlichen Profit im Sinn. Das könnte der Wahlspruch dieser Partei sein. Die Partei der Besserverdiener ist in Wahrheit die Partei der besseren Trickser – und das ist noch nett formuliert. Ein Hauptmotiv für den Bundestageinzug dürfte bei der FDP also wohl auch das dringend benötigte Geld sein. Zechpreller aber gehören nicht in den Bundestag.“

Berlin, 11. September 2017. Alexander Gauland: Maas betreibt Wahlkampfgetöse der schäbigsten Kategorie

„Die Einlassungen von Herrn Maas sind grotesk. Ausgerechnet der Justizminister, der mit seinem Netzwerkdurchsetzungsgesetz einen eklatanten Angriff auf das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung geführt hat, erdreistet sich nun, völlig legitime Forderungen als verfassungswidrig einzustufen. Das ist selbst für Herrn Maas ein außerordentlich schlechtes Niveau. Hätte er mit seiner Äußerung recht, würde die AfD vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Was dieser aber ausdrücklich abgelehnt hat. Heiko Maas betreibt also, wie für die SPD mittlerweile üblich, Wahlkampfgetöse der schäbigsten Kategorie. Sein Verhalten ist seinem Amt erneut nicht angemessen.“

Berlin, 11. September 2017. Georg Pazderski: De Maizière an Plumpheit kaum zu überbieten

„Seit Jahren kritisiert die AfD die massiven Migrationsanreize des deutschen Asylsystems, welches Armutsmigranten aus aller Welt nach Deutschland lockt. Völlig überraschend fällt CDU-Innenminister de Maizière das nun plötzlich zwei Wochen vor der Bundestagswahl auch auf. Er müsste nun eigentlich die Frage stellen, welche Dilettanten in den vergangenen Jahren eigentlich dafür verantwortlich waren. Das aber tut er lieber nicht, denn da würde schnell sein eigener Name und der seiner Partei fallen. Dieses Wahlkampfmanöver von de Maizière ist an Plumpheit kaum zu überbieten und noch unglaubwürdiger als das Gelärm von CSU-Seehofer. Die Anreize für Armutsmigranten, nach Deutschland zu kommen, müssen schnellstens abgebaut werden. Die Regierung, der Herr de Maizière angehört, hätte dies längst tun müssen. Sie hat es nicht getan und Deutschland einen Schaden zugefügt, der finanziell in die Milliarden geht und gesellschaftlich in seinem ganzen Ausmaß gar nicht zu beziffern ist. Die einzige glaubwürdige Alternative zu dieser Harakiri-Politik ist die Alternative für Deutschland.“

Berlin, 8. September 2017. Weidel: Strafanzeige gegen Spiegel-Journalistin

„Die Hexenjagd der Presse nimmt immer absurdere Züge an. Sie scheut nun offensichtlich nicht einmal mehr davor zurück, angebliche gesundheitliche Probleme aus der Intimsphäre zu thematisieren. Wenn nun aber in Recherchen auch noch Falschbehauptungen zu Krankheiten verbreitet werden, ist für mich die rote Linie überschritten.“

Berlin, 7. September 2017. Dirk Driesang: Türkei-Deal geplatzt? – Schlüssel Europas darf nicht in der Hand Erdogans liegen

„Kanzlerin Merkel ist für den Türkei-Deal hauptverantwortlich, denn sie hatte sich vehement dafür eingesetzt. Die AfD hingegen hat immer eindringlich vor diesem Deal gewarnt. Man darf einer Türkei, die sich unter Erdogan von Europa abkehrt, keinesfalls

die Schlüssel Europas in die Hand drücken. Europa muss seine Außengrenzen konsequent selbst sichern. Merkel hatte sich bekanntlich sogar gegen das Schließen der sogenannten Balkanroute ausgesprochen. Diese Bundeskanzlerin handelt aus purem Populismus heraus einmal mehr unverantwortlich. Die ‚Drecksarbeit‘ sollen andere erledigen, sie will keine unpopulären Bilder. Kurz vor der Bundestagswahl wird Merkels Scheitern in der Migrationspolitik nun offenkundig. Die Wähler sollten daraus ihre Konsequenzen ziehen.“

Berlin, 7. September 2017. Georg Pazderski: Satire nicht auf Kosten der Steuerzahler

„Diese sogenannte Satirepartei schadet der Demokratie. Wäre sie ein reiner Fake, wie die Horst-Schlämmer-Partei von Hape Kerkeling, könnte man sie im Bereich Kunst oder Satire verorten. Sie tritt aber tatsächlich bei Wahlen an, um Förderung aus Steuergeldern zu bekommen – und zwar nur aus diesem Grund. Damit missbraucht sie offen das demokratische System. Das darf nicht hingenommen werden und ist erst recht nicht mit Freiheit der Kunst zu rechtfertigen. Die demokratischen Institutionen in Deutschland sind ein hohes Gut. Wir sollten nicht zulassen, dass sie unter dem Deckmantel der Satire ausgehöhlt und zur reinen Selbstbereicherung missbraucht werden.“

Berlin, 7. September 2017. Paul Hampel: Herr Lindner, das ist nur noch peinlich

„Das ist nicht die Ansicht von Herrn Lindner, das ist geltendes Recht. Dieses als harte Forderung vorzutragen und gleichzeitig nach Möglichkeiten zu verlangen, diese Rechtslage zu umgehen, ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Das ist nur noch peinlich. Mehr gibt es dazu gar nicht zu sagen.“

Berlin, 6. September 2017. Georg Pazderski: Burkaträgerin verprügelt Dessous-Verkäuferin – Ein Vorgeschmack

„Eine Burkaträgerin verprügelt eine Dessous-Verkäuferin, weil Dessous ‚haram‘ sind. Es ist ein weiterer Mosaikstein in der Entwicklung, die sich in Deutschland und ganz Europa vollzieht. Der politische Islam fordert immer mehr Privilegien und geantwortet wird mit Toleranz. Dabei ist dieser Vorfall aus Neukölln nur ein Vorgeschmack auf das, was uns noch bevorsteht. Das Endstadium dieser Islamisierung lässt sich in Saudi-Arabien beobachten. Mit falscher Toleranz gegenüber einer intoleranten Religion opfern wir die freiheitlichen Errungenschaften unserer Kultur und bewegen uns in Richtung mittelalterlicher Verhältnisse zurück. Wir wollen das nicht. Dieser Entwicklung muss entschlossen entgegengewirkt werden. Das aber funktioniert nicht mit vorseilendem Ge-

horsam und Unterwerfung, wie jüngst beim Discounter Lidl. Hier lebende Muslime müssen akzeptieren, dass die Glaubensfreiheit dort endet, wo andere in ihren Rechten verletzt werden. Islamisten dürfen wir bei uns nicht dulden. Sie sind – sofern irgend möglich – abzuschieben. Die unkontrollierte Zuwanderung gilt es, durch das Sichern der Grenzen, zu beenden.“

Berlin, 6. September 2017. Alexander Gauland: Ungarn und die Slowakei müssen die Umverteilung von Flüchtlingen nicht mitmachen

„Ungarn und die Slowakei müssen jetzt standhaft bleiben und dürfen sich dem Brüsseler Diktat nicht beugen. Es kann nicht sein, dass diese kleinen Länder nun massenhaft Flüchtlinge aufnehmen müssen, die sie nie eingeladen haben. Die Mitgliedsstaaten der EU sind immer noch souverän und deren Regierungen durch demokratische Wahlen legitimiert. Es ist falsch, dass demokratisch nicht legitimierte Bürokraten aus Brüssel diesen Regierungen ihre falschen Entscheidungen aufzwingen. Ungarn und die Slowakei brauchen der chaotischen Asylpolitik von Brüssel nicht folgen. Vielmehr sollte Brüssel seine ungerechte Verteilungspolitik im Sinne aller Mitgliedsstaaten überdenken.“

Berlin, 6. September 2017. Alexander Gauland: Göring-Eckard steht für Tabus und Verbote, nicht für eine freie demokratische Debatte

„Es gibt keine freie demokratische Debatte mehr in Deutschland. Das beweist die gestrige Plenarsitzung des Deutschen Bundestages und vor allen Dingen die absurde Äußerung von Frau Göring-Eckard. In trauter Einigkeit haben sich alle Parteien gegenseitig zugesichert, dass man die AfD im Sinne der Demokratie nicht im Bundestag willkommen heißen würde. Absurder geht es kaum. Die AfD ist eine demokratische Partei, die sich besonders für die Einhaltung des Grundgesetzes einsetzt. Die systematische Ausgrenzung der AfD durch die etablierten Parteien ist ein Schlag ins Gesicht der mehr als acht Millionen AfD-Wähler, Sympathisanten und Mitglieder. Besonders Frau Göring-Eckard hat sich mit ihrer Rede als Vertreterin von Unfreiheit und moralisierender Bevormundung geoutet. Sie ist vor allen Dingen keine Vertreterin von freier demokratischer Debatte, sondern steht für einen Mainstream-Diskurs voller Tabus und Verbote. Die AfD wird endlich den Mut zur Wahrheit auch in den Deutschen Bundestag bringen. Frau Göring-Eckard wird sich noch sehr wundern. Wir sind froh, dass man uns im Bundestag nicht willkommen heißt. Denn würden diese etablierten Parteien das tun, hätten wir etwas falsch gemacht.“

Magdeburg, 4. September 2017. André Poggenburg zum Kanzlerduell: „Verloren hat die Demokratie!“

„Die gestrige Vorstellung zur besten Sendezeit war so spannend wie ein Wiegenlied. ‚Gewonnen‘ hat keiner der beiden, verloren hat auf jeden Fall die Demokratie. Wenn zwei Kandidaten sich bei fast allen Themen einig sind, kann es keine demokratische Wahl für den Zuschauer geben. Hier ringt niemand um die besten Konzepte und Ideen. CDU und SPD schwimmen wie gewohnt im Einheitsbrei. Verloren haben nur unsere Wähler, weil sie keine Möglichkeit haben, eine echte Auswahl zwischen verschiedenen Positionen zu treffen. Mit solchen Schaustellern ist dieses Duell-Format mittlerweile völlig zum Einheits-Duett verkommen. Auch deshalb werden unsere Bürger am 24. September der AfD als einzig echten Alternative und Opposition eine starke Stimme bei der Bundestagswahl geben.“

Berlin, 4. September 2017. Dirk Driesang: Und der Sieger heißt: AfD

„Noch nie hat eine Oppositionspartei, die aktuell noch nicht einmal im Deutschen Bundestag vertreten ist, ein Fernsehduell so sehr beherrscht wie gestern Abend. Kein Wunder, denn die Wahlkampfversprüche der etablierten Parteien sind unglaublich und das spüren die Menschen. Wenn die SPD ‚bezahlbaren Wohnraum‘ fordert und zugleich nicht bereit ist, Europas Grenzen zu schließen, dann betrügt sie ihre Kernwählerschaft. Einen Sozialstaat kann es nämlich nur mit wirklich funktionierenden Grenzen geben. Wenn CDU/CSU mit dem Konterfei Merkels ‚Klar für Stabilität‘ plakatiert, dann wenden sich die Menschen kopfschüttelnd ab. Hat doch diese Kanzlerin mehr Instabilität über Deutschland gebracht, als alle ihre Vorgänger zusammen. Niemand kann innere Stabilität versprechen, wenn er nicht zugleich bereit ist, die Außengrenzen konsequent zu kontrollieren. Grenzen sind wichtig, auch und gerade im 21. Jahrhundert. Das spüren die Wähler inzwischen ganz genau und das werden sie am 24. September an der Wahlurne auch deutlich zum Ausdruck bringen.“

Berlin, 1. September 2017. Alice Weidel: Immer mehr Menschen wenden sich von Angela Merkel ab

„Merkel im Sinkflug! Die Asyl-Kanzlerin hat binnen Wochen fast sieben Prozent eingebüßt. Je näher die Schicksalswahl rückt, desto deutlicher erkennen die Menschen in Deutschland, dass ein naives ‚Weiter so!‘ nicht funktionieren kann. Das ‚Weiter so!‘ bezieht sich nicht nur auf die offenen Grenzen und das Asyl-Chaos. Es gilt mittlerweile auch für die Autoindustrie, die kalte Progression, die Nullzinspolitik, die unsere Ersparnisse auffrisst und für die steigende Terrorgefahr durch Zuwanderung. Merkel ist überhaupt nicht gut für unsere persönliche Zukunft, genauso wie für das ganze Land. Immer mehr Wähler haben erkannt, dass einzig und allein die AfD für einen komplett anderen Kurs steht und diese gescheiterte Politik von Angela Merkel korrigieren wird. Ziel ist es,

als Oppositionsführer im Bundestag die Altparteien vor uns her zu treiben, um das Ruder in diesem Land in letzter Sekunde noch einmal herumzureißen.“

August 2017

Berlin, 31. August 2017. Paul Hampel: Wählertäuschung beim Thema Familiennachzug

„2018 – nach der Wahl – beginnt der große Familiennachzug. Allein dadurch sind weitere Zuwanderermassen in Millionenhöhe zu erwarten. Laut Medienberichten dürften dann allein etwa 390.000 Syrer ihre Angehörigen nach Deutschland nachholen. Merkel will das Thema gerne unter dem Radar halten, um ihre Wähler nicht zu vergraulen. Auch wenn viele Medien dabei mitspielen, gelingt ihr das nicht. Denn wir von der AfD machen bereits seit langem darauf aufmerksam. Ein deutliches Zeichen dafür, dass die AfD wirkt und bei der CDU langsam doch das Muffensausen einsetzt, sind die neuesten Beschwichtigungsversuche von Innenminister de Maizière. Dieser spricht sich nun dafür aus, den Familiennachzug noch auszusetzen. Ganz in CSU-Seehofer-Manier wird etwas gefordert, das nach Wiederkehr der Vernunft klingt, am Ende für Merkel aber völlig unverbindlich bleibt. Die nämlich bleibt bei ihrem Schweigen zur Wahrheit über den Familiennachzug. Das ist pure Wählertäuschung.“

Berlin, 31. August 2017. Alexander Gauland: Eure Empörung ist pure Heuchelei

„Besonders aus den Reihen der SPD kennt augenblicklich der verbale Furor keine Grenzen. Die wüstesten Beschimpfungen sind dem Spitzenpersonal der Sozialdemokraten gerade recht, um ihrer Genossin Özuguz beizuspringen. Vor der letzten Bundestagswahl beabsichtigte unser heutiger SPD-Außenminister Gabriel noch, gleich das ganze Kabinett-Merkel wörtlich ‚rückstandsfrei zu entsorgen‘. Heute ist er stattdessen ein Teil davon. Wie sich doch die Perspektiven ändern. Auch sein Genosse Johannes Kahrs, der sich bei Twitter gar nicht mehr im Zaum halten konnte, hatte noch 2013 vor, Frau Merkel zu ‚entsorgen‘. Der gespielte Sturm der Entrüstung, der sich nun austobt, ist nichts als pure Heuchelei und an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Ihr macht Euch immer unglaubwürdiger, liebe Sozialdemokraten.“

Berlin, 30. August 2017. Paul Hampel: Einsatz der deutschen Marine brüskiert Italien

„Die deutsche Marine darf nicht dazu missbraucht werden, die italienischen Abschreckungsmaßnahmen zu unterlaufen und das Geschäft der Schlepper und Schleuser auf dem Mittelmeer zu betreiben. Dass kürzlich wieder gemeinsam mit einem NGO-Schiff illegale Migranten nach Italien verbracht wurden, setzt ein völlig falsches Signal.“

Damit wird sowohl der Erfolg der Abschottungspolitik Italiens gegen die Migrantenfähren der NGOs als auch das Engagement der libyschen Küstenwache aktiv untergraben. Die illegalen Einwanderer, die in den Schlepperbooten im Mittelmeer aufgegriffen werden, müssen ausnahmslos wieder dorthin zurückgebracht werden, von wo sie in See gestochen sind. Alles andere animiert nur immer mehr Armutsmigranten sich aufs Mittelmeer zu begeben, um dann nach Europa gebracht zu werden.“

Berlin, 30. August 2017. Alexander Gauland: Sogar der EU geht Merkels Asylchaos zu weit

„Sogar der EU-Kommission fällt inzwischen auf, dass Merkels Asylchaos für ganz Europa gefährlich ist. Nicht nur lockt Deutschland mit diversen Anreizen immer mehr Migranten an die europäischen Grenzen, von den hunderttausenden Ausreisepflichtigen illegalen Einwanderern wird auch nur ein winziger Bruchteil abgeschoben. Schon seit zwei Jahren fordert die AfD die Bundesregierung immer wieder auf, endlich konsequenter abzuschieben. Bislang vergeblich. Leider wird die Merkel-Regierung sich auch von der zur Einsicht gekommenen EU-Kommission nicht von ihrem Katastrophenkurs abbringen lassen. Nur bei Regierungsentscheidungen zum Schaden der Deutschen wird gerne auf Brüssel verwiesen. Kritik der EU-Kommission an der Bundesregierung wird bestenfalls als unverbindliche Meinungsäußerung gewertet, wenn man sie nicht gleich komplett ignoriert.“

Berlin, 30. August 2017. Alice Weidel: Teufelskreis der Migrationsanreize

„Deutschland gilt in den Augen vieler Wirtschaftsflüchtlinge als das gelobte Land. Ist man erst einmal hier angekommen, dann kann man mit sehr großer Wahrscheinlichkeit für immer bleiben und das mit großzügiger und dauerhafter Alimentierung durch den deutschen Sozialstaat. Es reicht sogar aus, um die Lieben in der Heimat noch mit Geldüberweisungen zu versorgen. Seit 2007 sind die Rücküberweisungen in Entwicklungsländer um mehr als 50 Prozent gestiegen. Mehr als vier Milliarden Euro überwiesen Migranten laut Bundesbank im vergangenen Jahr in ihre Heimatländer. Diese Gelder werden dann oft von den noch daheimgebliebenen Angehörigen dazu verwendet, sich ebenfalls auf den Weg zu machen. Denn da schon Verwandte hier sind, besteht auch weniger Notwendigkeit zu Integrationsbemühungen. Armutsmigration zieht so noch weitere Armutsmigration nach sich. Deutschland braucht hier dringend einen Politik- und Paradigmenwechsel. Die illegale Einwanderung nach Deutschland muss durch eine Sicherung der Grenzen unterbunden werden. Ausreisepflichtige Asylbewerber sind konsequent abzuschieben und Sozialleistungen – vor allem Geldleistungen – an Migranten drastisch

zu reduzieren. Wenn wir es nicht schaffen, die massenhafte Einwanderung in unser Sozialsystem zu stoppen, wird der deutsche Sozialstaat zwangsläufig zusammenbrechen.“

Magdeburg, 29. August 2017. André Poggenburg: Asyl-Kanzlerin Merkel untergräbt die Prinzipien unseres Rechtsstaats

„Wieder einmal bricht die Bundesregierung unter der Asyl-Kanzlerin Merkel alle rechtlichen Regelungen, indem sie die Dublin-Verordnung einfach missachtet. Gleichzeitig belastet sie damit die deutschen Bürger. Anstatt das zu tun, was unsere Bürger von ihr erwarten – die ungesteuerte Masseneinwanderung zu kontrollieren und die Asylkrise einzudämmen –, ermöglicht sie durch diesen Rückführungsstopp de facto ein zusätzliches Bleiberecht in Deutschland, über bestehendes Recht hinaus. Sie belastet und überfordert unser deutsches Volk und Sozialsystem damit ein weiteres Mal und beweist, dass sie zu Recht als Kanzlerin der illegalen Masseneinwanderer gilt. Eine Kanzlerin der Deutschen, die in ihrem Amtseid geschworen hat, sich mit aller Kraft für statt gegen das deutsche Volk einzusetzen, ist sie längst nicht mehr. Sie untergräbt mit ihrer Politik der Rechtsbeugung und Rechtsbruch die Prinzipien unseres demokratischen Rechtsstaats.“

Berlin, 29. August 2017. André Poggenburg: Schulz geht erneut mit AfD-Positionen auf Stimmenfang

„Mehr Ganztagschulen, bessere Schulabschlüsse, kostenlose Kita-Betreuung, die Aufwertung des Handwerks – anscheinend hat nun auch die SPD erkannt, dass Bildung der Schlüssel zu Erfolg und gesellschaftlicher Teilhabe ist. Eigene Ideen hat die SPD damit aber nicht eingebracht. Stattdessen schmückt sich die SPD wieder einmal mit originären AfD-Positionen und versucht, diese als ihren eigenen großen Wurf zu verkaufen! Die AfD fordert seit jeher ein deutschlandweit einheitliches Schulsystem mit einheitlichen Standards, Lerninhalten und vergleichbaren Abschlüssen. Es kann einfach nicht sein, dass ein Schulwechsel innerhalb Deutschlands nach wie vor große Probleme für Schüler und Eltern bedeutet. Ebenso muss ein Abitur aus Berlin so viel wert sein wie ein bayerisches Abitur. Allein die Tatsache, dass die SPD ihre Pläne einer ‚Bildungsallianz‘ mit dem Attribut ‚national‘ versieht, zeigt, wie verzweifelt sie nun versucht, ihre sonst ‚deutschfeindliche Politik‘ der letzten Jahre zu kaschieren und mit AfD-Positionen auf Stimmenfang zu gehen. Bisher hat die SPD alle Ableitungen des Nationalbegriffs geschmäht und gescheut wie der Teufel das Weihwasser. Besonders deren Jugendorganisation, die Jusos, verstehen sich augenscheinlich mittlerweile als die Retter der Welt vor dem Deutschtum. Einzig die AfD betreibt echte Politik für Deutschland in den Parla-

menten und verspricht dies nicht nur im Wahlkampf. Mit dieser weiteren AfD-Annäherung hat sich die Schulz-SPD weiter unglaublich gemacht und ist dabei, die CDU diesbezüglich noch zu überholen.“

Berlin, 29. August 2017. Beatrix von Storch: Amt der Integrationsbeauftragten abschaffen!

„Das Amt der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung wirkt sich kontraproduktiv aus und ist daher abzuschaffen. Integration wird dadurch nicht gefördert, sondern verhindert, indem von dort ständig neue Sonderrechte für Migranten gefordert werden. Dadurch werden keine Anreize zur Integration gesetzt. Im Gegenteil: Die Bildung und Etablierung von Parallelgesellschaften wird so gefördert. Sinnvoller wäre es, die deutsche Leitkultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. Die Anpassung an die deutsche Gesellschaft und Kultur ist der beste Weg der Integration und der einzige, der langfristig für Migranten und Einheimische vorteilhaft und erfolgversprechend ist.“

Berlin, 29. August 2017. Alice Weidel: Merkel provoziert die nächste Migrationswelle

„2018 wird allen Berechnungen nach das schwärzeste Jahr in der deutschen Asylkrise. Soeben hat die Bundesregierung genehmigt, dass mindestens 390.000 Syrer ihre Familien nach Deutschland nachholen dürfen. Weitere Länder werden folgen. Damit erwarten Experten im kommenden Jahr eine Migrationswelle von mindestens zwei Millionen Menschen – und das allein aus Syrien. Die Wähler müssen begreifen, was auf sie zukommt, wenn sie in drei Wochen Angela Merkel wählen. Unsere Sozialsysteme stehen jetzt schon bereits kurz vor dem Kollaps, da mehr als 60 Prozent der Migranten in Deutschland keinen Schulabschluss haben und damit keine Chance auf dem deutschen Arbeitsmarkt, nicht integrierbar sind und somit ein Leben lang in Parallelgesellschaften und in unserem Sozialsystem hängen bleiben. Dessen ungeachtet reißt Angela Merkel die Tore nach Deutschland noch weiter auf. Das birgt enormen sozialen Sprengstoff, erhöht die Terrorgefahr immer weiter und belastet den Staathaushalt in nie gekannten Dimensionen. Der Familiennachzug ist der Sargnagel zu unserem Sozialsystem. Die Wähler müssen am 24.9. klug handeln und verhindern, dass die CDU unter Merkel uns alle ins endgültige soziale Chaos stürzt.“

Magdeburg, 28. August 2017. André Poggenburg: Bertelsmann-Fake-Studie als Wahlkampfinstrument? – Medien übernehmen Bertelsmann-Propaganda ungeprüft!

„Alles an dieser Studie ist fragwürdig: die Datengrundlage, die Herangehensweise und die Auswertung, alles widerspricht den Fakten und dem realen Erleben unserer Bürger. Der Bertelsmann-Religionsmonitor ist eine reine ‚Fakenews‘, die unseren Bürgern eine politische gewollte Botschaft diktieren soll. Entweder hat sich die Bertelsmann-Stiftung zu Wahlkampfzwecken missbrauchen lassen oder sie hat sich gemein gemacht mit den Interessen der Bundesregierung, den deutschen Bürger für dumm verkauft und damit nichts anderes als Propaganda betrieben. In jedem Fall ist die Glaubwürdigkeit der Stiftung mit dieser Fake-Studie nun restlos dahin. Ebenso bezeichnend ist es, dass fast alle angeblich qualitativ hochwertigen Zeitungen, Magazine und der öffentlich-rechtliche Rundfunk willfährig die ‚Ergebnisse‘ der Bertelsmann-Stiftung übernommen haben. Dabei wurden weder der Wahrheitsgehalt hinterfragt noch die profunden methodischen und inhaltlichen Fehler irgendwie überprüft. Wir dürfen bei den sogenannten Qualitätsmedien auf eine Richtigstellung der unkritisch übernommenen Ergebnisse dieser Fake-Studie hoffen, alles andere wäre sonst nur noch als Boulevardjournalismus zu bezeichnen.“

Berlin, 26. August 2017. Georg Pazderski: Deutsche Soldaten dürfen sich nicht der Scharia unterwerfen

„Deutsche Soldaten müssen vor der steinzeitlichen Scharia-Gesetzgebung in Jordanien geschützt werden. Es darf nicht sein, dass sie im Einsatz gegen den Terror nicht gegen dessen Gesetze vor Ort immun sind. Die Debatte allein ist eine Zumutung für unsere Einsatzkräfte. Selbstverständlich müssen unsere Soldaten nach deutschem und internationalem Recht im Einsatz agieren. Alles andere wäre absurd und würde den Erfolg des Einsatzes und die Sicherheit unserer Soldaten gefährden.“

Berlin, 24. August 2017. Alice Weidel: Besuch in italienischen Brennpunkten offenbart ganzes Ausmaß der Massenzuwanderung

„Wer sich ein realistisches Bild von den Folgen, der maßgeblich von Deutschland angezogenen Massenzuwanderung aus dem Nahen Osten und Afrika machen will, der sollte sich nicht medienwirksam mit Offiziellen treffen, sondern muss Brennpunkte wie Ventimiglia besuchen. Die Lage vor Ort entlarvt die Legende vom Abflauen der Migrationskrise als Wahlkampf-Propaganda der Merkel-Kampagne. Traurig aber zugleich bezeichnend ist, dass die deutschen Leitmedien dieses Bild tatkräftig verbreiten und so Wahlkampf für Merkel machen. Tatsache ist: Der islamische Terrorismus hat ein Netz über ganz Westeuropa gelegt. In ihm schalten und walten Schlüsselfiguren des IS wie sie wollen. So fungierte ein führender Kopf des IS als Sprengstoff-Nanny für die Terrorzellen von Paris und Barcelona. Der Terror muss endlich als Folge einer ungebremsten

Zuwanderung aus islamischen Ländern und damit als gesamt-westeuropäisches Problem begriffen werden, das sich nur mit Passkontrollen, effektiver Grenzsicherung und der Ausweisung von Gefährdern lösen lässt. Der Migrationsdruck aus Afrika und dem Nahen Osten wird weiterhin enorm ansteigen, dort sitzen Millionen Menschen auf gepackten Koffern. Die Probleme Afrikas und des Nahen Ostens können aber weder in Italien noch in Deutschland gelöst werden. Notwendig ist nach wie vor eine nachhaltige Kursänderung in der Asyl- und Einwanderungspolitik. Merkel steht für Realitätsverweigerung und weiter so. Die AfD fordert die endgültige Schließung der Mittelmeerroute und die Errichtung von Asyl- und Schutzzentren in Nordafrika und dem Nahen Osten.“

Magdeburg, 23. August 2017. André Poggenburg: Ausländische Diesel-Fahrzeughersteller in die Pflicht nehmen!

„Es ist völlig unverständlich, dass der Bundesverkehrsminister und die Bundesumweltministerin ein nationales Dieselforum einberufen, deutsche Automobilhersteller auf weitere Stickoxidsenkungen ein schwören, gleichzeitig aber einfach akzeptieren, dass ihnen ausländische Hersteller sagen: ‚Nein, das wollen wir nicht!‘ Wenn das so weitergeht, wird es keine besseren Stickoxidwerte auf deutschen Straßen geben, die deutsche Automobilindustrie aber enorm benachteiligt und geschwächt werden. Natürlich wird sich das nicht zuletzt an Arbeitsplatzverlusten bemerkbar machen. Ich fordere Frau Hendricks und Herrn Dobrindt auf, bei der nächsten Sitzung des Dieselforums den Vertretern der ausländischen Automobilindustrie klare Ansagen zu machen. Es kann nicht sein, dass ausländische Marken hier in Deutschland unbehelligt bleiben“

Berlin, 23. August 2017. Alexander Gauland: Demokratie im Ausland erzwingen funktioniert nicht

„Trumps neuer Ansatz ist vernünftig. Die Vergangenheit hat nicht nur in Afghanistan gezeigt, dass es keinen Sinn macht, mit aller Gewalt und mit viel Geld, fernen Ländern Demokratie aufzuzwingen, die damit überhaupt nichts anfangen können. Diesen Fehler machen in Europa viele Nationen, allen voran Deutschland. Die Realität spricht hingegen hier eine andere Sprache: Es funktioniert schlichtweg nicht, in anderen Gesellschaften Demokratie zu erzwingen, wenn sie es nicht wollen, brauchen oder ihre kulturellen Strukturen das nicht hergeben. Dieser moralisierende Politikansatz ist gescheitert. Wir müssen damit aufhören, uns in die Innenpolitik anderer Länder einzumischen. Deutsche Außenpolitik muss Interessenpolitik sein. Trump hat vollkommen recht, wenn er sich in Afghanistan ausschließlich zur Terrorismusbekämpfung einmischt. Das sogenannte ‚nation building‘ ist mehrfach kläglich gescheitert und hat Milliarden verschlungen. Wir müssen unsere Außenpolitik ausschließlich an deutsche Interessen ausrichten:

Terrorbekämpfung, Wirtschaftsinteressen verteidigen, Sicherheit und Bündnisfähigkeit wiederherstellen. ‚Nation building‘ und Einmischung in innere Angelegenheit anderer souveräner Staaten gehören nicht dazu.“

Berlin, 23. August 2017. Georg Pazderski: Urteil zur Abschiebung vor terroristischen Gefährdern ist kleiner Lichtblick

„Das Urteil ist ein kleiner Lichtblick. Zwischen den vielen politischen und gerichtlichen Fehlentscheidungen, kommt man hier einmal aus dem Kopfschütteln heraus. Die Richter haben in dieser Frage den gesunden Menschenverstand walten lassen. Es wäre erfreulich, wenn dieses positive Beispiel endlich Schule machte. Denn dieses Urteil ist lediglich ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Ohne Grenzkontrollen und eine deutlich konsequentere Abschiebep Praxis wird dieses Urteil alleine nur wenig bewirken. Es müssen nun Schritte unternommen werden, damit terroristische Gefährder gar nicht erst in großer Zahl und unerkannt nach Deutschland einreisen können.“

Berlin, 22. August 2017. Alice Weidel: Absurde Panikmache mit Stickoxiden

„Diese Stickoxid-Grenzwerte im Freien sind inzwischen auf einen unrealistisch niedrigen Wert herabgesetzt worden. 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft sind an vielbefahrenen Verkehrskreuzungen zulässig. Am Arbeitsplatz gilt ein Grenzwert von 950 Mikrogramm. Diese Diskrepanz zeigt, wie absurd die aktuelle Dieselpanik ist. Viele Lobbygruppen in Brüssel haben ein veritables wirtschaftliches Interesse, die Konkurrenzfähigkeit der weltweit führenden deutschen Dieseltechnologie zu zerstören. Das erklärt auch, warum die Deutsche Umwelthilfe – einer der stärksten Lobbyverbände gegen den Diesel – Geld vom Autokonzern Toyota, der nicht auf Diesel setzt, erhält. Die deutschen Politiker müssen endlich die Scheuklappen abnehmen. In der Dieseldebatte geht es nicht um Umwelt- oder Verbraucherschutz, sondern um die Schädigung des Wirtschaftsstandortes Deutschland.“

Berlin, 22. August 2017. Paul Hampel: BIBB bestätigt – Mehrheit der Migranten ohne Schulabschluss

„Keine Chance auf dem deutschen Arbeitsmarkt, weil ohne jeden Schulabschluss. Das gilt für mindestens 59 Prozent der 2016 zu uns gekommenen Migranten. So korrigiert das Bundesinstitut für Berufsbildung – BIBB, die schönerechneten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. Das bedeutet, dass fast zwei Drittel der Migranten auf dem Arbeitsmarkt kaum eine Chance haben. Sie sind daher nicht integrierbar und werden lebenslang unserem Sozialsystem zur Last fallen. Man muss diesem Endlosmärchen immer wieder widersprechen: Es sind keine hochqualifizierten Ärzte oder Ingenieure, die

aus Syrien zu uns kommen, wie die Kartellparteien uns immer wieder gerne weiß machen wollen. Diese Migranten sind eine dauerhafte Belastung für unsere Gesellschaft. Sie gehören nicht zu uns, sondern bedienen sich an unserem Sozialstaat. Daher müssen wir alle, die kein Bleiberecht in Deutschland haben, weder dulden noch integrieren. Wir müssen sie umgehend abschieben. Alles andere ist gegen das Gesetz und untergräbt den Rechtsstaat.“

Berlin, 21. August 2017. Alexander Gauland: Seehofer entlarvt sich selbst – CSU ist nur Getöse

„CSU-Chef Seehofer macht nun selber deutlich, was AfD-Wählern schon lange klar ist: Von der CSU ist außer Getöse nichts zu erwarten. Seit zwei Jahren fordert die CSU eine Obergrenze für Asyleinwanderer. Passiert ist, obwohl die CSU in der Bundesregierung sitzt, nichts. In das Wahlprogramm hat man sie dennoch aufgenommen und Seehofer hat sie zur Bedingung für eine kommende Regierungskoalition erklärt. Nun aber, wo Frau Merkel sich selbst für die Grünen als Koalitionspartner warm macht, bekommt der Bayer eine Maulschelle aus Berlin verpasst. Folgenloses Wahlkampfgetöse aus Bayern ist der Kanzlerin solange Recht, wie damit konservative Wähler getäuscht werden und ihr Kreuz weiter bei der Union machen. Aber künftige Mehrheitsbeschaffer verärgern will man nicht. Also muss Seehofer nun schon vor der Wahl alles widerrufen und das Gegenteil behaupten. Man darf sich keiner Illusion hingeben. Die CSU hat die Funktion, etwas schärfer zu formulieren als die CDU, am Ende aber trägt sie alles mit, was Merkel macht. Wer eine Begrenzung der zumeist illegalen Einwanderung nach Deutschland will, der darf nicht CSU wählen. Dafür steht nur die AfD.“

Berlin, 19. August 2017. Dirk Driesang: Ritterschlag für AfD ausgerechnet durch Merkel

„Ein Anruf bei uns wäre auch wenig sinnvoll gewesen, denn in dieses Boot würde die AfD aus guten Gründen nie einsteigen. Das weiß auch Merkel. Die Botschaft an die Wähler ist somit ungewohnt deutlich, und sie kommt diesmal von Merkel selbst: Wer eine wirkliche Veränderung der Politik möchte, dem bleibt nur die eine Wahl, Alternative für Deutschland.“

Berlin, 19. August 2017. Nach pietätlosem Auftritt: Alice Weidel fordert Eva Högl (SPD) zum Rücktritt auf

„Wer fröhlich in die Kamera winkt, während in Barcelona Menschen noch immer mit dem Tode ringen, der sollte kein verantwortungsvolles Amt im deutschen Bundestag bekleiden. Neben der gekünstelten und bedeutungsschweren Ansprache des SPD-

Kanzlerkandidaten Schulz zeigt vor allem Högl, wie abgehoben Funktionäre der Regierungsparteien sind. Sie sollte die Konsequenzen ziehen. Wer solche Menschen in verantwortungsvolle Ämter gewählt hat, sollte seine Entscheidung anlässlich der kommenden Bundestagswahl noch einmal überdenken. Insgesamt geben die Spitzen insbesondere von CDU und SPD ein trauriges Bild ab. Weder eine gefühlskalte Kanzlerin, die über solche Tragödien mit den immer gleichen Worthülsen hinweggeht, noch ein Schauspieler wie Schulz werden die Zukunft Deutschlands im Sinne der Bürger gestalten.“

Magdeburg, 18. August 2017. André Poggenburg: Terror-Serie in Spanien – Europas Regierungen mitverantwortlich für desolate Sicherheitslage

„Dass mit diesen erneuten fürchterlichen Anschlägen nicht nur Spanien, sondern ganz Europa und damit Deutschland, erneut ins Visier des islamischen Terrorismus geraten sind, ist jedem klar. Kein europäisches Land ist mehr sicher. Die Anschläge kommen immer häufiger und immer heftiger, die Opferzahl steigt ständig. Die Täter sind zu allem bereit, aber bis heute hat sich die EU nicht auf ein koordiniertes Vorgehen geeinigt. Der Hang zu ‚Multikulti um jeden Preis‘ gilt eben auch für den Preis vieler europäischer Opfer. Die Sicherheitslage ist desolat, unsere Bürger sind völlig verunsichert. Es kann jeden Menschen, jederzeit, an jedem Ort treffen. Unsere Unbefangenheit und unser Sicherheitsempfinden sind erstmal verloren. Gerade Deutschland, als einer der wichtigsten EU-Staaten und Hauptverursacher der illegalen Masseneinwanderung, wäre schon lange in der Pflicht und in der Lage, den Kampf gegen den Terror konsequent und hart anzugehen. Stattdessen hört man überall nur Beschwichtigung und Mitleidsbekundungen von Politikern. Wem die Opfer dieser Anschläge und die Sicherheit unserer Bürger wirklich wichtig sind, der handelt endlich und redet nicht nur. Leider ist zum Handeln in Deutschland allein die AfD bereit.“

Magdeburg, 18. August 2017. André Poggenburg: Der fantastische Wandel der SPD

„Unglaublich kann sich eine Partei kaum mehr machen. Die SPD hat noch bis vor kurzem jeden als Rassisten und Rechtspopulisten an den gesellschaftlichen Pranger gestellt, der auf die Gefahren und Probleme der ‚Willkommenspolitik‘ der Altparteien hingewiesen hat. Gerade die SPD hat sich als größter Bremser bei der Begrenzung der illegalen Masseneinwanderung erwiesen. Wenn sich der SPD-Chef wenige Wochen vor der Bundestagswahl nun hinstellt und zugibt, dass die allermeisten Asylbewerber doch Wirtschaftsflüchtlinge sind, die daher auch kein Recht haben in Deutschland zu bleiben, ist klar, dass die Partei jetzt vor der Wahl noch kurz versucht unlauter Stimmen zu fangen. Niemand glaubt doch diese totale Kehrtwende, vielmehr

wird die SPD nach der Wahl davon nichts mehr wissen wollen, ganz nach Altparteienmanier. Die Wähler werden das richtig zu deuten wissen und die AfD mit einem starken Ergebnis in den Bundestag senden. Unsere Bürger wollen gute Politik nach der Wahl und nicht nur gute, abgeschriebene AfD-Themen im Wahlkampf.“

Berlin, 18. August 2017. Alice Weidel: Islamistischer Terror offenbart Politikversagen

„Jetzt auch Barcelona. Den Opfern und Familien des islamistischen Terroranschlages gilt unser Beileid. Dieser schreckliche Anschlag mitten in der Urlaubszeit in einer der beliebtesten Urlaubsstädte Europas zeigt, wie akut die Terrorgefahr durch den Islamismus in Europa ist. Die Terroristen sind unter uns. Dank der immer noch offenen Grenzen, können sie in Europa und Deutschland völlig unkontrolliert ein- und ausgehen und ihr schreckliches, menschenverachtendes Handwerk ausüben. Die Anschläge von Barcelona zeigen auch, dass wir es mit einem Politikversagen offener Grenzen und laxer Immigrationspolitik zu tun haben. Die naive Willkommenskultur gefährdet unsere Sicherheit, tötet Menschen und setzt unseren Frieden aufs Spiel. Wir müssen endlich unsere Grenzen schließen und alle islamistischen Gefährder sofort abschieben. Andernfalls wird sich auch Barcelona wiederholen. Barcelona ist überall.“

Berlin, 18. August 2017. Paul Hampel: Österreich und Bulgarien zeigen, dass es geht

„Noch immer weigert sich die deutsche Bundesregierung die Grenzen der Bundesrepublik zu sichern. Da ist es ein kleiner Hoffnungsschimmer das Bulgarien und Österreich die Sicherung ihrer Grenzen verstärken und damit auch Deutschland zumindest teilweise vor einer völlig unkontrollierten Zuwanderung mit schützen. Wie auch schon Ungarn, zeigt erneut das Ausland, der deutschen Bundesregierung, das Grenzsicherung geht – und das auch mit einem wesentlich geringeren Bruttosozialprodukt als Deutschland. Wir sollten diese Länder in ihren Anstrengungen unterstützen und uns in diesem Punkt – gerade an unseren österreichischen Nachbarn – ein Beispiel nehmen.“

Berlin, 17. August 2017. Alice Weidel: Schäuble ist der Schaden für die Bürger egal

„Es ist kaum verwunderlich, dass Schäuble eine rechtliche Überprüfung der Staatsanleihenkäufe der EZB nicht gefällt. Ohne das künstliche Zinsdumping, wäre sein Haushalt nämlich hochgradig defizitär. Durch die illegale Staatsfinanzierung der EZB werden aber Risiken in Billionenhöhe eingegangen und die deutschen Sparer durch den Null-Zins kalt enteignet. Private Altersvorsorge wird verunmöglicht und die Kaufkraft der

Bürger geschmäleret. Noch bevor das Bundesverfassungsgericht ein Urteil gefällt hat, fühlt Schäuble sich bemüßigt für Mario Draghis Enteignungspolitik in die Bresche zu springen. Dem Finanzminister ist der Schaden für die Bürger ganz offensichtlich völlig egal.“

Berlin, 17. August 2017. Alexander Gauland: Asyl ad absurdum

„Menschen, die in Deutschland den Asylstatus oder subsidiären Schutz bekommen haben, machen Urlaub dort, wo sie angeblich vor Verfolgung und Tod geflohen sind. Wie viele dies tun, ist den Behörden nicht bekannt. Von einer Dunkelziffer ist die Rede. Diese Vorgänge führen das System der Asylentscheidungen in Deutschland ad absurdum. Wenn ein vorgeblicher Verfolgerstaat gleichzeitig als Urlaubsland für ein und dieselbe Person taugt, haben offenbar nie Fluchtgründe vorgelegen. Das Phänomen ist bereits länger bekannt. Dennoch lassen sich Staat und Behörden weiterhin auf diese dreiste Weise auf der Nase herumtanzen. Und bezahlen muss das Ganze dann der Steuerzahler. Das ist skandalös. Das Asylrecht und die Kriterien, wonach über den Asylstatus entschieden wird, müssen dringend reformiert werden.“

Berlin, 16. August 2017. Alexander Gauland: Kilometerpauschale anheben

„Seit nun rund 16 Jahren ist die Kilometerpauschale unverändert bei 30 Cent pro Kilometer. Bis heute gab es keine inflationsbedingte Anpassung. Das aber ist überfällig. Während Steuern und Abgaben unentwegt steigen, bleiben Pauschalen unverändert. Somit steigt die Abgabenlast nicht nur absolut, sondern auch zusätzlich noch inflationsbedingt. Hier eine Anpassung vorzunehmen kostet verhältnismäßig wenig, entlastet aber vor allem die berufstätige Mittelschicht spürbar. Damit wäre gerade den Leistungsträgern unserer Gesellschaft endlich auch einmal geholfen.“

Berlin, 16. August 2017. Paul Hampel: Asylrecht reformieren!

„Die neuerlichen Zahlen des BAMF sind ein Skandal und offenbaren einmal mehr, dass das deutsche Asylrecht vollkommen veraltet und nicht mehr für die aktuelle Situation tauglich ist. Von den tausenden abgelehnten Asylbewerbern wird nur ein minimaler Bruchteil tatsächlich abgeschoben. Die große Masse bleibt geduldet in Deutschland, schlichtweg, weil sie sich gegen die Abschiebung zur Wehr gesetzt hat. Die ganze Absurdität unseres Asylrechts wird deutlich, wenn man diesen Zustand auf andere Bereiche überträgt: Man stelle sich vor, ein Mann überfällt eine Bank, wird von der Polizei gefasst, bleibt aber auf freiem Fuß, weil er sich der Verhaftung widersetzt. Udenkbar.

Ich werde mich im Bundestag für eine Reform des Asylrechts einsetzen, um diesen chaotischen Zustand endlich zu beenden. Es kann nicht sein, dass Asylbetrüger straffrei in Deutschland leben können.“

Berlin, 16. August 2017. Georg Pazderski: Linksextremistische Online-Plattform „Indymedia“ abschalten!

„Auf ‚Indymedia‘ wird regelmäßig zu Straftaten aufgerufen, zum Beispiel vor dem G20-Gipfel in Hamburg. Die Plattform dient zudem als Austausch- und Informationsbörse für die gesamte linksextremistische Szene, die darüber auch ihre Aktionen koordiniert. Erst dieser Tage wurden, kurz nachdem ‚Indymedia‘ über eine geplante Bürgerveranstaltung der AfD in Berlin-Schöneberg berichtet hatte, die Scheiben des vorgesehenen Veranstaltungsraums mutmaßlich von Linksextremisten zerstört. ‚Indymedia‘ wird von verschiedenen Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder als linksextremistisch verortet, und das amerikanische FBI führt es auf einer Terrorismus-Beobachtungsliste. Umso unverständlicher ist es, dass von Seiten der Sicherheitsbehörden offenbar keinerlei Anstrengungen unternommen werden, diese Plattform abzuschalten. Während auf Geheiß des Justizministers immer öfter kritische Stimmen in den sozialen Medien gelöscht werden, sobald sie auch nur irgendwie als ‚rechts‘ verortet werden könnten, dürfen sich die Linksextremisten ungestört und munter online austauschen und ihre staatsgefährdenden Straftaten planen. Ich fordere den Bundes-Innenminister daher auf, unverzüglich alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, damit ‚Indymedia‘ schnellstens abgeschaltet wird. De Maizière kann nicht einerseits ständig vor Hass und Hetze im Internet warnen und gleichzeitig eine der schlimmsten Hass- und Hetze-Plattformen unbehelligt lassen.“

Berlin, 15. August 2017. Paul Hampel: Politik darf nicht der Selbstbereicherung dienen

„Einen Baukonzern in die Pleite wirtschaften, Interessen russischer Energiemultis vertreten oder einfach in irgendeinem Konzernaufsichtsrat nichts tun. All das kann sehr lukrativ sein und besondere Fachkenntnis braucht’s dafür nicht. Einzige Bedingung: Eine gescheiterte Politkarriere. Ob abgewählter Ministerpräsident oder eine vorzeitig abgebrochene Kanzlerschaft, selbst 19 Monate als vielleicht peinlichster Bundespräsident in der Geschichte der Bundesrepublik reichen aus, um sich anschließend das restliche Leben so richtig entspannt zu vergolden. Es gibt kaum einen Ex-Politfunktionär in Deutschland, der seine mit Steuergeld vergütete Amtszeit nicht genutzt hat, um die Weichen aufs Kasse machen nach dem Amt zu stellen. Das was allzu menschlich klingen mag, ist

Ausdruck eines dekadenten Elitensystems, dass zu Lasten der arbeitenden und steuerzahlenden Bürger geht. Die etablierten Politiker heucheln gerne Bedauern über Politikverdrossenheit in der Gesellschaft. Ursache – und das wissen sie nur zu gut – sind sie selber. Moral und Ethik sind in der Politik lange abhandengekommen. Die Politik soll nicht der Selbstbereicherung dienen und nicht als Karrieresprungbrett herhalten. Wir fordern deshalb klare Regeln zur Begrenzung von Nebenverdiensten und längere Karenzzeiten für aus dem Amt scheidende Politiker. Die Anfälligkeit von Amtsträgern für das Anreizsystem der Lobbyisten wollen wir so reduzieren. Nur auf diese Weise kann verlorengegangenes Vertrauen langsam wieder zurückgewonnen werden.“

Berlin, 15. August 2017. Alexander Gauland: Wir müssen unsere Richter vor der Flut von Asylklagen schützen

„Wir müssen in ureigenem ureigenem Interesse unsere Gerichte gegen die Flut von Asylklagen schützen. Es darf nicht sein, dass die Verwaltungsgerichte in zum größten Teil unberechtigten Asylklagen untergehen und gleichzeitig, wenn denn dann ein Urteil gefällt wird, ihnen die Politik in den Rücken fällt. Der Fall Bvisi war ein Schlag ins Gesicht unserer Richter und hat noch immer eine fatale Signalwirkung für die Asylrechtsprechung. Auch Politiker müssen sich an die Rechtsprechung halten. Sie dürfen nicht aus verantwortungslosem Gutmenschentum oder politischer Effekthascherei geltendes Recht brechen. Es ist dringend notwendig, mehr qualifiziertes Personal in den Verwaltungsgerichten einzustellen. Nicht nur, um Asylanträge vernünftig und gründlich, aber auch zügig, zu entscheiden. Sondern auch, um alle anderen Verfahren wieder behandeln zu können. Es darf nicht sein, dass man zeitnah keine Bauzulassung mehr bekommt, nur, weil gleichzeitig hunderte von Eritreern mit unberechtigten Anträgen gegen ihre Abschiebung klagen. Die Politik sollte unsere Richter und schnelle Asylverfahren stützen und nicht mit verantwortungslosen Entscheidungen konterkarieren. Wir müssen abgelehnte Asylbewerber zügig abschieben und ihnen die Möglichkeit nehmen, immer wieder und wieder gegen die Abschiebung zu klagen.“

Berlin, 15. August 2017. Alice Weidel: Besser spät als nie – verbotene Staatenfinanzierung der EZB stoppen

„Es ist ein kleines positives Signal, dass das Bundesverfassungsgericht endlich aktiv wird. Allerdings kommt dies reichlich spät und viel zu zaghaft. Die widerrechtliche Staatenfinanzierung durch die EZB muss endlich gestoppt und nicht noch länger begutachtet werden. Seit Jahren betreibt die EZB die Finanzierung maroder Euro-Länder und überschreitet damit ihr Mandat. Sie geht Billionen schwere Risiken ein, die zum Großteil der deutschen Bundesbank ergo dem deutschen Steuerzahler aufgebürdet werden. Die

überschuldeten Staaten Südeuropas können auf die Weise weiter Schulden machen, während deutsche Sparer durch die künstlichen Niedrigzinsen kalt enteignet werden. Unabhängig von der Einschätzung durch den Europäischen Gerichtshof, muss das Anleihenkaufprogramm der EZB schnellstmöglich beendet werden. In jedem Fall ist die Beteiligung der Bundesbank an dem Programm umgehend einzustellen.“

Berlin, 15. August 2017. Georg Pazderski: Verteidigungsministerium muss Personalproblem der Bundeswehr entgegenwirken

„Die Bundeswehr hat ein durch die Politik verursachtes Personalproblem. Mit dem Ende der Wehrpflicht ist der Bundeswehr ein wichtiges Mittel zur Personalgewinnung genommen worden. Um den Personalbedarf decken zu können, sind Anforderungen an die physische und psychische Eignung von Rekruten zurückgeschraubt worden. Das darf nicht sein. Die Anforderungen an das Personal müssen sich am Auftrag der Bundeswehr und an den möglichen Einsatzszenarien orientieren. Nicht taugliche Rekruten einzustellen, bringt nicht nur die Betroffenen in Gefahr, sondern auch die Kameraden und führt dazu, dass die Bundeswehr ihrem Auftrag nicht mehr gerecht werden kann. Die Wehrpflicht ist daher wieder einzusetzen, um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sicherzustellen. Wer auch immer das Verteidigungsministerium nach der Bundestagswahl übernimmt, muss dies als vordringlichste Aufgabe erkennen und wird sich an deren Bewältigung messen lassen müssen.“

Magdeburg, 14. August 2017. André Poggenburg: Strafanzeige der SPD läuft gekonnt ins Leere!

„Dass diese Strafanzeige keinerlei Aussicht auf Erfolg hatte, war von vornherein abzusehen. Meine Äußerungen zur sogenannten Friedensdemo der Muslime in Köln, die leider von diesen nur spärlich besucht wurde, und auch meine ganz persönliche Meinung zu einem leider gewaltverherrlichenden Islam, erfüllen selbstverständlich nicht den Tatvorwurf der Volksverhetzung. Bedenklich ist vielmehr, dass linke Politiker scheinbar nicht begreifen wollen, worum es bei dem Vorwurf der Volksverhetzung eigentlich geht, und dass es sich dabei nicht um ein Wahlkampfinstrument linker Parteien, die selbst mit extremistischen Organisationen wie der Antifa sympathisieren, handelt. Hier versucht man immer wieder, das Strafgesetzbuch zur Unterdrückung anderer demokratisch legitimer Parteien und Politiker zu missbrauchen. Gut, dass dem einmal mehr deutlich Einhalt geboten wurde“

Berlin, 14. August 2017. Paul Hampel: Die Altparteien – Inhalte egal, Koalitionspartner egal, alles egal

„Die Altparteien zeigen immer deutlicher, wie austauschbar sie sind. Mit der Aussage, er könne sich auch im Bund eine Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Grünen vorstellen, liefert der CDU-Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Daniel Günther, einen weiteren Beleg dafür. Ob rot, grün, schwarz oder gelb: Jeder kann mit jedem. Jeder macht's jedem. Die Altparteien sind ein uniformer Parteienblock ohne inhaltliche Konturen. Nach außen versucht man, dem Wähler einen Wahlkampf vorzuspielen. Am Ende ist es Ihnen egal welche Inhalte mit welchem Koalitionspartner umgesetzt werden. Inhalte egal, Farbe egal, alles egal. Hauptsache: Posten. Hauptsache: An der Macht. Dieses Mal gibt es endlich eine echte Alternative zum schwarz-rot-gelb-grünen Einheitsbrei und das ist die Alternative für Deutschland.“

Berlin, 13. August 2017. Jörg Meuthen: Merkel ordnet den deutschen Rechtsstaat dem eigenen Vorteil unter

„Die Regierung Merkel verletzt konstant das Grundgesetz und das Dublin-Abkommen – und das ohne Not oder Zwang. Das ergeben die neuen Asyl-Zahlen der Bundespolizei, nach denen lediglich 903 von rund 280.000 Asylsuchenden 2016 nach Deutschland hätten einreisen dürfen. Alle anderen durften sich nicht auf das Asylrecht berufen, denn sie waren bereits in Sicherheit. Hätte die Bundesregierung die Vorgaben des Grundgesetzes geachtet, hätte sie mindestens 279.000 Migranten sofort an der Grenze zurückweisen müssen. Die Zahlen der Bundespolizei belegen in erschreckendem Maße, wie dramatisch die Kanzlerin das Asylrecht und die europäischen Verträge mit Füßen tritt. Die Bundesregierung ist für fast 99 Prozent der Migranten in Deutschland nicht zuständig. Sie berufen sich fälschlicherweise auf das Asylrecht. Frau Merkel hat den deutschen Rechtsstaat schleichend ausgehebelt, denn sie glaubt anscheinend, mit ihrem ‚Wir schaffen das‘ mehr Sympathien in der Bevölkerung zu erheischen. Dabei missachtet sie nicht nur Recht und Gesetz, sondern setzt auch den sozialen Frieden in Deutschland aufs Spiel. Wer diese Kanzlerin wählt, entscheidet sich für jemanden, der den Rechtsstaat dem eigenen politischen Vorteil unterordnet und je nach Stimmung wechselhaft zu den eigenen Gunsten auslegt. Mit der AfD ist das nicht zu machen. Gesetze müssen nicht nur respektiert, sondern auch ohne Ausnahme umgesetzt werden. Eine Politik, die die AfD zur einzigen Rechtsstaatspartei in Deutschland macht.“

Berlin, 11. August 2017. Alexander Gauland: Gemeinsam Druck auf Nordkorea ausüben – Eskalation verhindern

„Im Nordkorea-Konflikt muss die Spirale der verbalen Eskalation verlassen werden. Schon die Geschichte zeigt, dass Säbelrasseln nicht den Frieden bewahrt, sondern die Kriegsgefahr erhöht. Es handelt sich hierbei nicht nur um einen regionalen Konflikt.

Zusätzlich zu der atomaren Bedrohung durch Nordkorea selber, wären im Fall einer kriegerischen Eskalation auch die Sicherheitsinteressen der Großmächte China und Russland ernsthaft tangiert. Angesichts des enormen Gefahrenpotentials für den Weltfrieden, ist Kriegsrhetorik hier völlig fehl am Platz. Die USA müssen verantwortlich in Abstimmung mit China und Russland ihre Schritte wählen. Der UN-Sicherheitsrat hat mit der einstimmig beschlossenen Verschärfung der Sanktionen gegen Nordkorea gezeigt, dass es möglich ist, gemeinsam Druck auf den nordkoreanischen Diktator auszuüben. Dieser Weg muss weiter beschritten werden.“

Berlin, 11. August 2017. Alice Weidel: Abschiebungen durchsetzen – Schluss mit betreutem Fliegen

„Dass abgelehnte Asylbewerber deshalb nicht abgeschoben werden können, weil sie sich zu heftig wehren, hört sich zunächst völlig unglaublich an. Doch bedenkt man, dass die Abschiebungen mit normalen Verkehrsflugzeugen erfolgen, die von für diese besondere Aufgabe gar nicht ausgebildeten Piloten geflogen werden, sind die entstehenden Probleme greifbar. Sie tragen dazu bei, dass immer mehr Personal benötigt wird, um die Ausreise aus Deutschland überhaupt möglich zu machen. Das betreute Fliegen muss ein Ende haben, es ist kostenintensiv und dient am Ende dem einzigen Zweck, abgelehnte Asylbewerber wieder in ihre Heimatländer zu transferieren. Psychologen sind hier ebenso wenig von Nöten wie begleitende Betreuer. Die Bundesregierung verfügt in Form der Bundeswehr über in Sicherheitsfragen bestens ausgebildetes Personal, das auch noch die notwendige Infrastruktur mitbringt, um diese Aufgaben zu übernehmen.“

Berlin, 10. August 2017. Paul Hampel: Rot-Grün oder Schwarz-Gelb – alles nur Farbenspiele

„Niedersachsen ist derzeit ein Sinnbild für die politischen Verhältnisse in Deutschland. Wo lustig von Grün bis Schwarz gewechselt werden kann, geht es nicht mehr um Inhalte. Die Diskussion, ob nun Schwarz-Gelb oder Rot-Grün die Mehrheit bekommt, ist eine reine Scheindebatte. Inhaltlich bieten die unterschiedlichen Farbkombinationen keine nennenswerten Unterschiede mehr. Es ist nur ein farbenfroher Schaukampf, der den Wählern vorgegaukelt wird. Ein leicht durchschaubares Schmierentheater. Für die meisten Politiker geht es offenbar ohnehin nur noch um das bezahlte Mandat, auf welcher Liste ist dann nur noch zweitrangig. Die Situation in Niedersachsen bestätigt erneut: Es gibt nur eine wirkliche Alternative zum Einheitsbrei der Altparteien und das ist die Alternative für Deutschland.“

Magdeburg, 8. August 2017. Poggenburg: Keine Verfassungsschutzbeobachtung der AfD Sachsen-Anhalt – Amtsmissbrauch durch Innenminister Stahlknecht?

„Uns war von vornherein klar, dass der Verfassungsschutz keinerlei Grund hat, unsere Partei zu beobachten. Die AfD in Sachsen-Anhalt, die Landtagsfraktion und unsere Mitglieder stehen fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Bei einzelnen verbalen Entgleisungen wurden bereits die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Völlig inakzeptabel ist allerdings, dass der Innenminister durch seinen Prüfauftrag sein Amt missbraucht und zudem dem Ansehen des Verfassungsschutzes als zur Neutralität verpflichtete Behörde massiv geschadet hat. Der Minister hat versucht, den Verfassungsschutz zu Wahlkampfzwecken für seine eigene Partei zu missbrauchen. Dieser Versuch ist auf ganzer Linie gescheitert.“

Berlin, 8. August 2017. Georg Pazderski: Deutsche Trump-Berichterstattung auf Yellow-Press-Niveau

„Nicht ein Tag vergeht, ohne dass sich die deutschen Medien mit Negativberichterstattung über den amerikanischen Präsidenten überschlagen. Verfolgt man die Berichterstattung zu Trump seit seiner Amtseinführung, könnte man meinen, außer politischen und juristischen Niederlagen und Skandalen brächte die US-Regierung gar nichts zu Stande. Wenn schon in einer solchen Quantität über die Politik in den USA berichtet wird, wäre auch ein wenig Information über tatsächliche Inhalte wünschenswert. So zum Beispiel darüber, dass die illegale Einwanderung in die USA im Vergleich zum Vorjahr um rund 20 Prozent zurückgegangen ist. Man muss bei weitem nicht alles gut finden, was Trump macht. Die deutschen Medien müssen sich aber vorwerfen lassen, dass sie eine andauernde plumpe Anti-Trump-Kampagne auf unterstem Yellow-Press-Niveau betreiben. Sie schaden damit am Ende der eigenen Zunft und ihrer Glaubwürdigkeit.“

Berlin, 8. August 2017. Alexander Gauland: Opportunismus wird in Lindner gemessen

„Man könnte mittlerweile eine neue Maßeinheit einführen: 1,0 Lindner steht für das Maximum an möglichem Opportunismus. Wenn das eigene Programm mal wieder inhaltlich zu dünn ist, dann liest Christian Lindner einfach Positionen aus dem AfD-Programm ab. Diesmal ist es die Forderung nach einer Entspannung des Verhältnisses zu Russland, da diese im deutschen Interesse liegt. Hört sich gut und richtig an, klang bei der FDP aber noch vor nicht allzu langer Zeit ganz anders. Es dürfe nicht zugelassen werden, dass sich ein Staat in Europa ungeahndet Teile eines anderen Staates einverleiht, ließ die FDP 2014 verlauten. Man sprach vom Bruch des Völkerrechts, forderte

harte Sanktionen und wollte die Angliederung der Krim an Russland auf keinen Fall hinnehmen. Nun fordert Lindner genau das: den Status quo hinzunehmen. Ein weiteres Mal offenbart die FDP ihre völlige inhaltliche Beliebigkeit. Ernstnehmen kann man die Äußerungen des FDP-Chefs schon lange nicht mehr. Lindner und die FDP wechseln ihre Positionen schneller als ein Chamäleon die Farbe. Eine solche Partei, deren einziger beständiger Inhalt die bedingungslose Kumpanei mit Wirtschaftslobbyisten ist, braucht niemand.“

Berlin, 7. August 2017. Alexander Gauland: Lobbyismus eindämmen!

„Dass in Deutschland ein Ministerpräsident seine Reden von Konzernlobbyisten umschreiben lässt, sorgt zu Recht für Aufregung. Es ist dabei jedoch nur ein Symptom für ein weit tiefergehendes Problem. Der eigentliche Skandal ist die viel zu enge Verzahnung zwischen Politik und Wirtschaftslobby, welche in diesem Fall lediglich offener zu Tage tritt als im Normalfall. Es ist ein offenes Geheimnis, dass in Deutschland und noch mehr in Brüssel die Politik von Lobbyisten gemacht wird. Die Empörung etablierter Politiker von Trittin über Kauder bis zu Lindner ist daher maximale Heuchelei. Ihre Parteien konsultieren alle ebenfalls Vertreter von Konzernen und Wirtschaftsverbänden bei der Erstellung ihrer Programme und Gesetzesentwürfe. Diese intransparente Hinterzimmerpolitik muss ein Ende haben. Wir brauchen ein Lobbyisten-Gesetz, das konkrete Rechte, Pflichten und Sanktionen sowohl für Regierungsmitglieder und Mandatsträger als auch für Lobbyisten vorschreibt.“

Hannover, 4. August 2017. Paul Hampel: Rot-Grün ade, Schwarz-Gelb wird auch nicht besser

„Die Mehrheit der rotgrünen Regierungskoalition von einer Stimme im Landtag von Hannover ist perdu. Sie fiel den in den etablierten Parteien üblichen Rechenspielen – gib mir ein Mandat und du hast meine Stimme – zum Opfer. Dass die Hauptakteurin von den Grünen Elke Twesten heißt, ist völlig unwichtig. Es glaubt ihr sowieso keiner, dass sie aus hehren Gründen zur Union wechseln will. Der Deal war lange und bestimmt mit ausreichenden Versprechungen eingefädelt worden. Ja, die parlamentarische Demokratie in Deutschland – und besonders in Niedersachsen – lebt (vom Geben und Nehmen der Funktionsträger). Nun muss „Steffi“, wie der Ministerpräsident unter Staatskanzleimitarbeitern genannt wird, Dienstwagen und sein repräsentatives Amtsgebäude aufgeben. Nur, er scheint es selbst noch nicht richtig begriffen zu haben. So wie er in der Vergangenheit vieles nicht begriffen hat. Zum Beispiel, dass ein wirklicher Landesvater sich schützend vor seinen größten Konzernen stellen muss, wenn der von den Amis mal kurz um 15 Mrd. US-Dollar gebracht werden soll. Die Liste der Verfehlungen ließe sich

endlos fortsetzen (man denke an die dubiosen Gefälligkeitsaufträge eines Herrn Lies, den Antifa-Sponsor Pistorius, oder den Bauernfeind Meyer). Die wirkliche Botschaft des Tages heißt: Machtwechsel in Hannover – alles bleibt wie es ist. Oder glaubt in diesem Bundesland wirklich noch einer, dass unter einer einheitssozialdemokratisierten CDU und der bekannten Rotlicht-FDP (Motto: „ gib mir Macht und ich mach mich nackisch“) irgendetwas anders wird? Nein, zu wirklichen Veränderungen, geschweige denn Verbesserungen, haben die Blockparteien, diese Dinos aus dem letzten Jahrhundert, keine Kraft, keinen Willen und schon längst keinen Mut mehr. Von Ideen ganz zu schweigen. Die Regierungskrise von Hannover bringt zwar den Schulz-Zug endgültig aus dem Gleis, aber das ist nur ein Bagatellunfall im Vergleich zum kommenden Crash des CDU-ICE. Ohne ein wertkonservatives Gleisbett auf Schienen „Made for Germany“, schlingert die Union ebenfalls ihrem finalen ‚Verfallsdatum entgegen. Es dauert nur ein bisschen länger. Zur FDP ersparen Sie, liebe Leser, mir bitte jeden weiteren Kommentar. Also ist wirklich ganz Niedersachsen in der Hand der schwarz-rot-grün-gelben in siebzig Jahren durchdegenerierten Römer? Natürlich nicht. Am Horizont entsteht längst ein blaues Dorf. Seine Einwohner sind vornehmlich Menschen, die alle in ihrem Leben schon etwas geleistet haben. Man baut und wächst langsam, dafür sturmfest und unter Beibehaltung der Bodenhaftung. Die Blockparteien werden es bei den nun vorzuziehenden Neuwahlen zu spüren bekommen. PS: Stop! Stop! Ich hab die roten Grünen vergessen. Aber ehrlich – zu denen fällt mir schon lange nichts mehr ein!“

4. August 2017. Paul Hampel: FDP-Wahlkämpfer tarnt sich als OSZE-Experte

„Kaum war die Nachricht raus, dass die OSZE Wahlbeobachter anlässlich der Bundestagswahl nach Deutschland entsenden wird, bemühten sich Politik und Medien eifrig zu relativieren. Die Heilbronner Stimme schaffte es gar einen OSZE-Mann zu Wort kommen zu lassen, der die Forderung der AfD nach Wahlbeobachtung, als absurd bezeichnete und der behauptete, Manipulation in deutschen Wahllokalen könne es gar nicht geben. Viele weitere Medien zitierten diese Meldung. Wer ist dieser Mann, der nachweisliche Falschbehauptungen äußert und das scheinbar im Namen der OSZE? Es handelt sich um Michael Georg Link, bis Ende Juni Direktor des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR). Komplette Verschwiegen wird aber in der Berichterstattung, dass eben dieser Herr Link nicht nur für die OSZE tätig war: Er ist langjähriges FDP-Bundesvorstandsmitglied und kandidiert auf Listenplatz drei der FDP-Landesliste Baden-Württemberg für den Bundestag. Außerdem ist er der Direktkandidat der FDP in Heilbronn. Da spricht also die Heilbronner Stimme mit ihrem örtlichen FDP-Bundestagskandidaten und labelt dessen AfD-Bashing dann als die Meinung eines neutralen OSZE-Experten. Bis hin zur FAZ wird das dann kritiklos von anderen Medien so

übernommen. Ob das mit seriösem Journalismus noch vereinbar ist, mag jeder für sich beantworten. Herr Link aber kann sich gerne bei den betroffenen AfD-Landesverbänden erkundigen, die bei Landtagswahlen von einer Vielzahl nachgewiesener Manipulationen durch Wahlhelfer geschädigt wurden. Den Vogel abgeschossen haben 2015 die Auszähler des Lloyd-Gymnasiums in Bremerhaven. Die jungen Wahlhelfer dort entschieden in bester ‚demokratischer‘ Manier, die Stimmen für die AfD – im wahrsten Sinne des Wortes – unter den Wahltisch fallen zu lassen.“

Berlin, 4. August 2017. Alice Weidel: Mehrwertsteuer senken – DIW bestätigt AfD-Forderung

„Auch, wenn eilig betont wird, man wolle die AfD nicht unterstützen, so kommt das DIW in seiner aktuellen Studie doch zu einem Ergebnis, das eine zentrale Forderung der AfD stützt. Eine hohe Mehrwertsteuer belastet vor allem kleine und mittlere Einkommen. Als einzige Partei in Deutschland fordert die AfD hier eine spürbare Entlastung über eine deutliche Senkung des Mehrwertsteuersatzes herbeizuführen. Das sorgt nicht nur für mehr Kaufkraft für die Bürger, sondern befördert zudem auch die Binnenkonjunktur. Auch wenn sie es aus politischer Opportunität ungern zugeben wollen, bestätigen die Forscher des DIW die Richtigkeit der AfD-Forderung.“

Berlin, 3. August 2017. Alice Weidel: NGOs leisten der illegalen Einwanderung nach Europa Vorschub

„Was bereits seit Monaten vermutet wurde, scheint nun zur Gewissheit zu werden: NGOs betätigen sich als Helfer der Schlepper und leisten der illegalen Einwanderung nach Europa Vorschub. Diese Boote fungieren als Wassertaxis, deren Betrieb finanziert werden muss. Die notwendigen Geldflüsse sind umgehend zu ermitteln, es sollten alle im Mittelmeer tätigen NGOs durchleuchtet, sowie bei Anhaltspunkten für illegale Aktivitäten sofort festgesetzt werden. Was im Pazifik vor der Küste Australiens funktioniert, ist auch im Mittelmeer umsetzbar. Die technischen Möglichkeiten, die den NGOs dazu dienen, Migranten aufzulesen und nach Europa zu transferieren, können auch gegenteilig dazu genutzt werden, Migranten wieder an ihren Ursprungsort zurückzubringen.“

Magdeburg, 3. August 2017. André Poggenburg: Raum-Absage ist klare Demokratie-Absage!

„Offensichtlich war die leider nachvollziehbare Sorge hinsichtlich einer Gefahrenlage durch extreme Gegendemonstranten nur ein Vorwand des Vermieters, um die AfD kurzerhand auszuschließen. Es ist der reine Hohn, wenn der Vermieter anführt, er

stünde für Toleranz und demokratische Werte und dann in völlig inakzeptabler, intoleranter und undemokratischer Weise der AfD die Räume kündigt. Die Alternative für Deutschland ist eine demokratisch legitimierte Partei, die nun auch in NRW im Landtag stark vertreten ist. Diese Aktion ist daher ein Schlag ins Gesicht für alle Demokraten, nicht nur für die vielen AfD-Wähler. Es ist richtig, dass der Landesverband der AfD diesen Vorgang nicht einfach so hinnehmen wird. Unabhängig davon verurteilen wir natürlich auch die Bedrohungslage, die von Linksextremisten immer häufiger ausgeht, scharf. Wir haben deren gefährliches, rechtswidriges und undemokratisches Verhalten ja bereits beim AfD-Bundesparteitag in Köln über uns ergehen lassen müssen und die Auswüchse in Hamburg vor aller Welt Augen erfahren dürfen. Niemals darf die freiheitlich-demokratische Gesellschaft vor Extremismus – egal ob von links, rechts oder religiös motiviert – zurückweichen!“

Berlin, 3. August 2017. Alice Weidel: Vertrauen in die Politik wiederherstellen – Nebeneinkünfte stark begrenzen

„Wie die FDP lassen sich auch viele Bundestagsabgeordnete von Konzernen der Deutschland AG hofieren. Dass die Bürger das Vertrauen in die Politik verloren haben, ist angesichts hoher Nebenverdienste und der damit einhergehenden Folgen kaum verwunderlich. Denn wie sollen Abgeordnete, die beispielsweise von der Pharmalobby oder von Versicherungskonzernen finanziert werden, noch neutrale Entscheidungen treffen? Ich halte dies, auch angesichts der hohen Summen von bis zu 3,2 Millionen Euro pro Legislatur für einzelne Abgeordnete, für ausgeschlossen. Auf den Fluren des Bundestages geht die Angst um, mit jedem Bundestagsmandat, das die AfD erhält, verlieren die Altparteien nicht nur Sitze im Bundestag, sondern eben auch ihre lukrativen Pöstchen. Keine Lobby wird in einen ehemaligen Abgeordneten investieren, der kein Mandat und damit keinen Einfluss mehr hat. Wir sind in erster Linie Bürger, die in die Politik gegangen sind, um diese Zustände zu beheben. Die Altparteien können sich deshalb darauf verlassen, dass wir im Bundestag alles daran setzen werden, Licht auch dort ins Dunkel zu bringen, wo an Abgeordnete über Jahre Millionenbeträge aus anonymen Quellen geflossen sind. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, die Bestimmungen hinsichtlich solcher Nebeneinkünfte deutlich zu verschärfen. Wir wollen keiner Lobby, sondern Deutschland dienen.“

Berlin, 2. August 2017. Alice Weidel: Nach Energie- jetzt die Dieselwende

„Der Diesel bleibt eine unverzichtbare Zukunftstechnologie. Dieselmotoren sind effizienter als Benziner. Sie kommen mit weniger Kraftstoff aus und produzieren deutlich

weniger CO₂. Seit Jahren werden jedoch die Grenzwerte für Luftreinhaltung immer weiter nach unten geschraubt. Allerdings nicht in geschlossenen Räumen, wie etwa auch am Arbeitsplatz. Dort gelten nach wie vor Werte, die um ein Vielfaches höher sind. Das zeigt, dass es der Anti-Diesel-Lobby mitnichten primär um den Verbraucherschutz geht. Die Kampagne gegen den Dieselmotor greift vor allem die exportstarke deutsche Automobilindustrie an. Sie ist eine von Lobbyisten in Brüssel und Berlin initiierte Hexenjagd, die vor allem dem Wirtschaftsstandort Deutschland schadet und damit rund eine Million von Arbeitsplätze gefährdet. Der hysterische und undifferenzierte Aktionismus der deutschen Regierungspolitiker ist nicht nachvollziehbar. Sie sind verpflichtet, Schaden von Deutschland abzuwenden und tun wieder einmal genau das Gegenteil. Ideologie hat ihren Preis. Und den zahlen wie bei der Energiewende die Bürger.“

Berlin, 2. August 2017. Jörg Meuthen: Sozialausgaben explodieren – Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme stoppen

„Die CDU behauptet, dass es Deutschland so gut gehe wie noch nie. Diese besonders von der Kanzlerin immer wieder bemühte Aussage steht im Widerspruch zu den ständig steigenden Sozialausgaben. Immer mehr Menschen beziehen hierzulande Sozialleistungen. Die scheinbar guten Arbeitsmarktzahlen verschweigen, dass viele Menschen, die in der Arbeitslosenstatistik nicht auftauchen, faktisch nicht bzw. kaum berufstätig sind: Das betrifft etwa die geringfügig Beschäftigten, die sogenannten Aufstocker oder Personen, die an Maßnahmen der Arbeitsagentur zur beruflichen Eingliederung teilnehmen. Und als ob dies nicht schon genug wäre, kommt eine immer größere Anzahl an Migranten in unser Land, die die Sozialsysteme, die ohnehin schon aus dem letzten Loch pfeifen, noch weiter strapazieren werden. Anstatt noch mehr Sozialleistungsempfänger zu produzieren und in unser Land zu lassen, brauchen wir dringend eine Reform der Sozialsysteme und einen sofortigen Stopp der Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme.“

Berlin, 1. August 2017. Paul Hampel: Schäuble hat Mitverantwortung für Milliardenschaden

„Über Jahre hin haben Großanleger und Banken, Aktien zum Dividendenstichtag so oft den Besitzer wechseln lassen, dass eine mehrfache Erstattung der Kapitalertragssteuer möglich war. Dabei haben die Institute, die auf diesen Handel notwendigen Steuern nur einmal entrichtet. Dadurch ist dem Fiskus ein Schaden von über 30 Milliarden Euro entstanden. Der Bundesfinanzminister Schäuble ist aus seinem eigenen Hause und von externen Experten mehrfach auf diese Praxis hingewiesen worden. Dennoch wurde sie jahrelang hingenommen. Der Finanzminister hat dafür die Verantwortung zu

übernehmen. Entweder hat er die Vorgänge wider besseres Wissen toleriert, oder er ist so inkompetent, dass er sie, trotz der zahlreichen Hinweise, über Jahre nicht erkannt hat. In beiden Fällen ist er eine Fehlbesetzung und wäre mit einer bloßen Entlassung aus seinem Amt noch gut bedient. Regierung und auch Medien gehen über diesen größten Steuerraub der deutschen Geschichte aber hinweg, als sei die Sache ein banales Kavaliersdelikt. Und das ist eigentlich der noch viel größere Skandal.“

Berlin, 1. August 2017. Georg Pazderski: Bundespolizei unternimmt Schritte in die richtige Richtung

„Die Bundespolizei geht mit moderner Video-Technik gegen die durch die Politik verursachte verschärfte Sicherheitslage vor. Das ist sehr zu begrüßen. Dass schon vor Beginn der Testphase von rot-rot-grünen Politikern ‚totale Überwachung‘ geschrien wird, ist fehl am Platze. Eine effiziente Überwachung von hochfrequentierten öffentlichen Orten hat nichts mit Überwachungsstaat zu tun, sondern ist angesichts der steigenden Bedrohungslage unverzichtbar. Diejenigen Politiker, welche die Innere Sicherheit auf dem Altar der grenzenlosen Zuwanderung opferten, sind nun die gleichen, die nichts gegen die Folgen ihrer katastrophalen Politik unternehmen wollen. Die neue Videotechnik hat das Potential, Leben zu retten. Es ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, den die Bundespolizei mit der Erprobung dieser Technik unternimmt.“

Berlin, 1. August 2017. Alice Weidel: FDP dient nicht den Bürgern, sondern dem, der das beste Angebot macht

„Die Liste der FDP-Spender liest sich wie das ‚Who is Who‘ der Deutschland AG: Vom Energiekonzern bis zur Autovermietung ist alles dabei. Die deutsche Wirtschaft sehnt sich den Einzug der FDP in den Bundestag anscheinend geradezu herbei, sind die angeblich Liberalen doch insbesondere ein Garant für Vergünstigungen für Unternehmen. Bis heute profitiert zum Beispiel die Hotelbranche immens von der durch die FDP eingebrachte Mehrwertsteuersenkung, der im Jahr 2009 eine Spende von 1,1 Millionen Euro eines Hotel-Unternehmers vorangegangen war. Die FDP ist eine Partei, die nicht den Bürgern dient, sondern dem, der das beste Angebot macht.“

Juli 2017

Berlin, 29. Juli 2017. Paul Hampel: Dieserverbot ist Ergebnis von bürgerfeindlichem Lobby-Aktionismus

„Die vor allem von der sogenannten Deutschen Umwelthilfe (DUH) geführte Kampagne gegen Dieselfahrzeuge ist eine durch Lobbyismus getriebene Hexenjagd. Sie wird unsachlich geführt und schadet auf breiter Ebene der mittelständischen Wirtschaft,

vielen Bürgern und dem Standort Deutschland. Während an deutschen Arbeitsplätzen ein Grenzwert von 950 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft gilt, soll ein Wert von nur 40 Mikrogramm in der Stadtluft ein Gesundheitsrisiko sein. Das ist Irrsinn. Jeder Staubsauger und jede Duftkerze übersteigen im Übrigen die Grenzwerte für Feinstaub um das zigtausendfache. Das Dieserverbot für Stuttgart ist ein fataler Höhepunkt dieser Lobby-Kampagne. Es bedeutet für Millionen von Dieselfahrzeugbesitzern eine Enteignung über den Wertverfall ihrer Fahrzeuge. Überdies werden Millionen von Arbeitsplätzen gefährdet. Möglich ist dieses Trauerspiel vor allem durch die überbordenden Befugnisse, welche die rot-grüne Bundesregierung unter Kanzler Schröder der Deutschen Umwelthilfe verliehen hat. Diese ist nicht nur eine klageberechtigte Umweltorganisation, sondern hat seit 2004 auch das Recht, vermeintliche Verstöße gegen Verbraucherschutzvorschriften selber zu verfolgen. Sie finanziert sich, indem sie Mittelständler mit Vertragsstrafen und Abmahnungen überzieht. Daneben erhält sie auch Unterstützung der EU und zum Beispiel von Automobilkonzernen, die im Konkurrenzkampf mit deutschen Dieselfahrzeugherstellern stehen. Hier geht es in Wahrheit nur um eines: dem erfolgreichsten deutschen Industrieprodukt aller Zeiten den Garaus zu machen. Die DUH als mächtige Lobbyorganisation arbeitet zum Schaden Deutschlands und geriert sich dabei als eine Art Ersatzbehörde. Sie muss unbedingt in engere rechtliche Schranken verwiesen werden.“

Berlin, 29. Juli 2017. Alexander Gauland: Terrorismus wird immer mehr zum Alltag – was muss noch passieren, bis endlich ein Umdenken stattfindet?

„Es ist erschreckend, wie sehr der islamische Terrorismus mittlerweile in den deutschen Alltag Einzug hält. Immer wieder und immer häufiger müssen wir solche Gewalttaten in Europa erleben. Unser Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Angehörigen. Doch mit der Beleidsbekundung alleine darf es nicht getan sein. Wir dürfen diese Entwicklung nicht einfach ignorieren und hinnehmen. Ich kann schon die linken Verharmloser hören, die sich in diesen Fällen stets fassungslos zeigen, nur um im Anschluss zu relativieren und vor Instrumentalisierung zu warnen. Wieder nur ein Einzelfall, wieder nur psychische Verwirrtheit und Drogen. Konsequenzen? Wieder keine. Der Täter hätte nicht mehr hier sein dürfen, er hätte gar nicht erst nach Deutschland einreisen dürfen. Und wenn SPD-Bürgermeister Scholz mitteilt, dass der Tatverdächtige nicht abgeschoben werden konnte, weil er keine Papiere besessen hätte, zeigt das den ganzen Irrsinn der gegenwärtigen Gesetzeslage. Die Nachweispflicht dafür, wo jemand herkommt, muss doch bei demjenigen liegen, der etwas von uns will – und nicht umgekehrt. Wie lange müssen wir

noch fordern, die Grenzen zu sichern und ausreisepflichtige Ausländer auch wirklich abzuschieben? Was muss noch alles passieren, damit in Politik und Gesellschaft endlich ein Umdenken stattfindet?“

Magdeburg, 28. Juli 2017. Poggenburg: Politisches Desaster – Insolvenzen wegen Russlandsanktionen

„Die Russlandsanktionen schaden unserer heimischen Wirtschaft immens. Sie sind politisch grundfalsch, da es sich bei der Abspaltung der Krim nicht um eine Annexion sondern um eine Sezession gehandelt hat, und sie sind wirtschaftlich ein Desaster für Deutschland. Das muss auch die Haselhoff-Regierung einräumen, trotzdem setzt sie sich nicht für eine rasche Beendigung ein. Alle Altfraktionen im Landtag haben unseren Antrag zur raschen Beendigung der Russlandsanktionen abgelehnt. Gerade in Sachsen-Anhalt wird die Wirtschaft durch politische Fehlentscheidungen der Altparteien stark ausgebremst. Die Unternehmensgewinne sind eher gering, die Löhne sind zu niedrig, ansässige Firmen können sich nicht angemessen entwickeln und neue Unternehmen siedeln sich hier kaum an. Die Russlandsanktionen schwächen den Wirtschaftsstandort und gefährden Unternehmen und Arbeitsplätze!“

Berlin, 27. Juli 2017. Georg Pazderski: Trauer um tote Bundeswehrsoldaten – Ursachen unverzüglich aufklären

„Mit Bestürzung mussten wir die Nachricht vom Tod zweier Bundeswehrsoldaten in Mali zu Kenntnis nehmen. Meine Gedanken sind bei den Angehörigen, die geliebte Menschen verloren haben. Bundeswehrsoldaten riskieren täglich ihr Leben. Umso wichtiger ist daher eine unverzügliche Aufklärung der Ursachen. Die Sicherheit unserer Soldaten im Auslandseinsatz muss oberste Priorität haben.“

Berlin, 26. Juli 2017. Alexander Gauland: Als Zwangsunion hat die EU keine Zukunft

„Folgt der EuGH dem Gutachten seines Generalanwaltes, dann ist das ein radikaler Eingriff in die Souveränität demokratische Nationalstaaten. Ungarn und die Slowakei werden das nicht hinnehmen, genau wie viele weitere Staaten Ost- und Mitteleuropas. Wenn Brüssel versucht, die Mitgliedsstaaten dazu zu zwingen, die verfehlte Asylpolitik von Merkel und Co. auszubaden, besteht die Gefahr, dass diese Staaten sich am Ende gänzlich aus der EU verabschieden. Diese Art von Entscheidungen war es auch, die viele Briten dazu bewogen hat, für den Austritt ihres Landes aus der EU zu votieren. Sollte sich die EU weiter als Zwangsunion gerieren, dann hat sie keine Zukunft.“

Berlin, 26. Juli 2017. Georg Pazderski: EU-Mission ermöglicht den Schleppern erst ihr Geschäft

„Die EU ermöglicht der nordafrikanischen Schlepper-Mafia erst das Geschäft. Durch die Sophia-Mission können auch noch so schrottreife Seelenverkäufer losgeschickt werden. Den eigentlichen Transport nach Europa übernimmt nämlich die EU. Nur 12 Meilen müssen die maroden Boote schaffen. Sobald sie aus den libyschen Hoheitsgewässern heraus sind, kommen die Schiffe von EU und NGOs, um die illegalen Migranten nach Europa zu verbringen. Das ist ein Irrsinn. Über 6 Millionen Migranten sitzen südlich des Mittelmeeres quasi auf gepackten Koffern nach Europa. Und dank des europäischen Shuttleservices werden es immer mehr. Damit muss endlich Schluss sein. Die Schleuserboote müssen ausnahmslos zurück an die nordafrikanische Küste geleitet und die Schlepperbanden endlich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden. Nur so lässt sich verhindern, dass immer mehr seeuntaugliche Boote in See stehen.“

Berlin, 25. Juli 2017. Beatrix von Storch: Die EU-Mission Sophia muss beendet werden

„Die EU-Mission Sophia zur Rettung von Migranten ist ein großer Fehler. Die Schiffe der EU sind leider dazu verpflichtet, aufgegriffene Migranten in italienische Häfen und damit in die EU zu bringen. Das ist der völlig falsche Auftrag, denn die Migranten müssen stattdessen ausnahmslos abgewiesen und nach Rettung aus echter oder vermeintlicher Seenot nach Afrika zurückgebracht werden. Nur so lässt sich die Mittelmeerroute schließen und Menschenleben retten. Bedürftigen sollten wir vor Ort helfen, ohne sie zuvor nach Europa und somit aufs Meer zu locken.“

Berlin, 25. Juli 2017. Alice Weidel: Staaten verschulden sich weiter, Sparer werden enteignet – Nullzinspolitik endlich beenden

„Was sich im ersten Moment positiv anhören mag, ist Ausdruck einer fatalen wirtschaftlichen Schieflage. Durch die Nullzinspolitik der EZB können marode Euroländer ihre Haushalte temporär von der normalerweise enormen Zinslast befreien und somit ihre hoffnungslose Überschuldung kaschieren. Die Schuldenberge sind höher als zuvor, aber die Zinslast ist gesunken. Leidtragende sind die deutschen Sparer, die unter dem Wegfall des Zinseszinses auf Sparguthaben zu leiden haben. Die DZ Bank berechnet den Schaden für den deutschen Sparer auf 436 Milliarden Euro seit 2010. Die Sparer werden schleichend enteignet, damit unsolide Haushaltspolitiker in Südeuropa ihre laxen Ausgabenpolitik fortführen können. Private Altersvorsorge ist so nicht möglich. Die Nullzinspolitik setzt falsche Anreizwirkungen an die Haushaltspolitiker der Eurozone.“

Das Schuldenmachen in Südeuropa geht ungehindert weiter, während deutsche Sparer der Altersarmut entgegengehen. Es handelt sich bei der EZB-Politik um nichts anderes, als eine gewaltige Wohlstandsumverteilung vom Norden in den Süden und vom Bürger an den Staat. Diese widerrechtliche Staatenfinanzierung der EZB über Niedrigzinsen und grenzlose Anleihekäufe muss endlich beendet werden.“

Magdeburg, 24. Juli 2017. André Poggenburg: Schulz-SPD war Katalysator der Merkel-Asylkrise

„Wenn Martin Schulz jetzt ernsthaft vor einer neuen Flüchtlingskrise warnen will, ist das an Lächerlichkeit und Unglaubwürdigkeit kaum mehr zu überbieten. Die SPD hat sich die letzten Jahre als Asylkrisen-Katalysator erwiesen, ihre Funktionäre haben sich gegenseitig bei Willkommensrufen förmlich überboten. Nun aber sollen unsere Bürger glauben, dass ausgerechnet eine SPD nach der Wahl konkrete Maßnahmen gegen Masseneinwanderung und Multikulti-Wahn umsetzen würde? Die Angst vor einer völligen Wahlschlappe, so wie in Sachsen-Anhalt 2016, ist offenbar so groß, dass alle Dämme brechen und die SPD annimmt, nur noch mit AfD-Themen punkten zu können. So war es mit den Forderungen nach mehr innerer Sicherheit oder einem Einwanderungsgesetz und das Gleiche geschieht nun hinsichtlich der sogenannten Flüchtlingskrise. Allerdings ist das Thema zu ernst, um es im Wahlkampf billig zu vermarkten. Wir brauchen ganz konkrete Maßnahmen im Ausland, wie zum Beispiel Asylzentren in Afrika, und konsequente Abschiebungen für unberechtigte Einwanderer im Inland. Hilfe vor Ort und konsequente Rückführung auf See geretteter Grenzgänger sind die einzig zielführenden Mittel, um Schleuserkriminalität und illegaler Masseneinwanderung zu stoppen. Allerdings ist die AfD die einzige Partei, die sich traut, diese klaren Forderungen zu stellen.“

Berlin, 24. Juli 2017. Alexander Gauland: Martin Schulz hat ausnahmsweise mal recht

„So grotesk es anmuten mag, dass ausgerechnet der SPD-Kanzlerkandidat die sogenannte Flüchtlingskrise zum Wahlkampfthema machen will, so unumgänglich ist dies. Schulz hat erkannt, dass es nicht möglich sein wird, die fortgesetzte massenhafte illegale Einwanderung nach Europa bis zum 24. September totzuschweigen. Nun versucht er die Flucht nach vorn. Ein verzweifelter Versuch. Waren es doch seine Genossen in Parlament und Regierung, die die katastrophale Situation in Deutschland und Europa mit herbeigeführt haben. Sie haben die Sicherung der Grenzen abgelehnt, konsequente Abschiebungen verhindert und Angela Merkel in ihrer Unbelehrbarkeit vehement unterstützt. Folgerichtig kann Schulz' Kritik nicht glaubwürdig sein und seine Forderungen nach einer schnelleren Verteilung von Migranten auf die EU-Staaten geht gänzlich in die

falsche Richtung. Die Armutsmigration nach Europa ist die größte Herausforderung vor der der Kontinent in diesem Jahrhundert stehen wird. Natürlich muss sie Bestandteil des Wahlkampfes sein. Da hat Martin Schulz ausnahmsweise mal recht. Die einzige Kraft in Deutschland, die dem mit Entschlossenheit begegnet, ist die AfD. Schließung der Mittelmeerroute, Sicherung aller EU-Außengrenzen und Kontrollen an den nationalen Grenzen. Das sind die Voraussetzungen, um der Krise Herr zu werden. Solange das nicht auch bei den deutschen Politikern angekommen ist, bleiben Äußerungen, wie von Martin Schulz, nichts als unglaubliche Lippenbekenntnisse.“

Berlin, 21. Juli 2017. Alexander Gauland: Das deutsche Volk spielt für Frau von der Leyen keine Rolle mehr

„Die Soldaten der Bundeswehr geloben beziehungsweise schwören ‚der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen‘. So lautet die verfassungsmäßige Formel. Für die Verteidigungsministerin scheint das jedoch nicht mehr passend zu sein. Sie sagte den Soldaten: ‚Sie schwören heute, am 20. Juli 2017, das Recht und die Freiheit tapfer zu verteidigen.‘ Vom deutschen Volk ist nicht mehr die Rede. Es ist für Frau von der Leyen offenbar keine Kategorie mehr. Wessen Recht und wessen Freiheit in Zukunft verteidigt wird, liegt dann wohl im Ermessen der Regierung. Von der Leyens Wortwahl ist kein zufälliger Lapsus. Sie ist symptomatisch für die gesamte Regierung Merkel. Denn auch die Kanzlerin spricht nur noch von denen, die schon länger hier leben und denen, die noch nicht so lange hier leben. Zum Wohle des deutschen Volkes agiert diese Administration schon lange nicht mehr.“

Berlin, 21. Juli 2017. Georg Pazderski: Verteidigungsministerin betreibt Nepotismus – schlimmste Fehlbesetzung in der Geschichte der Bundeswehr

„Ursula von der Leyen hat als Verteidigungsministerin von Anfang an auf allen Ebenen versagt. Ein Skandal jagt den nächsten. Da kam der vermeintliche Fall Pfullendorf gerade recht. Um von der eigenen Unfähigkeit abzulenken, zeigt sie mit dem Finger auf die Truppe. Dass schon Pfullendorf eine Chimäre war, hat unlängst die Staatsanwaltschaft Hechingen festgestellt. Aber die vorschnellen Urteile im Einzelfall reichten ihr noch nicht. Es musste die gesamte Bundeswehr unter Generalverdacht gestellt werden. Nur um sich selber zu profilieren, hat von der Leyen vorsätzlich eine ernste Vertrauenskrise in der Truppe heraufbeschworen. Mit ihrem persönlichen Spezi Christian Pfeiffer beauftragte sie – ohne Ausschreibung – jemanden, der genauso voreingenommen ist, wie sie selbst, um ihre Anschuldigungen und Vorverurteilungen pseudowissenschaftlich zu untermauern. Nepotismus in Reinkultur. In der Truppe ist die Wut über diese

schlimmste Fehlbesetzung in der Geschichte der Bundeswehr zu Recht gewaltig. Der Schaden, den Frau von der Leyen bislang schon angerichtet hat, ist nicht mehr zu beziffern. Diese Frau ist nicht nur fachlich völlig fehl am Platze, sie hat sich auch charakterlich für jede Führungsposition restlos disqualifiziert.“

Berlin, 21. Juli 2017. Georg Pazderski: Klagemöglichkeit gegen Asylbescheide abschaffen

„Die deutschen Gerichte sind mit Klagen gegen abgelehnte Asylgesuche hoffnungslos überlastet. Rund 250.000 Verfahren sind allein dazu anhängig. Ganz alltägliche Verfahren deutscher Staatsbürger bleiben dadurch völlig auf der Strecke. Darüber hinaus werden inzwischen im großen Umfang Verwaltungsbeamte zur Bearbeitung von Asylverfahren herangezogen. Sie fehlen an anderer Stelle, sodass auch allgemeine Verwaltungsdienstleitungen, wie etwa Geburtsurkunden oder Hochzeitsaufgebote, über Wochen und Monate nicht gewährleistet werden können. Die Funktionsfähigkeit elementarer staatlicher Aufgabenbereiche bricht zusammen. Die Klagen legen nicht nur Justiz und Verwaltung lahm. Sie sind auch Teil des Anreizsystems, das immer mehr illegale Migranten nach Deutschland lockt. Diese wissen, dass, auch wenn ihr Asylantrag von vornherein aussichtslos ist, sie dennoch jahrelang bei vollen Sozialbezügen in Deutschland verbleiben können. Es wird einfach geklagt und wieder geklagt und so lange wird nicht abgeschoben. Klagt ein deutscher gegen amtliche Entscheidungen, muss er überlegen, ob er dafür überhaupt genug Geld hat. Bei den Asylverfahren spielt das keine Rolle, denn auch hier trägt der deutsche Steuerzahler die Kosten. Hier ist der Gesetzgeber gefragt, die rechtliche Grundlage zu schaffen, um diese katastrophale Situation abzustellen. Die Möglichkeit gegen Asylbescheide zu klagen muss abgeschafft werden.“

Berlin, 20. Juli 2017. Alexander Gauland: Drohungen aus Brüssel sind der falsche Weg

„Es ist eine Unverschämtheit wie sich die Brüsseler Beamten gegenüber Polen aufspielen. Man mag gegenüber der geplanten polnischen Justizreform stehen wie man will, eines ist jedoch eindeutig: Sie wird von einer demokratisch gewählten Regierung durchgeführt und sollte auch nur von einer demokratisch gewählten Opposition in Polen bekämpft werden. Brüsseler Beamte haben nicht das Recht, sich in die inneren Angelegenheiten eines Mitgliedsstaates einzumischen, denn sie sind im Gegensatz zu den Regierungen der Mitgliedsländer nicht demokratisch legitimiert. Diese Justizreform ist Sache der Polen, sie geht Brüssel nichts an. Die EU kann nur Erfolg haben, wenn sie ein Europa der Nationalstaaten widerspiegelt. Da sind Druck, Einmischung und Zwang ge-

nau der falsche Weg. Sollten sich die Brüsseler Bürokraten weiter ungerechtfertigt gegenüber den kleineren Mitgliedsstaaten aufspielen, müssen sie sich über weitere Ausritte aus der EU nicht wundern.“

Berlin, 20. Juli 2017. Alice Weidel: Die Leitmedien versagen – Journalismus in der selbstverschuldeten Krise

„Eine neue Studie belegt, was vielen längst offenkundig schien. Viele der großen deutschen Medien haben im Zusammenhang mit der Asylkatastrophe versagt. Von kritischem Journalismus kaum eine Spur. Stattdessen Hurra-Berichterstattung über die Kanzlerin und die ‚Willkommenskultur‘. Auch wenn der ein oder andere kritische Beitrag inzwischen wohl unvermeidlich geworden ist, um nicht auch noch den letzten Rest an Glaubwürdigkeit zu verspielen, muss man zur Studie ergänzen: Bis heute hat sich wenig an der unkritischen Berichterstattung geändert. Viele Leitmedien transportieren im Wesentlichen weiter die Botschaft: Flüchtlinge kommen. Wir können dagegen gar nichts tun. Wir müssen ‚solidarisch‘ sein. Tragische Einzelschicksale sollen Bedauern wecken. Kritiker werden ausgegrenzt und mit sämtlichen zur Verfügung stehenden Negativattributen belegt. Wer nicht mitzieht, ist fremdenfeindlich, islamophob oder rechtsextrem. Weite Teile der deutschen Medien betreiben nach wie vor einseitige Propaganda und manövrieren sich so selber in die Krise. Die sinkenden Auflagen und Einschaltquoten zeigen, dass immer weniger Menschen bereit sind, diese Art von Journalismus hinzunehmen. Öffentliche und veröffentlichte Meinung klaffen zunehmend weiter auseinander.“

Berlin, 19. Juli 2017. Alice Weidel: Leistungsfeindliche Rekordabgabenlast endlich abbauen

„Der deutsche Steuerzahler arbeitet durchschnittlich über ein halbes Jahr für den Staat. Rechnerisch hat jeder Deutsche bis zum heutigen 19. Juli ausschließlich für den Staat gearbeitet. Das ist so viel, wie noch nie zuvor. Das Verhältnis aller Abgaben zum Volkeinkommen beträgt mittlerweile über 54 Prozent. Umgekehrt bedeutet das, von jedem verdienten Euro bleiben dem Steuerzahler lediglich ca. 45 Cent übrig. Die Regierung schröpft den Bürger für gigantische Umverteilungen nach Südeuropa, für eine ideologische Energiewende und an Menschen, die noch nicht so lange hier leben. Das ist nicht nur ein himmelschreiendes Unrecht, es hat auch langfristig katastrophale Fehlankreize für die Volkswirtschaft zur Folge. Diese Rekordabgabenlast würgt Konsum und Investitionen ab und verhindert das Bilden von Rücklagen. Es ist leistungsfeindlich, da es nachhaltiges Wirtschaften und Arbeit bestraft. Die Steuern müssen endlich gesenkt wer-

den. Die Abschaffung des Soli sowie eine Senkung der Mehrwertsteuer sind sofort umsetzbare Maßnahmen. Zusätzlich sind EEG-Umlage und Rundfunkbeitrag abzuschaffen. Das reicht aber nicht aus, um etwa der kalten Progression Herr zu werden. Hierfür braucht Deutschland endlich eine grundlegende Steuerreform, die das Steuerrecht radikal vereinfacht und entbürokratisiert. Die AfD will einen vereinfachten Stufentarif und das Familiensplitting.“

Berlin, 18. Juli 2017. Paul Hampel: Mittelmeerroute schließen!

„Schon wieder versagt die EU in der Flüchtlings- und Migrationspolitik. Wie auf dem Balkan, schaffen es die Verantwortlichen in Brüssel und den Hauptstädten, das Problem mit ihrem Handeln noch zu verschärfen. Anstatt die Außengrenzen der Europäischen Union zu schützen, unterstützen sie die Migranten noch bei ihrer illegalen Einreise – und erzeugen so eine Sogwirkung. Dabei wäre es möglich die Seegrenze effektiv zu sichern. Australien zeigt seit Jahren, wie sowas geht. In Libyen profitiert derweil eine organisierte Schlepperkriminalität mit Beihilfe unsäglicher NGOs von der Unfähigkeit der EU. Sie akkumuliert Geld und Macht in gigantischem Umfang. Diese Gangster werden so in wenigen Jahren die Machthaber und damit die Verhandlungspartner in dem nordafrikanischen Land sein. Die EU – vor allem Italien – muss aufhören Migranten auf europäisches Territorium zu verbringen. Den NGOs, die das Geschäft der Schleuser betreiben, muss das Handwerk gelegt werden. Der österreichische Außenminister Kurz hat unumwunden artikuliert, was der einzig vernünftige Weg ist: Die konsequente Schließung der Mittelmeerroute. Hoffen wir, dass es nicht bloß Wahlkampfgetöse mit Blick auf die FPÖ ist. Von unserer deutschen Regierung ist jedenfalls schon seit langem kein positiver Beitrag mehr zu erwarten.“

Berlin, 18. Juli 2017. Alexander Gauland: Seehofer ist nicht ernst zunehmen

„Die Forderung der CSU nach einer Obergrenze kann doch mittlerweile wirklich keiner mehr ernstnehmen. Dass sie immer noch in ihrem Wahlprogramm aufgeführt wird und gleichzeitig Flüchtlingskanzlerin Merkel auch die Kanzlerkandidatin der CSU ist, grenzt schon an Schizophrenie. Horst Seehofer und seine CSU haben in der laufenden Legislaturperiode eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass ihre Forderungen nichts als beschwichtigende Phrasendrescherei sind. Egal, wogegen der Bayer vorgab sich aufzulehnen, nichts aber auch gar nichts davon hat er aufgehoben. Weder eine Sicherung der Grenzen, noch eine Asyl-Obergrenze sind auch nur im Ansatz realisiert worden. Die CSU dient der CDU als pseudokonservatives Feigenblatt, um die Wähler bei der Stange zu halten. Sie betreibt Blenderei und täuscht bewusst ihre Wähler. Wer auch im Jahr 2017 immer noch darauf hereinfällt, ist offenbar nicht lernfähig. Es muss doch nun auch

dem Letzten klargeworden sein: Wer CSU wählt, der wählt Angela Merkel, mit allem, was dazugehört.“

Berlin, 18. Juli 2017. Georg Pazderski: Deutsche Einwanderungspolitik gescheitert – Massenzuwanderung in die Sozialsysteme stoppen

„Die deutsche Einwanderungs- und Integrationspolitik ist gescheitert. Das belegen nun auch die aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. Fast die Hälfte aller in Deutschland arbeitslos gemeldeten Menschen haben einen Migrationshintergrund. Betrachtet man alle Menschen die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind – also auch sogenannte Aufstocker oder solche, die an Maßnahmen der BA teilnehmen müssen – ist der Anteil noch höher. Er liegt weit über 50 Prozent. Dabei sind die Zahlen noch nicht einmal nach Herkunft aufgeschlüsselt. Angesichts der unterschiedlichen durchschnittlichen Bildungsgrade, ist eine Gleichverteilung eher unwahrscheinlich. Während chinesischstämmige Menschen in Deutschland im Alter zwischen 25 und 35 Jahren zu 88 Prozent Abitur haben, liegt dieser Anteil in der gleichen Altersgruppe von Menschen mit türkischen Wurzeln gerade einmal bei 19 Prozent. Es zeigt sich dabei, dass bei vielen Einwanderern, insbesondere aus den muslimisch geprägten Ländern, und deren Nachkommen, weder der Wille noch die Fähigkeit zur Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft vorhanden sind. Die deutsche Sozialgesetzgebung ermöglicht zudem, dass auch keine Notwendigkeit zur Integration besteht. Um die Situation in Zukunft nicht weiter zu verschlimmern, braucht Deutschland endlich ein Einwanderungsgesetz, das die Zuwanderung begrenzt und sie am konkreten Bedarf orientiert. Wer kommt, muss nicht nur willens, sondern auch in der Lage sein, sich zum Nutzen der Gesellschaft zu integrieren. Die unregulierte Masseneinwanderung unqualifizierter Personen in das deutsche Sozialsystem muss endlich rigoros unterbunden werden.“

Berlin, 18. Juli 2017. Alice Weidel: Wirtschaftsfeindliches EEG abschaffen

„Die Forderung des ZDH ist mehr als gerechtfertigt. Die EEG-Umlage belastet nicht nur das Handwerk, sondern die gesamte mittelständische Wirtschaft in Deutschland weit überproportional. Sie ist damit sowohl Investitions- wie auch Beschäftigungshindernis. Die Ablösung fossiler Energieträger durch erneuerbare Energie ist grundsätzlich eine richtige Entwicklung, kann aber nicht doktrinär erzwungen werden. Dieser Prozess benötigt Zeit und muss wirtschaftlich ablaufen. Eine bloße Umbuchung der EEG-Umlage in den allgemeinen Steuerhaushalt reicht dabei noch nicht mal aus. Sie gehört in der jetzigen Form abgeschafft. Die unwirtschaftlichen Subventionen für Ökostrom-Anbieter müssen komplett heruntergefahren werden und dürfen die privaten Haushalte

nicht weiter belasten. Ansonsten werden die erneuerbaren Energien niemals konkurrenzfähig und somit auch nicht nachhaltig am Markt etabliert.“

Berlin, 17. Juli 2017. Paul Hampel: Schulz' Ankündigungen bedeuten vor allem mehr Steuerbelastung und Umverteilung

„Noch mehr staatliche Umverteilung und Geldgeschenke aus dem Steuersäckel sind immer wieder die klassischen Wahlversprechen der SPD. Es werden immer mehr Gruppen definiert, die Förderung erhalten sollen. Zugleich müssen dieselben Personen immer mehr Steuern und Abgaben entrichten. Mit diesem Modell wird am Ende niemand gefördert, nur der Staat wird immer weiter aufgebläht. Der Steuerzahler-Gedenktag – der Tag im Jahr, bis zu dem die Bundesbürger rechnerisch nur für den Staat arbeiten – ist dafür ein Indikator. Er hat sich auch in diesem Jahr weiter nach hinten verschoben und fällt mittlerweile schon auf den 15. Juli. 2014 war es noch der 8. Juli. Anstatt diesen fatalen Trend endlich umzukehren, gehen Schulz' Pläne mit Vollgas weiter in die verkehrte Richtung. Der Handlungsspielraum für private Investition und Ersparnis wird immer kleiner. Das lähmt eine Volkswirtschaft. Die AfD fordert zur Entlastung der Bürger und des Mittelstandes eine grundlegende Steuerreform mit einer drastischen Vereinfachung des Steuerrechts sowie den Abbau der überbordenden Bürokratie. Somit werden auch Investitionen in Deutschland wieder attraktiver.“

Berlin, 17. Juli 2017. Alice Weidel: Grapsch-Migranten ausweisen

„Wurde zunächst in der Hauptsache von Übergriffen durch Migranten berichtet, scheint sich die Nationalität vieler Täter über Nacht geändert zu haben. So berichtet der Focus, mit Bezug auf Polizeiquellen, unter den rund 1.000 Randalierern seien weniger als die Hälfte Migranten gewesen. Man will uns also erklären, hier hätten Deutsche und Einwanderer gemeinsam randaliert und Frauen begrapscht. Das ist absolut unglaublich. Nicht nur, dass in den ersten Berichten über Schorndorf die Täter ganz klar skizziert wurden, auch die Erfahrung der vielen anderen Übergriffe in Deutschland spricht eine andere Sprache. Massenhafte Übergriffe, insbesondere auf Frauen und Mädchen, sind ein Phänomen, das über die immer noch offenen Grenzen nach Deutschland eingewandert ist. Kurz vor der Bundestagswahl ist man augenscheinlich darum bemüht, die nicht zu übersehene Entwicklung im Lande zu relativieren. In der Realität sind nicht einmal mehr Volksfeste vor Merkels Gästen sicher. Die Justiz muss endlich handeln und Urteile fällen, die den rechtlichen Rahmen ausnutzen und vor allen Dingen vor weiteren Straftaten abschrecken. Wo immer möglich, sind solche Täter auszuweisen. Ein Staat, der Straftäter mit Migrationshintergrund wie rohe Eier behandelt, öffnet nicht nur sexuellen

Übergriffen Tür und Tor, sondern hat die Kontrolle über die Innere Sicherheit bereits verloren.“

Berlin, 17. Juli 2017. Alexander Gauland: Erdogan stellt den Kampf gegen den IS-Terror in Frage

„Die Bundesregierung darf sich das Katz und Maus-Spiel, das Erdogan mit ihr treibt, nicht länger gefallen lassen. Erst Incirlik, jetzt Konya. Selbstverständlich müssen deutsche Politiker unsere Soldaten besuchen dürfen. Dass Erdogan mit solchen billigen Methoden versucht, gegen die Bundesregierung Politik zu machen, ist unerträglich. Viel schlimmer noch ist in diesem Zusammenhang, dass Erdogan damit bewusst die gute Zusammenarbeit in der NATO im Kampf gegen den IS-Terror aufs Spiel setzt. Denn anders als im bilateralen Incirlik, ist Konya ein NATO-Stützpunkt, der vornehmlich von deutschen Soldaten betrieben wird. Erdogan kann und darf kein Partner mehr für Deutschland sein. Frau Merkel muss dies spätestens jetzt mit aller Deutlichkeit klarmachen. Sie darf sich nicht länger von ihm auf der Nase herumtanzen lassen oder ihn gar hofieren, wie sie es noch vor Kurzem getan hat. Ich fordere Frau Merkel auf, die Zusammenarbeit mit der Türkei auf allen Ebenen endgültig zu kündigen.“

Magdeburg, 11. Juli 2017. Poggenburg: Ergebnis jahrelanger Ignoranz und Toleranz des Staates

„Wir verurteilen und verachten zutiefst die Gewaltexzesse und vornehmlich durch Linksextremisten verübten Straftaten auf dem G20-Gipfel in Hamburg. Die AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt tritt seit jeher entschieden gegen jede Form des Extremismus ein. Als Partei der inneren Sicherheit haben wir stets angemahnt, die zunehmende Bedrohung durch den Linksextremismus nicht zu ignorieren, sondern ihn mit allen staatlichen Mitteln zu bekämpfen. Dafür wurde die AfD stets als ‚Angstmacher‘ parteiübergreifend kritisiert. Doch jetzt haben die letzten Sozialromantiker erkannt, dass Merkels Politik übertriebener Linkstoleranz der Grund dieses Übels ist. Genau wie bei vorausgesagtem Verbrechensanstieg durch illegale Masseneinwanderung erfüllen sich auch beim Thema Linksextremismus die Voraussagen und Mahnungen der AfD in erschreckender Weise. Brennende Pkw, zerstörte und geplünderte Geschäfte, zahllose verletzte Bürger und sogar Polizisten sind vor den Augen der ganzen Welt das Ergebnis eines weiteren völligen Politikversagens einer Merkel-Regierung, die auf dem linken Auge vollkommen blind zu sein scheint. Ein randalierender Schwarzer Block, linksextremistische Gewaltverbrecher, die mit Pflastersteinen, Gehwegplatten und Stangen auf Polizisten, Passanten, Schaufenster und Fahrzeuge losgingen, waren zum G20-Gipfel das Aushängeschild Deutschlands

und Mahnung an alle Staaten. Ganz klar muss nun für alle Demokraten gelten: Nein zu Antifa und Linksextremismus – Zeichen setzen und AfD wählen!“

Berlin, 8. Juli 2017. Alice Weidel: Extremismuskanzlerin Angela Merkel

„Das Schanzenviertel fiel gestern Abend dem linksextremen Mob in die Hände. Der Rechtsstaat hat in Teilen Hamburgs sein Gewaltmonopol aufgegeben. Unbeteiligte Laden- und Autobesitzer sind zu großem Schaden gekommen, mehr als 200 Polizisten wurden verletzt, zum Teil schwer. Bürgerkriegsähnliche Zustände wie die in Hamburg sind vor allem deshalb möglich, weil sich die Regierung sowie die Grünen und Linken dem Problem des Linksextremismus nicht nur jahrelang verweigerten, sondern die sich immer weiter radikalisierende linke Szene tolerierten und indirekt förderten. Nicht auszumalen, wenn die aktuell 640 islamistischen Gefährder und deren Sympathisanten auf die gleiche Idee kämen und dem deutschen Staat den Krieg erklärten. Frau Merkel, die mit dem G20-Gipfel schöne Wahlkampfplakate als „world leader“ produzieren wollte, hat sich gründlich verkalkuliert und Deutschland vor der Welt blamiert. Sie hat gezeigt, dass sie nicht einmal in der Lage ist, Ordnung, Recht und Sicherheit im eigenen Lande zu garantieren. Sie steht als Extremismuskanzlerin für offene Grenzen, Terrorgefahr, Duldung des Linksextremismus und spätestens seit dem Hamburger Wochenende auch für rechtsfreie Räume und brennende Straßen. Die AfD ist die einzige Partei, die uneingeschränkt bereit ist, Recht und Ordnung auch rigoros durchzusetzen.“

Berlin, 7. Juli 2017. Paul Hampel: Linksextreme Gewalttouristen stoppen und mit aller Härte bestrafen

„Der Staat hat die Pflicht, die öffentliche Ordnung zu garantieren. Gewaltexzesse, wie in Hamburg, sind nicht hinnehmbar. Sie sind nicht nur akut durch die Sicherheitskräfte zu unterbinden, sondern müssen auch mit aller Härte strafrechtlich geahndet werden. Immer wieder kommen linke Gewalttouristen jedoch ungeschoren davon und treten dadurch immer selbstbewusster und enthemmter bei ihren Gewaltorgien auf. Journalisten, die hier euphemistisch und verharmlosend von Demonstranten sprechen, geben diesen Personen und ihrem Tun eine moralische Rechtfertigung und Rückendeckung, die sie nicht verdienen. Sie bestärken damit die gewalttätigen Linksextremisten in ihrem verbrecherischen Auftreten. Die Meinungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit sind hohe Güter, ja die höchsten Güter einer freiheitlichen Gesellschaft. Wer sie missbraucht und geradezu wörtlich mit Füßen tritt, darf nicht mit Milde rechnen dürfen. Personen, die sich verummern, zusammenrotten, Polizisten angreifen und öffentliches und privates Eigentum beschädigen und zerstören sind keine Demonstranten. Es sind Verbrecher. Sie gehören mit allen gebotenen Mitteln gestoppt und mit aller Härte bestraft.“

Berlin, 7. Juli 2017. Georg Pazderski: Justizversagen schafft rechtsfreie Räume

„Die Gefängnisstrafe von lediglich zwei Jahren und elf Monaten für den U-Bahn-Treter ist ein Skandal. Es bedeutet nichts Anderes, als dass man selbst bei schweren Verbrechen mildernde Umstände bekommt, sobald man einen kaputten, drogenbehafteten Lebenslauf vorweisen kann. Besonders traurig ist jedoch der Umstand, dass dieses skandalöse Urteil beispielhaft für die deutsche Kuscheljustiz ist. Sie hat mit solchen Urteilen mit dafür gesorgt, dass die Sicherheitslage in fast allen deutschen Großstädten so katastrophal wie noch nie ist. In München beispielsweise ist das Bahnhofsviertel mittlerweile so unsicher geworden, dass einer großen Hotelkette wichtige Kunden abhandengekommen sind. Schuld daran sind auch die Justizbehörden, die regelmäßig unter dem vorgesehenen Strafmaß für Verbrecher bleiben. Es scheint heutzutage in der Justiz mehr um die Reintegration von Straftätern in die Gesellschaft als um Schuld, Sühne und Bestrafung zu gehen. Dass das der falsche Weg ist, zeigen nicht nur die immer größer werdenden rechtsfreien Räume in den Großstädten. Sondern vor allen Dingen die stetig steigende Zahl der Straftaten bundesweit. Wir müssen endlich Recht und Ordnung mit allen durch die Gesetzgebung vorgesehenen Mitteln durchsetzen. Andernfalls sehen sich Kriminelle in ihrem Tun bestärkt.“

Berlin, 7. Juli 2017. Alice Weidel: Linksextremisten nicht länger mit Samthandschuhen anfassen

„Mehr als 100 Polizisten wurden bereits verletzt, in einigen Hamburger Straßenzügen herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände. Das jahrelange Hofieren und die finanzielle Unterstützung des Linksextremismus, den beispielsweise die heutige Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, als ‚aufgebauschtes Problem‘ bezeichnete, rächt sich nun. Während die Medien sich im Vorfeld bereits in die Polizeiarbeit einmischten und im Tenor nach Deeskalation riefen, müssen sich die Beamten vor Ort angreifen, bespucken und beschimpfen lassen, Anwohner verbringen das Wochenende in Angst. Nur eine Nulltoleranzstrategie ist hier zielführend. Linksextremisten dürfen nicht länger mit Samthandschuhen angefasst werden, sondern sind als das zu behandeln, was sie sind: Terroristen.“

Berlin, 7. Juli 2017. Alexander Gauland: Trump findet in Warschau viele richtige Worte

„In Polen hat Donald Trump viele richtige Worte nicht nur für die Polen gefunden, sondern auch für Europa. Er beschwor den Geist der Freiheit und des Glaubens, der

Polen seit Jahrhunderten stark und unbeugsam macht und das gelte auch für die gesamte westliche Welt. Trump mahnte vollkommen richtig, dass Europa und der Westen als Ganzes den Gefahren von heute entschlossen begegnen müssen. Dazu zählte er neben der Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus auch das versinken in überbordender und intransparenten Bürokratie, die an der eigenen Kraft zehrt. Besonders diese Worte sollten sich die EU-Funktionäre zu Herzen nehmen, denn sie sind eine unmissverständliche und berechtigte Kritik an der ausufernden Brüsseler Bürokratie. Anstatt zu versuchen, sich mit markigen Sprüchen gegen den amerikanischen Präsidenten zu profilieren, sollten deutsche und westeuropäische Politiker den Schulterchluss mit Polen und Amerika suchen. Denn Trump sagt zu recht, dass die westliche Wertegemeinschaft den Angriffen auf ihre Freiheitsrechte gemeinsam begegnen muss.“

Berlin, 5. Juli 2017. Paul Hampel: Islamisten bekämpfen

„Es genügt nicht nur die Gefährder namentlich zu kennen. Wenn von ihnen eine tatsächliche Bedrohung ausgeht und sie nachweislich gewaltorientiert sind, dann muss alles getan werden, um Gewalt und Terror abzuwenden. Auch der Terrorist Amri war den Behörden bereits bekannt. Die Menschen, die seine Opfer wurden, könnten heute noch leben, wenn schneller und konsequenter eingeschritten worden wäre. 680 islamistische Gefährder bedeutet letztlich nichts Anderes, als dass sich 680 weitere potentielle Amris ungestört in Deutschland aufhalten und jeden Tag in die Luft gehen können. Diese Bedrohungslage darf nicht einfach mit einem Schulterzucken hingenommen werden. Wenn irgend möglich, sind diese Personen umgehend aus Deutschland abzuschieben.“

Berlin, 5. Juli 2017. Georg Pazderski: Uniformverbot für Bundeswehrsoldaten – Rechtsstaat weicht bis zur Selbstverleugnung

„Der Rechtsstaat weicht in Deutschland immer weiter der Gewalt. Nach all den Anfeindungen, denen die deutschen Soldaten durch ihre eigene Ministerin in der jüngsten Vergangenheit ausgesetzt waren, sollen sie sich nun auch noch selbst verleugnen. Anstatt rigoros gegen linksextreme Gewalttäter vorzugehen und die öffentliche Ordnung sicherzustellen, knickt der Staat schon wieder vor denjenigen ein, die sein Gewaltmonopol missachten und ihn abschaffen wollen. Der Verfassungsschutz warnt davor, Islamkritik zu äußern, weil dies gewaltbereite Islamisten provozieren könnte und Soldaten, die Verteidiger des Staates, dürfen sich als solche nicht zu erkennen geben, um nicht Ziel linker Straftäter zu werden. Wo leben wir hier eigentlich, dass sich Staat und Gesellschaft von Extremisten die Regeln vorschreiben lassen müssen?!“

Berlin, 5. Juli 2017. Alexander Gauland: Der Flüchtlingsstrom geht unvermindert weiter

„Dass Österreich seine Grenzen zu Italien endlich sichern möchte, ist ein gutes Signal und absolut notwendig. Es ist allerdings eine Schande, dass Österreich die Aufgaben von Deutschland übernimmt. Dort scheint man begriffen zu haben, dass der Migrantstrom über das Mittelmeer mitnichten abgerissen ist. Im Gegenteil: Die nicht vorhandene EU-Migrationspolitik, das Versagen von Angela Merkel und die immer noch hohen Anreize nach Deutschland und Europa zu kommen, lassen die Migrantenzahlen immer weiter steigen. Das belegt ein vertrauliches Papier der deutschen Sicherheitsbehörden. Demnach warten in den Staaten Nordafrikas, in Jordanien und der Türkei bis zu 6,6 Millionen Migranten auf eine Weiterreise. Ende Januar waren es 5,95 Millionen, was einem Anstieg bis Ende April 2017 um knapp zwölf Prozent entspricht. Diese Menschen wollen in ihrer Mehrzahl nach Deutschland und werden dies auch erreichen, wenn Angela Merkel nicht bald dem Beispiel Österreichs folgt. Wir müssen nicht nur die Balkanroute und die Mittelmeerroute schließen. Wir müssen vor allen Dingen endlich begreifen, dass alle Routen, die sich immer wieder neu auftun, sofort zu bekämpfen sind. Wer nicht versteht, dass man nicht einen Sozialstaat bei gleichzeitig offenen Grenzen haben kann, wird ihn über kurz oder lang zerstören.“

Berlin, 5. Juli 2017. Alice Weidel: Mit Vollgas in die Schuldenunion

„Was Merkel und Schäuble hier veranstalten, ist der ganz offene und unverhohlene nächste Schritt auf dem Weg in die Transferunion. Über Jahre hinweg haben sie den Deutschen erzählt, man werde nur Gelder überweisen, wenn der IWF mit an Bord ist. Da dieser aber, selbst unter der umverteilungsfreundlichen Französin Christine Lagarde, nicht mehr bereit ist, diese offenkundige Insolvenzverschleppung mitzumachen, wirft man auch diese Devise kurzerhand über Bord und bringt einen eigenen Europäischen Währungsfond ins Gespräch. Es ist ein politischer Offenbarungseid der selbsternannten Euroretter. Immer tiefer treibt Merkel Deutschland in den Euro-Schuldensumpf. Damit das noch möglichst lange so weitergehen kann, wird auch die Null-Zins-Politik der EZB beibehalten werden. Sparer werden damit weiter enteignet und immer mehr deutsche Steuermilliarden auf nimmer Wiedersehen nach Südeuropa verschoben. Immer maß- und grenzenloser wird dieses Umverteilungsprogramm. Diese gewaltige Vernichtung von Wohlstand muss ein Ende haben. Deutschland muss diese Währungs- und Transferunion verlassen und deren geordnete Abwicklung unterstützen. Je länger wir jedoch damit warten, umso teurer wird es am Ende.“

Berlin, 4. Juli 2017. Alice Weidel: CDU hat die Bodenhaftung völlig verloren

„Die CDU hat die Bodenhaftung völlig verloren. Peter Tauber ist nicht nur Generalsekretär, sondern in erster Linie Generalprofiteur eines politischen Establishments, das keine Ahnung vom wirklichen Leben hat. Von einer Partei, die sich in ihrem Wahlprogramm gegen das Grundgesetz positioniert, ist jedoch auch nicht mehr zu erwarten. Man setzt nicht nur den Artikel 116 des Grundgesetzes außer Kraft, indem man nun von ‚neuen‘ und ‚alten‘ Deutschen spricht, sondern erhöht gerade im Niedriglohnsektor den Konkurrenzdruck enorm. Zukünftig werden ‚neue‘ und ‚alte‘ Deutsche um die von Tauber genannten Minijobs konkurrieren. Die AfD setzt sich in ihrem Wahlprogramm für eine soziale Arbeitswelt ein. Wir befürworten den Mindestlohn und sehen prekäre Arbeitsverhältnisse als Gefahr für die Altersversorgung und nicht zuletzt die Demografie. Weiterhin wollen wir die Abgabenlast für Familien senken und diese damit steuerlich entlasten.“

Berlin, 4. Juli 2017. Gauland: Schlepperei und illegale Einwanderung über das Mittelmeer stoppen

„Wer illegale Migranten vor der libyschen Küste, gar noch in libyschen Hoheitsgewässern, aufnimmt und nach Europa bringt, leistet mindestens Beihilfe zur Schlepperei. Organisationen, die auf diese Weise das Geschäft der Schlepper betreiben, müssen auch als solche behandelt und umgehend aus dem Verkehr gezogen werden. Insgesamt muss Europa endlich eine neue Gangart finden. Warum schafft Australien das und die EU versagt seit Jahren? Es kann nicht mehr hingenommen werden, dass im Mittelmeer aufgegriffene Einwanderer stets nach Europa gebracht werden. Gesetze und Verträge sind entsprechend anzupassen, damit diese Menschen umgehend an die afrikanische Küste zurückgebracht werden können. Ansonsten wird sich die Migrationskrise immer weiter verschärfen. Die Staaten der EU müssen endlich aufwachen und realisieren, dass wir mit der jetzigen Migrationspolitik auf eine Katastrophe zusteuern.“

Magdeburg, 3. Juli 2017. Bundestagswahlprogramm von CDU und CSU – Poggendorf: Vollmundige Versprechen ohne nachhaltige Konzepte

„Dafür, dass sich CDU und CSU am längsten Zeit für ihr Wahlprogramm gelassen haben, ist diesem wenig Konkretes zu entnehmen – noch weniger als erwartet. Bezeichnend ist allein schon, dass nicht die Parteibasis, sondern lediglich die Vorstände, das Programm beschlossen haben – natürlich einstimmig. Genau so macht die Union auch Politik, völlig bürgerfremd und abgehoben, das käme für die AfD nie in Frage. Es hat zudem den Anschein, dass Kanzlerin Merkel fest davon überzeugt ist, sie könne mit ihrer Politik der Beliebigkeit eine weitere Amtszeit bestreiten. Das Unionsprogramm besteht aus einer Aufzählung von Versprechen, die die Bürger erstmal wieder ruhigstellen sollen: Mehr Polizeibeamte, Baukindergeld, Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von

Grundschulern, mehr Kindergeld und gleichzeitig Steuerentlastungen von 15 Milliarden Euro. Ungeklärt dabei ist, woher die Gelder kommen sollen. Es ist offenkundig, dass dies wieder reine Wahlkampfversprechen sind, die nach der Wahl niemals eingehalten werden.“

Juni 2017

Berlin, 30. Juni 2017. Weidel: AfD prüft Verfassungsklage gegen das beschlossene NetzDG

„Obwohl der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages, der UN-Sonderbotschafter David Kayes und unzählige Sachverständige das Gesetz als Zensurvorhaben entlarvten und ablehnen, wurde heute das Netzwerkdurchsetzungsgesetz ohne große Diskussion im Bundestag durchgewunken. Das ist ein schwarzer Tag für das freiheitliche Deutschland und die Meinungsfreiheit in diesem Land. Dem Überwachungsstaat sind nun keine Grenzen mehr gesetzt. Die AfD wird nun mit Hochdruck an der Prüfung einer Verfassungsklage gegen dieses Zensurgesetz arbeiten. Ein Staat, der sich noch demokratisch nennen will, muss die Meinungsfreiheit als höchstes Gut zu betrachten. Wir werden nicht tatenlos dabei zusehen, wie diese Regierung den Rechtsstaat und die Demokratie zu Grabe trägt.“

Berlin, 29. Berlin 2017. Alice Weidel rät auf internationaler Konferenz Serben vom EU-Beitritt ab

„Die EU ist in ihrem gegenwärtigen Zustand nicht nur dysfunktional. Ein EU-Beitritt würde für Serbien insbesondere einen weitreichenden Souveränitätsverlust auf neuralgischen Politikfeldern bedeuten, beispielsweise in der Flüchtlings- und Migrationspolitik. Insbesondere unsere serbischstämmigen Mitbürger in Deutschland kennen nur allzu gut die Schattenseiten einer EU-Mitgliedschaft, die vor allem eine Aufweichung des Rechtsstaates bedeutet, ob nun bei der Grenzsicherung oder der Euro-Rettungspolitik, für die Serbien dann auch zahlen müsste.“

Berlin, 29. Juni 2017. Alexander Gauland: NGOs betreiben das Geschäft der Schlepper – Italien muss handeln

„Die derzeitige Praxis, afrikanische Einwanderer vor der libyschen Küste aufzulesen und sie nach Italien zu verfrachten, muss schnellstens beendet werden. Schiffbrüchige Migranten, die im Mittelmeer aufgenommen werden, müssen umgehend wieder dorthin zurückgebracht werden, von wo sie die Überfahrt gestartet haben. Diese sogenannten NGOs betreiben mindestens Beihilfe zur Schlepperei. Sie erleichtern den Schleppern ihr schmutziges Milliardengeschäft. Diese brauchen die Migranten nur noch

auf ein gerade noch schwimmfähiges Objekt zu setzen und am Horizont kreuzen schon die Gutmenschen, um den Rest der Schlepperarbeit zu erledigen. Das ist ein völlig unhaltbarer Zustand und die Ankündigung Italiens folgerichtig und längst überfällig. Italien sollte aber nicht nur ‚drohen‘, sondern dies auch genau so umsetzen.“

Berlin, 28. Juni 2017. Alexander Gauland: Die Ehe für alle ergibt gesellschaftlich keinen Sinn

„Wir sind aufgeschlossen gegenüber jedem Lebensentwurf. Die Ehe für alle lehnen wir aber ab. Sie verkennt die herausgehobene Bedeutung der Familien, in denen Kinder erzogen werden. Denn nur Familien mit Kindern sichern die Zukunft unserer Gesellschaft, unserer sozialen Sicherungssysteme und unserer Wirtschaft. Wir sehen die Ehe jedoch auch in der Tradition der christlich-abendländischen Kultur, die die Völker Europas nach wie vor prägt und in der die Ehe seit Jahrtausenden zwischen Mann und Frau als erstrebenswerter Bund ein zentrales gesellschaftliches Element darstellt. Daher fordert die AfD statt einer beliebigen Ehe für alle, eine Förderung der traditionellen Familie mit Kindern als Kernstütze unserer Gesellschaft. Dazu brauchen wir mehr Steuer- und Beitragsgerechtigkeit für diese Familien durch einen umfassenden Leistungsausgleich. Geeignetes Instrument dafür ist beispielsweise ein Familiensplitting, das über angemessene Freibeträge pro Familienmitglied zu einer spürbaren Entlastung von Familien führen soll. Frau Merkel ist auch in dieser wichtigen gesellschaftlichen Frage wieder einmal beliebig und ohne inneren Kompass. Sie verprellt ein weiteres Mal aus Gründen des Machterhalts und der vorausseilenden Befriedigung der Wünsche möglicher Koalitionspartner bürgerlich-konservative Wähler ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Verluste. Wie auch schon in der Europa-, Flüchtlings- und Sicherheitspolitik ist Frau Merkel eine von SPD und FDP getriebene Politikerin. Dass sie dabei ein weiteres kulturelles Kernelement unserer christlich-abendländischen Kultur und den Verfassungsrang der Ehe verwässert, scheint ihr vollkommen egal zu sein. Die AfD ist die einzige Partei in Deutschland, die diese Werte zugunsten unserer Gesellschaft bewahren will und die gegen eine Wertebeliebigkeit eintritt, die in letzter Instanz unsere gesellschaftlichen Strukturen und unser Fortkommen auflöst.“

Berlin, 28. Juni 2017. Paul Hampel: Deutschland darf nicht länger das Schlaraffenland für Armutsmigranten sein

„Die neuesten Zahlen von Eurostat zur Migration in und nach Europa sind erschreckend. Über 13 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen sind keine deutschen Staatsbürger. Das entspricht mehr als der gesamten Einwohnerzahl Griechenlands. Zugleich ist Deutschland der mit Abstand größte Einwanderungsmagnet überhaupt. Das

liegt vor allem an den großzügigen Anreizen, die die Bundesrepublik an Armutsmigranten in aller Welt aussendet. Die AfD fordert seit Jahren dies abzustellen, passiert ist seitens der Regierung bis heute nichts. Schlecht bis gar nicht ausgebildete Migranten der Dritten Welt sehen im deutschen Sozialstaat nach wie vor das Schlaraffenland. Das muss sich endlich ändern! Unsere Nachbarn in Tschechien zeigen, dass es auch anders geht. Das Parlament in Prag hat mit überwältigender Mehrheit einer Verschärfung des Aufenthaltsrechts und einer Begrenzung des Familiennachzugs zugestimmt. Angesichts der dramatischen Entwicklung in Deutschland, wäre es dringend angeraten, sich hierzulande ein Beispiel an den Tschechen zu nehmen.“

Berlin, 28. Juni 2017. Alice Weidel: CDU und SPD sollten sich für ihre Rentenpolitik schämen

„Es sind lebensfremde Positionen, die hier von der CDU geäußert werden. Eine von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegebene Studie kommt schon jetzt zu dem Schluss, dass 16,2% der Rentner von Altersarmut bedroht sind. Bis 2036 werden es voraussichtlich 20,2% sein. Jeder fünfte Rentner droht zukünftig zu verarmen. Nicht nur die CDU, sondern auch die SPD sollte sich deshalb in Grund und Boden schämen. Die beiden Regierungsparteien taten in der vergangenen Legislaturperiode nichts, um eine überfällige Rentenreform auf den Weg zu bringen. Stattdessen war man in den letzten zwei Jahren hauptsächlich darum bemüht, Gelder in eine nicht notwendige Integration derer zu investieren, die Deutschland überrannten. Hier werden unendlich viele Mittel freigemacht, Armut ist für die, die noch nicht so lange hier leben, deshalb tatsächlich überhaupt kein Thema. Angesichts des sozialen Ungleichgewichts dürfen sich SPD und CDU nicht wundern, dass ihre Asyl- und Integrationspolitik auf immer mehr Ablehnung stößt. Man hat eine Zweiklassengesellschaft geschaffen, in der man sich den eigentlichen Kernaufgaben und den Interessen der Deutschen nicht mehr widmet. Die AfD fordert in ihrem Wahlprogramm eine umfassende Rentenreform. Wer mehr gearbeitet hat, der soll später auch mehr Rente erhalten.“

Berlin, 27. Juni 2017. Paul Hampel: FDP – die Blenderpartei wie eh und je

„In NRW mit der CDU, in Schleswig-Holstein mit den Grünen. Die FDP ist immer noch dieselbe inhaltsleere Blenderpartei, die sie immer war. Für ihre Protagonisten ist die Regierungsbeteiligung das Einzige, was zählt. Wenn irgendwo eine Mehrheit benötigt wird, betätigen sich die Freidemokraten willfährig als parlamentarische Füllmasse. Schwarz, rot, rot-grün, schwarz-grün. Wann immer noch ein paar Mandate fehlen, holt man einfach die FDP dazu. Zur Belohnung gibt's Ministerposten. Markige Sprüche ohne inhaltliche Aussage sind die Kernkompetenz, Verbindlichkeit das Gegenteil von FDP.“

Wer überlegt, seine Stimme dieser Partei zu geben, muss sich im Klaren sein, dass er damit für alles und nichts stimmt. Das Einzige, was das Kreuzchen bei der FDP bewirkt, ist ein sicheres Auskommen für den Chef-Karrieristen Christian Lindner. Ist Dir alles egal, dann wähl die FDP.“

Berlin, 27. Juni 2017. Alice Weidel: Altersarmut ist Folge von Politikversagen

„Deutschland braucht eine grundsätzliche Rentenreform. Jeder weiß das, keiner traut sich, es endlich anzugehen. Der jetzige Fehlbetrag ist dabei nur ein kleiner Vorge-schmack auf das, was uns in nicht allzu ferner Zukunft blüht. Anstatt das Problem anzu-gehen, tut die Regierung alles, um es noch weiter zu verschärfen. Die völlig unkontrol-lierte Massenzuwanderung in die deutschen Sozialsysteme belastet diese nachhaltig über jedes handhabbare Maß hinaus. Gleichzeitig fließen unzählige Milliarden von deut-schen Steuergeldern unter der Betitelung ‚Eurorettung‘ – tatsächlich zur Rettung von maroden Banken und gierigen Spekulanten – ins Ausland. Das unsägliche Erneuerbare-Energien-Gesetz nagt ebenfalls am verfügbaren Einkommen der Bürger – und eben der Rentner. Die Null-Zins-Politik der EZB verunmöglicht dabei noch eine private Altersvor-sorge. All das hat die Bundesregierung zu verantworten. Würden, wie die AfD es seit Jahren fordert, allein diese Missstände beseitigt werden, gäbe es das Rentenproblem in dieser Form nicht. Nicht nur Rentner und einkommensschwache Haushalte könnten, zum Beispiel durch eine signifikante Absenkung der Mehrwertsteuer, spürbar entlastet werden. Die Menschen müssen sich bewusstmachen, Armut und besonders die Alters-armut sind im Wesentlichen die Folge der zerstörerischen Politik von Schwarz-Rot.“

Berlin, 27. Juni 2017. Alexander Gauland: Beispielhaft rechtsstaatliches Vorgehen

„Ein präsidialer Erlass, juristisch geprüft und für rechtens befunden, kann nun um-gesetzt werden. Ein beispielhaft rechtsstaatliches Vorgehen. Deutsche Medien beeilen sich derweil auffällig, den juristischen Sieg Trumps klein zu reden. Dabei wäre es sehr zu wünschen, wenn auch in Deutschland die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in dem Maße berücksichtigt würden. Hierzulande ordnet eine selbstherrliche Kanzlerin die Öff-nung der Grenzen an und ermöglicht so millionenfachen Rechtsbruch ohne ernsthaften Widerspruch zu erfahren. In der EU werden Verträge und Gesetze nach Lust und Laune gebrochen. Angesichts der immer weiter eskalierenden Lage der Inneren Sicherheit und der stetig steigenden Zahl terroristischer Angriffe in Deutschland und Europa, wäre es angezeigt, auch hier dringend über vergleichbare Maßnahmen nachzudenken. Rechts-staatlichkeit und der Schutz der eigenen Bürger scheinen einigen deutschen Eliten zu-nehmend lästig zu sein. Wir von der AfD nehmen das nicht hin und kämpfen für diese Werte.“

Berlin, 26. Juni 2017. Alice Weidel: Was sind die Regeln der EU noch wert?

„Was sind Regeln und Verträge in der EU noch Wert, wenn diese stets nach Gutdünken gebrochen oder umgangen werden? Erst im vergangenen Jahr war beschlossen worden, Pleite-Banken in Europa dürfen nicht mehr mit Steuergeldern gerettet werden. Nun geschieht das gleich doppelt. Es wird langsam schwer Verträge und Regeln der EU zu finden, die bislang nicht gebrochen wurden. Ob Schengen, Maastricht oder nun die Vereinbarung zur Abwicklung zahlungsunfähiger Banken. All diese Werke sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Italien, das am lautesten nach Eurobonds ruft, ist hochverschuldet, aber rund 17 Milliarden Euro zur Rettung zweier maroder Regionalbanken sind in weniger als 20 Minuten vom Kabinett beschlossen. Wer am Ende dieses Geld aufzubringen hat, liegt nahe. Die reichen italienischen Privathaushalte – im Schnitt deutlich vermögender als deutsche Haushalte – werden es sicher nicht sein.“

Berlin, 26. Juni 2017. Alexander Gauland: Wer im Glashaus sitzt

„Wenn ein Mafiaboss dem Anderen gesetzwidriges Verhalten vorwirft, wird sich ein ähnliches Gefühl aufdrängen, wie nach der Rede von Martin Schulz am Wochenende. Der Mann, der wie kein Zweiter für Brüsseler Lobbyisten-Filz und eurokratische Demokratieferte steht, wirft anderen einen ‚Anschlag auf die Demokratie‘ vor. Da sitzt jemand im Glashaus und wirft mit Steinen. Hand in Hand haben Merkel und Schulz die Aushebelung europäischer Verträge, wie Maastricht und Schengen, vorangetrieben. In der Merkel-Ära haben es Union und SPD gemeinsam unternommen, Inhalte aus der Politik herauszuhalten und die Wahlbeteiligung immer weiter zu verringern. Erst seit es mit der AfD wieder eine echte Opposition zum Altparteienblock gibt, konnte dieser Trend umgekehrt werden. Wenn Schulz nun Merkel verbal an die Gurgel geht, hat das etwas von den Showkämpfen à la amerikanischem Wrestling. Diese haben aber wenigstens noch einen gewissen Unterhaltungswert. Der Politzirkus, den CDU und SPD liefern, ist hingegen nur peinlich.“

Berlin, 23. Juni 2017. Dirk Driesang: Den Konsensparteien die Gelder streichen?

„Diesem Satz ist sicher zuzustimmen – einer der wenigen Momente, in denen sich AfD und Grüne einmal einig sind – aber aus Sicht der AfD sind es gerade auch die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD, die die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit angreifen. Die EU ist von schwacher demokratischer Grundstruktur, sie wird niemals den Demokratielevel von Nationalstaaten erreichen können. Dennoch werden unter CDU und CSU immer mehr Rechte nach Brüssel übertragen. Man kann das durchaus als

Angriff auf die Demokratie werten. Bei der ‚Eurorettung‘ und der unlimitierten Grenzöffnung wurde unter Führung Angela Merkels ebenfalls klar gegen Recht und Gesetz verstoßen. Sie konnte dabei auf einen großen Parteienkonsens im Deutschen Bundestag setzen. Konsequenterweise müssten nun den daran beteiligten Parteien die Gelder gestrichen werden, denn es handelt sich unzweifelhaft um brachiale Angriffe auf das Recht. Bundesverfassungsgericht und Deutscher Bundestag haben gezeigt, dass man auch bei guten Absichten weit daneben liegen kann. Radikalismus und Extremismus ist überall engagiert zu begegnen. Die besten Waffen bleiben dabei das Argument und die freie Debatte.“

Berlin, 23. Juni 2017. Georg Pazderski: Merkel handelt wider besseres Wissen zum Schaden Deutschlands

„Ursula von der Leyen hat als Verteidigungsministerin von Beginn an ungeschickt und leichtfertig agiert und große Schäden in der Truppe angerichtet. Dennoch hat die Bundeskanzlerin sie im Amt belassen. Nun lässt Merkel der Öffentlichkeit über die Bildzeitung ausrichten, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Truppe und Verteidigungsministerin irreparabel zerstört sei. Das trifft ohne Zweifel zu, doch dann muss auch – wie von der AfD gefordert – sofort gehandelt und die offensichtlich unfähige Ministerin umgehend entlassen werden. Ein Abwarten bis zur Bundestagswahl wäre absurd und schadet der Bundeswehr und dem Image Deutschlands bei unseren militärischen Partnern in der ganzen Welt. Damit zeigt auch Frau Merkel, dass sie als Kanzlerin eine Fehlbesetzung ist.“

Berlin, 22. Juni 2017. Dirk Driesang: Gratulation an Frau Ates

„Das deutsche Grundgesetz gewährt explizit Glaubens-, Bekenntnis- und Gewissensfreiheit. Alle drei genannten Freiheiten sind privaten Charakters und berechtigen gerade nicht zur Machtausübung oder zu irgendwelchen Ansprüchen gegenüber Dritten. Eine von Frau Ates angestrebte Weiterentwicklung des Islam, wie sie andere Religionen in ihrer Geschichte bereits vollzogen haben, wird als ein verbotener ‚Umbau einer Religion‘ eingestuft. Danach ist der real existierende Islam laut religiösen Autoritäten aus der Türkei und Ägypten offenbar ‚in Stein gemeißelt‘. Für so viel Offenheit und Direktheit ist man direkt dankbar. Wer also möchte, dass der real existierende Islam in Deutschland so richtig reüssiert, der muss nur weiter Frau Merkel wählen. Die schafft das, denn nach ihren ebenso undifferenzierten wie unverantwortlichen Worten gehört ja ‚der Islam‘ zu Deutschland.“

Magdeburg, 22. Juni 2017. Poggenburg: Stahlknechts Theaterdonner: Ankündigung einer Prüfung durch den Verfassungsschutz ist reine Wahlkampf-Maßnahme

„Diese Prüfungsankündigung ist reines Wahlkampfgetöse, taktisch sicher nachvollziehbar, politisch aber höchst unanständig. Den Verfassungsschutz als politisches Macht- und Wahlkampfinstrument zu missbrauchen, um eine Drohkulisse gegenüber der AfD aufzubauen, ist recht abenteuerlich. Die AfD-Fraktion, der Landesverband der AfD in Sachsen-Anhalt und ich persönlich als Vorsitzender stehen fest auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Als Partei der Rechtsstaatlichkeit sind gerade wir es, die auf die Einhaltung unserer Gesetze durch Bundes- und Landesregierung und allerorten auf ein klares Bekenntnis zu Grundgesetz und Landesverfassung drängen. Vor diesem Hintergrund sehe ich dieser Prüfung gelassen entgegen. Betonen möchte ich aber auch, dass einige Einzelmeinungen aus diesem Chat keinesfalls die Position der AfD darstellen und die sich so Äußernden innerhalb unserer Partei gegebenenfalls nicht richtig aufgehoben sind. Die Landesspitze wird dazu auch intensivste Gespräche mit den Betroffenen führen. Ganz klar ist selbstverständlich auch, für die AfD ist die Pressefreiheit eines der höchsten Güter unseres Rechtsstaates. Berechtigte Kritik an Presse und Medien trägt die AfD offen vor, ansonsten bin ich persönlich als Landes- und Fraktionssprecher immer um konstruktiven und sachlichen Umgang bemüht.“

Berlin, 20. Juni 2017. Alexander Gauland: Ska Kellers Forderungen sind eine Zumutung für die osteuropäischen Länder

„Die Grünen sind nicht mehr zu retten. Anstelle den Fakten ins Auge zu schauen und allmählich Vernunft und Einsicht in ihre Asylpolitik einkehren zu lassen, übertreffen sie sich mit einem absurden Vorschlag nach dem anderen: Nun will Ska Keller ganze syrische Dörfer nach Osteuropa umsiedeln. Wenn man diese unsinnige Forderung zu Ende denkt, offenbart sich das ganze Ausmaß der Absurdität dieser Idee. Denn es würde nichts Anderes bedeuten, als dass wir konsequenterweise alle Dörfer aus Kriegsgebieten nach Europa umsiedeln müssten. Von Integration kann dann keine Rede mehr sein, ganz zu schweigen von Staatlichkeit. Diese verordnete Völkerwanderung würde darüber hinaus die Probleme dieser Menschen nicht lösen, denn sie würden ihre Konflikte mit sich bringen – zum Schaden ihrer alteingesessenen Nachbarn. So einen dummen Vorschlag zum aktuellen Zeitpunkt zu bringen, da die Visegrád-Staaten sich vollkommen zurecht weigern, weitere Flüchtlinge aufzunehmen, ist dreist und politisch völlig unsensibel. Die osteuropäischen Staaten sollten sich solche Zumutungen nicht gefallen lassen.“

Berlin, 20. Juni 2017. Alice Weidel: SPD-Steuerkonzept ist familien- und wirtschaftsfeindlich

„Das sogenannte Steuerkonzept der SPD ist familien- und wirtschaftsfeindlich. Die Pläne der Sozialdemokraten sehen eine Belastung besonders der Leistungsträger der Gesellschaft vor. Kleine- und mittelständische Unternehmen, die das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bilden, wollen die Genossen abstrafen. Ebenso werden Familien mit Kindern weiterhin nicht entlastet. Anstatt hier endlich Entlastung durch ein Familiensplitting zu schaffen, werden einkommensstarke kinderlose Doppelverdiener-Ehepaare von Schulz geschont. Die wenigen brauchbaren Forderungen aus dem SPD-Entwurf – Abschaffung des Soli und Senkung der Mehrwertsteuer – sind bei der AfD abgeschrieben. Forderungen, die die SPD als Regierungspartei längst hätte umsetzen können. Stattdessen kommen die Sozialdemokraten erst jetzt im Bundestagswahlkampf damit um die Ecke. Das ist mehr als unglaubwürdig. Von einer echten Steuerreform ist die SPD meilenweit entfernt. Das Steuersystem muss endlich radikal vereinfacht und damit die kalte Progression minimiert werden. Steuersätze sind der Inflation anzupassen, Familien über ein Modell des Familiensplittings zu entlasten. Davon ist bei der SPD genauso wenig zu finden, wie bei den übrigen Altparteien.“

Berlin, 19. Juni 2017. Alexander Gauland: Die spinnen, die Grünen!

„Im Wahlprogramm der Grünen ist so gut wie kein gesunder Menschenverstand zu finden. Besonders absurd ist die Forderung, ab 2030 keine Kfz-Brennmotoren in Deutschland mehr zulassen zu wollen. Das schadet der deutschen Wirtschaft und würde Millionen von Arbeitsplätze kosten. Bei den Grünen scheint es ab sofort zu heißen: Deutschland zuletzt. Selbst wenn man sich die unsinnige Mühe macht, sich in den Wahnsinn der Grünen hineinzudenken: Das Ausland würde solch einen Unsinn niemals mitmachen, so dass mit dieser Maßnahme für unseren Planeten gar nichts gewonnen wäre. Solche Forderungen sind darüber hinaus rundweg unseriös, da man heute noch nicht sagen kann, ob eine technische, ökonomische und ökologische Umsetzbarkeit überhaupt zu gewährleisten ist. Wenn die Grünen glauben, mit solchen ideologiegetriebenen Phantastereien vernunftorientierte Menschen als Wähler gewinnen zu können, kann man nur sagen: Die spinnen, die Grünen!“

Berlin, 17. Juni 2017. Alice Weidel: Schäuble ist den Wählern gegenüber unehrlich

„Schäuble spielt ein faules Spiel mit den Wählern. Nicht nur, dass er erneut deutsche Steuermilliarden nach Griechenland pumpt und damit Griechenland weiter zum Schaden aller Beteiligten am Tropf der EU hält. Besonders hinterhältig ist, dass er vor

der Bundestagswahl die Wähler im Unklaren lässt, wie es mit Griechenland und der Verschwendung von deutschen Steuergeldern überhaupt weitergehen soll. Er lässt bewusst offen, ob und wann der IWF in die Hilfsprogramme einsteigen soll und sagt den deutschen Wählern nicht, was ein neuerlicher Schuldenerlass sie wirklich kosten würde. Außerdem ignoriert er den Bundestagsbeschluss, nachdem bei einem neuerlichen Hilfspaket der IWF unbedingt an Bord sein muss. Das alles scheint Schäuble egal, denn er möchte das Thema Griechenland unbedingt aus dem Wahlkampf heraus haben, da es seine Planlosigkeit und die ungeheure Verschwendung von Steuergeldern offenbaren würde. Schäuble muss sobald wie möglich den weiteren Fahrplan für Griechenland und dessen Kosten für die Steuerzahler offenlegen. Alles andere wäre verlogen und würde eine Bevormundung der Bürger bedeuten. Wir dürfen uns diese Heimlichtuerei nicht gefallen lassen. Sobald die AfD im Bundestag vertreten ist, werde ich mich für größtmögliche Transparenz und gegen weitere Griechenland-Milliarden einsetzen.“

16. Juni 2017. Beatrix von Storch: Die Bundesregierung muss sich vom Zentralrat der Muslime distanzieren

„Der stellv. Vorsitzende des Zentralrates der Muslime in Deutschland Mohammed Khallouk setzt in seinem Beitrag im Tagesspiegel Schmierereien an Moscheewänden mit Terrorangriffen und Selbstmordanschlägen gleich. Diese Gleichsetzung ist ein Skandal. Der Vergleich zeigt die fundamentalistische Geisteshaltung, wonach eine Beleidigung des Islam ebenso schlimm sei wie die Ermordung von Menschen. Dass sich der Zentralrat der Muslime in keiner Weise von dieser fundamentalistischen Grundströmung abgrenzt, zeigt auch die Weigerung die Scharia als Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz zu verurteilen. Der Zentralrat der Muslime darf deshalb nicht länger Ansprechpartner der Bundesregierung sein. Ich fordere die Bundesregierung auf, sich klar vom Zentralrat der Muslime zu distanzieren.“

Berlin, 15. Juni 2017. Georg Pazderski: Nicht nachvollziehbar, dass von der Leyen immer noch im Amt ist

„Erst fällte Verteidigungsministerin von der Leyen überhastete Vorverurteilungen über die ihr unterstellten Soldaten, und missachtete damit sträflich das Gebot der Unschuldsvermutung. Dann sorgte Sie auch noch dafür, dass ihr Ministerium nur lückenhafte Informationen herausgab und zwar nur solche, die ihre eigene Position stützen. Maßnahmen gegen Soldaten werden zuerst über die Medien kommuniziert, noch bevor die Betroffenen selber informiert werden. Soldaten erfahren aus der Zeitung von ihrer Versetzung oder geplanten Entlassung. Die Ministerin versucht um jeden Preis politisches Kapital für sich selber zu schlagen und tut dies auf dem Rücken der Soldaten und

der gesamten Bundeswehr – ohne Rücksicht auf die Betroffenen zu nehmen. Die Liste ihres Versagens wird immer länger. Dass diese Frau immer noch im Amt ist lässt sich nur damit erklären, dass Merkel im Bundestagswahlkampf den Skandal eines längst überfälligen Revirements im Verteidigungsministerium und einer Ablösung von der Leyens um jeden Preis vermeiden will. Anders ist es nicht mehr zu erklären, warum diese Frau immer noch im Amt ist. Mehrere Vorgänger mussten nach wesentlich geringeren Verfehlungen den Posten räumen. Ursula von der Leyen schadet nicht nur der Bundeswehr, sie setzt die äußere Sicherheit und die internationale Reputation Deutschlands aufs Spiel und die Kanzlerin schaut zu. Frau Merkel muss endlich die Reißleine ziehen und von der Leyen entlassen, bevor der Schaden noch größer wird.“

Berlin, 15. Juni 2017. Alexander Gauland: Die EU entwickelt sich zunehmend zu einem Zwangsregime

„Es ist richtig und wichtig, dass sich Polen, Ungarn und Tschechien gegen die Zwangsaufnahme von 160.000 Migranten zur Wehr setzen. Diese Länder sind kleine Staaten mit vergleichsweise geringer Bevölkerung. Daher ist es vollkommen verständlich, wenn sie sich im Eigeninteresse dieser großen Zahl von Migranten verweigern. Denn die Menschenmassen würden nicht nur die Sozialsysteme dieser Länder völlig überfordern, sie würden vor allen Dingen den Charakter ihrer Gesellschaft verändern und deren Strukturen auflösen. EU-Mitgliedsstaaten müssen souverän über die eigene Asylpolitik bestimmen können. Es ist eine Zumutung, dass sie von Brüssel gezwungen werden, die verfehlte Asylpolitik von Merkel und Co. zum eigenen Schaden auszubaden. Diese EU entwickelt sich immer mehr zu einem Zwangsverein, der seinen Mitgliedern zunehmend Lasten aufbürdet und eine Politik aufzwingt, die ihnen schadet. Auch für Großbritannien war die chaotische Asylpolitik der EU einer der Hauptgründe für den Austritt. Brüssel scheint daraus nichts gelernt zu haben. Tschechien, Ungarn und Polen sollten sich das Verfahren aus Brüssel nicht gefallen lassen und über ähnliche Konsequenzen nachdenken.“

Berlin, 14. Juni 2017. Alexander Gauland: Strafmilderung gegenüber kriminellen Migranten ist genau der falsche Weg

„Ein junger Tschetschene ermordet auf brutalste Weise seine Frau. Das Motiv: Eifersucht. Der Richter aus Cottbus urteilt Totschlag, nicht Mord, da man den religiös-kulturellen Hintergrund einbeziehen müsse. Das Urteil ist ein Skandal und untergräbt den deutschen Rechtsstaat. Religiöse, ethnische oder kulturelle Hintergründe dürfen kein Grund für Strafmilderung sein, besonders dann nicht, wenn es sich um Kapitalver-

brechen handelt. Gerade Migranten, die zu uns als Gäste kommen, haben sich anzupassen und sollten besonders auf die persönliche Einhaltung von deutschem Recht und Gesetz achten. Toleranz gegenüber Straftaten ist da genau der falsche Weg. Ideologieverblendete Professoren wie Herr Mitsch sollten ihren Lehrstuhl in Potsdam nicht auch noch für pseudowissenschaftliche Rechtfertigungen eines solchen Skandals missbrauchen.“

Berlin, 14. Juni 2017. Alice Weidel: Nächster Akt im inszenierten Euro-Rettungstheater

„Die Regie für das Euro-Finanzministertreffen in Luxemburg steht eigentlich schon im Vorfeld fest und ist altbekannt. Griechenland legt erneut keine brauchbaren Vorschläge vor, will aber dennoch Geld. Man wird bis spät in die Nacht ‚hart verhandeln‘. Und dann heißt es, man habe sich auf einen ‚tragfähigen Kompromiss‘ geeinigt. Das bedeutet: Deutschland zahlt. Schäuble wird dann verkünden, dass aber ein Schuldenschnitt mit der deutschen Regierung nicht zu machen sei. Die Medien und ihre ‚Experten‘ werden seine Unnachgiebigkeit herausstellen. Erst nach der Bundestagswahl wird es dann heißen, ein Schuldenschnitt sei unvermeidbar für die Rettung Griechenlands, ja für die Rettung Europas. Allein schon das Wort ‚Rettung‘ im Zusammenhang mit der Verschleppung der griechischen Staatsschuldenkrise ist ein grotesker Euphemismus. Hier werden die privaten Gläubiger des insolventen Griechenlands mit dem Geld deutscher Steuerzahler ausbezahlt, während eben jene Steuerzahler dann auf den offenen Forderungen gegenüber dem bankrotten griechischen Staat sitzen bleiben. Gerettet wird dort niemand. Es handelt sich um eine Schröpfung des deutschen Steuerzahlers zu Gunsten profitorientierter internationaler Spekulanten. Medien und etablierte Politik gehen Hand in Hand, wenn es darum geht, den Menschen hierzulande Sand in die Augen zu streuen. Die Rechnung werden Schäuble und Co. erst nach der Bundestagswahl präsentieren. Damit konnte dann aber wirklich keiner rechnen.“

Berlin, 13. Juni 2017. Alexander Gauland: Wir stehen an der Seite Osteuropas

„Wir stehen an der Seite Ungarns, Tschechiens und Polens. Was Brüssel da betreibt ist unlauter, denn dies sind Frau Merkels Flüchtlinge. Frau Merkel kann nicht die deutschen Grenzen konstant offen lassen und dann frohgemut zusehen, wie Brüssel seine Mitgliedsstaaten versucht zu zwingen, diese aufzunehmen. Sie muss endlich Verantwortung für ihre Asylpolitik übernehmen! Ungarn, Tschechien und Polen wehren sich vollkommen zu Recht gegen diese Zumutung. Sie sollten sich angesichts dieser Bevormundung sehr gut überlegen, ob dies noch ihre EU sein kann.“

Berlin, 13. Juni 2017. Alice Weidel: Religionsfreiheit endet, wo das Wohl der Kinder in Gefahr gerät

„Während des islamischen Fastenmonats Ramadan verzichten immer häufiger muslimische Kinder selbst im Grundschulalter tagsüber komplett auf Essen und Trinken. Das ist gesundheitsgefährdend und es schränkt die Kinder in ihrer Möglichkeit ein, am Unterricht teilzunehmen. Oft müssen Kinder dehydriert oder mit Kreislaufproblemen vorzeitig aus der Schule nach Hause oder zum Arzt geschickt werden. Den Lehrern sind dabei die Hände gebunden. Sie stehen dieser bedenklichen Entwicklung machtlos gegenüber. Sowohl die Politik, als auch viele Islamverbände, verhalten sich in diesem Zusammenhang verantwortungslos. Wenn Religionsfreiheit soweit geht, dass die Gesundheit von Kindern und ein ordnungsgemäßer Schulbetrieb gefährdet sind, dann geht sie zu weit. Hier müssen eindeutig rote Linien gezogen werden, die auch nicht unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit eingerissen werden dürfen. Wenn sich Islamverbände hier einem Dialog sperren und nicht bereit sind, an vernünftigen Lösungen mitzuarbeiten, kommen diese als Verhandlungspartner grundsätzlich nicht in Frage, sind als fundamentalistisch einzustufen und müssen dementsprechend behandelt werden.“

13. Juni 2017. Beatrix von Storch: Maas' Zensurgesetz – Blamage ebenso für CDU/CSU

„Das aktuelle Gutachten des Deutschen Bundestages über Heiko Maas' Gesetz ist vernichtend und bestätigt die Analyse der Vereinten Nationen. Das Gesetz ist so verfassungswidrig, dass es kracht. Mit dem Gesetz wird Zensur wie in Nordkorea oder China möglich. Das ist ein Armutszeugnis durch die deutsche Justiz und offenbart entweder die ideologische Verblendung von Heiko Maas, einen totalitären Geist oder seine vollständige Unfähigkeit oder alles drei. Die Distanzierungsversuche der Union sind verlogen: CDU/CSU haben dem Gesetz sowohl in der Fraktion als auch in der ersten Lesung im Bundestag zugestimmt. Die Union hat sich und ihre Haltung wider Meinungsfreiheit und für Zensur mit ihrer Zustimmung offenbart. Die Union ist Mittäter an dem Anschlag von Maas auf unsere Verfassung.“

Berlin, 12. Juni 2017. Alexander Gauland: Für wie dumm halten Laschet und Co. die Wähler?

„Die AfD macht der Union offenbar ordentlich Dampf, wenn nun schon ein Merkelist wie Armin Laschet sich genötigt sieht, Optionen zum Auslaufen der doppelten Staatsbürgerschaft ins Gespräch zu bringen. Glaubwürdig ist das aber nicht. Noch vor weniger als einem Jahr lehnte Laschet ein Ende der doppelten Staatsbürgerschaft kategorisch

ab. Ob doppelte Staatsbürgerschaft, innere Sicherheit oder Senkung der Mehrwertsteuer: Mit dem Näherrücken der Bundestagswahl überschlagen sich die Politiker der Altparteien nun schon beinahe täglich mit Forderungen aus dem Wahlprogramm der AfD. Union und SPD haben seit Jahren die Möglichkeit gehabt, Missstände zu beheben, stattdessen haben sie immer neue herbeigeführt. Die Altparteien müssen die Wähler für sehr beschränkt halten, wenn sie glauben, dass jemand auf dieses durchschaubare Wahlkampfgetöse reinfällt.“

Berlin, 12. Juni 2017. Alice Weidel: Die Altparteien übernehmen ein AfD-Thema nach dem anderen

„Die Altparteien übernehmen ein AfD-Thema nach dem anderen. Jetzt ist die Senkung der Mehrwertsteuer dran, die die AfD schon vor Monaten in ihr Wahlprogramm geschrieben hat. Die deutschen Bürger müssen endlich von den jahrelangen, hohen Exportüberschüssen profitieren. Das funktioniert am elegantesten über eine Senkung der Mehrwertsteuer, zumal man dann zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen könnte: Die Konsumenten in Deutschland profitieren und die Klagen an den deutschen Exportüberschüssen verstummen. Es ist erfreulich, wenn das AfD-Wahlprogramm bis in die Politik der Bundesregierung hineinwirkt. Viele Stimmen wird es den Koalitionsparteien jedoch nicht bringen. Zu durchschaubar ist dieses neuerliche Wahlkampfmanöver. Es fehlt den Altparteien an Glaubwürdigkeit, denn sie haben in der gesamten Regierungsperiode nichts davon umgesetzt, aber just im Wahlkampf fallen ihnen urplötzlich sinnvolle Maßnahmen ein. Kluge Wähler lassen sich davon nicht täuschen, denn sie wissen, dass die AfD die einzige Partei in Deutschland ist, die den Mut zur Umsetzung von echten Reformen hat, unverbraucht und ohne Einfluss von Klientel- und Lobbygruppen Politik macht.“

Berlin, 9. Juni 2017. Alexander Gauland: Innere Sicherheit ist Wahlkampfthema Nr. 1 der AfD

„Wir können zwei klare Schlüsse aus dem britischen Wahlergebnis ziehen: Das Wahlergebnis hatte zum einen relativ wenig mit dem so sehr gefürchteten ‚Brexit‘ zu tun, denn Theresa May hat im Vergleich zu ihren Umfragewerten kurz nach dem ‚Brexit‘ deutlich aufgeholt. Zum anderen hat sie jedoch die absolute Mehrheit deswegen verfehlt, weil sie die Innere Sicherheit und allen voran die Terrorgefahr nicht zügig in den Griff bekommen hat. Das Ergebnis zeigt also, dass die eigentliche gesellschaftliche Katastrophe nicht der ‚Brexit‘, sondern die fatale Sicherheitslage in Europa durch die Massenzuwanderung aus den islamischen Ländern ist. Die Altparteien in Deutschland werden bei der anstehenden Bundestagswahl auch ihre Quittung für die offenen Grenzen und stetig steigenden islamischen Extremismus erhalten, sollten sie nicht bald eine radikale Wende

in der Asylpolitik vollziehen. Deswegen ist die Innere Sicherheit in all ihren Facetten Wahlkampfthema Nr. 1 der AfD.“

Berlin, 8. Juni 2017. Alice Weidel: Tschechien zeigt, wie es geht

„Ungarn, Tschechien, Slowakei: Alle diese Staaten haben ihre Grenzen im Laufe der vergangenen Jahre geschlossen. Diese Länder haben begriffen, dass eine unkontrollierte Masseneinwanderung – besonders aus muslimischen Staaten – eine Bedrohung für die Gesellschaft und die innere Sicherheit darstellt. Wir in Deutschland brauchen ebenso eine Obergrenze für Asyl. Denn es reicht. Die Terrorgefahr, die erhöhte Kriminalität und die illegale Zuwanderung in unsere Sozialsysteme sind Grund genug dafür, solche Menschen bereits an der Grenze abzuweisen. Unsere Grenzen müssen geschützt werden. Das ist geltendes Recht und ich frage mich, was daran so schwierig sein kann, es im Sinne unserer Gesellschaft umzusetzen.“

Berlin, 7. Juni 2017. Georg Pazderski: Rote Karte für von der Leyen

„Zur Selbstinszenierung demontiert Ursula von der Leyen mit Vorsatz die Bundeswehr. Rechtsstaatliche Grundsätze scheinen für die Ministerin dabei nicht im Geringsten eine Rolle zu spielen. Das aber ist leider eines der Kennzeichen der gesamten Merkel-Ära. Vorverurteilungen, blinder Aktionismus und Dramatisierung sind die Methoden mit denen sie von ihrer völligen Unfähigkeit und nicht vorhandenen Sachkenntnis ablenken will. Opfer sind die Soldaten, deren Ruf in den Schmutz gezogen wird. Opfer ist auch die Bundeswehr als Ganzes, deren Image einen bleibenden Schaden zugefügt bekommen hat. Diese Ministerin schadet der Bundeswehr. Das kann nicht deutlich genug gesagt werden. Die Entlassung dieser Person ist das absolute Minimum dessen, was jetzt zu geschehen hat. Weiter wird zu prüfen sein, ob die Diffamierungskampagne der Verteidigungsministerin unter Umständen auch strafrechtlich von Relevanz ist. Viele Soldaten werden aufatmen, wenn die Bundeswehr endlich von dieser absolut unfähigen Ministerin erlöst wird.“

Berlin, 7. Juni 2017. Alexander Gauland: Wir brauchen einen Salafisten-Paragrafen

„Es ist ein Unding und eine absolute Nachlässigkeit, dass die extremistischen Salafisten jetzt eine Nachfolgekampagne von ‚Lies!‘ in allen großen deutschen Städten starten dürfen. Die ‚Lies!‘-Kampagne wurde zwar spät, aber vollkommen zurecht verboten, da durch sie nachgewiesener Weise mehr als hundert Menschen aus Deutschland für den Dschihad rekrutiert wurden. Nichts Anderes verfolgt die ‚We love Muhammad‘ Kampagne, da sie vom selben Salafisten-Milieu mit Rekrutierungsabsichten für den

Dschihad ins Leben gerufen wurde. Es dürfte demnach nicht sonderlich schwierig sein, auch ihr den Garaus zu machen. Um eine dritte Rekrutierungskampagne zu verhindern, muss jedoch generell härter gegen extremistische Salafisten vorgegangen werden. Es kann nicht sein, dass lediglich deren Kampagnen verboten werden, nicht aber das Gedankengut dahinter. Innenminister de Maizière muss unbedingt einen Salafisten-Paragraphen vorschlagen, der extremistisches Gedankengut in Deutschland unmöglich macht.“

Berlin, 7. Juni 2017. Beatrix von Storch: Weber zerstört europäische Kultur statt sie zu verteidigen

„Ja, es gibt – bei allen nationalen Besonderheiten – eine europäische Leitkultur. Diese muss man aber nicht erfinden, konstruieren oder aufbauen, wie Weber fabuliert. Unsere europäische Leitkultur steht auf den Grundlagen unseres gemeinsamen Wertekanons – den drei Hügeln Golgatha, Akropolis und Kapitol. Das ist das Fundament unserer abendländischen Kultur. Mit dieser ist der Islam erkennbar unvereinbar. Deswegen bekämpfen die islamisch begründeten Anschläge genau diese Grundlagen Europas. Aber das ist nicht, was Weber meint – denn dann würde er die Unvereinbarkeit der muslimischen Massenmigration mit europäischen Werten erkennen, was er nicht tut. Weber will in Wirklichkeit unter dem Deckmantel des Leitkulturbegriffs nationale Identitäten zerreden, um mehr Kompetenzen nach Brüssel zu verlagern. Das soll dabei helfen, einen Brüsseler Zentralstaat zu schaffen. Das ist ahistorisch und uneuropäisch. Denn es hieße, alle Bürger Europas in einen Topf zu werfen. Doch Europas Motto ist Einheit in Vielfalt. Nicht Vielfalt in Einfalt.“

Berlin, 7. Juni 2017. Poggenburg: Verbot von Kinderehen in Deutschland

„Wieder einmal wurde eine grundlegende AfD-Forderung von den Altparteien übernommen. Der immense politische Druck, den die AfD ausübt, zeigt deutlich seine Wirkung. Partiiell werden immer mehr AfD-Forderungen von den Altparteien übernommen, nun auch in diesem Punkt. Endlich sind Kinderehen in Deutschland verboten. Eines muss allerdings ganz klar sein: Nur die AfD wird die Dinge, die sie vor der Wahl verspricht, danach auch tatsächlich einhalten und umsetzen. Von den Altparteien kennen wir das in langer Tradition leider umgekehrt.“

Berlin, 6. Juni 2017. Alice Weidel: Der Fall Mustafa ist ein Behördenskandal

„Diese schreckliche Meldung ist aufgrund der Terroranschläge in London völlig untergegangen: Ein vorbestrafter Flüchtling aus Afghanistan tötet ein kleines Kind – und das trotz Fußfessel und angeblich strenger Beobachtung. Dieser traurige Fall zeigt nicht

nur, dass die deutschen Behörden mit der Flut von kriminellen Flüchtlingen völlig überfordert sind. Er zeigt auch, dass Fußfesseln, Haft oder Beobachtung keine Straftat verhindern können. Einzig und allein sichere Grenzen und kontrollierte Zuwanderung in Kombination mit rigoroser, umgehender Abschiebung können unsere Sicherheit erhöhen und uns vor solchen Mördern wirksam schützen. Dass der Mörder seine Abschiebung dadurch verhindern konnte, dass er vorgab Christ zu sein, was ihm anerkannt wurde, ist ein Behördenskandal. Offensichtlich wird hier keine Angabe mehr wirklich überprüft. Die verantwortlichen Beamten müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Behörden sind Spiegelbild der Nachlässigkeit der Politiker gegenüber der unkontrollierten Masseneinwanderung in unseren Staat. Wir müssen jeden Asylbewerber erkennungsdienstlich erfassen. Politiker, die dies nicht fordern, machen sich an solchen Straftaten mitschuldig.“

Berlin, 6. Juni 2017. Alexander Gauland: Wir müssen unsere Nachsicht gegenüber dem Islam aufgeben

„Was Theresa May über die britische Gesellschaft gesagt hat, gilt ganz besonders auch für uns: Wir sind gegenüber dem Islam schlichtweg zu tolerant. Diese Toleranz wird seit Jahren von Muslimen zu unserem Schaden ausgenutzt. Die systematische islamische Einwanderung nach Europa und Deutschland birgt große Gefahren und hat unsere Gesellschaft bereits jetzt schon nachhaltig verändert: Terrorgefahr, Kriminalität, Sozialbetrug sind massiv angestiegen und verändern unseren Alltag. Die Integration der Mehrheit der muslimischen Zuwanderer funktioniert trotz horrender Kosten überhaupt nicht. Schreckliche Fälle wie der des afghanischen Kindsmörders Mustafa, zeigen nicht nur die Überforderung deutscher Behörden, sondern vor allen Dingen, dass Fußfesseln und Abschiebehäft reine Kosmetik sind. Sichere Grenzen und rigorose, sofortige Abschiebungen sind das einzige wirksame Mittel gegen solche Straftäter und illegale Migration in unsere Sozialsysteme. Wenn dann angesichts der sozialen Bedrohung und der Terrorgefahr die Politiker der Altparteien fordern, wir sollten uns an all dies gewöhnen, ist dies eine bodenlose Unverschämtheit den Opfern der Anschläge und ihren Angehörigen gegenüber, der Nagel am Sarg der deutschen Gesellschaft und eine politische Bankrotterklärung. Nein wir wollen und dürfen uns nicht an die Terrorgefahr gewöhnen! Wir müssen sie um unserer Freiheit Willen bekämpfen. Dazu müssen wir auch unsere Nachsicht gegenüber dem Islam aufgeben und erkennen, dass diese steinzeitliche Religion eine Gefahr für unsere freiheitliche Gesellschaft darstellt. Politiker, die eine falsche Toleranz vorschreiben, um ihr Unvermögen und ihren Unwillen, unsere Gesellschaft wirksam vor islamischer Masseneinwanderung zu schützen, zu kaschieren, müssen abgewählt werden.“

Berlin, 05. Juni 2017. Alexander Gauland: Raus aus Incirlik!

„Es darf nicht sein, dass die Abgeordneten des Deutschen Bundestages nicht unsere Soldaten besuchen dürfen. Die Sturheit der türkischen Regierung lässt nur einen Schluss zu: Raus aus Incirlik! Diese Türkei ist kein Partner mehr für uns. Alle noch laufenden Vereinbarungen sollten endlich gekündigt werden.“

Berlin, 04. Juni 2017. Alice Weidel: Klare Kante gegen den Terror im In- und Ausland zeigen

„Der schreckliche Anschlag in London zeigt, dass nichts in Ordnung ist. Unsere Gedanken sind bei den Opfern dieser feigen Gräueltat. Die Terroristen werden weder die Wahlen in Großbritannien verhindern, noch unsere Freiheit einschränken. Trotzdem zeigt dieser neuerliche Anschlag, dass offene Grenzen in Europa unserer Sicherheit schaden. Wir müssen endlich im In- und Ausland klare Kante gegen den Terror zeigen, sonst werden weitere Anschläge unweigerlich folgen.“

Berlin, 1. Juni 2017. Alice Weidel: Schäuble steht nicht für Wachstum, sondern für hohe Abgabenlast

„Schäuble und Merkel stellen sich gerne als Wachstumsgeneratoren, Exportweltmeister und Arbeitsplatzbeschaffer dar. Die Schweizer Studie über die leistungsstärksten Länder der Welt beweist jedoch, dass die ruinöse Politik der aktuellen Bundesregierung nichts mit den vermeintlich positiven Wirtschaftszahlen zu tun hat. Im Gegenteil: Das Schweizer Ranking konstatiert nicht nur, dass Deutschland vom 12. auf den 13. Platz abgestürzt ist, sondern es belegt auch eindrucksvoll, wie katastrophal die Steuerpolitik der Bundesregierung ist. Es grenzt an ein Wunder und ist vor allen Dingen dem hart arbeitenden deutschen Mittelstand zu verdanken, dass es uns trotz der wirtschaftshemmenden Politik von Schäuble und Merkel überhaupt so gut geht. Die hohe Steuer- und Abgabenlast, der dadurch resultierende Standortnachteil, das marode Rentensystem und die anhaltende Untätigkeit angesichts der kalten Progression sind nur einige der zahlreichen von der Bundesregierung verschuldeten Faktoren, die der deutschen Leistungsstärke und Wirtschaftskraft nachhaltig schaden. Angesichts dieser politischen Fehlleistung ist es eine Narrenposse, wenn sich Schäuble und Merkel des wirtschaftlichen Aufschwungs brüsten und Schäuble gar behauptet, er stünde für Wachstum. Der Wähler darf sich von dieser dreisten Augenwischerei nicht täuschen lassen. Schäuble hat in all den Jahren nie wirklich etwas gegen die hohe Abgabenlast und die stetig wachsende kalte Progression getan. Das merkt jeder Bürger mit einem Blick auf das eigene Konto.“

Mai 2017

Magdeburg, 23. Mai 2017. André Poggenburg: Tag des Grundgesetzes – Freiheitliche demokratische Grundordnung in Gefahr

„Gerade an diesem Tag müssen wir einmal mehr daran denken, dass unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zurzeit massiv angegriffen wird. Durch die ungesteuerte Masseneinwanderung haben Islam und Scharia bei uns Einzug gehalten, unser Grundgesetz wird dadurch in Frage gestellt. Immer neue Parallelgesellschaften, Sachbeschädigungen und Gewaltattacken sind mittlerweile an der Tagesordnung. Gleichzeitig werden Demokratie, Meinungsfreiheit und Toleranz mit Füßen getreten, dies alles ist nicht grundgesetzkonform. Andersdenkende werden ausgegrenzt und diffamiert, das erleben auch AfD-Mitglieder und -Wähler tagtäglich. Deshalb appelliere ich anlässlich dieses wichtigen Tages gerade an die Politiker der Altparteien, dafür zu sorgen, unsere Bürger zu schützen, die Meinung des Anderen zu respektieren und Gefahren für unser Grundgesetz und unsere freiheitliche demokratische Grundordnung gemeinsam konsequent abzuwehren.“

Berlin, 22. Mai 2017. Alice Weidel: Eurokrise wird immer teurer

„Ein weiteres Mal treffen sich die Finanzminister der Eurogruppe, um erneut festzustellen, was seit Jahren bekannt ist: Griechenland ist pleite. Das Land kann ohne weitere Hilfszahlungen seine stetig weiterwachsenden Schulden nicht bedienen. Die Frage, ob Griechenland einen Schuldenschnitt braucht, ist eine Scheindebatte. Griechenland kann seine Schulden auch in den nächsten hundert Jahren nicht begleichen. Das bedeutet, dass alle Hilfszahlungen, die bislang getätigt wurden, früher oder später abgeschrieben werden müssen. Die Euro-Währungsunion ist zu einer Transferunion geworden. Das kostet die deutschen Steuerzahler Milliarden. Es ist deutsches Steuergeld, das in Griechenland zur Schuldentilgung auf nimmer Wiedersehen verschwindet. Es kostet auch die deutschen Sparer Milliarden. Ihr Geld wird durch die Null-Zins-Politik der EZB entwertet, damit sich marode Staaten billig weiter verschulden können. 436 Milliarden Euro sind, nach Berechnung der DZ Bank, allein den Sparern seit 2010 entgangen. Diese gewaltige Vernichtung von Wohlstand muss ein Ende haben. Deutschland muss diese Währungs- und Transferunion verlassen und deren geordnete Abwicklung unterstützen. Je länger wir jedoch damit warten, desto teurer wird es am Ende.“

Berlin, 22. Mai 2017. Paul Hampel: Inhaltliche Auseinandersetzung statt Kampfgriffe

„Die Repräsentanten der Amtskirchen zeichnen sich zusehends mehr durch staatsnähe als durch Vermittlung des christlichen Glaubens aus. Ihre oberste Aufgabe kann nicht sein, sich mit den etablierten Parteien und dem links-grünen Zeitgeist gemein zu machen. Schon gar nicht gehört es zur Aufgabe einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, offen Parteipolitik zu betreiben. Die Kirchenvertreter, die die AfD immer wieder mit den gleichen unzutreffenden Adjektiven zu stigmatisieren suchen, sollten sich mit unserem Programm auseinandersetzen und konkret sagen, was sie daran für unvereinbar mit dem Christentum halten. Nazi-Vergleiche, wie sie seitens einiger Kirchenoberer gemacht wurden, sind infam und haben mit einer sachlichen Debatte nichts zu tun. Kritische Stimmen mit Kampfbegriffen mundtot zu machen, kann nicht zum Betätigungsfeld von Amtsträgern gehören, die durch die staatlich eingetriebene Kirchensteuer finanziert werden.“

Berlin, 19. Mai 2017. Alexander Gauland: Grenzenloses Staatsversagen in Merkel-Deutschland

„Der Fall Anis Amri offenbart mit jedem weiteren Detail das Staatsversagen in Merkel-Deutschland. Ob im konkreten Fall einfach die Beamten versagt haben, die Order fürs Nichtstun von weiter oben kam, oder ob hier ein V-Mann außer Kontrolle geraten ist: Der Rechtsstaat, den wir in Deutschland mal hatten, existiert in der vertrauten Form nicht mehr. Diese Vorgänge sind aber nur die Spitze des Eisbergs. Wenn man sieht, wie in Hameln eine Kurdenfamilie mit Bewährungsstrafen davonkommt, nachdem sie 30 Menschen zum Teil schwer verletzt hat, dann muss man konstatieren, dass hier etwas grundsätzlich verkehrt läuft. Der Bundesjustizminister kümmert sich derweil lieber darum, unliebsame Äußerungen im Internet drakonisch zu verfolgen, während unsere innere Sicherheit und das Justizsystem sich auf das Niveau von Ländern der Dritten Welt zubewegen. Hier muss sich dringend etwas grundlegend ändern. Fünf vor Zwölf ist bereits vorbei.“

Magdeburg, 19. Mai 2017. André Poggenburg: Plagiatspartei SPD bekommt im September die Quittung

„Jetzt, wo die SPD nach drei verlorenen Wahlen ihre Felle davonschwimmen sieht, pinnt sie unsere AfD-Forderungen gnadenlos ab. Reihenweise werden AfD-Positionen in den Bereichen Innere Sicherheit und Asyl schamlos plagiiert. Besser kann man nicht dokumentieren, wie wirksam unsere AfD tatsächlich ist. Noch vor einigen Wochen wurden wir für all diese Vorschläge von der SPD gescholten und diffamiert. Jetzt plötzlich präsentiert die SPD diese als eigene Forderungen. Unglaublich kann sich die SPD kaum mehr machen und unsere Bürger nehmen ihr so einen Richtungsschwenk auch

nicht ab. Im September bekommt die ehemalige Volkspartei ihre Quittung. Einer Plagiatspartei kann kein mündiger Bürger sein Vertrauen schenken. Unsere Wähler wissen genau, dass die einzige Partei, die AfD-Themen nicht nur verspricht, sondern nach der Wahl auch tatsächlich umsetzt, die AfD ist“

Berlin, 18. Mai 2017. Albrecht Glaser: SPD entdeckt die Innere Sicherheit und die „Null-Toleranz“ gegen Islamisten

„Das Migrationschaos scheint bei der SPD angekommen zu sein. Diesen Eindruck könnte man gewinnen, wenn man von dem neuen Programmpapier hört, das am Montag der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll. Wer die Probleme schafft ist meistens nicht dazu geeignet, sie zu lösen. Diese Lebensweisheit scheint sich wieder einmal zu beweisen. Die SPD will viele Polizisten einstellen, Videotechnik zur Überwachung von Straßen und Plätzen einsetzen, verurteilte Straftäter nach Strafverbüßung ‚unverzüglich‘ abschieben, extremistische Moscheen schließen und die Außengrenzen der EU besser vor ‚illegalen Grenzübertritten‘ schützen. Dies alles ist Theaterdonner und leeres Getöse. Nichts von dem, was hier verkündet wird, löst ein Problem. Es handelt sich um den gezielten Versuch, durch Aktivismus die Probleme zu verschleiern. Alle nach den Kriterien des EU-Rechts verfolgten Menschen weltweit haben einen Rechtsanspruch, in Europa Asyl zu beantragen. Wenn sie an den Außengrenzen der EU ankommen und das Wort ‚Asyl‘ sagen, haben sie einen Anspruch auf Einreise, Unterbringung und Versorgung auf dem Niveau der Sozialhilfeempfänger, ein Verwaltungsverfahren und anschließende Prozesse, die alle über staatliche Prozesskostenhilfe bezahlt werden. Deshalb musste Griechenland und Italien alle 1,5 Millionen Migranten ins Land lassen. Es handelte und handelt sich nicht um ‚illegale Grenzübergänge‘. Deshalb sind nahezu alle diese Menschen noch immer in Europa. Deshalb ist auch bis heute niemand wegen dieses prinzipiell strafbaren Vorgangs bestraft worden. Die hunderttausende von Anzeigen der deutschen Polizei sind alle von den Staatsanwaltschaften in den Papierkorb geworfen worden. Auch die gegen Angela Merkel. Wenn die nächste Migrationswelle kommt, die alle Fachleute vorhersagen, wird alles genauso ablaufen wie in 2015 und 2016. Das Problem ist also das Asylrecht der EU. Wer die nächste Million von Migranten aller Länder nach Europa und damit überwiegend nach Deutschland einwandern lässt, hat anschließend die Probleme der Kriminalität und des ‚Islamismus‘, der in Wahrheit normaler Islam ist. Er hat diese Probleme selbst erzeugt. Mit Polizisten, Fernsehkameras und dem Schließen von Moscheen sind sie nicht zu lösen. Jeder ‚Gefährder‘ benötigt 24 Polizisten zur Überwachung. Und die Zahl der Gefängnisneubauten ist nicht beliebig vermehrbar. Das muss die Öffentlichkeit wissen. Wer also nicht sofort die Änderung des Europäischen Asyl-

rechts betreibt, leistet keinen Beitrag zur Problemlösung. Eine solche Politik fordert alleine die AfD. Alle anderen können und wollen es nicht. Wer eine Problemlösung will, hat in wenigen Monaten die Gelegenheit dazu, den notwendigen Politikwechsel in Deutschland herbeizuführen. Jeder Bürger sollte bei der Bundestagswahl daran denken.“

Berlin, 18. Mai 2017. Georg Pazderski: Nicht übereinander, sondern miteinander reden

„Niemand ist gezwungen das Programm der AfD gut zu finden. Die Kritik, die Herr Schuster übt, legt jedoch nahe, dass er weder das Grundsatz-, noch das Wahlprogramm der AfD überhaupt gelesen hat. Fairness und Sachlichkeit in der politischen Auseinandersetzung wird von uns zu Recht erwartet und gefordert. Ich denke, dass auch wir dies in Bezug auf uns einfordern dürfen. Ich empfehle all denen, die gerne über uns sprechen und urteilen, sich erstmal mit unseren Inhalten auseinanderzusetzen. Gerne lade ich Herrn Schuster noch einmal ein, seine Kritikpunkte direkt mit uns zu besprechen, mit uns zu diskutieren und auch zu streiten. Es ist in jedem Fall besser miteinander zu sprechen, als übereinander.“

Berlin, 18. Mai 2017. Alice Weidel: Brexit mit ökonomischer Vernunft gestalten

„Die Brexit-Verhandlungsführung muss als oberste Priorität die Wettbewerbsfähigkeit der beteiligten Volkswirtschaften und die Wohlfahrt ihrer Bürger im Blick haben. Eine harte Abtrennung Großbritanniens von seinen gewachsenen Wirtschaftsbeziehungen zu Europa kann dabei in niemandes Interesse liegen. Besonders die deutsche Wirtschaft hätte mit erheblichen Einbußen zu rechnen. Um das zu verhindern, muss eine umfangreiche Freihandelsregelung mit Großbritannien getroffen werden. Bereits unmittelbar nach dem Brexit-Referendum haben wir gefordert, den EWR-Vertrag für Großbritannien zu öffnen und es, wie die EFTA-Staaten Island, Norwegen und die Schweiz, im europäischen Wirtschaftsraum zu halten. Nun, fast ein Jahr später, empfiehlt auch der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums diese Variante. Die Politik wäre gut beraten, den Expertenrat zu beherzigen. Der freie Handel und damit der Wohlstand der Menschen in Europa darf nicht zur Geisel gescheiterter EU-Ideologen werden.“

Berlin, 17. Mai 2017. Alexander Gauland: Für wie blöd hält die SPD den Wähler

„Es grenzt schon an Realitätsverweigerung bei den Genossen, wenn sie nach drei deutlichen Wahlniederlagen in Folge nun ihr Wahlprogramm als Regierungsprogramm präsentieren. Wählerwille scheint es nicht zu sein, dass die SPD noch weitere vier Jahre als Teil einer Bundesregierung herumdilettiert. In den 19 Jahren seit 1998 war die SPD

15 Jahre lang Regierungspartei. Länger als jede andere Partei im gleichen Zeitraum. In dieser Zeit hat sich wenig zum Besseren verändert, vieles zu Schlechteren. Nun übernehmen Schulz und Co., wie zuvor auch schon die CDU, Forderungen der AfD, um von ihrem eigenen, jahrelangen Versagen abzulenken und bei den Wählern zu punkten. Die gleichen Forderungen, für die man die AfD noch vor Jahresfrist in unsäglicher Weise diffamiert und beleidigt hat, werden nun, da der Wahltermin näher rückt, kurzerhand ins eigene Programm übernommen. Unglaublicher geht es nicht. Martin Schulz steht – mehr noch als Merkel – für unkontrollierte illegale Masseneinwanderung, die Enteignungspolitik der EZB, Bankenrettung, Schuldenunion, TTIP und Brüsseler Filz. Ausgerechnet dieser EU-Millionär, der die Briten in den Brexit trieb, soll nun für innere Sicherheit und soziale Gerechtigkeit stehen? Da muss man sich wirklich fragen: Für wie blöd hält die SPD die Wähler eigentlich?“

Berlin, 16. Mai 2017. Georg Pazderski: Frau Merkel muss endlich Rückgrat zeigen

„Die rückgratlose Haltung Merkels gegenüber der Türkei ist unerträglich. Wie viele Ohrfeigen muss sich Deutschland vom türkischen Despoten noch gefallen lassen, bis unsere Kanzlerin endlich handelt? Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Es ist ein unglaublicher Affront, deutschen Abgeordneten den Zugang zu den Einheiten der Bundeswehr zu verweigern. Und das passiert nicht zum ersten Mal. Als das Besuchsrecht durch die Türkei schon mal eingeschränkt wurde, nachdem der Bundestag eine Resolution zum Völkermord an den Armeniern beschlossen hatte, hätte die Bundeswehr bereits aus der Türkei abgezogen werden müssen. Wenn Frau Merkel und Herr Gabriel – aus grenzenloser Feigheit vor Erdogan – weiter herumtlavieren, nur um den umstrittenen Flüchtlingsdeal nicht zu gefährden, müssen die Abgeordneten des Deutschen Bundestags die Initiative ergreifen und den Abzug der Bundeswehr aus der Türkei beschließen.“

Berlin, 16. Mai 2017. Alice Weidel: Die Bürger endlich entlasten

„Seit Jahren hat der deutsche Staat Überschüsse aus seinen Steuereinnahmen. Es ist aber nicht der Staat, wie man bei der SPD meint, der diese Überschüsse erwirtschaftet. Es sind die Steuerzahler, die das erwirtschaften. Ihnen wird durch den Staat soviel Geld abgenommen, wie nie zuvor in der Geschichte. Deutschland hat eine der höchsten Einkommenssteuer- und Abgabenbelastungen aller westlichen Länder. Besonders davon betroffen ist die Kaufkraft der mittleren Einkommensgruppen. Also Angestellte, Facharbeiter und Akademiker. Bei ihnen schlägt die kalte Progression am stärksten zu. Die Leistungsträger der Gesellschaft erleiden durch den Staat die höchsten finanziellen Einschränkungen. Gleichzeitig zahlen sie mit dem Abschmelzen ihrer Erspar-

nisse für die Zinersparnis, die sich der Staat über die Null-Zins-Politik der EZB ermöglicht. Die Überschüsse, für die sich die Bundesregierung selbst lobt, gehen auf Kosten der Menschen, die mehr arbeiten müssen, länger arbeiten müssen und am Ende im Alter dennoch mit Grundsicherung zu rechnen haben. Das ist ein himmelschreiender Missstand. Es muss für die Arbeitnehmer wieder mehr Netto vom Brutto übrigbleiben.“

Berlin, 12. Mai 2017. Alexander Gauland: Jetzt hat von der Leyen den Verstand verloren

„Nun ist die Bundeswehrführung vollkommen außer Rand und Band. Dass nun das Bild von Altkanzler Schmidt in der Bundeswehr Universität in Hamburg abgehängt wurde, ist an Absurdität kaum zu überbieten. Der Name des Altkanzlers Schmidt steht wie kein anderer für den beherzten Aufbau und Einsatz der Bundeswehr in Notsituationen sowie die standhafte Verteidigung der demokratischen Bundesrepublik Deutschland gegen ihre Feinde. Solch eine bilderstürmerische Maßnahme hat nichts mit seriöser Aufarbeitung unserer Geschichte zu tun, sondern ist grotesker Aktionismus. Genauso gut müsste man sich nach dieser absurden Logik von Stauffenberg und Oskar Schindler distanzieren. Wenn Frau von der Leyen selbst vor Helmut Schmidt in ihrer panischen Säuberungsaktion nicht haltmacht, ist sie für die Mehrheit der Deutschen nicht mehr tragbar.“

Berlin, 12. Mai 2017. Georg Pazderski: Wehrpflicht wiedereinsetzen

„Es wird immer offenkundiger, was wir schon seit langem anmahnen: Die Aussetzung der Wehrpflicht war ein Fehler. Eine reine Freiwilligen-Armee kann das Konzept des Bürgers in Uniform nicht in dem Maße erfüllen, wie dies mit der Wehrpflicht möglich ist. Die Bindung zwischen Truppe und Zivilgesellschaft verliert zusehends an Intensität. Außerdem fehlt der Bundeswehr die Wehrpflicht als Instrument, um geeignete Nachwuchskräfte zu gewinnen. Die Probleme mangelnder gesellschaftlicher Anbindung und die Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung sind bei fast allen Freiwilligen-Armeen der Welt zu beobachten. Dass Merkel und von der Leyen sich vehement gegen eine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht sperren, beweist ihre geistige Verbohrtheit und die Unfähigkeit gemachte Fehler zu korrigieren. Diese Führungsspitze muss im Herbst abgewählt werden.“

Berlin, 11. Mai 2017. Georg Pazderski: Fall Toll Collect ist symptomatisch

„Der Fall Toll Collect ist symptomatisch für den Umgang der Politik mit dem Geld der Steuerzahler. Immer wieder lässt sich der Staat bei öffentlichen Aufträgen übers Ohr

hauen. Dabei gilt das alte Sprichwort: Gelegenheit macht Diebe. Dass die Staatsanwaltschaft hier aktiv wird, ist löblich. Jedoch drängt sich die Frage auf, ob dies vielleicht gar nicht nötig wäre, wenn die Politik bei den Vertragsverhandlungen gleich besser hingeschaut hätte. Zu leicht können sich Politiker und Behördenleitungen in solchen Fällen aus der Verantwortung stehlen. Fälle wie beim BER, Stuttgart 21 und jetzt, sollten sich die Vorwürfe bestätigen, bei Toll Collect, müssen auch für die Verantwortlichen auf staatlicher Seite Konsequenzen haben. Es geht hierbei um das Geld der Bürger. Fahrlässiger Umgang damit muss unter Strafe gestellt werden.“

Berlin, 11. Mai 2017. Alexander Gauland: Schulz und Schäuble wollen Deutschland abschaffen – Macron kommt ihnen gerade recht

„Martin Schulz zeigt endlich wieder sein wahres Gesicht, indem er auf die Forderung von Emmanuel Macron, nach einem gemeinsamen EU-Haushalt, aufspringt. Auch Finanzminister Schäuble hat angekündigt, für eine weitere Preisgabe nationaler Haushaltskompetenzen an Brüssel offen zu sein. Für die Eurokraten Schulz und Schäuble passt das gut ins Konzept. Sie betreiben beide schon seit langem die Auflösung nationaler Souveränität und damit auch die Abschaffung eines der demokratischen Kernrechte des Parlaments, dem Budgetrecht. Schon die Währungsunion ist eine Katastrophe. Ohne auch nur ein einziges Problem daran gelöst zu haben, jetzt also noch einen Schritt weiter. Nun wird auch deutlich, warum, trotz Rekordsteuereinnahmen, eine Entlastung der deutschen Bürger nicht zur Diskussion steht. Macron will den maroden französischen Staat auf Kosten der deutschen Steuerzahler sanieren. So weit, so unverschämt. Aber aus seiner Sicht auch verständlich. Dass aber deutsche Spitzenpolitiker, wie Schäuble und Schulz, eifertig Zustimmung signalisieren ist ein Armutszeugnis. Den Wählern muss spätestens jetzt klarwerden, dass sie mit CDU und SPD die Abschaffer Deutschlands wählen. Wer das nicht will, muss die einzige Opposition wählen, die sich dem entgegenstellt, die AfD.“

Berlin, 11. Mai 2017. Alice Weidel: Reformunfähigkeit Frankreichs nicht mit deutschen Steuergeldern belohnen

„Die Umverteilung von Wohlstand in der Eurozone von den deutschen Bürgern hin zu den Pleitestaaten im südeuropäischen Raum wird unter dem neuen französischen Präsidenten Macron noch intensiver und spürbarer werden. Damit ihm seine eigenen Wähler bei den kommenden Parlamentswahlen nicht direkt wieder das Vertrauen entziehen, ist er genötigt den ausufernden und ineffizienten französischen Sozialstaat unreformiert zu lassen. Die 35-Stunden-Woche, ein großzügiges Rentensystem und üppige Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Das alles kostet sehr viel Geld. Das aber

hat Frankreich nicht. Seit Jahren bricht das Land die Stabilitätskriterien von Maastricht. Eurobonds werden nicht kommen. Sie sind für Macron nur ein Verhandlungsgegenstand, der aufgegeben werden kann, um andere Forderungen durchzusetzen. Durch die Null-Zins-Politik der EZB und ihren unbegrenzten Staatsanleihenkauf, können sich die überschuldeten Euro-Staaten, zu denen auch Frankreich gehört, weiter mit günstigen Milliardenkrediten versorgen. Damit haben wir bereits die Haftungsunion. Die Zeche dafür bezahlen schon jetzt die deutschen Steuerzahler und Sparer, aber das dicke Ende kommt erst noch. Die Merkel-Regierung wird es dennoch als Sieg verbuchen und sich dafür loben, wie standhaft sie in der Frage der Eurobonds geblieben ist. Dafür wird sie dann an anderer Stelle Zugeständnisse machen. Gefährlicher sind daher die Forderungen Macrons nach einem Euro-Finanzminister, und milliardenschweren Investitionsbudgets. Und hier, das hat Außenminister Gabriel bereits angedeutet, wird Deutschland sich wieder zur Kasse bitten lassen. SPD-Kandidat Schulz will sogar gleich einen gemeinsamen EU-Haushalt einführen wenn er Kanzler wird. Frankreich muss bei sich selber anfangen. Es kann nicht sein, dass das Geld der deutschen Steuerzahler wieder und wieder missbraucht wird, um anderen Ländern ihre Reformunfähigkeit zu finanzieren. Es ist eine permanente Schiefelage, die in der Konstruktion des Eurosystems begründet liegt. Daher muss diese Währungsunion endlich geordnet aufgelöst werden.“

Berlin, 9. Mai 2017. Paul Hampel: Macron wird teuer – Frau Merkel, seien Sie gewarnt

„Macron will die Schuldenunion. Daraus hat er nie einen Hehl gemacht. Folgerichtig will er als erstes nach seiner Vereidigung nach Berlin kommen. Hier wird er seine Forderungen nach Eurobands und EU-Haushalt bekräftigen. Erstes Anzeichen des Einknickens hat bereits unser Außenminister Gabriel ausgesandt, indem er einen deutsch-französischen Investitionsfonds vorschlug, um Macron zu unterstützen. Mit anderen Worten, es muss mal wieder deutsches Steuergeld auf den Tisch. Dieser neue französische Präsident ist ein getriebener seiner eigenen Versprechen. Er muss viel Geld ausgeben und das schnell. Geld, das das hochverschuldete Frankreich nicht hat. Macrons Präsidentschaft kann daher Deutschland sehr teuer zu stehen kommen. Die Griechenlandrettung wird Deutschland noch auf Jahrzehnte belasten. Eine Schuldenunion, in der auch die Franzosen sich mit deutscher Kreditwürdigkeit weiter ungehemmt verschulden, wird auch Deutschland über kurz oder lang in den Bankrott treiben. Daher sage ich der Bundesregierung und insbesondere Kanzlerin Merkel: Seien Sie gewarnt.“

Berlin, 9. Mai 2017. Georg Pazderski: von der Leyens Führungsschwäche ist Teil des Problems

„Die Ansage von Frau von der Leyen, alle Kasernen auf den Prüfstand stellen, um sie unter anderem nach Militaria-Devotionalien kontrollieren zu wollen, ist ein beschämender Generalverdacht gegen die eigenen Kameraden und die gesamte Bundeswehr. Es ist weltweit vollkommen normal, dass eine Armee sich an den militärischen Leistungen aus der Vergangenheit orientiert. Allerdings sollte man dies in unserem Fall nur zulassen, wenn dabei die Leistung von der Ideologie sauber getrennt wird. Es ist schon schlimm genug, dass Frau von der Leyen ein tiefes Misstrauen gegen die eigene Führung hegt. Viel schlimmer ist es jedoch, dass dieses Misstrauen sich vornehmlich aus der eigenen Unfähigkeit, die Bundeswehr zu führen und leider nicht allein aus dem Bestreben, rechtsradikales Gedankengut in der Truppe zu eliminieren, begründet. Durch von der Leyens Führungsschwäche und Planlosigkeit in Kombination mit der Aussetzung der Wehrpflicht, ist dieses Problem überhaupt erst entstanden. Die Soldaten werden von ihrer Führung allein gelassen, ohne dass es ein gesellschaftliches Korrektiv der Wehrpflicht, das einiges an verquerem Gedankengut hätte auffangen können, mehr gibt. Wir brauchen daher eine neue Führung in der Bundeswehr. Frau von der Leyen und ihr Generalinspekteur müssen gehen, die Wehrpflicht muss wiedereingesetzt werden. Nur so können wir die Bundeswehr wieder auf den richtigen Weg bringen.“

Magdeburg, 8. Mai 2017. André Poggenburg: Gratulation an Emmanuel Macron und Marine Le Pen

„Natürlich gratuliere ich Emmanuel Macron zu seinem Wahlsieg, obgleich er offensichtlich nicht mit sachpolitischen Themen überzeugen konnte. Vor allem das ‚Schreckgespenst Rechtsextremismus‘ hat dazu geführt, dass sich Anhänger der anderen Parteien hinter ihn geschart haben, obgleich diese mit ihrer überwiegend EU-kritischen Haltung damit ein Votum für einen EU-Befürworter und gegen ihre eigenen Überzeugungen abgaben. Auch vor dem Hintergrund, dass Marine Le Pen ihre Auftritte teils nur unter immensem Polizeischutz absolvieren konnte, stellt sich die Frage, von wem tatsächlich extremistische Akte ausgehen. Macron muss jetzt beweisen, dass er ein Präsident aller Franzosen sein kann, insbesondere auch der Menschen, die ihn allein deshalb gewählt haben, um Marine Le Pen zu verhindern, seine politischen Ziele aber nicht wirklich teilen. Ebenso wie jenes Drittel der Wähler, das dem Front National sein Vertrauen schenkte. Ich gratuliere ebenso Marine Le Pen zu dem historischen Wahlergebnis für den Front National. Mehr als 30 Prozent der französischen Wähler haben sich von der ideologischen Angstmacherei und Dämonisierung nicht bange machen lassen, und das ist gut und richtig so.“

Berlin, 8. Mai 2017. Paul Hampel: Macrons Sieg bedeutet vor allem eines: Es wird sehr teuer

„Es ist schon erstaunlich, wie die Vertreter der etablierten Parteien und Medien in Deutschland den Wahlsieg Emmanuel Macrons unisono feiern und bejubeln. Denn seine Forderungen nach einem Euro-Finanzministerium, einer Schuldenunion und vor allem einem milliardenschweren europäischen Investitionsprogramm müssten aufhorchen lassen. Die Euphorie des deutschen Michels sollte sich in Grenzen halten. Macrons Sieg bedeutet für Deutschland nämlich vor allem eines: Es wird sehr teuer. Denn woher soll das Geld dafür fließen, wenn nicht aus dem sprudelnden deutschen Steuersäckel. Aus französischer Sicht machen Macrons Forderungen durchaus Sinn. Er will die wirtschaftliche Misere seines Landes mit deutschem Geld in den Griff bekommen. Und er wird damit nicht lange warten. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass Marine le Pen mit elf Millionen Stimmen das beste Wahlergebnis der Nationalkonservativen in der Geschichte der Fünften Republik erzielt hat. Damit setzt sich die Erfolgsserie der Anti-Establishment-Bewegung fort. Macron, der keine Partei, sondern nur eine Bewegung hinter sich hat, könnte sehr schnell zum getriebenen werden, wenn er nicht umgehend liefert. Die französischen Parlamentswahlen im kommenden Monat sind dafür der erste Lackmустest. Egal, ob kleine Erfolge – wie in Kiel – oder große Siege – wie in Holland, Polen, Ungarn, Österreich und eben auch Frankreich – zeigen, dass das europäische Establishment eine Opposition bekommen hat, die bleibt und wachsen wird.“

Berlin, 8. Mai 2017. Albrecht Glaser: Venezuela – Und kein Menschenfreund regt sich

„Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ nannte General Hugo Chavez sein Staats- und Gesellschaftsmodell vor 15 Jahren. Als Präsident setzte er mit Kubas Hilfe das Projekt um. Es wurde dann der übliche Sozialismus, wie er immer war und wie er immer sein wird. Insoweit wiederholt sich Geschichte eben doch. Die Utopie des vom Staat erzeugten Glücks für alle. Verstaatlichung von Wirtschaft und Zugriff auf die Bevölkerungsgruppen, die einen Staat wirtschaftlich tragen. Danach folgt die Verarmung aller. Dann werden die Freiheitsrechte beschränkt, insbesondere Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit, um die Abwahl des Sozialismus zu verhindern. Staatsmedien übernehmen die Informationsversorgung. Durch Propaganda wird die „öffentliche Meinung“ gemacht. Zwei Millionen Menschen haben inzwischen das Land verlassen. Weitere werden folgen, wenn die Staatengemeinschaft dem kein Ende bereitet. Castros Geheimdienst beschützt das System und seine Schergen: Erst Chavez, jetzt Maduro. Zahlreiche Festnahmen bei Demonstrationen und viele Tote durch Schussverletzungen. Die Amerikaner kaufen unvermindert das schmutzige venezulanische Staatsöl und die Humanisten, Demokraten

und die „Antifaschisten“ in Europa schweigen. Wenn es um Sozialismus geht, spielen Menschenrechte keine Rolle. Keine Demonstrationen, keine mediale Empörung, kein Handelsembargo und schon gar keine Unterstützung für die demokratische Opposition in Venezuela durch die „internationalen Institutionen“. Die „Intellektuellen aller Länder“ vereinigen sich mal wieder in ihrem Versagen bei der Deutung der Ereignisse der Welt.

Berlin, 5. Mai 2017. Alexander Gauland: Das BAMF hat keine Kontrolle über die Flüchtlinge

„Die Arbeitsweise des BAMF ist eine einzige große Pleite. Der schlimme Fall des Oberleutnants Franco A. beweist, wie stümperhaft das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge arbeitet und wie leicht man es mit den einfachsten Tricks an der Nase herumführen kann. Dieses Amt hat keine Kontrolle über die Asylsuchenden. Es ist kein Verlass auf seine Arbeit, wenn ein krimineller Deutscher sich ohne weiteres lediglich mit ein paar Brocken Französisch und Arabisch eine zweite Identität als Flüchtling dort erschleichen kann. Das ist ein Skandal, denn niemand kann vor diesem Hintergrund wissen, wie viele Menschen mit solchen ergaunerten falschen Identitäten noch in Deutschland herumlaufen. Das BAMF muss endlich mit erkennungsdienstlichen Methoden flächendeckend arbeiten. Nur wenn die Asylsuchenden komplett durchleuchtet und eindeutig identifiziert werden, können wir solche Fälle verhindern und für mehr Sicherheit sorgen.“

Berlin, 4. Mai 2017. Paul Hampel: Merkel ist nicht lernfähig

„Kanzlerin Merkel beweist einmal mehr, dass sie sich für das Wohl des Volkes genauso wenig interessiert, wie für die Meinung ihrer eigenen Parteibasis. Gegen Parteitagsbeschlüsse hält sie stur an der doppelten Staatsbürgerschaft fest. Der Applaus der Mainstream-Medien ist ihr gewiss. Die Bürger aber müssen sich klarmachen: Von dieser lernunfähigen Kanzlerin ist keine Besserung zu erwarten. Die markigen Worte ihrer Parteigänger über Leitkultur und Innerer Sicherheit werden von der Kanzlerin selbst als hohle Worthülsen und Nebelkerzen entlarvt. Die Merkel-CDU wird auf dem eingeschlagenen Irrweg solange nicht Umkehren, wie sie sich die Macht erhalten kann. Daher gibt es nur eine Alternative: Die Alternative für Deutschland.“

Berlin, 4. Mai 2017. Alice Weidel: Faire Brexit-Verhandlungen statt Mafia-Methoden

„Die EU-Kommission versucht Großbritannien in einer Art unter Druck zu setzen, die in keinsten Weise als partnerschaftlich beschrieben werden kann. Leitmotiv der EU scheint dabei die Rache für den Brexit zu sein. Man will ein Exempel statuieren, um den übrigen EU-Mitgliedern zu sagen: ‚Seht ihr, das passiert, wenn ihr versucht abzuhaue-“

Dann machen wir Euch fertig.‘ Es mutet nahezu lächerlich an, dass ein mittelklassiger Unterhändler Barnier sich nun erdreistet, einer gestandenen Premierministerin May Bedingungen diktieren zu wollen. Das mutet eher einer zynischen Schmierkomödie als einer soliden Beziehung auf Augenhöhe an. Die EU zeigt ihr wahres Gesicht. Anstatt maximalen Schaden anzurichten, sollten sich die Verhandlungsführer darauf konzentrieren, vernünftige bilaterale Regelungen zu treffen, die für beide Seiten von Vorteil sind. Großbritannien muss geregelt und ohne Vorbedingungen in den europäischen Binnenmarkt zurückfallen.“

Berlin, 3. Mai 2017. Alexander Gauland: EU muss sich ehrlich machen – diese Türkei gehört nicht nach Europa

„Es muss endlich Schluss sein mit dem Appeasement und den falschen Zugeständnissen, die EU-seitig immer wieder gegenüber der Türkei gemacht werden. Die Situation in der Türkei verschlimmert sich kontinuierlich und die EU sieht bestenfalls tatenlos zu. Besonders die deutsche Regierung erweist sich immer wieder als Beschwichtiger, egal welche rote Linie der türkische Präsident auch überschreitet. Selbst nach dem Verfassungsreferendum will der deutsche Außenminister Gabriel die Tür in die EU weiter offenhalten und verhindert den Abbruch der Verhandlungen. Das ist schon fast armselig. Nun kündigt Ankara sogar an, seinerseits die Verhandlungen abubrechen und will dies als Drohung verstanden wissen. Spätestens jetzt muss auch dem letzten klarwerden, dass die heutige Türkei kein Partner auf dieser Ebene sein kann. Die EU muss sich endlich ehrlich machen. Die Türkei gehört nicht nach Europa, erst recht nicht in der jetzigen Verfasstheit. Ein Abbruch der unseligen EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ist überfällig.“

Berlin, 3. Mai 2017. André Poggenburg: Pressefreiheit nicht nur durch Gefängnis und Folter bedroht

„Mich wundert, dass die offiziellen Medien am heutigen Tag vor allem auf die Bedrohung der Pressefreiheit in der Türkei oder in anderen autoritären Regimen schauen. Natürlich ist es tragisch, wenn Journalisten wie Deniz Yücel wegen ihrer Berichterstattung im Gefängnis sitzen. Wir verurteilen das scharf. Aber – auch bei uns ist die Pressefreiheit bedroht: Zum Beispiel, wenn Journalisten Politikern der AfD, wie Alexander Gauland, falsche Behauptungen in den Mund legen, sie friedliche Proteste von Bürgern als „rassistisch“ oder „fremdenfeindlich“ diffamieren oder wenn sie, wie im Syrienkonflikt, Schuldige von Giftgaseinsätzen benennen, obgleich noch nichts bewiesen ist – kurz: wenn Journalisten in den Medien verfälschen, aus dem Kontext reißen oder stark ten-

denziös berichten. Dabei spielt es keine Rolle, ob das aufgrund von Zeit- oder Geldmangel, wegen unzureichender Recherchen und Bildung oder politischem Druck unserer Regierungskaste passiert. In Deutschland haben wir allen Grund heute, am Tag der Pressefreiheit, auch auf uns selbst zu schauen. Wir sollten diesen Tag als Gedenktag begehen. Die Pressefreiheit ist heute eben nicht nur durch Gefängnis und Folter bedroht.“

Berlin, 3. Mai 2017. Georg Pazderski: Frau von der Leyen hat sich endgültig disqualifiziert

„Es wäre angebracht zu fragen, welches maßloses Behördenversagen vorliegen muss, dass der 28-jährige, blonde Deutsche, Franco A., der kein Arabisch spricht, sich problemlos als Flüchtling in Deutschland registrieren lassen konnte. Das aber ist längst aus den Schlagzeilen verschwunden. Stattdessen müssen sich die Soldaten der Bundeswehr von ihrer eigenen Ministerin ehrabschneidende Vorwürfe gefallen lassen. Dabei stinkt der Fisch wie üblich vom Kopf. Oder wie der Wehrbeauftragte richtig sagte: Führung fängt oben an. Der Zustand der Bundeswehr ist unter von der Leyen so schlecht wie nie zuvor in der Geschichte. Es fehlt an Personal, Material, Schulungs- und Ausbildungskapazitäten, angemessenen, bewohnbaren Unterkünften und Planungssicherheit. Mit der Abschaffung der Wehrpflicht, hat die Politik der Bundeswehr gleich in mehrerer Hinsicht einen Bärendienst erwiesen. Nicht nur der allgemeine Personalmangel ist dadurch entstanden, sondern auch die Eignung und Qualifikation des noch verfügbaren Personals hat sich dadurch nicht zum Besseren verändert. Es darf die Frage gestellt werden: Wie sehr hat sich die Bundeswehr seit Aussetzung der Wehrpflicht in ihrem Charakter und bezüglich ihrer Verankerung in der Gesellschaft verändert? Hätten die Vorfälle, die zuletzt die Schlagzeilen über die Bundeswehr beherrschten, in einer Wehrpflichtarmee so passieren und so lange unerkannt bleiben können? Die Herausforderungen wachsen von Tag zu Tag und der Ministerin fällt nichts Besseres ein, als die Soldaten zu beschimpfen und ihnen die Verantwortung für jahrelanges Ministerversagen zuzuschieben. Mit der Äußerung, dass sie die Gesamtverantwortung trägt, liegt sie ausnahmsweise richtig. Jedoch ist sie dieser Verantwortung während ihrer gesamten Amtszeit nie gerecht geworden. Wäre sie sich ihre Verantwortung bewusst, hätte sie längst die Konsequenz aus ihrem Scheitern ziehen müssen. Diese Frau hat sich nun endgültig für leitende Positionen – nicht nur in der Verteidigungspolitik – disqualifiziert. Wie lange müssen die Soldaten und wir alle dieses Trauerspiel noch ertragen?“

Berlin, 2. Mai 2017. Alexander Gauland: de Maizière missbraucht den Begriff der Leitkultur für Wahlkampfzwecke

„Es ist durchaus vernünftig, eine Leitkultur für unsere Gesellschaft zu fordern. Jeder, der sich nicht in unsere Gesellschaft einfügt, gehört auch nicht zu uns. Allerdings wird de Maizière seine zehn Punkte wohl kaum umsetzen können, zumal er bereits jetzt schon auf Widerstand in den eigenen Reihen stößt. Darüber hinaus stellen sie keinen echten Versuch dar, in Deutschland wirklich etwas ändern zu wollen, sondern sind lediglich eine Beruhigungsspielle für die Wähler und ein kläglicher Versuch, sein Ministeramt über die Bundestagswahl hinaus zu retten. So lobenswert die Forderungen nach einer deutschen Leitkultur auch sein mögen, um so schändlicher ist es, die deutsche Kultur für Wahlkampfzwecke zu missbrauchen.“

Berlin, 2. Mai 2017. Georg Pazderski: Das Problem der Bundeswehr heißt von der Leyen

„Unvermögen, Realitätsverweigerung, leere Ankündigungen, gebrochene Versprechen und sich aus der Verantwortung stehlen charakterisieren die Amtszeit dieser Verteidigungsministerin. Ihre Pontius-Pilatus-Haltung im Fall Franco A. und der jetzt durch den Bundesrechnungshof bekannt gewordene schlecht ausgehandelte Panzerdeal, der ‚erhebliche Risiken für den Steuerzahler‘ birgt, zeigen erneut die Unfähigkeit von der Leyens bei der Führung der Bundeswehr. Der Rüstungsbereich ist außer Kontrolle. Die Bundeswehr leidet unter massivem Fachkräftemangel, sie ist mit veraltetem, teilweise nur noch bedingt einsatzbereitem Gerät ausgestattet, die Materiallage ist desaströs und die Ministerin weiß nicht, was in der Truppe vor sich geht. Mit jedem Tag ihrer Amtszeit wird deutlicher, dass Frau von der Leyen fehl am Platze ist und ihre Amtszeit als eines der größten Desaster in die Geschichte der Bundeswehr eingehen wird. Einsicht oder gar Übernahme von Verantwortung sind Frau von der Leyen fremd. Vielmehr präsentiert sie sich in der Öffentlichkeit, als ob sie dies alles nichts angehe. Sie zeigt mit dem Finger auf andere und sucht sich das nächste Bauernopfer aus: jetzt ist es die angeblich schlechte militärische Führung in den Streitkräften. Die Bilanz ihrer dreieinhalbjährigen Amtszeit ist erschreckend: anstatt sich mit der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und den drängenden Problemen der Landes- und Bündnisverteidigung zu befassen, befasst sie sich mit Diversity-Management, Flachbildschirmen, Kindertagesstätten, der Einführung der 41-Stundenwoche und tingelt durch Talkshows. Die Bundeswehr befand sich noch nie in einem schlechteren physischen und psychischen Zustand als heute und eine Besserung ist nicht in Sicht. Frau Merkel ziehen sie endlich die Konsequenzen, entlassen sie Frau von der Leyen und zeigen sie Mitleid mit der Truppe und dieser überforderten und inkompetenten Ministerin.“

Magdeburg, 2. Mai 2017. André Poggenburg: Öffentlich-rechtliche Beleidigung von AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel unerträglich!

„Es ist unerträglich, dass der politische Meinungskampf auf so eine schmutzige Art geführt wird. Diffamierung, gewaltsame Attacken und Ausgrenzung sind im politischen Diskurs der AfD gegenüber schon Normalität geworden. Nicht hinnehmbar ist aber, dass ein öffentlich-rechtlicher Sender, der aus Zwangsgebühren der deutschen Bürger finanziert wird, seine Stellung für massive Beleidigungen einer offensichtlich missliebigen politischen Funktionsträgerin missbraucht! Das zeigt wieder einmal deutlich, dass die AfD und ihre Landtagsfraktionen ganz richtig liegen mit ihrer Forderung nach einer umfassenden Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks!“

April 2017

Berlin, 29. April 2017. Beatrix von Storch: Lindner übernimmt AfD Forderungen

„AfD wirkt! Lindner hat heute die seit September 2016 vertretene AfD-Forderung nach einem Untersuchungsausschuss gegen Frau Merkel aufgrund ihrer verfehlten Asylpolitik übernommen. Diesen Opportunismus begrüßen wir an dieser Stelle ausdrücklich. Sollte die FDP den Einzug in den Bundestag schaffen, wird die FDP an der Seite der AfD also über den Untersuchungsausschuss Merkel für Aufklärung sorgen. Wir werden Herrn Lindner an dieser Forderung erinnern, messen und sehen, ob die Umfallerpartei FDP erneut umfällt, wenn ihr eine Regierungsbeteiligung winkt. Bisher hat die FDP Wahlprogramme und Wahlversprechen wie zum Beispiel eine Steuerreform nicht umgesetzt. An dieser Stelle werden sie liefern müssen. Der Opportunismus von Lindner ist unübersehbar. Auch in der Euro-Rettung und beim Doppelpass hat Lindner im Wahlkampf eine vollständige Kurskorrektur hin zur AfD vollzogen. Es bleibt ebenso unglaubwürdig wie in der Sache richtig. Eine Garantie dafür, dass die Forderung mit Überzeugung in den Bundestag eingebracht werden, gibt nur die Wahl des Originals der AfD und nicht der schlechten Kopie.“

Berlin, 28. April 2017. Jörg Meuthen: AfD-Bundesschiedsrichter Brett brutal niedergeschlagen

„Das ist die demokratische Kultur des linksextremen Mobs: Keine Argumente, nur stumpfe, brutale Gewalt. Es ist erschreckend, wie viel davon der AfD zur Zeit entgegenschlägt, lediglich um sie politisch zu verhindern. Das wird diesen plumpen Prüglern von der Antifa jedoch nicht gelingen, im Gegenteil: Die Wähler werden sehr schnell erkennen, dass die Altparteien, die diese Verbrechen stillschweigend dulden, mittlerweile unwählbar geworden sind. Meine besten Genesungswünsche an Herrn Brett!“ So sieht es also aus, wenn man „das Personal der AfD attackiert“, wie es SPD-Vize Ralf Stegner

dreist eingefordert hat. Mit Stegners Segen und dem Geld seiner Parteifreundin Manuela Schwesig, deren Ministerium allerlei obskuren Organisationen jährlich 100 Millionen Euro für den „Kampf gegen rechts“ in die schmutzigen Hände drückt, schreckt die Sturmabteilung des 21. Jahrhunderts weder vor Sachbeschädigung noch vor Körperverletzung zurück. Spezialdemokraten wie Stegner registrieren es vermutlich mit klammheimlicher Freude, wenn die Saat ihrer Schreibtischtaten und Verbalattacken aufgeht. Die prügeln-den Stuttgarter Linksextremen sind ein Fall für Polizei und Staatsanwalt, mehr nicht. Deren Unterstützung durch Ministerien und linke Politiker aber ist ein Fall für uns als starke Opposition. Eberhard Brett wünschen wir an dieser Stelle rasche Genesung und alles Gute. Wir können nur hoffen, dass die anderen Parteien zur Gewalt gegen die AfD nicht länger schweigen.“

Berlin, 28. April 2017. Paul Hampel: Schulz steht für beste sozialdemokratische Vetternwirtschaft

„Wenn es selbst dem jahrzehntelangen Kungelclub mit Namen ‚Europäisches Parlament‘ peinlich ist, wie Martin Schulz seine Familie und Freunde mit Steuergeldern versieht, dann muss das Ausmaß der Schulzschen Vetternwirtschaft schon enorm sein. Wenn die deutschen Wähler also sozialdemokratische Vetternwirtschaft, Klientelismus und noch mehr intransparenten EU-Zentralismus wollen, dann müssen sie SPD wählen. Wollen sie jedoch mehr Deutschland, mehr Freiheit von Brüssel, aber auch mehr Basisdemokratie und weniger Politik-Filz, dann müssen sie AfD wählen!“

Berlin, 27. April 2017. Alexander Gauland: Eine Migrantenquote an den Schulen wäre eine Zumutung für Lehrer und Schüler

„Es wird immer deutlicher, dass die große Mehrheit der Millionen von Migranten, die zu uns kommen, überhaupt keine Fachkräfte, sondern Analphabeten und Menschen mit sehr niedrigem Bildungsstand sind. Der Vorschlag von Frau Wanka, vor diesem erschreckenden Hintergrund eine Migrantenquote in den deutschen Schulen einzuführen, stellt eine Zumutung für die Lehrer dar und geht eindeutig zu Lasten der Leistung deutscher Schüler. Es kann nicht sein, dass Lehrer und Schüler mit in Haftung für die vollkommen verfehlte Asylpolitik von Frau Merkel genommen werden und die Probleme der Bundesregierung nun auch an den Schulen ausbaden müssen. Sollte sich dieser schädliche Vorschlag durchsetzen, würde das Bildungsniveau an unseren Schulen dramatisch sinken und viele Zukunftschancen unserer Kinder verloren gehen. Wir müssen endlich die Grenzen dichtmachen, um uns aussuchen zu können, wer zu uns kommt und wer nicht. Deutschland braucht keine nicht integrierbaren Analphabeten, die dem Sozialstaat ein Leben lang auf der Tasche liegen. Wir brauchen hochqualifizierte Fachkräfte, die wir

nach einem Punkte-System selbst aussuchen müssen. Alles andere schadet unserer Gesellschaft.“

Berlin, 26. April 2017. Georg Pazderski: FDP bleibt ihrer Prinzipienlosigkeit treu

„Die opportunistischen Phrasen von FDP-Lindner sind nur noch peinlich. Für ein paar Zehntel Prozent in den Umfragen, würde er wohl heute Kölsch und morgen Altbier zu seinem Lieblingsgetränk erklären. Gesagt wird, was gefällt. Die FDP bleibt sich treu in ihrer Prinzipienlosigkeit. Lindner bestätigt einmal mehr das Bild der FDP vom Fähnchen im Wind. Das kann keiner mehr ernstnehmen. Die Wähler können hieran erkennen, was von dieser Partei ohne Profil zu erwarten ist. Die FDP ist das Sinnbild von leeren Worthülsen im Wahlkampf. Danach ist dann wieder Klientelpolitik angesagt. Die Steuer-senkung für Hoteliers, unter denen sich viele FDP-Spender wiederfanden, dürfte nur allzu gut in Erinnerung sein. Wer markige Sprüche will, soll FDP wählen. Doch bitte nicht wundern, wenn dann nach der Wahl das Gegenteil von dem gemacht wird, was vor der Wahl gesagt wurde.“

Berlin, 25. April 2017. Alexander Gauland: Innere Sicherheit erodiert – Schluss mit Vertuschung und Beschönigungen

„Die Zahl tatverdächtiger Zuwanderer ist 52,7 Prozent gestiegen. Besonders stechen Zuwanderer bei Gewalt- und Sexualdelikten hervor. Die Zahlen der aktuellen Kriminalstatistik belegen, was allen, die mit offenen Augen durch unser Land gehen, längst offenkundig ist. Die von den Altparteien verantwortete Massenzuwanderung hat zu einer eklatanten Erosion der Inneren Sicherheit in Deutschland geführt. Mancherorts ist das Gewaltmonopol des Staates faktisch nicht mehr existent. Die etablierte Politik muss endlich damit aufhören, zu vertuschen und zu beschönigen. Die millionenfach illegal Eingereisten sind für die deutschen Bürger eben nicht wertvoller als Gold und auch im Wesentlichen keine dringend benötigten Fachkräfte. Die Integration von Zuwanderern ist eine immense Aufgabe. Eine Massenmigration, wie wir sie seit 2015 erlebt haben und bis heute – auch unter dem Deckmantel des Familiennachzugs – weiterhin erleben, ist für keine Gesellschaft zu verkraften. Seit Jahren warnt die AfD davor und wurde dafür stets als Angstmacher gescholten. Da klingt es wie ein Hohn, wenn Innenminister de Maizière nun erklärt, die Zahlen seien ‚ein Weckruf für uns alle‘. Offenbar hat die Regierung dann wohl seit Jahren tief und fest geschlafen.“

Berlin, 25. April 2017. Georg Pazderski: Josef Schuster liegt falsch

„Die Migrantenwellen nach Deutschland bringen viele Probleme mit sich, eines davon ist der zunehmende Antisemitismus, den vornehmlich die Muslime unter den Flüchtlingen in Deutschland verbreiten. Von daher ist die Sorge des Zentralrates der Juden über den ansteigenden Antisemitismus in Deutschland vollkommen berechtigt. Die Sorge passt jedoch nicht zu den politischen Äußerungen des Vorsitzenden des Zentralrates Schuster, der Antisemitismus vor allem bei der AfD sehen will. Hier liegt er falsch: Wir setzen uns für eine Begrenzung des Migrantenstroms aus den arabischen Ländern ein und bekämpfen damit auch den importierten Antisemitismus. Gerne laden wir Herrn Schuster ein, die AfD besser kennenzulernen.“

Berlin, 25. April 2017. Paul Hampel: In den Kirchen muss ganz viel ersetzt werden, Herr Schulz!

„Meine Forderung, die Kirchensteuer nicht mehr durch den Staat einzuziehen zu lassen, scheint in den Finanzabteilungen der beiden Amtskirchen und sogar bei den Sozis eingeschlagen zu haben. Selbst Sozialistenchef Martin Schulz, der bisher durch christliche Tugenden eher wenig in Erscheinung trat, fühlt sich bemüßigt, den Führern der Amtskirchen, die genauso abgehoben sind wie er, im Wahlkampf beizuspringen. Dabei verkennt der Euro-Diätenmillionär hier Ursache und Wirkung. Wenn ein Bischof Marx und der EKDIler Bedford-Strohm einer demokratisch legitimierten Partei ihre Rechte und auch ihre Würde absprechen, dann geht das am christlichen Verständnis des Anderen völlig vorbei. Schlimmer noch, wer sich offiziell mit seinen eigenen Organisationen in die Hassdemonstrationen der kriminellen Antifa-Putztruppe einreihet, hat sein Recht, im Namen des Glaubens zu sprechen, verloren. Hier wird der Anspruch von der Liebe zum Nächsten im wahrsten Sinne des Wortes mit Füßen getreten. Ich als bekennender Lutheraner mit einem hohen Respekt vor den katholischen Glaubensbrüdern würde mein Kreuz nicht am Tempelberg ablegen, wie es die beiden oben genannten Herren in Jerusalem getan haben. Wie soll jemand, der das Symbol des Glaubens beschämt unter die Kutte schiebt, noch ein überzeugender Vertreter unserer beiden Konfessionen sein? Bei knapp 220.000 Kirchaustritten allein im vergangenen Jahr müssten in den Bistümern und Synoden alle Glocken läuten. Genau wie unsere Blockparteien haben beide Kirchenführungen den Kontakt und das Verständnis zu ihren Schäfchen längst verloren und – wer mit dem Vermögen seiner Mitglieder so um sich wirft, wie Herr Tebartz-van Elst in Limburg, der sollte wieder mit dem Sparstrumpf vertraut gemacht werden. Es bleibt dabei: Die vom Staat eingezogene Kirchensteuer hat sich spätestens dann erledigt, wenn die Amtskirchen selbstherrlich durch eigene Asylprogramme die Rechtstreue, die Grundlage des Kirchenstaatsvertrages ist, gebrochen haben. Herrn Marx und Herrn Bedford-Strohm sei empfohlen auf den Pfaden des Heiligen Franziskus zu wandeln. Lasst uns

deshalb die Kirchensteuer abschaffen und den Kirchenführern ein christliches Leben in Demut und Bescheidenheit anempfehlen.“

Berlin, 19. April 2017. Georg Pazderski: Die Bundeswehr darf nicht zum Spielball der Politik werden

„Es ist ein ewiges und vor allen Dingen teures Hin und Her, was Frau von der Leyen und ihre Vorgänger hier mit der Ausrichtung der Bundeswehr betreiben. Erst wird die Wehrpflicht ausgesetzt, dann werden die Streitkräfte um ein gehöriges Maß gekürzt, die Auslandseinsätze jedoch ausgeweitet. Darauf folgt nun wieder ein Plan zum Aufbau der Personalstruktur, der jetzt durch die neuen konzeptionellen Vorgaben mit Konzentration auf Landesverteidigung gekrönt werden soll. Diese teure und verwirrende Planlosigkeit beweist mehr denn je, dass Frau von der Leyen weder Visionen noch ein klares, nachhaltiges Konzept für die Bundeswehr hat. Man darf die Truppe nicht durch ständige neue Ausrichtungen und Pseudo-Konzepte verunsichern und sie zum Spielball der Politik und des Wahlkampfes machen. Das ist unanständig den Soldaten gegenüber und verhindert den eigentlichen Auftrag der Bundeswehr. Wie die neuen Pannen und die aktuelle katastrophale Einsatzbereitschaft in Mali zeigen, muss die Bundeswehr erst einmal vernünftig ausgestattet und alle Auslandseinsätze auf den Prüfstand gestellt werden. Diese gefährliche Planlosigkeit muss ein Ende haben!“

Berlin, 19. April 2017. André Poggenburg: Nach Türkei-Votum übernehmen Altparteien AfD-Forderung

„Diese Ankündigungen machen auf erschreckende Weise deutlich, dass es mit der politischen Weitsicht und Vernunft der Altparteien nicht weit her ist: Vor Kurzem hatten sie noch weitere Erleichterungen zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft verabschiedet – jetzt schwenken sie wieder einmal auf den Kurs der AfD um! Es zählt zu unseren ureigensten Positionen, dass nur derjenige Staatsbürger in Deutschland sein darf, der loyal zu unserem Staat und seinen Werten steht. Das peinliche Hin und Her der Politikerkaste in Berlin hingegen wirft erneut ein bezeichnendes Licht auf sie selbst: Sie orientiert sich an tagesaktuellen Ereignissen, anstatt vorausschauend und verantwortlich längerfristig Politik zu gestalten. Mit anderen Worten: Sie reagiert nur noch, ist aber zum Regieren nicht mehr in der Lage!“

Berlin, 19. April 2017. Alice Weidel: Regierung sieht bei Entstehung einer RAF-Generation zu

„Offenbar ist die Bundesregierung derart geschichtsvergessen, dass sie mögliche Konsequenzen der gegenwärtigen Entwicklungen in der linksextremen Szene völlig ignoriert, obwohl sich historische Parallelen geradezu aufdrängen. Anfang der siebziger Jahre entstand aus der sich immer weiter radikalierenden linken Studentenbewegung mit der RAF eine terroristische Vereinigung, die in der Folge 33 Morde und zahllose Sprengstoffattentate beging. Auch damals wurden zunächst Gebäude angegriffen, so verübten die späteren RAF-Gründer Andreas Baader und Gudrun Ensslin anfänglich Anschläge auf Kaufhäuser. Standen zuletzt vor allem Häuser und Fahrzeuge Andersdenkender im Mittelpunkt linksextremer Gewalt, erreicht diese nun mit dem jüngsten Angriff auf eine unbeteiligte Hotelkette eine neue Qualität. Die Bundesregierung sollte sich nun vor allem darum bemühen, die finanziellen Quellen der linksradikalen Szene trocken zu legen. Aus diesem Grund sind vor allem die Bundesprogramme, mit denen SPD, CDU, Grüne und Linke den Kampf gegen den Rechtsextremismus vorantreiben, genauestens auf ihre Nutznießer und die Verwendung der bereitgestellten Steuermittel hin zu überprüfen. Darüber hinaus sollten diese Mittel zukünftig nicht nur einseitig für die Bekämpfung des Rechtsextremismus verwendet werden, sondern gegen alle extremistischen Tendenzen jeglicher Couleur eingesetzt werden. Ob er von rechts oder von links kommt, oder aber religiöser Natur ist, im Einsatz gegen den Extremismus darf kein Unterschied gemacht werden. Angesichts der zahlreichen linksradikalen Gruppierungen und deren zunehmender Gewaltbereitschaft ist es sonst nur noch eine Frage der Zeit, bis unser Land einem neuen deutschen Herbst entgegenblickt.“

Berlin, 12. April 2017. Georg Pazderski: Imame ausweisen, DITIB verbieten!

„Die spionierenden Imame im Auftrag Erdogans und unter dem Deckmantel der DITIB sind ein Skandal. Nicht nur, dass sie ohnehin völlig intransparent und unkontrolliert in Deutschland predigen dürfen, ist inakzeptabel. Dass einige von ihnen darüber hinaus sich der Spionage in Deutschland schuldig machen, muss von den Behörden mit aller Härte geahndet werden. Diese Straftäter gehören ausgewiesen und DITIB muss endlich verboten werden. Doch die deutschen Behörden lassen die Ermittlungen schleifen und die DITIB weiter in Deutschland die Spionageaktivitäten ihrer Imame decken. Ich fordere die zuständigen Landesbehörden auf, jetzt mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Ermittlungen schnell voranzutreiben und ein Verbot der DITIB zu erwirken. Viel zulange haben sie dem strafbaren, zersetzenden Treiben dieses Vereins zugeschaut. Die Bundesregierung muss vor diesem Hintergrund endlich klar gegenüber Erdogan Stellung beziehen und ihn auffordern, sich für die Spionage in Deutschland zu entschuldigen. Mit dieser Türkei muss vor allem das Flüchtlingsabkommen aufgekündigt werden. Es kann

nicht sein, dass ein Vertragspartner den anderen so schamlos ausspioniert. Das darf sich die Bundesregierung nicht gefallen lassen!“

Magdeburg, 7. April 2017. André Poggenburg: Keine Beweise, die amerikanischen Luftangriff auf Syrien rechtfertigen

„Wir sehen den Angriff kritisch, zumal er ohne UN-Mandat erfolgt ist: Der amerikanische Präsident behauptet jetzt, Syrien habe verbotene Chemiewaffen eingesetzt und damit gegen seine Verpflichtungen gemäß der Chemiewaffenkonvention verstoßen. Aber Beweise, wer für den Giftgasangriff am Dienstag verantwortlich ist, beziehungsweise ob es sich tatsächlich um einen solchen handelt, liegen noch nicht vor. Wenn Präsident Trump zu einem solchen Vergeltungsschlag ansetzt, muss die Schuldfrage vorher zweifelsfrei geklärt sein. Es ist bezeichnend, dass Frau Merkel und Herr Gabriel nun mit einem Mal Verständnis für Präsident Trump zeigen. Doch auch ihnen sei gesagt: Auch bei vermeintlichen Kriegsverbrechern gilt zunächst das Prinzip der Unschuldsvermutung, alles andere ist einem westlichen Rechtsstaat unwürdig!“

Berlin, 7. April 2017. Jörg Meuthen: Weitere Eskalation in Syrien verhindern

„Der amerikanische Luftangriff in Syrien ist ein schlechtes Zeichen. Offenbar verfallen die USA erneut in die kopflosen außen- und sicherheitspolitischen Handlungsmuster vergangener Tage. Wie zu Zeiten der Bush-Administration wurde der UN-Sicherheitsrat übergangen. Durch das unabgestimmte Handeln spitzt sich die Lage in der Region weiter zu. Die Begründung für den Luftschlag basiert auf Mutmaßungen und nicht tragfähigen ‚Beweisen‘. Auch das erinnert an frühere Vorgehensweisen der USA. Der amerikanische Präsident Trump sollte zu seinen im Wahlkampf gemachten Aussagen stehen und nicht die Fehler seiner Vorgänger wiederholen. Eine weitere Eskalation des Syrienkonflikts muss unter allen Umständen verhindert werden.“

Berlin, 6. April 2017. Alice Weidel: Beirat des Wirtschaftsministeriums bestätigt AfD-Positionen

„Die renommierten Ökonomen des wissenschaftlichen Beirats des BMWi bestätigen, was die AfD bereits seit über einem Jahr fordert: Schluss mit der schrittweisen Abschaffung des Bargelds. Bargeld ist gelebter Datenschutz – geben wir den privaten baren Geldverkehr auf, so werden nicht nur den Handeltreibenden hohe operative Umstellungen auferlegt, sondern den Bürgern wird auch ein elementares Freiheitsrecht genommen und der Weg in die Vollüberwachung aller Lebensbereiche geebnet. Dagegen wird das Problem der Geldwäsche nicht dadurch bekämpft, dass man Geldscheine abschafft.“

Für ihre Geldwäsche- und Finanzierungsaktivitäten werden Kriminelle weiterhin problemlos andere Mittel und Wege finden – während Bargeldbesitzer kriminalisiert werden. Die gesamte Argumentation der AfD-Wirtschaftsexperten wird von den BMWi-Beratern Punkt für Punkt in deren 55-seitigen Gutachten bestätigt. Das belegt: Wirtschaftlicher Sachverstand ist bei der AfD zu Hause. Leider hat die Vergangenheit gezeigt, dass sich die Regierung selten an der wissenschaftlichen Expertise von Ökonomen orientiert und lieber ideologiesteuerte Wirtschaftspolitik betreibt. Mit Vernunft und gesundem Menschenverstand hat das nicht viel zu tun. Wer diese bei den Parteien in Deutschland sucht, wird nur bei der AfD fündig.“

Berlin, 6. April 2017. Paul Hampel: Jetzt auf nach England!

„Die Härte-Resolution des Europäischen Parlaments gegen Großbritannien ist genau das falsche Signal. Statt beleidigte Härte zu zeigen, sollte die Bundesregierung ihren Einfluss in Brüssel geltend machen, um europäische und nicht zuletzt deutsche Arbeitsplätze in einem funktionierenden Binnenmarkt zu erhalten. Es gilt also London ganz pragmatisch die Hand zu reichen, denn auch hier gilt, dass Politik die Wahrnehmung von Interessen bedeutet. Vor diesem Hintergrund sollte Berlin möglichst schnell zur Realpolitik übergehen und nun vorrangig die deutschen Wirtschaftsinteressen im Auge behalten. Dazu müssen jetzt zügig bilaterale Verträge mit Großbritannien avisiert werden, um gegenüber anderen Wirtschaftsmächten einen Vorsprung zu gewinnen. Die Amerikaner sind längst schon unterwegs. Statt in der europäischen Schmollecke zu verharren, sollte die Bundesregierung den Brexit zum Vorteil der eigenen Wirtschaft als Chance begreifen, die es jetzt zu nutzen gilt – denn lange wird dieses Zeitfenster nicht offenstehen.“

Berlin, 5. April 2017. Alexander Gauland: Erschreckende Zahlen – Der Bevölkerungsaustausch läuft

„Rund 268.000 sogenannte syrische Flüchtlinge haben nach Medienberichten ein Anrecht ihre Familien nach Deutschland nachzuholen. Legt man, vorsichtig geschätzt, den Faktor 4 zu Grunde, können wir uns also nochmal auf über eine Million weiterer Einwanderer allein aus Syrien gefasst machen. Da diese nachziehenden Personen nicht einmal Asylanträge stellen müssen, tauchen sie in der ohnehin katastrophalen Asylstatistik gar nicht erst auf. Wer den Deutschen weiß machen will, es ginge hier nur um die temporäre Unterbringung von Schutzbedürftigen, betreibt bewusste Augenwischerei. Diese Leute kommen, um zu bleiben. Und sie werden bleiben. Es ist der helle Wahnsinn. Mit sehenden Augen werden Milliarden und Abermilliarden von Steuergeldern versenkt und der Sozialstaat in den Zusammenbruch gesteuert. Diese Familiennachzugsregelung muss umgehend gekippt werden! Statt das in die Wege zu leiten, setzen die Politiker der

Altparteien sogar noch eins drauf. Den Grünen geht das Ganze noch gar nicht schnell genug. Geht es nach ihnen, kann bald jeder, der auch nur vorgibt, in Deutschland arbeiten zu wollen, mit samt seiner Familie einwandern. Der Bevölkerungsaustausch in Deutschland läuft auf Hochtouren. Die deutschfeindlichen Grünen wollen ihn noch beschleunigen.“

Magdeburg, 4. April 2017. André Poggenburg: Gegen islamistischen Terror an der Seite des russischen Volkes

„Wir verurteilen den islamistischen Terrorakt in Sankt Petersburg. Wir sprechen den Opfern und Hinterbliebenen unser Mitgefühl aus. Den Russen sei versichert: Dieser Anschlag trifft uns genauso, wie die islamistischen Anschläge in Brüssel, Paris, Berlin und London. Denn es ist ein Anschlag gegen die gesamte abendländische Welt. Im Kampf gegen den islamistischen Terror stehen wir an der Seite des russischen Volkes. Heute sollte deshalb das Brandenburger Tor in den russischen Nationalfarben beleuchtet werden.“

März 2017

Berlin, 31. März 2017. Paul Hampel: Die Verdi-Handlungsanweisungen sind linksfaschistisch und gehören verboten

„Diese Handlungsanweisungen gegen AfD-Mitglieder sind linksfaschistoid in Reinform. Diesen Aufruf zum Mobbing und Spitzeln entkräftet auch eine halbherzige Distanzierung von Verdi-Chef Bsirske nicht. Erschreckend ist, zu welchen undemokratischen Methoden Verdi greift, um eine demokratisch gewählte Partei, die mittlerweile in elf Landtagen sitzt, der rund acht Millionen Wähler ihre Stimme gegeben haben, zu verhindern. Wir prüfen derzeit, ob diese Mobbing-Fibel strafbar ist, um dagegen juristisch vorzugehen. Ich rufe jeden Arbeitnehmer auf, der Zeuge von solch politisch motiviertem Mobbing wird, sich bei der ZES (Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter) zu melden.“

Berlin, 31. März 2017. Alice Weidel: Die Enteignung der deutschen Bürger schreitet voran

„Immer deutlicher bekommen die Deutschen die Enteignungspolitik der EZB über den Negativzins zu spüren. Bisher sind es vor allem die Sparer gewesen, deren Altersvorsorge dadurch zu Nichte gemacht wurde. Während die Inflation weiter anzieht, sinken die Zinsen immer spürbarer nun auch in den Negativbereich. Etliche Banken und Sparkassen erheben bereits Strafzinsen auf Einlagen. Mit der Gebühr auf das Abheben von Bargeld werden jetzt auch diejenigen zur Kasse gebeten, die keine Geldersparnisse bei den Banken haben. Setzt sich der Trend fort, wird bald jeder Inhaber eines Girokontos

betroffen sein. Es ist zu hoffen, dass die Menschen endlich merken, wie übel ihnen von der EZB mit Rückendeckung der Altparteien mitgespielt wird. Die AfD ist die einzige politische Kraft in Deutschland, die diesem unsäglichen Treiben einen Riegel vorschieben will. Im Übrigen findet hier auch der nächste Schritt in Richtung Abschaffung des Bargelds statt. Ein Ende der kostenlosen Bargeldversorgung führt natürlich zu einem Ausweichen ins bargeldlose Bezahlen. Das wiederum wird dann als Argument ins Feld geführt, das Bargeld gänzlich abzuschaffen. Damit wären die Menschen dann endgültig der Willkür der Banken und letztlich der EZB ausgeliefert. Dieser gefährlichen Entwicklung werden wir von der AfD uns mit aller Kraft entgegenstellen.“

Berlin, 30. März 2017. Paul Hampel: Diese Türkei ist kein Partner mehr für uns

„Wie kann es sein, dass die Bundesregierung vorgibt, vom jahrelangen Aufbau eines türkischen Spionagenetzwerkes in Deutschland nichts gewusst zu haben? Es mutet grotesk an, dass die deutsche Regierung von den Aktivitäten eines jahrzehntelangen NATO-Partners keine Kenntnis gehabt haben will und erst aufwacht, wenn dieses feindselige Netzwerk sich schon längst etabliert hat. Nebst dem Versagen der Bundesregierung in dieser Sache, beweist das systematische Ausspionieren der Türkei vor allen Dingen, dass sie ihren Partnerstatus längst verspielt hat und grundsätzlich nicht zu Europa und schon gar nicht in die EU gehört. Wir wollen mit dieser Türkei unter Erdogan nichts zu tun haben! Frau Merkel muss den türkischen Potentaten endlich in seine Schranken weisen und alle Verträge mit ihm aufkündigen. Andersfalls wird Präsident Erdogan sich in seinem unverschämten und demokratiefeindlichen Handeln nur bestätigt fühlen.“

Berlin, 29. März 2017. Jörg Meuthen: Merkel kann es nicht, Schulz noch weniger

„Seit nunmehr sieben Jahren begleitet uns die Eurokrise. Angela Merkel hat Deutschland zum Dauerzahler für die maroden Eurostaaten, allen voran Griechenland, gemacht. Unzählige Milliarden an Steuergeldern hat sie verschleudert, weitere Milliardenverluste deutscher Sparer hat sie mit zu verantworten. Diese Frau muss von ihrem Regierungsauftrag entbunden werden. Das, was die SPD dazu im Angebot hat, ist noch katastrophaler. Schulz geht die Vergemeinschaftung der Schulden in Europa noch nicht weit genug. Nach dem Motto: Wenn wir schon in die verkehrte Richtung fahren, dann aber auch mit Vollgas. In seiner Zeit als EU-Parlamentspräsident war er es, der immer noch mehr Geld für Griechenland gefordert hat. Er hat sich für Eurobonds ausgesprochen und das Anleihenkaufprogramm der EZB befürwortet. Schulz will die vollständige Schuldenunion. Wer weiter in den Abgrund fahren will, muss Merkel wählen. Wer die Sache noch beschleunigen und das Chaos perfekt machen will, der wählt Schulz. Wer

das nicht will und Deutschlands Zukunft noch nicht völlig aufgegeben hat, der muss AfD wählen.“

Berlin, 29. März 2017. Alice Weidel: Gigantische Rechnung aus Griechenland

„Der nächste Akt in der griechischen Tragödie beginnt. Was lange absehbar war, wird nun konkret. Die Rückzahlung der als Kredite ausgegebenen Hilfszahlungen an Griechenland kann nicht wie geplant erfolgen. Stundungen werden gefordert und vermutlich auch gewährt. Letztlich sind die gesamten Verhandlungen darüber nichts, als bloße Augenschere. Griechenland ist zahlungsunfähig und zwar schon seit mindestens sieben Jahren. Seit 2010 wird die Insolvenz des Landes durch ökonomisch völlig unverantwortliche Zahlungen verschleppt. Nichts davon wird jemals zurückgezahlt werden. Die privaten Gläubiger Griechenlands wurden ausbezahlt und nun müssen deutsche Steuerzahler und Sparer die Zeche bezahlen. Mit jedem Tag, den Griechenland auf diese Weise im Euro bleibt, wird weiteres Geld verbrannt. Diesem Euro-Wahnsinn muss endlich ein Ende bereitet werden. Da Deutschland in allen Gremien von Eurogruppe bis EZB von den Schuldenstaaten überstimmt und finanziell weiter zur Ader gelassen wird, bleibt nur eine Möglichkeit: Deutschland muss so schnell wie möglich die gescheiterte Euro-Währungsunion verlassen.“

Berlin, 29. März 2017. Alexander Gauland: Herr Tajani, werden Sie Ehrenmitglied der AfD!

„Die Warnung des EU-Parlamentspräsidenten vor rund 30 Millionen Afrikanern, die sich auf den Weg nach Europa machten, ist richtig und sehr ernst zu nehmen. Frau Merkel und der Rest ihrer Regierungstruppe dürfen nicht länger die Augen vor der akuten Gefahr für unsere Gesellschaft durch die anstehenden Migrationswellen verschließen. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden wir von Wirtschaftsmigranten in nie gekannter Anzahl überschwemmt werden. Mit fatalen Folgen: Steigende Kriminalität, erhöhte Terrorgefahr, Zusammenbruch unseres Sozialsystems und eine gespaltene Gesellschaft mit hohem Konfliktpotential. Daher begrüße ich die Überlegungen von Antonio Tajani, Migrantenstädte in Nordafrika aufzubauen, um diese Menschen an ihrer Weiterreise nach Europa nachhaltig zu hindern. Deshalb biete ich Herrn Tajani die AfD-Ehrenmitgliedschaft für sein mutiges Aussprechen von unangenehmen Wahrheiten an. Herr Tajani, werden Sie Ehrenmitglied der AfD!“

Berlin, 29. März 2017. Jörg Meuthen: Österreich macht vor, wie es geht

"Als Deutscher, der an der Untätigkeit und Unfähigkeit der eigenen Bundesregierung verzweifelt, kann man derzeit nur neidisch in unser schönes Nachbarland Österreich schauen. Dort regiert zwar auch eine große Koalition, die zweifelsohne dringend durch eine FPÖ-geführte Regierung abgelöst werden sollte – aber immerhin wirkt die FPÖ dort aus ihrer enorm starken Oppositionsrolle sehr weit in das Regierungshandeln hinein. Unserer österreichischen Schwesterpartei und ihren sensationellen Umfragewerten ist es zu verdanken, dass sich Rote und Schwarze in Wien endlich bewegt haben. Sie haben nämlich, man höre und staune, ein Gesetz beschlossen, für das man im hiesigen linksgrün-dominierten, flüchtlingsfanatischen Diskurs zumindest bis vor kurzem als „außerhalb des demokratischen Spektrums“ gegeißelt worden wäre. Sitzen Sie fest, liebe Leser? Sie drohen sonst nämlich gleich vom Stuhl zu kippen in Anbetracht der Dinge, die in einem freiheitlich-demokratischen europäischen Rechtsstaat augenscheinlich problemlos mit der Verfassung vereinbar sind. Zuvorderst zu nennen ist das auch bei uns längst überfällige Burkaverbot. Dies fordern wir seit Langem – Österreich macht nun Ernst: Ab sofort wird dieses islamisch-fundamentalistische Kleidungsstück aus dem österreichischen Straßenbild verbannt. Gut so! Des Weiteren wird nun für Asylbewerber eine gemeinnützige Arbeitspflicht eingeführt – im Rahmen sogenannter „Null-Euro-Jobs“. Im Klartext: Man erwartet von all den „Schutzsuchenden“, dass sie ihrem Gastland etwas zurückgeben – weigern sie sich, wird ihnen die Stütze gekürzt. So macht man das! Und weil man so schön in Fahrt war in Wien, hat man gleich noch etwas anderes Sinnvolles beschlossen: Wer an verpflichtenden Deutsch- und Integrationskursen nicht teilnimmt, wird ebenfalls spürbare Kürzungen seiner monatlichen Zahlungen hinnehmen müssen. Hervorragend! Zu guter Letzt rückt man noch den unsäglichen Koran-Verteilaktionen durch radikale Salafisten zu Leibe: Auch damit wird im öffentlichen Raum nun Schluss sein. Fantastisch, es geht also! Ich fordere die Bundesregierung auf, diese sinnvollen und notwendigen Regelungen eins zu eins für unser Land zu übernehmen. Und zwar sofort – es ist genug Zeit verplempert worden. Die Resultate von Merkels Untätigkeit sehen wir alle jeden Tag ein bisschen mehr in unseren Städten und Dörfern. Allein: Von all diesen Regelungen ist unser Land leider Lichtjahre entfernt. Unsere humanitäre vor sich hin delirierende Flüchtlingskanzlerin und ihre gefügige Komparsentruppe wagen ja nicht einmal im Traum, derlei nur zu denken, geschweige denn umzusetzen. Burkaverbot, Arbeitspflicht für Asylbewerber, Kürzungen bei Deutschkurs-Verweigerung und keine weiteren Koran-Verteilungen – das alles gibt es nur mit der AfD. Zeit, die Berliner Waschlappen-Koalition der Nichtsteuer auf die harte Oppositionsbank zu verbannen. Zeit für die AfD."

Berlin, 28. März 2017. Georg Pazderski: Schluss mit der Steuergeldverschwendung für die Asylindustrie

„Es ist mittlerweile keine Überraschung mehr, was der Bundesrechnungshof bei der BA an Doppelförderungen und Doppelabrechnungen bei Sprach- und Integrationskursen aufgedeckt hat. Bei all den Skandalen rund um das Asylchaos in Deutschland, wundert einen kaum noch etwas. Dabei ist es in der Tat ein Skandal, der zum Himmel schreit. Wieder einmal wird großzügig und maximal ineffizient das Geld der deutschen Steuerzahler zum Fenster hinausgeworfen. Es geht dabei um viele hundert Millionen Euro. Diese Vorgänge sind ein weiteres Paradebeispiel von komplettem Behörden- und Politikversagen. Konsequenz? Keine. Wird jemand zur Verantwortung gezogen? Natürlich nicht. Das ganze System der Maßnahmen, welches durch die BA angewandt wird, ist eine reine Geschichte von Steuergeldverschwendung und dem Beschönigen von Statistiken. Nutznießer sind dabei die Regierung und die Anbieter der teils höchst fragwürdigen Maßnahmen. Die Regierung streicht einfach die Zwangsteilnehmer dieser Maßnahmen aus der Arbeitslosenstatistik und die Anbieter kassieren kräftig ab. Den Schaden hat wieder einmal der arbeitende Teil der Bevölkerung, der diese Machenschaften großzügig finanzieren muss. Klar, dass die Asyl- und Sozialindustrie diese Politik deckt und verteidigt. Schließlich verdient sie sich dabei eine goldene Nase. Damit muss jedoch endlich Schluss sein. Deutschlands Steuerzahler dürfen nicht weiter als Dukatenesel missbraucht werden.“

Berlin, 23. März 2017. Alexander Gauland: Die Angst treibt Lammert zu Trickereien

„Was müssen die Altparteien für eine Angst vor der AfD haben, wenn sie jetzt schon zu solchen Trickereien greifen wollen, nur um zu verhindern, dass wir den Alterspräsidenten im nächsten Deutschen Bundestag stellen könnten. Als Stefan Heym für die Partei der Mauertoten 1994 Alterspräsident wurde, gab es keinen Aufschrei. Heute jedoch möchte man mögliche Kandidaten einer demokratischen Partei mit billigen Tricks völlig grundlos verhindern. Dabei ist es mir persönlich vollkommen egal, wer diesen Titel im September erhält und welche Partei ihn stellt. Ich für meinen Teil möchte in Deutschland für Deutschland etwas bewegen und es erfüllt mich mit Genugtuung, wenn ich an dieser Lammert-Posse erkennen kann, dass die AfD bereits jetzt schon die Altparteien vor sich hertreibt.“

Berlin, 23. März 2017. Georg Pazderski: Wir müssen uns endlich gegen den Terror mit allen Mitteln wehren!

„London ist überall. Was dort Schreckliches geschehen ist, könnte bei der aktuellen Bedrohungslage jederzeit genauso gut in Berlin, Köln oder München geschehen. Doch die Bundesregierung hat außer Durchhalteparolen wieder einmal nichts zu bieten. Aus allen Ecken kommt der trotzige Ausruf: ‚wir lassen uns unser Leben nicht nehmen‘ – dabei hat sich unsere Gesellschaft bereits durch den islamistischen Terror dramatisch verändert: Silvester kann nur noch unter massiven Polizeiaufgeboten begangen werden und in Berlin wird man voraussichtlich den Karneval der Kulturen aus Sicherheitsgründen – also aus Angst – absagen. Wirklich harte, effiziente Maßnahmen der Bundesregierung gegen den Terror sind weit und breit nicht in Sicht. Warum leben immer noch rund 500 sogenannte Gefährder in Deutschland? Eigentlich müssten Frau Merkel und die Ministerpräsidenten alles tun, um uns zu schützen: Grenzen schließen, Gefährder sofort ausweisen, Polizeipräsenz verstärken, Recht und Gesetz durchsetzen. Nichts von dem ist der Fall. Stattdessen wird traurige Solidarität durch das Anstrahlen von Gebäuden und abgedroschene Worthülsen bekundet, die wie so oft keine nennenswerten Folgen haben wird. Wir müssen endlich aufwachen und uns gegen den Terror wehren, statt zu lernen, mit der Angst zu leben, wie es de Maizière gefordert hatte.“

Berlin, 23. März 2017. Dirk Driesang: EU-Anti-Korruptionsbehörde OLAF muss Schulz Personalentscheidungen prüfen

„Während Martin Schulz im Wahlkampf den kleinen Bürger von nebenan mimt, hat er als EU-Parlamentspräsident wie ein König agiert. Er ist in Brüssel berühmt-berüchtigt für seine gutsherrlichen Personalentscheidungen, mit denen er seinen engen Mitarbeitern Karriere- und Geldvorteile verschafft hat. Das muss OLAF, die Anti-Korruptionsbehörde der EU, nun vollständig und nicht nur punktuell aufklären. Einen entsprechenden Antrag habe ich heute gestellt. Es reicht nicht aus, dass der Haushaltskontrollausschuss des EU-Parlaments hier eine Rüge erteilt. Vielmehr muss die Rüge zum Anlass genommen werden, das Handeln von Schulz umfassend zu prüfen. Diese Prüfung sollte all das umfassen, was der Haushaltskontrollausschuss angemahnt hat, insbesondere a) den Verstoß gegen den schon 2013 gefassten Beschluss, die Praxis der Dauerdienstreisen zu beenden, b) den Hinweis, dass EU-Beamte durch das Geld der Steuerzahler bezahlt werden und nicht dazu dienen, ein nationales Interesse des Präsidenten zu bewerben, c) das regelwidrige Ansinnen, Leitungspositionen ohne Ausschreibung besetzen zu wollen, und d) die Selbstermächtigung von Martin Schulz, an seine Kabinettsmitglieder eine Sonderzulage entgegen dem Personalstatut vergeben zu können.“

Magdeburg, 23. März 2017. André Poggenburg: Wir brauchen eine Festung Europa, das Merkel-Willkommenskartell muss weg!

„Wieder hat die Angst unsere Bürger im Griff, terroristische Anschläge erfolgen in immer kürzeren Abständen. Und auch diesmal scheint es ein islamistischer Terrorakt zu sein. Niemand kann sich mehr sicher fühlen. Ein Fahrzeug, das in eine Menschenmenge rast, genügt. Unsere Bevölkerung fühlt sich ohnmächtig, das dürfen wir nicht mehr zulassen. Wir müssen mit allen Mitteln und voller Härte unsere Freiheit und unsere Sicherheit in Europa verteidigen. Wir brauchen leider eine echte Festung Europa und müssen mit allen Möglichkeiten gegen die Gefahren der Islamisierung und Multikulti-um-jeden-Preis vorgehen. Schritt eins: das Merkel-Willkommenskartell muss weg! Jeder Angreifer muss wissen, dass wir zurückschlagen, wenn unsere Bürger in solche Gefahr gebracht werden. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen dieses grauenvollen Angriffs.“

Berlin, 22. März 2017. Paul Hampel: Die Merkel-Rebellen werden in der Union nichts mehr ausrichten können

„Es ist zwar interessant zu beobachten, wie sich im Jahr der Bundestagswahl Widerstand gegen den sozialdemokratischen Kurs der Kanzlerin innerhalb der Union formiert, dennoch ist die Gründung des sogenannten ‚konservativen Aufbruchs‘ eher ein konservativer Abbruch. Denn echte Konservative existieren in den Unionsparteien schon lange nicht mehr. Spätestens seit der Abwahl von Jörg Schönbohm ist die CDU auf einem nie dagewesenen Linkskurs, den auch einige wenige Mächtegern-Rebellen nicht mehr werden aufhalten können. Die wirklichen Konservativen waren von Anfang an in der AfD. Wir haben seit Gründung unserer Partei die Euro- und auch die Asylpolitik von Kanzlerin Merkel scharf kritisiert und auf deren Gefahren für die deutsche Gesellschaft unermüdlich hingewiesen. In der Union werdet ihr nichts mehr bewegen, liebe Merkel-Rebellen. Da hättet ihr viel früher aufstehen müssen. Ihr seid trotz allem herzlich eingeladen, bei der AfD mitzumachen, denn bei uns würde Euer Engagement nicht verpuffen.“

Magdeburg, 20. März 2017. André Poggenburg: Schulz-Show ohne Inhalt – Merkel-Ersatz um jeden Preis

„Wenig Programmatik, viel Selbstbeweihräucherung und Schwelgen in der Vergangenheit – das ist die dürftige Bilanz der gestrigen Schulz-Show beim SPD-Parteitag. Es sind typische Anzeichen einer Partei, die keine Lösungen für die Probleme von heute vorweisen kann. Die SPD ist keine Partei von gestern, sondern von vorgestern. Die 100-prozentige Zustimmung zu Schulz macht deutlich, wie groß das Verlangen der SPD-Anhänger ist, einen Merkel-Ersatz um jeden Preis zu haben. Und genau dieser Wechselwunsch ist das einzige Potential, das der SPD-Spitzenkandidat Schulz vorweisen kann.“

Berlin, 20. März 2017. Alice Weidel: EZB-Negativzinsen treffen Privatkunden – Deutschland muss dieses Eurosystem endlich verlassen

„Mittlerweile erheben nun auch Sparkassen Strafzinsen auf Spareinlagen von Privatkunden. Mit dem Finger auf diese zu zeigen, wäre allerdings verfehlt. Die katastrophale Negativzinspolitik der EZB lässt den Kreditinstituten mittelfristig gar keine andere Möglichkeit, als die Strafzinsen an die Kunden weiterzugeben. Seit Jahren sieht die deutsche Politik diesem unsäglichen Treiben der EZB und ihres Chefs Mario Draghi tatenlos zu. Schlimmer noch: Merkel und Schäuble haben sie dazu noch ermutigt. Die Souveränität über die Geldpolitik an die von den südeuropäischen Staaten dominierte EZB abgegeben zu haben, erweist sich immer mehr als Fluch für die deutschen Steuerzahler und Sparer. Sowohl mit Kanzlerin Merkel, als auch mit dem SPD-Kandidaten Schulz, wird dieser verheerende Weg weitergegangen. Da die EZB sich jeder Kontrolle entzieht und den Pfad ökonomischer Vernunft lange verlassen hat, bleibt die einzige Möglichkeit für Deutschland, das Eurosystem so schnell wie möglich geordnet zu verlassen. Dafür macht sich in Deutschland einzig die AfD stark.“

Berlin, 16. März 2017. Alexander Gauland: Rot-grün macht sich zum Handlanger Erdogans

„Der Vorstoß von Rot-grün in NRW ist an Absurdität nicht zu überbieten. Hätte sich Frau Kraft mit ihren deutschlandfeindlichen Bestrebungen durchgesetzt, hätten wir bald Erdogans Schergen in unseren Stadtparlamenten. Die politischen Auswirkungen wären nicht auszudenken: Islamistische Vereine wie beispielsweise ‚DITIB‘ könnten die Verbreitung ihrer grundgesetzfeindlichen Indoktrination weiter ausbauen. Auch die selbsternannte Scharia-Polizei könnte mit Sicherheit wieder in den Straßen die Menschen schikanieren. Rot-grün hat sich mit diesem unglaublichen Vorstoß als Erdogan-Lobby entlarvt. Wer türkische Verhältnisse in Deutschland haben möchte, sollte ab sofort Rot-grün wählen. Wer den unsäglichen Einfluss von Erdogan auf Deutschland stoppen will, muss AfD wählen.“

Berlin, 15. März 2017. Paul Hampel: Schluss mit der deutschen Unterwürfigkeit vor Erdogan

„Als Reaktion auf maßlose Beschimpfungen und Drohungen aus der Türkei, entscheidet sich die Bundesregierung nun für die Abstimmung über das Erdogan'sche Ermächtigungsgesetz Wahllokale in Deutschland zur Verfügung zu stellen. Man kommt aus dem Kopfschütteln überhaupt nicht mehr heraus. Der Umgang unserer Bundesregierung ist an hündischer Unterwürfigkeit kaum noch zu überbieten. Wenn türkische

Staatsbürger außerhalb der Türkei wählen wollen, müssen sie das per Briefwahl, in einem zuständigen Konsulat oder in der Botschaft tun. Allein die Kosten, die der deutsche Steuerzahler für die Durchführung und polizeiliche Sicherung dieser Wahl aufbringen muss, sind in keiner Weise zu rechtfertigen. Die Zeit des Entgegenkommens und des Appeasements gegenüber Erdogan muss endlich ein Ende haben. Erdogan betrachtet und behandelt Deutschland wie einen Vasallenstaat und unsere Bundesregierung bietet sich ihm ein ums andere Mal als willfähriger Verwalter an. Das darf so nicht weitergehen.“

Berlin, 14. März 2017. Jörg Meuthen: Zypries' Reformpläne sind unglaubwürdig

„Zypries' Steuerreformgelüste sind ein typischer Sozi-Reflex zu Wahlkampfzeiten und nichts weiter als alter Wein in halbherzig aufpolierten Schläuchen. In Wirklichkeit geht es den Sozialdemokraten lediglich darum, oben abzukassieren, um ansatzweise den Eindruck zu erwecken, ihre teuren Wahlkampfgeschenke finanzieren zu können. Es ist zwar schön, wenn Frau Zypries mit dem Gedanken spielt, mittlere und untere Einkommen zu entlasten; allein fehlt hier die Glaubwürdigkeit. Zu oft haben SPD Politiker Entlastung und Umverteilung angekündigt. Herausgekommen ist dabei meist nur, dass bei den oberen Gehaltsklassen abkassiert wurde, ohne dabei gleichzeitig irgendwen zu entlasten. Die SPD agiert wie ein Wetterfähnchen im Wind. Sie scheint erkannt zu haben, wie gut die AfD-Forderungen nach Entlastung sind: Denn wir sind für die volle Kinderberücksichtigung der Erziehungszeiten in der Rente, die Entlastung des kleinen Steuerzahlers, zum Beispiel durch deutliche Erhöhung des Grundfreibetrages, also der Mittel- und Unterschicht, und das Senken der Nebenkosten. Allerdings nicht zulasten anderer. Wir sind dafür, dem Staat sinnvolle Grenzen zu setzen und seine Quote deutlich zu senken. Das ist der große Unterschied zu der SPD. Der größte Unterschied zur AfD ist jedoch das, was die Altparteien längst verspielt haben: Die Glaubwürdigkeit.“

Berlin, 14. März 2017. Paul Hampel: Schluss mit der Feigheit vor Erdogan

„Die Türkei ist auf dem Weg in eine Diktatur mit islamistischen und nationalistischen Vorzeichen. Es muss daher endlich Schluss sein, mit dem peinlichen und würdelosen Appeasement gegenüber dem türkischen Despoten Erdogan. Die Niederlande haben vorbildlich demonstriert, wie eine rote Linie gezogen und auch gehalten wird. Wahlkampfauftritte ausländischer Politiker müssen ohne Wenn und Aber gesetzlich untersagt werden. Ansonsten könnten schließlich auch weitere Gruppen, dann völlig zu Recht, solche Auftritte fordern. Was sagen wir den Kurden, den Syrern, den Irakern, wenn plötzlich auch deren Politiker in Deutschland für fragwürdige Maßnahmen unter ihren Landsleuten Stimmung machen wollen? Die derzeitige deutsche Regierung ist offenkundig zu

feige, um auf die Provokationen Erdogans angemessen zu reagieren. Sie hat sich mit ihrem faulen Flüchtlingsdeal abhängig und erpressbar gemacht – auch das aus purer Feigheit davor, die Migrationsproblematik selber zu lösen, wie es eigentlich ihre Aufgabe ist. Unsere Bundesregierung – voran Kanzlerin Merkel – vertritt unser Land in denkbar schlechtester Weise. Wer aus Feigheit die Interessen des eigenen Landes verrät, darf nicht es regieren. Statt Feigheit brauchen wir Mut zur Wahrheit, Mut zu Deutschland. Es ist Zeit für die AfD.“

Berlin, 14. März 2017. Georg Pazderski: Unternehmen müssen Kopftücher untersagen dürfen

„Das Urteil des EuGH ist ein richtiges Signal – vor allem für Deutschland. Selbstverständlich müssen Unternehmen das Tragen von Kopftüchern verbieten dürfen. Denn das Kopftuch ist in vielen Fällen viel mehr als ein religiöses Symbol. Für viele Menschen steht es für eine Grundgesetzfeindliche Gesinnung und ist ein politisches Statement der Unterdrückung. Unternehmen müssen es verbieten dürfen, wenn sie dadurch geschäftliche Nachteile befürchten oder schlichtweg damit nicht einverstanden sind. Ich hoffe, das goldrichtige Signal aus Brüssel wird nun endlich auch in Berlin aufgenommen. Denn bisher sind Frau Merkel und der Berliner Bürgermeister Müller auf dem komplett falschen Dampfer, obwohl in der Vergangenheit bereits mehrfach gegen das Kopftuch in verschiedener Weise und in verschiedenen Instanzen geurteilt wurde. Das EuGH-Urteil beweist jedoch auch, dass die AfD von Anfang an mit ihren Forderungen richtiggelegen hat. Wir haben schon immer gefordert, Kopftücher aus öffentlichen Ämtern, Schulen, Behörden und Unternehmen herauszuhalten. Das steht in völligem Einklang mit der Religionsfreiheit.“

Berlin, 13. März 2017. Alexander Gauland: Der Doppelpass befeuert den deutsch-türkischen Streit

„Es ist gut, dass sich die holländische Regierung gegen die Wahlkampfauftritte der türkischen Regierung mit allen Mitteln wehrt. Es gibt weder im Völkerrecht noch in den Verfassungen der europäischen Nationalstaaten einen Anspruch für ausländische Politiker, amtliche Funktionen im Ausland auszuüben. Diese Bestrebungen der Regierung Erdogan sind vermessen und unverschämt. Besonders dreist ist jedoch, dass die türkische Regierung deutsche und niederländische Bürger mit türkischem Migrationshintergrund wie Türken behandelt und alles andere ignoriert. Diese freche Einstellung wird unter anderem durch den immer noch existierenden Doppelpass befeuert, der ein großer Fehler ist, da er Verwirrung stiftet und zur nationalen Beliebigkeit führt. Genauso wenig wie man katholisch und evangelisch gleichzeitig sein kann, sollte man nicht Staatsbürger

mehrerer Staaten sein können. Die Möglichkeit eines deutsch-türkischen Doppelpasses ist in nicht geringem Maße an dem diplomatischen Eklat zwischen Deutschland und der Türkei schuld. Sie gehört dringend abgeschafft, um klare Verhältnisse und Loyalitäten herbeizuführen. Wieder einmal trägt die politische Lethargie der Bundesregierung zu einem weiteren Problem bei, anstelle es zu lösen.“

Berlin, 13. März 2017. Georg Pazderski: Vertrauenskrise im Verteidigungsministerium!

„Frau von der Leyen scheint ihren eigenen Generälen und Beamten nicht mehr zu trauen. Anders ist die millionenschwere externe Beraterleistung, die den deutschen Steuerzahler die Rekordsumme von 100 Millionen Euro kostet, nicht zu erklären. Ein Schlag ins Gesicht für erfahrene, langgediente Offiziere im BMVg und für die ähnlich teure vorangegangene Beratermannschaft von McKinsey! Dabei verfügt das Verteidigungsministerium über einen der größten Mitarbeiterstäbe im Vergleich zu anderen Ministerien. Die dringend notwendigen Reformen müsste es eigentlich aus eigener Kraft erkennen und umsetzen können. Die Kosten, die das Planungschaos bei der Bundeswehr für den deutschen Steuerzahler bereits verursacht haben, gehen in die Milliarden. Das ist niemandem mehr vermittelbar. Frau von der Leyen muss endlich aufhören, ihre eigene augenscheinliche Inkompetenz mit Millionen von Steuergeldern und sinnlosen Maßnahmen wie beispielsweise weiteren Auslandseinsätzen oder der Gentrifizierung der Truppe zu kaschieren. Sie ist auf dem besten Wege erneut viele hundert Millionen Euro ohne Sinn und Verstand auszugeben und damit die Bundeswehr zu einem der größten Milliardengräber in der Geschichte der deutschen Ministerien zu machen. Diese Frau muss dringend ihren Posten zum Wohl der Steuerzahler und der Bundeswehr räumen.“

Berlin, 9. März 2017. Paul Hampel: Ausländische Propagandaauftritte auf deutschem Boden verbieten!

„Das, was sich die Vertreter der türkischen Regierung gegenüber Deutschland erlauben, ist an Dreistigkeit kaum noch zu überbieten. Dennoch lässt man sie gewähren. Man stelle sich vor, ein Herr Assad würde für sich das Recht proklamieren, in Deutschland zu seinen syrischen Staatsbürgern zu sprechen und Propaganda für sich zu betreiben. Der Skandal wäre perfekt. Ich fordere die Bundesregierung daher auf, endlich unmissverständlich die Propagandaauftritte ausländischer Politiker in Deutschland generell zu verbieten. Was unsere Regierung stattdessen abliefert, ist einfach nur noch peinlich und beschämend. Ein ums andere Mal lassen sich Merkel, Gabriel und Co. vorführen

und lassen zu, dass Deutschland immer wieder gedemütigt wird. Sie blamieren Deutschland. Es ist dringend an der Zeit dem türkischen Despoten Erdogan und seinen Handlangern die Grenzen aufzuzeigen. Die derzeitige Regierung ist dazu offenbar weder willens noch fähig. Ihren Auftrag, das deutsche Volk würdig zu vertreten hat sie damit erneut verfehlt. Sie muss schnellstens abgelöst werden.“

Berlin, 9. März 2017. Alice Weidel: Terrorgefahr nimmt zu – Wann handelt die Regierung endlich?

„Seit 2013 hat sich die Zahl von Hinweisen auf mögliche Terroranschläge laut Verfassungsschutz verdreifacht. Von 1600 islamistischen Gefährdern in Deutschland wissen die Behörden. Eine katastrophale und unhaltbare Lage. Ein Aufschrei seitens der Politik ist jedoch nicht zu hören. Das verwundert auch kaum, denn die Regierung Merkel käme dann nicht mehr umhin, ihre Verantwortung für den Daueralarmzustand, in dem sich unser Land befindet, einzugestehen. Dabei ist eine drastische Kurskorrektur unbedingt erforderlich. Nach wie vor können Islamisten nahezu ungehindert und unbehelligt nach Deutschland einreisen. Das müssen wir ändern. Die deutschen Grenzen sind umgehend zu sichern, Migranten erkennungsdienstlich zu erfassen. Bekannte Gefährder müssen gefasst und nach Möglichkeit schnellstens ausgewiesen werden. Wie lange will die Bundesregierung damit noch warten? Muss erst nochmal etwas Schreckliches passieren, bevor endlich gehandelt wird?“

Magdeburg, 8. März 2017. André Poggenburg: Ungarn sichert mit Containerdörfern die Menschenrechte seiner Bürger

„Wir begrüßen natürlich diese Entscheidung. Wir sehen sie als vernünftige Maßnahme an, die nicht nur demokratisch, sondern auch rechtlich legitimiert ist. Denn die Containerdörfer, von deren menschenwürdigen Zuständen wir ausgehen, sind zur serbischen Grenze hin offen, so dass kein Mensch von Freiheitsberaubung sprechen kann. Doch allen, die jetzt den Beschluss des ungarischen Parlamentes mit Verweis auf Menschenrechte und die Europäische Grundrechtscharta als nicht mit der menschlichen Würde vereinbar charakterisieren, sei gesagt: Würde, Freiheit und Unverletzlichkeit der Person sind hohe Güter! Es sind Menschenrechte. Doch die gibt es nicht nur für jene, die jetzt auf der Balkanroute nach Europa kommen – so, wie es die Vertreter der staatlich gelenkten Asylindustrie und ihre Helfershelfer aus den Medien und Nichtregierungsorganisationen gerne hätten. Auch die Menschen, die hier als Volk leben, haben ein Recht auf Würde, Freiheit und Unversehrtheit. Und nur ein kompletter Ignorant würde sagen, all das wäre nicht durch Anschläge, wie die zu Weihnachten in Berlin, in Frage gestellt. Regierungen haben zuerst die Menschenrechte ihrer Staatsangehörigen sicherzustellen

– dafür wurden sie schließlich auch gewählt! Vor allem aber haben sie diese Menschenrechte nicht zu gefährden, indem sie Würde, Freiheit und Unversehrtheit von Fremden auf Kosten der Sicherheit des eigenen Volkes garantieren!“

Berlin, 7. März 2017. Beatrix von Storch: Wir brauchen dringend die australische Lösung statt humanitärer Visa

„Ich begrüße die Entscheidung des EuGH, dass es keine unionsrechtliche Verpflichtung zu humanitären Visa gibt. Das ist in der Sache richtig, aber unbefriedigend. Denn in den Krisengebieten werden Menschen verfolgt, u.a. auch wegen ihres christlichen Glaubens wie die Antragsteller beim EuGH. Doch bis heute fehlt es am politischen Willen in den EU-Institutionen, die verfolgten Menschen vor Ort effektiv zu schützen. Alle Verfolgten bei uns aufzunehmen ist unmöglich. Wir brauchen daher endlich eine vollständig umgesetzte australische Lösung mit sicheren Außengrenzen, Botschaftsasyll und Schutzzentren in den Krisengebieten oder heimatnah. Das Versagen der EU und die Verweigerungshaltung der deutschen Politik begünstigen solche Migranten, die jung, gesund und stark den Weg übers Mittelmeer oder den Balkan auf sich nehmen können. Sie schädigt aber die wirklich Schutzbedürftigen, etwa Kinder, Familien und verfolgte Christen in den Krisengebieten. Diesen muss dort endlich geholfen werden. Ein humanitäres Visum hätte nichts daran geändert, dass hier seit Jahren nichts getan wird.“

Berlin, 7. März 2017. Paul Hampel: Nicht Migration nach Europa erleichtern, sondern Hilfe vor Ort verstärken

„Dass der europäische Gerichtshof nicht der Forderung des Generalanwalts Paolo Mengozzi gefolgt ist, lässt erleichtert aufatmen. Wenn jeder Mensch auf der Welt, dem Folter oder auch nur erniedrigende Behandlung droht, sofort einen Rechtsanspruch auf ein Visum für ein europäisches Land seiner Wahl geltend machen könnte, wäre das ein Todesstoß für Deutschland gewesen. Ein solcher Richterspruch hätte auch das Potential gehabt, die immer weiter auseinanderdriftende EU endgültig zu sprengen. Deutschland kann nicht die Welt retten, indem es alle Flüchtlinge des Planeten hier aufnimmt. Es ist an der Zeit, endlich mehr Aufwand in die Hilfe vor Ort zu investieren. Mit Steuergeld alimentierte Einwanderer in Deutschland, sind den Konzernen als Konsumente zwar lieber, aber wer wirklich humanitär helfen will, muss dies in den Krisenregionen selbst tun. Nicht die Einreise nach Europa, sondern die Möglichkeit in der jeweiligen Heimat zu bleiben, muss erleichtert werden. Die Milliarden, die in Deutschland direkt und indirekt für Asylbewerber ausgegeben werden, ließen sich in den Krisenregionen um ein Vielfaches effizienter anwenden.“

Berlin, 3. März 2017. Alexander Gauland: Frau Merkel drückt sich vor ihrer Verantwortung

„Es gibt kein Recht für Vertreter fremder Staaten in Deutschland Versammlungen abzuhalten. Wenn ausländische Staatsmänner in Deutschland eine Rede halten, dann geschieht dies aus reiner Kulanz der deutschen Bundesregierung. Daher ist es eine Zumutung, wenn Frau Merkel sich einmal mehr wegduckt, erklärt, es gäbe kein Problem, jeder könne herkommen und Reden halten und die Kommunen mit dieser heiklen politischen Entscheidung im Regen stehen lässt. Das ist unlauter und feige. Denn die Kommunen sind überhaupt nicht in der Lage, der türkischen Regierung auf Augenhöhe zu begegnen. Das ist Sache der Bundesregierung. Doch diese Bundesregierung versagt auf ganzer Linie: Sie schützt uns nicht vor Terroranschlägen, sie sichert weder unsere Grenzen noch verhindert sie den Wahlkampf türkischer Politiker in Deutschland. Es ist an der Zeit, die türkische Regierung ganz klar in ihre Schranken zu verweisen. Türkische Regierungsmitglieder haben keinen Anspruch auf eigene Auftritte in Deutschland, erst recht nicht, wenn es sich um Wahlkampf in fragwürdiger Sache handelt. Die Bundesregierung muss endlich ein Machtwort sprechen – nicht zuletzt, um die Kommunen zu schützen.“

Berlin, 3. März 2017. Dirk Driesang: Die Fehler der Vergangenheit rächen sich jetzt

„Die Fehler der Vergangenheit rächen sich jetzt. Wer sich, wie in der Flüchtlingsfrage geschehen, in die Hände eines rücksichtlosen Machtpolitikers wie Erdogan begibt, muss sich über Einmischungsversuche und harsche Reaktionen aus der Türkei nicht wundern. Jahrelang hat die Politik zugesehen, wie Erdogan seine Strukturen in Deutschland aufbauen konnte, auch wie z. B. über die Ditib versucht wurde, staatlich-religiöse ausländische Macht im Inland auszuüben. Auftritte ausländischer Minister sind ein Unding und müssen verboten werden, wenn diese dabei darauf abzielen, Innenpolitik in Deutschland zu betreiben. Der Doppelpass und die schiere Zahl der in einer Parallelkultur in Deutschland lebenden Türken verschärfen ganz offensichtlich das Problem. Auch dies müssen sich die jetzige und die vergangenen Regierungen ankreiden lassen. Viele Türken leben im Laizismus oder haben für sich privat den Islam vom Islamismus getrennt. Sie sehnen sich nach Demokratie sowie Meinungs-, Presse- und Glaubensfreiheit. Diesen muss unsere Unterstützung gelten. Bei der Flüchtlingsfrage muss Europa seine Grenzen selbst sichern, wenn es sich nicht weiter erpressen lassen will. Ebenso muss Deutschland und muss Europa endlich selbstbewusst dem Islam entgegentreten. Der Islam trennt Religion nicht von Politik. Hier kann es nur eine harte Linie geben.“

Berlin, 3. März 2017. Alexander Gauland: Kein ausländischer Wahlkampf auf deutschem Boden!

„Die Absage des Auftritts des türkischen Justizministers durch die Verwaltung in Gaggenau ist sehr zu begrüßen. Die Begründung, den Auftritt aus Sicherheitsgründen abgesagt zu haben, ist in diesem Einzelfall sicher korrekt, taugt aber nicht generell. Die Bundesregierung muss Wahlwerbveranstaltungen ausländischer Politiker auf deutschem Boden grundsätzlich untersagen – völlig unabhängig von den politischen Inhalten. Deutschland darf nicht zur Spielwiese ausländischer Propagandisten werden. Man hat jedoch den Eindruck, dass unsere Bundesregierung für eine solche klare Ansage schlicht zu feige ist. Sie laviert herum oder schweigt sich aus. Vom neuen Außenminister Sigmar Gabriel ist überhaupt noch nichts zu hören. Deutschland darf sich nicht erpressen lassen. Es kann nicht sein, dass sich unsere Regierung durch die martialische und großspurige Rhetorik türkischer Politiker einschüchtern lässt. Ich erwarte, dass die Bundesregierung hier endlich eindeutig Stellung bezieht und dem Autokraten in Ankara eine unmissverständliche Absage erteilt.“

Berlin, 3. März 2017. Beatrix von Storch: Bundestagspräsident Lammert will Deutschland abschaffen

“Norbert Lammert fordert in seiner offiziellen Funktion als Bundestagspräsident und als zweiter Mann im Staat öffentlich die Abschaffung Deutschlands. Deutschland soll seine Souveränität aufgeben, um endlich einen EU-Föderalstaat zu errichten. Er stellt sich damit gegen unsere Verfassung – wie Frau Merkel, deren Rückendeckung er dafür hat. ›Deutschland schafft sich ab‹ war bloß ein provokanter Buchtitel. Unter dieser Kanzlerin ist dies das Programm der CDU. Der linksradikale Hass auf Deutschland scheint die Spitze der Union erreicht zu haben. Es wird Zeit, dass Merkel und Co. abtreten.“

Berlin, 3. März 2017. Georg Pazderski: Verweigerungshaltung bei Abschiebungen kostet Deutschland Milliarden

„Über 200.000 Ausländer in Deutschland sind ausreisepflichtig, abgeschoben wird aber nur ein winziger Bruchteil. Den deutschen Steuerzahler kommt diese Verweigerungshaltung der Bundesländer beim Thema Abschiebungen teuer zu stehen. Jeden Monat entstehen dem Staat dadurch Kosten von über einer halben Milliarde Euro. Die AfD fordert seit Jahren, abgelehnte Asylbewerber konsequent abzuschieben. Außer vollmundigen Ankündigungen haben die Regierungsparteien aber bislang nichts geändert. Jetzt hat sogar der EU-Innenkommissar Avramopoulos eine konsequente Durchsetzung

von Abschiebungen gefordert. Dass selbst die EU-Kommission nun die ständige Rechtsbeugung und die Vernachlässigung von Regeln nicht mehr unkommentiert lässt, sollte unserer Regierung zu denken geben. Wer kein Recht hat sich in Deutschland aufzuhalten, muss ausreisen. Wer das nicht freiwillig tut, muss abgeschoben werden. Diese selbstverständliche Regel muss endlich auch von den deutschen Regierungen im Bund und in den Ländern angewandt werden.“

Berlin, 2. März 2017. André Poggenburg: Gewalt gegen AfD inakzeptabel

„Dieser schreckliche Anschlag auf die Familie von Herrn Junge ist das Ergebnis der Dämonisierung und Hetze gegen unsere Partei. Ich bin sehr froh, dass niemand verletzt wurde. Es ist erschreckend, dass Anschläge auf AfD-Mitglieder mittlerweile schon Normalität geworden zu sein scheinen. Einfache Mitglieder oder Spitzenfunktionäre sind regelmäßig Opfer wahrscheinlich linksextremistischer Täter. Auch ich selbst wurde schon mehrfach auf unterschiedliche Weise angegriffen und kann daher gut nachvollziehen, wie sich die Familie nun fühlen muss. Ich fordere die Politik und alle gesellschaftlichen Akteure auf, sich von solchen Gewalttaten zu distanzieren und dafür zu sorgen, dass unbescholtene Bürger nicht aufgrund ihrer politischen Überzeugung Opfer gewaltbereiter Extremisten werden. Wir werden uns aber trotzdem nicht einschüchtern lassen, auch wenn die Gefahr steigt, je näher die Bundestagswahl rückt.“

Berlin, 2. März 2017. Alexander Gauland: Schulz ist eine Schande für Deutschland

„Indem Schulz die AfD und deren Anhänger als Schande für die Bundesrepublik tituliert, grenzt er Millionen von Menschen aus und spaltet die Gesellschaft. Das ist wahrhaft schändlich und hat mit einem gesunden Demokratieverständnis nichts mehr zu tun. Mit seiner maßlosen Selbstgerechtigkeit schadet er Deutschland nach innen, wie nach außen. Allen, die nicht seiner Meinung sind, wirft er unverhohlenen Demokratiefeindlichkeit vor und erklärt sie zu Unmenschen. Schulz betätigt sich als Demagoge von der rüpelhaftesten Sorte. Mit seinen Äußerungen liefert er gewaltbereiten Linksextremisten die vermeintliche Rechtfertigung für ihre Angriffe auf die AfD und ihre Mitglieder. Erst vergangene Nacht ereignete sich wieder ein Brandanschlag auf die AfD. Diesmal traf es den Wagen der Familie des rheinland-pfälzischen AfD-Fraktionsvorsitzenden Uwe Junge. Solche Taten sind leider keine Einzelfälle. Die SPD-Brandrhetorik von Schulz und seinen Genossen gegenüber der AfD ist hetzerisch und durch nichts zu rechtfertigen. Die Gewalttäter, die den demokratischen Wettbewerb unterbinden wollen, sind die wahren Feinde der Demokratie. Von Schulz hört man kein Wort der Distanzierung, stattdessen macht er sich verbal mit diesen gemein. Ich hoffe nicht, dass dies das Niveau ist, das Martin Schulz für seinen Wahlkampf anpeilt.“

Berlin, 1. März 2017. Georg Pazderski: Fadenscheiniger Aktionismus der CSU

„Mit ihrem Vorstoß greift die bayrische Regierung erneut Teile von AfD-Forderungen auf, wie sie das in der Vergangenheit in Ermangelung eigener Ideen immer wieder getan hat. Das ist schön und gut, aber öffentlichkeitswirksame Einzelmaßnahmen lösen nicht das Problem der islamistischen Terrorgefahr. Kernproblem bleibt die unkontrollierte Zuwanderung nach Deutschland, denn sie bringt ständig neue Gefährder ins Land, von denen die Behörden oft erst zu spät Kenntnis erlangen. Vorbeugehaft zieht nur diejenigen aus dem Verkehr, die den Ermittlungsbehörden bereits bekannt sind. Um die chaotischen Zustände der Inneren Sicherheit in Deutschland zu beenden, müssen zuallererst die Grenzen wirksam geschützt und alle Migrant*innen biometrisch erfasst werden. Dieses Thema lässt die CSU jedoch um des Friedens in der Union willen lieber unangetastet. So bleibt ihr Vorstoß leider nur wahltaktischer Aktionismus ohne Wirkung. Ähnlich fadenscheinig ist auch die Forderung der CSU nach mehr Abschiebungen. Wer trägt denn die Schuld daran, dass dies nicht passiert? Der Vollzug des Aufenthaltsrechts obliegt den Ausländerbehörden in den Ländern. Wenn Bayern also zu wenige abgelehnte Asylbewerber abschiebt, liegt das einzig und allein in der Verantwortung der bayrischen CSU-Landesregierung. Mit aktionistischer Symbolpolitik und Phrasendrescherei werden keine Probleme gelöst. CDU/CSU sollten sich endlich ihrer Verantwortung für Deutschland als Teil der Bundesregierung bewusstwerden und mit dem Versuch aufhören, den Wählern weiterhin Sand in die Augen zu streuen.“